



Das Pleitevirus

Wie Corona unsere Wirtschaft infiziert,
Jobs und Wohlstand frisst



APP & ANTIKÖRPER

Was uns aus dem
Shutdown holen kann

NEW YORK

Big Apple wird zur
Geisterstadt

SCHUTZMASKEN

Protokoll
eines Versagens



Der neue Golf

Hier spielt das Leben

Digitalisierung wird persönlich. Mit dem volldigitalen Cockpit stellen Sie Ihren neuen Golf genauso ein, wie Sie es wollen. Und mit intuitiver Sprachbedienung sind seine digitalen Features so einfach zu bedienen wie nie.

Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.

Hausmitteilung
Betr.: Titel, Streitgespräch, New York, »DEIN SPIEGEL«



Schulz

Noch vor wenigen Wochen war Deutschland das Kraftzentrum Europas mit selbstbewussten Unternehmern und mächtigen Konzernen. Nun, in der Coronakrise, sind die meisten Läden dicht, in vielen Fabriken herrscht gespenstische Ruhe, Millionen Menschen fürchten um ihre Jobs. Wie lange kann das Land dies überstehen? Ein SPIEGEL-Team um Reporter Thomas Schulz hat die aktuelle Lage recherchiert und erlebte dabei Wirtschaftsführer zwischen Verzweiflung und Hoffnung. Simon Hage sprach mit Managern der Autoindustrie darüber,

wie sich die Krise vom Großkonzern bis hin zu Händlern und Kunden frisst. Martin Hesse diskutierte mit dem Krisenstab des Outdoor-Ausrüsters Vaude, wie sich eine nachhaltige Firmenkultur trotz allem aufrechterhalten lässt. Und Gerald Traufetter begleitete Wirtschaftsminister Peter Altmaier. »Am Ende«, sagt Hage, »müssen alle zugeben, dass sie die Krise ohne den Staat nicht meistern können.« **Seite 8**

Im Dezember war es noch ein eher theoretischer Schlagabtausch. Der Bestsellerautor Marc Friedrich warnte im SPIEGEL-Streitgespräch vor dem »größten Crash aller Zeiten«, der Ökonom Peter Bofinger hielt das für Quatsch. Seither sind die Börsenindizes teilweise um bis zu 40 Prozent abgestürzt. Die SPIEGEL-Redakteure Tim Bartz und Armin Mahler luden die beiden deshalb zu einer Fortsetzung des Streitgesprächs ein, diesmal per Videokonferenz. Wieder prallten die Meinungen unversöhnlich aufeinander. »Das wird nicht gut gehen«, sagt Friedrich über die Rettungsprogramme der Staaten und Notenbanken. »Wir schaffen das«, glaubt Bofinger. Wer von den beiden recht hat? »Das werden wir alle bald sehen«, sagt Mahler. **Seite 18**

Der neue Brennpunkt der globalen Coronakrise heißt New York City. SPIEGEL-Korrespondent Marc Pitzke hat hier schon vieles miterlebt – den 11. September 2001, Hurrikan »Sandy«, zwei große Blackouts. Doch diese Katastrophe, so berichtet er, drohte größer zu werden als alles, was bislang geschah. Pitzke begleitete mehrere New Yorker durch den Alltag im Notstandsgebiet: Ein Arzt kämpft um das Leben von Covid-19-Patienten und hat sich dabei selbst angesteckt, ein Stadtrat, Francisco Moya, warnt US-Präsident Donald Trump vor den Risiken der Seuche, Broadwaystars begegnen der Zukunftsangst mit Humor. Auch Pitzke muss sein Leben in Brooklyn neu organisieren, in seinem Freundeskreis tauchen immer mehr Corona-Fälle auf. Sein sehr persönliches Protokoll einer »Woche, die alles veränderte«, finden Sie auf **Seite 80**.



Pitzke, Moya in New York



Auch Kinder haben viele Fragen zur Weltviruskrise. Woher kommt Sars-CoV-2? Wann kann man sich dagegen impfen lassen? Ist das Virus auch für junge Menschen gefährlich? Die Titelgeschichte von »DEIN SPIEGEL« gibt erste Antworten. Kinder erzählen zudem, wie sie die Quarantäne erleben. Außerdem im Heft: Der Sänger Mark Forster spricht über Gefühle in der Musik. Und: warum Moore so wichtig für den Umweltschutz sind. Das Nachrichten-Magazin für Kinder erscheint am Dienstag.

Volle

Transparenz?

Durch digitale Zusammenarbeit

mit meinem Steuerberater.



Mit den digitalen DATEV-Lösungen haben Sie jederzeit den Überblick über Ihre aktuellen Geschäftszahlen. Und sind direkt mit Ihrem Steuerberater verbunden. So können Sie anstehende Investitionen sicher entscheiden. Informieren Sie sich im Internet oder bei Ihrem Steuerberater.

Digital-schafft-Perspektive.de



Inhalt

74. Jahrgang | Heft 15 | 4. April 2020

Titel

Wohlstand Wie das Virus die gesamte Wirtschaft erfasst – und wie Deutschland aus der Krise kommen kann 8

Pandemie Crash-Prophet Marc Friedrich und Ökonom Peter Bofinger im SPIEGEL-Streitgespräch über die Frage, ob Schulden die Ursache oder die Lösung der Krise sind ... 18

Deutschland

Leitartikel Die Bundesregierung sollte in der Coronakrise Solidarität mit den Schwäschsten in Europa zeigen 6

Politiker kritisieren RKI-Chef Wieler / Single-Eltern fürchten Virus besonders / Mehr Grenzkontrollen? / Die Gegendarstellung / So gesehen: Corona-Polizeistaat 22

Europa I Die EU streitet um die Frage der Solidarität zwischen den Nationen 26

Europa II Haushaltskommissar Hahn über die finanziellen Wünsche an die Deutschen 30

CDU Bei den Christdemokraten werden die Karten im Kandidatenwahlspiel neu gemischt 32

Gesundheit An den Schutzmasken zeigen sich die Probleme der Krisenpolitik 34

Gesundheitspolitik Lockdown – kein Ende in Sicht 40

Grundrechte SPIEGEL-Streitgespräch zwischen Katja Suding (FDP) und Karl Lauterbach (SPD) über die Beschränkungen der Freiheit in Zeiten von Corona 42

Senioren Nirgendwo ist das Virus so gefährlich wie in Alten- und Pflegeheimen ... 46



Zoff um Corona-Hilfen

Ärmere EU-Staaten ächzen unter den enormen Kosten der Pandemie – doch Berlin verweigert Finanzhilfe durch sogenannte Eurobonds. Der internationale Druck wächst, nun verweist der Bund auf den Rettungsschirm ESM. Der soll bei Bedarf ordentlich aufgestockt werden. Seite 26



Das Symbol der Krise

Noch mag die Bundesregierung das Volk nicht zwingen, Schutzmasken zu tragen. Aber sie könnten wichtig für eine Exitstrategie werden. Seite 34

Hochschulen Die Universitäten sind geschlossen – wer darf jetzt noch Staatsexamen machen? 48

Kriminalität Wie skrupellose Betrüger in Zeiten von Corona die Verunsicherung der Menschen nutzen 50

Essay In systemrelevanten Berufen arbeiten vor allem Frauen – nun zeigt sich, wie ungleich Lasten zwischen den Geschlechtern verteilt sind 52

Gerichte Die Coronakrise überfordert die Justiz 54

Rassismus Der rechte Attentäter von Hanau war psychisch krank 55

Reporter

Familienalbum / Kann man Corona wegputzen? 56

Eine Meldung und ihre Geschichte Bollerwagenprotest gegen Google 57

Gesundheit Wenn Einsamkeit die Seele schwächt – Besuch bei einer Frau, die professionell berührt 58

Abschied Alexander Osang reist aus Israel heim ins Krisengebiet Deutschland 62

Ohne dich Wie lebt der Komiker Otto Waalkes in so ernsten Wochen? 65

Wirtschaft

50 Milliarden für Wiederaufbau / VW macht Riesenverluste bei Nutzfahrzeugen 66

Umwelt Wirft die Coronakrise den Klimaschutz in der Industrie zurück? 68

Konzerne Allianz-Chef
Oliver Bäte über die Pandemie
als Versicherungsfall und die
Krise der Kapitalanlage **72**

Finanzen Kommen die Milliardenhilfen des Bundes bei den
Unternehmen an? **74**

Gesundheit Die Seuche
beschleunigt die Digitalisierung
der Medizin **76**

Ausland

*Die erratische US-Außenpolitik
in Venezuela / Covid-19-Tote
in Iran* **78**

USA New York ist von
der Pandemie betroffen
wie keine zweite
Metropole auf der Welt –
Bericht aus einer Stadt
vor dem Zusammenbruch ... **80**

Südkorea Regierungsstrategen
berichten, wie mit
großflächigen Tests und
dem Tracking von
Patienten das Land das
Virus eingedämmt hat **86**

Armut Die Auswirkungen
der Seuche werden in
armen Ländern am größten
sein, was für den Westen
zur Gefahr werden kann ... **88**

Italien Außenminister
Luigi Di Maio über
die Frage, was er sich
in der Krise von
der Europäischen Union
erhofft **90**

Gastbeitrag Viktor Orbán
wird in Ungarn zum
Diktator, Europa schaut
bisher nur zu **92**

Sport

*Übungen für die Zeit der
Kontaktsperre / Gut zu wissen:
Wie lässt sich das Immun-
system stärken?* **95**

Vereine Können Geisterspiele Pleiten im Fußball
verhindern? **96**

So leer sind die Kassen bei
vielen Ballsportvereinen ... **99**



GETTY IMAGES

In der Geisterstadt

In New York schießen die Zahlen der Infizierten und Toten dramatisch in die Höhe, das Virus hat die Achteinhalb-Millionen-Metropole nahezu komplett lahmgelegt. Porträt einer Weltstadt im Katastrophenmodus. **Seite 80**

Todesfalle Altenheim

Die Pandemie bedroht vor allem Alte und Kranke, immer mehr Menschen sterben in den Heimen, Besuchsverbote sollen die Bewohner schützen. Viele Rentner fühlen sich jedoch isoliert, und sie haben Angst. **Seite 46**



MARCO RISONI / NFT / REDUX / LAIF

»Einsamkeit macht kreativ«

Die Performancekünstlerin Marina Abramović erlebt diese Wochen in München, wo sie eine Oper inszenieren wollte. Ein SPIEGEL-Gespräch über Krisen, Herausforderungen und viele beglückende Momente. **Seite 120**

Wissen

*Neue Saurierart entdeckt /
Überlebenschance für den
Eisbären / Wie kann ich
mir das Gesichtsfummeln
abgewöhnen?* **100**

Medizin Die Fälle der ersten Corona-Opfer in Deutschland zeigen, wen das Virus tötet und wie die Menschen sterben **102**

Ökologie Umweltzerstörung, Klimawandel, Artensterben – auf Umwegen züchtet der Mensch neue Seuchen **106**

Epidemiologie Nicht alle Infizierten haben Symptome – so breitet sich Sars-CoV-2 weiter aus als gedacht **108**

Kultur

*Dokumentation »But
Beautiful« / Neuer Roman
von Julia Holbe /
Serie »Bibi & Tina«* **112**

Kulturbetrieb Musiker und Theaterleute stemmen sich mit Onlineaktionen gegen die Krise **114**

Unter dem Motto »SPIEGEL liest« öffnen jeden Tag Autorinnen und Autoren ein Fenster in ihre Wohnung und in die Welt **116**

Autoren Leïla Slimani ist der neue Star der französischen Literatur, mit ihrem Corona-Tagebuch provoziert sie einen Streit über Arm und Reich in der Krise **118**

Performance Marina Abramović, eine der berühmtesten Künstlerinnen der Welt, über ihr wildes Leben **120**

SPIEGEL-TV-Programm **29**
Bestseller **117**
Impressum, Leserservice **124**
Nachrufe **125**
Personalien **126**
Briefe **128**
Hohlspiegel / Rückspiegel **130**

Corona macht's nötig

Leitartikel Die deutsche Ablehnung von Eurobonds ist unsolidarisch, kleingeistig und feige.

Eurobonds, versicherte Kanzlerin Angela Merkel vor acht Jahren, auf dem Höhepunkt der Eurokrise, werde es nicht geben, »solange ich lebe«. So wurden die südeuropäischen Länder beim Videogipfel der EU-Staats- und Regierungschefs vergangene Woche erneut brusk abgebürstet, als sie wieder mal Eurobonds ins Spiel brachten, um ihre Volkswirtschaften gegen die Einschläge der Corona-Pandemie abzuschirmen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier sprach abfällig von einer »Gespensterdebatte«.

Entweder begreifen Deutschlands Regierende nicht, was sie da so fahrlässig abschmettern. Oder sie wollen es nicht begreifen, weil sie Angst haben, die AfD könnte Hilfen für europäische Nachbarn für ihre Propaganda ausschlachten. Schließlich war es die erbitterte Debatte über die Unterstützung für Griechenland, die 2013 zur Gründung der AfD führte.

Statt den Deutschen ehrlich zu sagen, dass es zu Eurobonds in einer Krise wie dieser keine Alternative gibt, suggeriert uns die Regierung Merkel, dass mit diesen Bonds etwas faul wäre. Dass sie am Ende von den fleißigen deutschen Steuerzahldern beglichen werden müssten, weil Italiener mit Geld angeblich noch nie umgehen konnten. Die Kanzlerin hat dieses Narrativ so oft bedient, dass jedes Eingeständnis an Spanier und Italiener wie eine Niederlage wirken würde. Sie hätte es nie so weit kommen lassen dürfen. Schon aus Mitgefühl und Solidarität nicht. Die Wucht der Corona-Pandemie führt in Italien und Spanien zu einer menschlichen und medizinischen Tragödie – auch weil beide Staaten, wie von Brüssel gewünscht, zuletzt hart gespart haben. Und nicht, weil sie über ihre Verhältnisse lebten.

Europa steckt dieser Tage in einer existenziellen Krise. Sich in einer solchen Situation als finanzpolitischer Tugendwächter aufzuspielen ist kleingeistig und schäbig. Vielleicht erinnern wir uns mal kurz daran, wer nach dem Kriegsende den Wiederaufbau Deutschlands mitfinanziert hat.

Eurobonds sind gemeinsame Anleihen aller Eurostaaten, keine Transferunion. Sie haben den Vorteil, dass sie als sichere Anlage gelten, weil Staaten mit gutem Leumund wie Deutschland für Verpflichtungen nicht ganz so solider Schuldner wie Italien mithalten. Das macht Kredite für Deutschland etwas teurer, für Italien aber deutlich billiger. Berlin kann sich das leisten, Rom hingegen würde auf sich

allein gestellt schon bald kein Geld mehr am Kapitalmarkt aufnehmen können, die Zinsen wären zu hoch.

Wenn Italien, Spanien und Frankreich aber ähnlich generöse Hilfsprogramme und Garantien für ihre stillstehenden Volkswirtschaften auflegen müssen wie die Deutschen, um ein Massensterben von Firmen zu verhindern, wären dafür nicht Milliarden, sondern Billionen Euro nötig. Und wenn die Europäer nicht sofort signalisieren, dass sie sich dieser Krise gemeinsam entgegenstemmen, wird das ein Fest für

Populisten, EU-Feinde und die Hedgefonds in London oder New York. Wie schon im Fall Griechenlands werden sie auf einen europäischen Staatsbankrott wetten. Und diesmal wird die Wette aufgehen.

Staaten wie Italien oder Spanien sind zu groß, um sie mit vorhandenen Instrumenten wie dem Europäischen Rettungsfonds ESM aufzufangen. Dessen 410 Milliarden Euro reichen nicht mal für Italien allein lange. Zudem sind ESM-Hilfen an Auflagen gebunden, die bei einem exogenen Schock wie Corona nicht sinnvoll wären.

Die Deutschen würden diese Auflagen gern aufweichen und verweisen auf die Europäische Zentralbank. Die könne ja aufkaufen, was sonst keiner

wolle. Die Notenbank wurde von der Politik schon vor acht Jahren als letztes Bollwerk missbraucht, weil die Regierenden zu feige waren, die Probleme selbst zu lösen. De facto aber würden all diese Vorschläge auf das Gleiche hinauslaufen: eine gigantische Vergemeinschaftung von Risiken – nur werden sie nicht Eurobonds genannt.

Da ist es ehrlicher und effizienter, auf den jüngsten Vorschlag der Franzosen einzugehen, den inzwischen selbst Eurobonds-Skeptiker gut finden: Corona-Bonds. Das sind europäische Staatsanleihen, die zeitlich begrenzt und an einen ganz bestimmten Zweck gebunden sind – die Pandemie zu bewältigen. Sie wären ein starkes Signal an die Finanzmärkte, aber auch an die Menschen in Europa. Es würde beweisen, dass wir einander in größter Not nicht im Stich lassen, dass Europa mehr ist als ein Bündnis von Egomanen, mehr als ein gut geölter, aber kaltherziger Binnenmarkt mit (noch) gemeinsamer Währung. Ach ja, und eine bombensichere Geldanlage, die endlich wieder Zinsen abwirft, wären Corona-Bonds auch. Nur für Hedgefonds nicht. Steffen Klusmann



Italiens Premierminister Giuseppe Conte

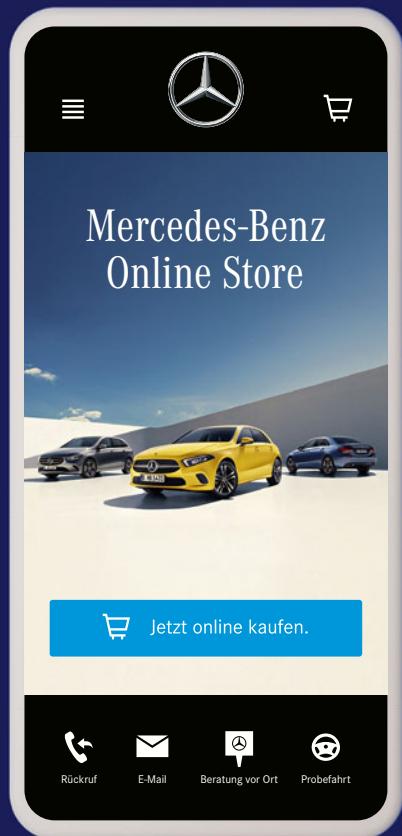
ALBERTO LINGRIA / REUTERS

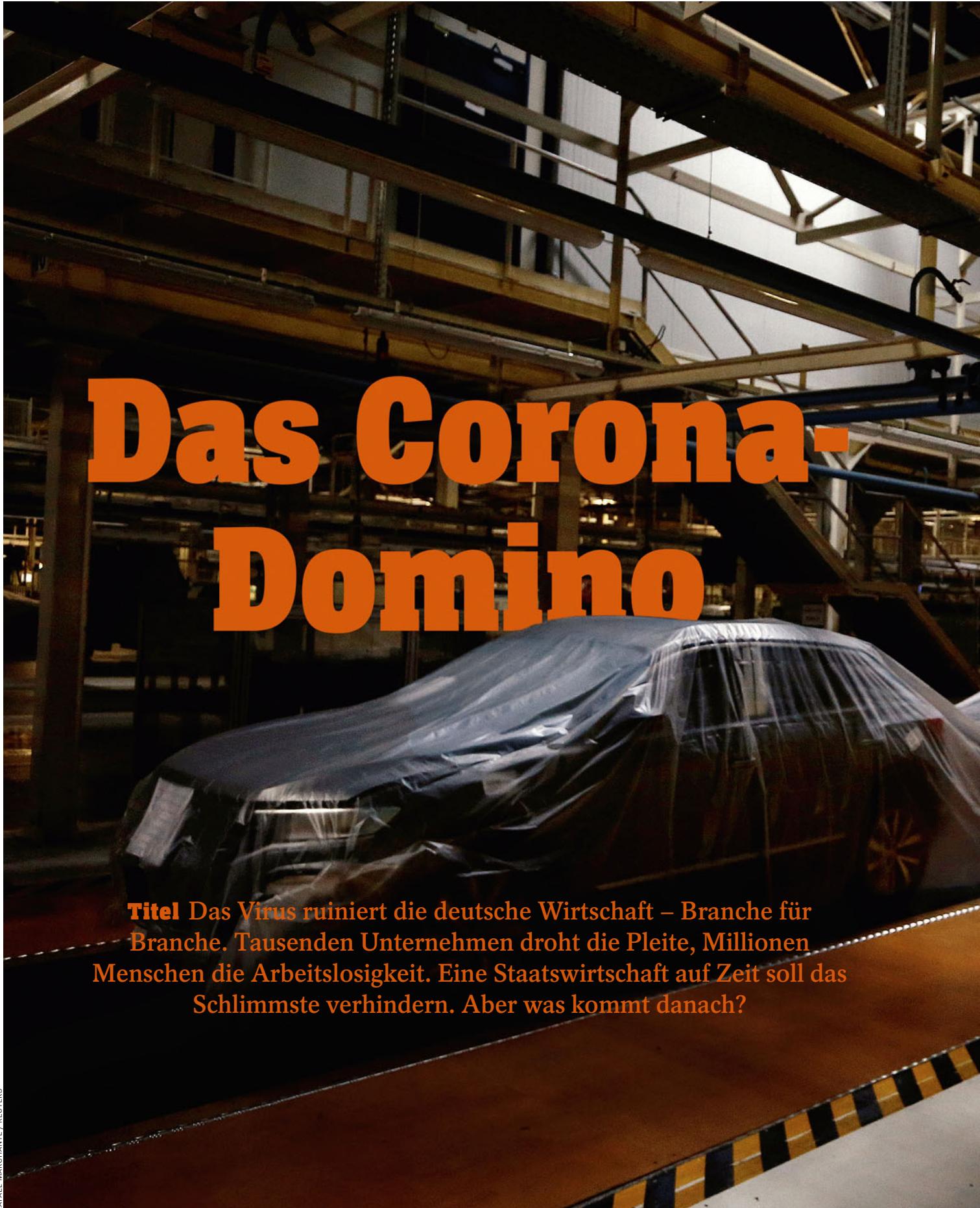


Dein
Benz.

Dein
Store.

mercedes-benz.de/deinstore





Das Corona-Domino

Titel Das Virus ruiniert die deutsche Wirtschaft – Branche für Branche. Tausenden Unternehmen droht die Pleite, Millionen Menschen die Arbeitslosigkeit. Eine Staatswirtschaft auf Zeit soll das Schlimmste verhindern. Aber was kommt danach?

F



Frank Iwer hat das Homeoffice schon nach zwei Tagen aufgegeben, Krisenstäbe lassen sich nur schwer von zu Hause aus leiten. Jeden morgen ab sieben Uhr sitzt er nun wieder in der weitgehend verwaisten Firmenzentrale, ein Glaskasten wenige Hundert Meter vom Bodensee, Zeugnis von Jahrzehnten des Erfolgs. Die abrupt beendet sind. »Der Markt ist auf unbestimmte Zeit praktisch zum Erliegen gekommen«, fürchtet er.

Iwer ist Personalleiter Deutschland von ZF Friedrichshafen, einem der größten Autozulieferer der Welt, rund 150 000 Mitarbeiter, 37 Milliarden Euro Umsatz. Wenn es so etwas wie ein Herz der deutschen Wirtschaft gibt, dann schlägt es hier, in der Autoindustrie, mit Tausenden Unternehmen, mit 1,6 Millionen Arbeitsplätzen, die an der Branche hängen, alle aufs Engste miteinander verbunden. Wenn dieses Herz stottert, krankt der ganze Organismus.

Iwer war lange Zeit Gewerkschafter, leitete Strategie und Planung bei der IG Metall, im vergangenen Herbst holte ihn ZF Friedrichshafen als Modernisierer. Um die Mitarbeiter auf das schleichende Ende des Verbrennungsmotors einzustimmen, um mit dem Vorstand eine Zukunftsstrategie für 2030 zu entwickeln und weitere goldene Jahre zu garantieren. Stattdessen arbeiten die ZF-Manager jetzt Tag und Nacht daran, Jobs zu retten und das Unternehmen flüssig zu halten.

Für Iwer und seine Managementkollegen ist klar, dass die Coronakrise nicht nur die Autoindustrie, sondern die gesamte Wirtschaft »in eine komplett andere Welt katapultiert hat«. Über Nacht wurden Gewissheiten von Jahrzehnten außer Kraft gesetzt, die Grundregeln von Globalisierung und Marktwirtschaft infrage gestellt.

Die Ökonomen können noch nicht genau sagen, wie schwer das Virus die Wirtschaft verwüsten wird, wie viele Unternehmen pleitegehen werden, wie viele Arbeitslose es geben wird, wann und wie diese Krise enden wird. Kommendes Jahr mit zwei Millionen Arbeitslosen und fünf

Prozent Einbruch der Wirtschaftsleistung? In drei Jahren mit vier Millionen ohne Job und zehn Prozent Einbruch?

Sicher ist: So eine abrupte Vollbremsung der globalen Wirtschaft hat es noch nie gegeben, und die Folgen werden heftig sein. Bekannte Firmen wie Vapiano und Maredo sind bereits insolvent, Galeria Karstadt Kaufhof flüchtete unter den Rettungsschirm. Viele weitere werden folgen. 470 000 Unternehmen hatten bis vergangene Woche bereits Kurzarbeit beantragt. Eine schier unglaubliche Zahl. Selbst zum Höhepunkt der Finanzkrise waren es gerade mal 23 000.

»Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz«, verspricht Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). In vielen Fällen wird dieser Kampf nicht zu gewinnen sein.

Ein Vergleich lässt sich allenfalls mit dem Jahr 1929 ziehen, als Deutschland begann, in der Großen Depression zu versinken: Damals brach die Industrieproduktion nach und nach um 40 Prozent ein, mehr als fünf Millionen Menschen wurden erwerbslos. Die Ursachen waren andere, aber die Folgen ähnlich: Das ganze Land war paralysiert.

Dieses Allumfassende ist es, was die Ökonomen auch heute umtreibt. Es gibt nicht nur ein Epizentrum, wie 2008, als die Finanzindustrie zusammenbrach. Oder 1973, als die Ölkrise die Welt durchschütt-

telte. Wenn fast alle Läden dicht sind, wenn die Fabrikbänder stillstehen und Lieferketten zusammenbrechen, wenn das ganze Leben für Wochen, womöglich Monate angehalten wird, dann rast die Krise wie ein Buschfeuer durch die komplette Wirtschaft. Ohne Ausnahme.

Die Politik versucht zu löschen, wo es geht, mit unerhörten Mengen Geld, mit pauschalen Zusicherungen, mit weitreichenden Garantien. Aus das ist eine Gewissheit dieser Krise: Die deutsche Wirtschaft wird auf absehbare Zeit eine Staatswirtschaft sein. Nur überlebensfähig, weil der Bund Milliarden Euro direkt in Unternehmen pumpt, sich beteiligt, zinslose Kredite verschafft, Arbeitsplätze mit Steuergeldern finanziert, Schutzschirme über ganze Industrien spannt, Konjunkturprogramme auflegt. Und riesige Schulden macht.

Das ist wohl alternativlos, aber es wirft neue Probleme auf. Welche Regeln gelten für diese staatsgestützten Unternehmen, und wer macht sie? Konzerne werden meist besser durch die Krise kommen als Mittelständler und Familienunternehmen, die oft weniger Barreserven haben. Wenn die Großen nun ungehindert die Kleinen fressen, würde das die gesamte Wirtschaftsstruktur verändern. Es würde die Tür öffnen zu einem neuen Raubtierkapitalismus, mit zahllosen Schwächen und Angeschlagenen, die gnadenlos aus der

Herde aussortiert werden. Die Ungleichheit würde weiter zunehmen, die Schere zwischen Arm und Reich sich noch weiter öffnen.

Welche Konflikte hier drohen, zeigte in der vergangenen Woche besonders scharf der Fall Adidas: Ein deutscher Vorzeigekonzern, gesättigt von jahrelangen Rekordgewinnen und üppigen Reserven, beschließt einfach, die Miete für seine deutschen Geschäfte auszusetzen. Wie weit dürfen Unternehmen gehen, um ihr Überleben zu sichern? Und was macht man mit rücksichtslosen Krisengewinnlern?

Die aufziehende Depression wird eine Mammutaufgabe für Unternehmen und Politik gleichermaßen, denn allein mit kurzfristigem Krisenmanagement ist es nicht getan. Wenn die deutsche Wirtschaft eines Tages wieder aus dem dunklen Tunnel auftauchen wird, darf sie nicht um Jahre zurückgeworfen sein, eine reine Industriewirtschaft, dominiert von Autokonzernen, Maschinenbauern, schwerfälligen Dax-Konzernen, während die jungen Technologieunternehmen, kreativen Neugründungen, Start-ups und junge innovative Dienstleister verschwunden sind.

Aber: Deutschland könnte auch als Gewinner aus dieser Krise kommen. Schon jetzt ist zwischen all den Notfallplänen und Rettungsszenarien zu erkennen, dass Corona den seit Langem tobenden Systemwettbewerb verschärfen, vielleicht entscheiden wird: Auf der einen Seite sind die Chinesen, die auf Befehl hundert Flughäfen schneller bauen als Deutschland einen, aber auch 50 Millionen Menschen einschließen. Dann die Amerikaner, die einen Technologiegiganten nach dem anderen hervorgebracht haben, nun aber innerhalb einer einzigen Woche 6,6 Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Deutschland galt schon als abgehängt: Zu langsam, zu sehr auf eine soziale Marktwirtschaft, auf Arbeitsplatzsicherung, auf solide Unternehmen bedacht. Auf Solidarität. Nun könnten diese vermeintlichen Schwächen sich als Stärken erweisen. Die kommenden Wochen werden darüber wesentlich entscheiden.

Personalleiter Iwer denkt in diesen Tagen viel über Domino nach. Jeden Tag muss er zusehen, wie ein Steinchen das nächste umwirft. Eine katastrophale Kaskade, an deren Ende alle am Boden liegen.

Mitte März haben alle deutschen Autokonzerne von BMW bis VW ihre Fabriken stillgelegt. Um die Arbeiter vor dem Coronavirus zu schützen, aber auch weil gerade kaum jemand Autos kauft. Das war der erste Stein.

Seitdem benötigen die Autohersteller auch keine Teile mehr von den Zulieferern. BMW etwa braucht von ZF Friedrichshafen



PHILIP FROWEIN / DER SPIEGEL

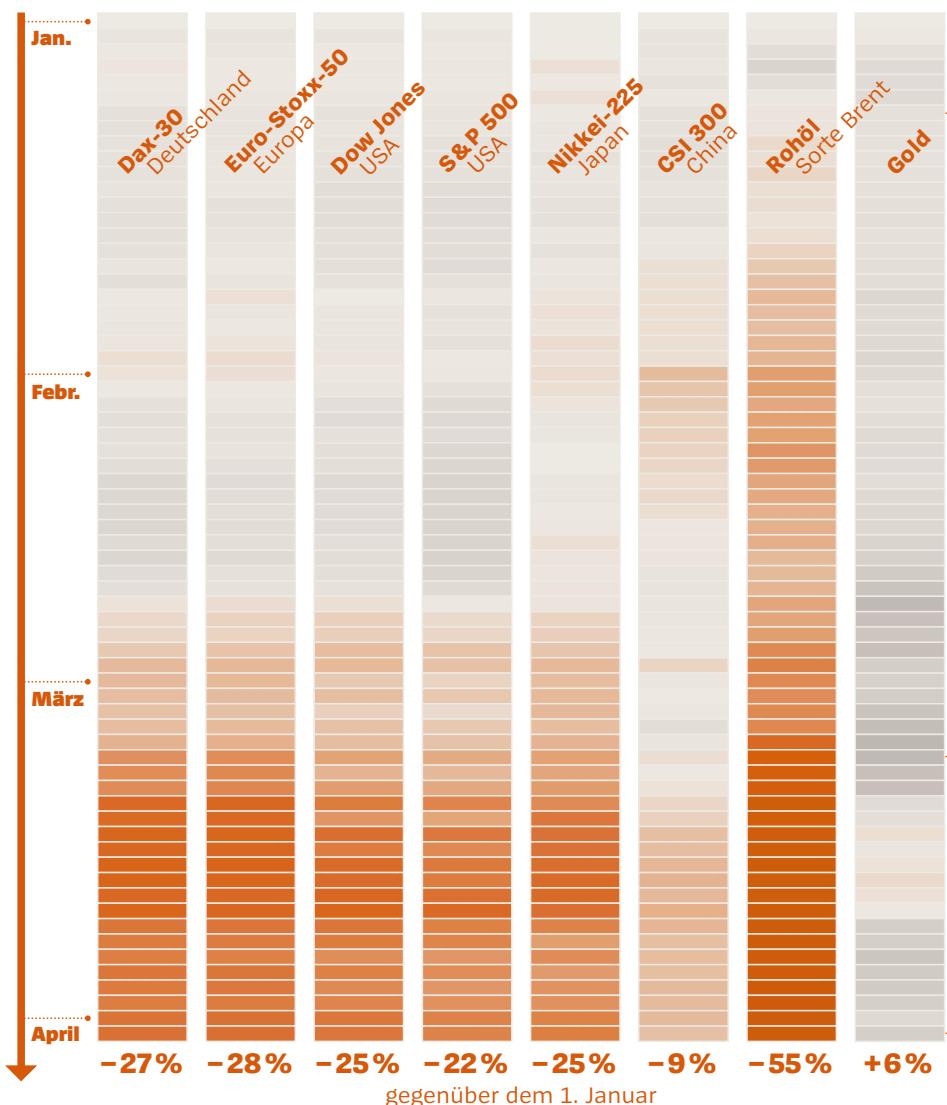
»Der Markt ist auf unbestimmte Zeit praktisch zum Erliegen gekommen.«

Frank Iwer,
Personalleiter Deutschland des Automobilzulieferers ZF Friedrichshafen

Das Bröckeln der Börsen

Ausgewählte Indizes

Veränderung an den Börsentagen gegenüber dem 1. Januar in Prozent



9. Januar

China meldet erstes Todesopfer des neuartigen Coronavirus.

30. Januar

WHO ruft den internationalen Gesundheitsnotstand aus.

14. Februar

Frankreich: Erster Todesfall in Europa

4. März

IWF stellt 50 Milliarden Dollar für ärmerre Länder zur Verfügung.

9. März

Ölpreis fällt an einem Tag so stark wie zuletzt 1991. Gold erreicht höchsten Stand seit sieben Jahren.

12. März

Die US-Notenbank kündigt Hilfen von bis zu 1,5 Billionen Dollar für US-Banken an.

13. März

Bundesregierung verkündet Kredit- und Garantierahmen für die Wirtschaft »ohne Begrenzung«.

16. März

Stärkster Absturz des Dow-Jones-Index seit dem »Schwarzen Montag« 1987

18. März

EZB-Notfallprogramm: 750 Mrd. Euro für Staats- und Unternehmensanleihen bis Ende 2020

25. März

Der Bundestag beschließt ein Rettungspaket in Höhe von 750 Mrd. Euro.

27. März

US-Kongress beschließt ein Hilfspaket über zwei Billionen Dollar.

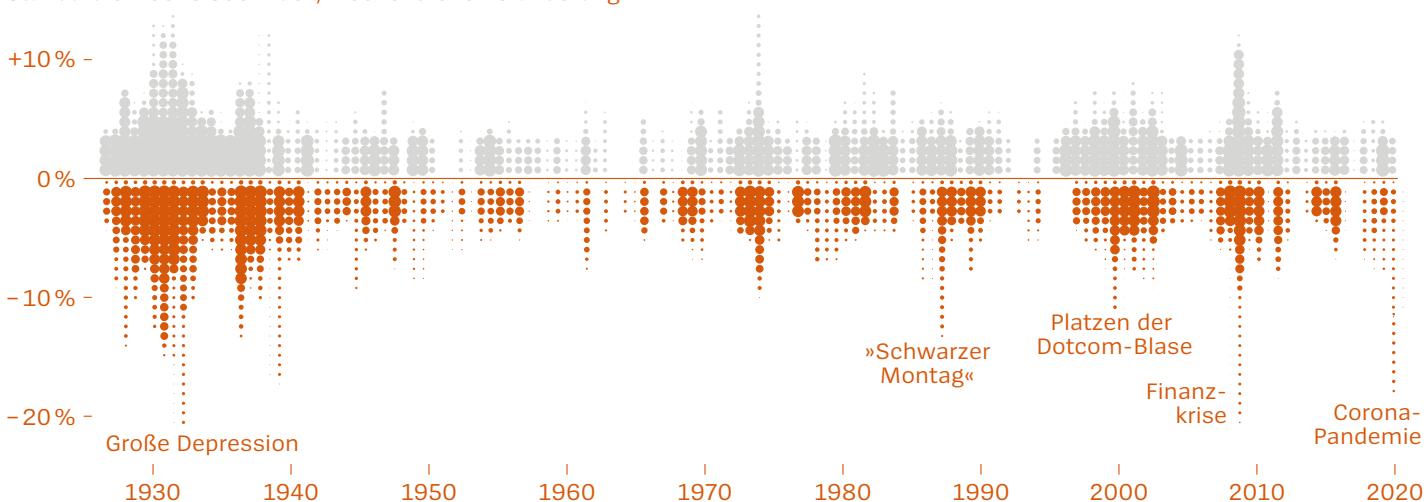
2. April

Die Zahl der nachweislich Infizierten weltweit übersteigt eine Million, die der Toten 50 000.

Historische Tiefstände

Standard & Poor's 500 Index, wöchentliche Veränderung

Quelle: Refinitiv



hafen kaum noch Acht-Gang-Automatikgetriebe. Seitdem haben die meisten der knapp 9000 Mitarbeiter des ZF-Getriebewerks in Saarbrücken keine Arbeit. Bis Ende Juni ist für sie zunächst Kurzarbeitergeld beantragt. Der zweite Stein.

Weil das ZF-Werk kaum noch Getriebe baut, werden keine Metallteile bestellt. Die kamen bislang vom Druckgusspezialisten Voit aus dem benachbarten St. Ingbert. Dort steht das Werk nun ebenfalls still. Stein drei.

Voit hat viele Maschinen, die von externen Monteuren und Anlagenbauern gewartet wurden. Sie werden jetzt nicht mehr gebraucht. Auch nicht die lokalen Handwerker, die sich um Bauarbeiten oder Sicherheitstechnik im Werk gekümmert haben. Der vierte Stein.

Die Handwerker und Kleinbetriebe können sich nun erst mal keine Kleintransporter mehr leisten, die nach Hause geschickten Industriearbeiter und arbeitslosen Köche und Kellner keine Pkw. Das trifft die Autohäuser. Sie werden von den großen Herstellern zwar unterstützt, doch reiche ihre Liquidität meistens nur »für 30 bis 40 Tage, danach ist ein Großteil der Betriebe tot«, warnt Dirk Weddigen von Knapp, Präsident des Volkswagen und Audi Partnerverbands. Den Autohäusern drohen Massenpleiten. Der fünfte Stein.

Solche Kaskaden rollen derzeit durch den gesamten Autosektor. Der fränkische Zulieferer Schaeffler etwa hat bereits 17 seiner 52 Werke für Autoteile dichtgemacht. Dahinter stehen allein in Europa 1200 kleinere Lieferanten. VW hat mehr als 300 Zulieferer aus Italien, die geschlossen sind. Und damit auch bis auf Weiteres

nicht die notwendigen Teile liefern können, damit VW die Produktion dauerhaft erneut aufnehmen könnte.

»Die ganze Wertschöpfungskette wieder hochzufahren ist ein Kraftakt, wie wir ihn noch nie leisten mussten«, sagt Iwer. »Die bisher übliche Methode, dass die Großen den Kleinen finanziell aushelfen, funktioniert nicht mehr.«

Alle Unternehmen stecken im gleichen Dilemma. Sie wollen Pläne für die Zeit nach der Krise entwickeln – aber niemand weiß, wann das sein wird. Sicher ist nur: Je länger der Shutdown andauert, desto schwieriger wird es für die Politik, langfristige Schäden am wirtschaftlichen Geflecht zu verhindern. Je länger die Läden geschlossen sind, desto weniger können vor allem kleinere Firmen die Pleite noch abwenden. Die entlassenen Mitarbeiter konsumieren nicht mehr, die Wirtschaft erholt sich deutlich langsamer bis gar nicht. So skizziert es Lars Feld, der Vorsitzende des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bekannt als Rat der Wirtschaftsweisen.

Auch die Ökonomen kämpfen mit der Ungewissheit. Sie arbeiten daher vor allem mit drei grundlegenden Szenarien des Krisenverlaufs. Im besten Fall vollzieht die Wirtschaftsentwicklung des Landes ein »V« nach: Nach kurzem steilen Absturz normalisiert sich alles wieder und es geht ebenso steil bergauf. Der harte »Shutdown« dauert in diesem »Basisszenario« fünf Wochen an. Bis zum Ende des Jahres läuft die Wirtschaft wieder reibungslos.

Es könne durchaus so glimpflich ausgehen, die Lage sei »nicht wie in einem Krieg, wo der Kapitalstock zerbombt wird und die Arbeiter an der Front sterben«, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Volker Wieland. »Sobald die Maßnahmen aufgehoben werden, stehen der Volkswirtschaft wieder alle Kapazitäten zur Verfügung.«

Die meisten Unternehmen sind allerdings deutlich weniger optimistisch. Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) bei 15 000 Betrieben rechnen mehr als 80 Prozent mit einem deutlichen Umsatzminus, jeder vierte sogar mit einem Verlust von mehr als dem halben Jahresumsatz.

Und fast jede fünfte der befragten Firmen fürchtet demnach, die Coronakrise nicht zu überleben und Insolvenz anmelden zu müssen. Es droht ein Rekordjahr der Pleiten, besonders für ohnehin angeschlagene, überschuldete Firmen.

Sollte das Wirtschaftsleben substanzell über den Sommer hinaus vom Kampf gegen Covid-19 betroffen sein, könnte die Krise eine grundsätzlich andere Verlaufsform nehmen und ein »U« beschreiben: Die Wirtschaftskraft würde steil abfallen, längere Zeit auf niedrigem Niveau verharren und erst nach zwei oder mehr Jahren wieder stark zunehmen.

Der Sachverständigenrat hält eine solche Entwicklung für möglich, falls die Lage sehr unübersichtlich wird, weil weiter unklar ist, wann die Pandemie unter Kontrolle sein wird. Weil Firmen dann ihre Investitionen langfristig herunterfahren, könnte das mittelfristig das Potenzial der Wirtschaft insgesamt senken, Produkte und Dienstleistungen zu produzieren. Weniger Maschinen, weniger Computer – weniger Jobs. Die Privathaushalte wiederum könnten aus Angst vor Arbeitslosigkeit dazu neigen, ihr Geld insgesamt stärker beizammenzuhalten als in normalen Zeiten. In diesem Szenario würde die Aufholjagd der deutschen Wirtschaft länger auf sich warten lassen. 2020 würde sie mindestens um 4,5 Prozent schrumpfen – und 2021 mit 1,0 Prozent nur sehr schleppend wachsen.

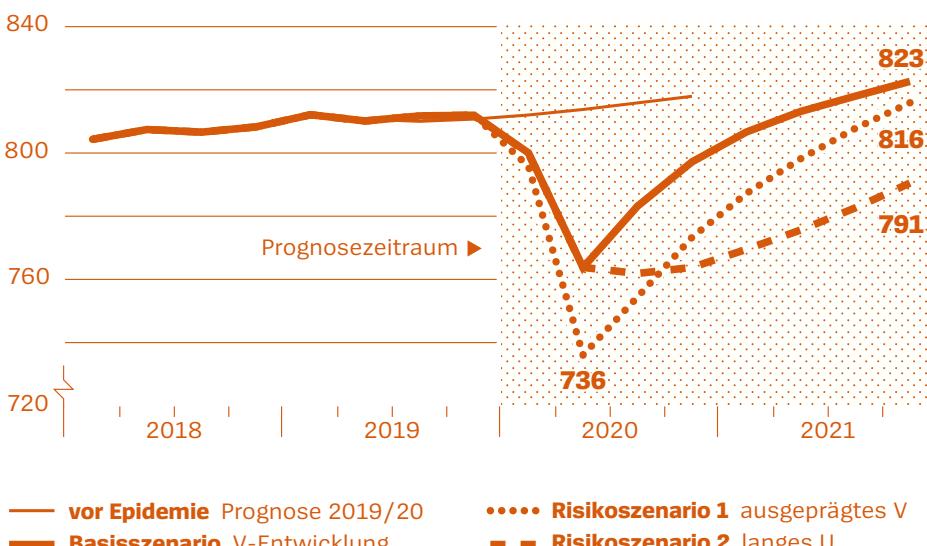
Es gibt einen weiteren Buchstaben, mit dem die Ökonomen einen möglichen Krisenverlauf bezeichnen: das L. Nach einem steilen Absturz geht es nur noch seitwärts, nicht mehr aufwärts. Das Ifo-Institut hält etwa im schlimmsten Fall ein Minus von 20 Prozent für möglich. Die Wirtschaft wäre so niedergeschmettert, dass sie nicht mehr in Gang zu bekommen wäre, den Menschen fehlte es an Geld zum Konsumieren, den Firmen an Kapital zum Investieren. Millionen Menschen wären dauerhaft arbeitslos. Ein solches Depressions-szenario will die Politik mit allen Mitteln verhindern.

Hoffen auf das nächste Jahr

Szenarien des Sachverständigenrats zur Entwicklung des BIP

Deutsches Bruttoinlandsprodukt in Mrd. €, saison- und kalenderbereinigt

DER SPIEGEL



Seit vergangener Woche rollt das größte Hilfspaket für die deutsche Wirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik. Rund 1,4 Billionen Euro sollen dabei helfen, Industrie, Handel und Dienstleistungen am Leben zu halten. Solosebstständige, freischaffende Künstler bis hin zum Taxichauffeur, bekommen einige Tausend Euro direkt auf das Konto überwiesen. Kleinunternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten erhalten bis zu 15 000 Euro Soforthilfen.

Großkonzerne wiederum können im schlimmsten Falle darauf hoffen, dass der Staat sich bei ihnen beteiligt, um eine Pleite abzuwenden. Das soll über den mit 600 Milliarden Euro dotierten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) geschehen. Für die breite Masse der Unternehmen springt der Staat mit einem Kurzarbeiterprogramm ein, zahlt die Sozialbeiträge für die Mitarbeiter. Er stundet Steuern und bietet Kredite über die jeweilige Hausbank an, bei denen die KfW für bis zu 90 Prozent als Bürg im Hintergrund steht. Höhe des Programms: unbegrenzt.

Es sind gigantische Maßnahmen und enorme Mittel. Eine »Bazooka«, wie Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sagt. Und doch werden sie wohl nicht ausreichen. Insbesondere für den Mittelstand. Dort klafft eine Lücke im Rettungsnetz des Bundes, vor allem weil die Laufzeiten der Kreide zu kurz sind.

Schon wird über einen zweiten Rettungsschirm diskutiert, der zielgenauer auf einzelne Branchen zugeschnitten ist, die jetzt durch das Raster zu fallen drohen: der stationäre Handel, die kleinen Firmen in der Tourismusbranche, etwa Reisebüros. »Der Fantasie sind derzeit wirklich keine Grenzen gesetzt, so groß ist die Not«, sagt der CDU-Wirtschaftsexperte und Fraktionsvize Carsten Linnemann. »Eine Branche nach der nächsten gerät in den Abwärtsstrudel.«

Die Nervosität in Berlin ist so groß, weil es dieses warnende historische Beispiel gibt, weil schon einmal solche Kaskaden durchs Land rollten. Und das Beispiel ist nicht die Lehman-Krise, es ist schlimmer. In der letzten Oktoberwoche 1929 rauschten die Börsenkurse ins Bodenlose – und es sollte 22 Jahre dauern, bis die Kurse wieder das Niveau von vor der Krise erreichten. Der Kollaps der Finanzmärkte riss die Weltwirtschaft in den Abgrund. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung bis 1933 um mehr als ein Viertel.

Die Welt war vor 90 Jahren eine komplett andere, dennoch sehen Ökonomen mehr Berührungspunkte, als ihnen lieb ist. »So ungebremst, wie jetzt Produktion und Nachfrage abstürzen, kann das Ganze so schlimm werden wie die Große Depression«, sagt Moritz Schularick. Der Ökonom, derzeit Gastprofessor in New York, hat sich mit historisch-empirischen Studi-



»Niemand bestellt mehr.«

**Thorsten Zindel,
Tiefkühllieferant**

en über das Entstehen von Wirtschaftskrisen einen Namen gemacht. Er sucht Antworten in der Vergangenheit, um die Gegenwart zu verstehen. Vorzugsweise ihre Krisenphasen.

Auch 1929 war die Nachfrage nach Gütern aller Art dramatisch gesunken. Die Geschäfte blieben auf ihren Waren sitzen, selbst wenn die Händler sie billiger anboten. Die Regierung forderte die Bürger auf, »jedes Übermaß an Feiern und Vergnügungen« zu vermeiden. Immer mehr Ladenbesitzer gaben auf, jeden Tag wurde Inventar zwangsversteigert, vor allem Gastro-nomen litten Not. Das ganze Land stand still, ähnlich wie heute.

Allerdings war dem Niedergang zur Weimarer Zeit eine Phase wilder Spekulation und maßloser Gier vorausgegangen.

Diesmal trägt der Finanzsektor keine Schuld an der Krise. Sie entspringt vielmehr der Realwirtschaft, dem kollektiven Absturz von Gastwirten, Ladeninhabern oder Friseuren, die keine Einnahmen haben, aber laufende Kosten – was dann wiederum aber zur Gefahr für die Kreditwirtschaft werden könnte: »Je länger diese Situation andauert, desto größer wird der Druck auf die Banken«, sagt Schularick.

Eines hat die Geschichte der Weltwirtschaftskrise gelehrt: Auch wenn es so wirkt, als sei das Größte überstanden, ist es noch nicht vorbei. In der Großen De-

pression gab es mehrmals Anzeichen für eine Erholung und dafür, dass die Konjunktur wieder anziehen könnte – worauf es jedes Mal wieder schlimmer kam.

Für Axel und Ulrike Sassor, die Eigentümer eines kleinen Gastbetriebs im nordhessischen Dodenau, begann die Krise mit einer Reihe von Anrufern. Urlauber, die eines der 37 Zimmer im »Motorradhotel Sassor« gebucht hatten, wollten plötzlich wissen, wie es denn mit Stornogebühren ausgehe. Das war vor ein paar Wochen. »Wir wussten zuerst nicht mal, was sie meinen«, sagt Axel Sassor. Ihr Hotel ist beliebt und notorisch ausgebucht; kurzfristige Anfragen beantwortete das Paar schon mal scherhaft mit der Gegenfrage: »Nächstes oder übernächstes Jahr?«

Mitte März musste das Hotel auf behördliche Anordnung schließen. Und Sassor seinen Mitarbeitern erklären, dass es für sie bis auf Weiteres keine Arbeit gebe – sieben schickte er in Kurzarbeit, drei Minijobber kündigten er. Er bat Strom- und Gasanbieter, Zahlungen aussetzen zu dürfen, stornierte Obst- und Gemüsebestellungen bei Großlieferanten und sagte Malern und Handwerkern ab, um Kosten zu sparen. Ohne Einnahmen keine Aufträge. »Wir haben überall angerufen und gesagt: Wir können nicht anders«, sagt Sassor. Der erste Stein.

Knapp 50 Kilometer von Dodenau entfernt hat Schwalenstöcker und Gantz seinen Sitz, ein Lebensmittelgroßhändler, der von seinen Kunden »Schwalli« genannt wird. Thomas Raabe, geschäftsführender Gesellschafter, gehörte zu den Ersten, die die Not der Sassors zu spüren bekamen. »Wenn die Hotels keine Umsätze machen, kommen bei uns auch keine Umsätze an«, sagt Raabe. Seine Lkw transportieren Lebensmittel; Hotellerie und Gastronomie machen 85 Prozent seiner Lieferungen aus. Der Rest ginge an Betriebskantinen, Schulen und Kitas – wären die nicht ebenfalls geschlossen.

Nicht nur das Hotel Sassor braucht seine Lieferungen nicht mehr. Von den zwei Dutzend Lkw-Touren, die Schwalli normalerweise täglich fuhr, sind gerade mal fünf übrig geblieben. Jetzt sind Raabes Lager voll, nur den kleinsten Teil seiner Waren konnte er an Endverbraucher loswerden. »Bei uns gibt es Sahne im Fünf-Liter-Pack und Roastbeef im 20-Kilo-Karton«, sagt Raabe, »versuchen Sie mal, das einer kleinen Familie zu verkaufen.« Sein Umsatz ist um fast 85 Prozent eingebrochen. Wie lange kann er das durchstehen? »Drei Monate vielleicht, aber dann muss ich viele Jahre Schulden zurückzahlen.« Der zweite Stein.

Von Dodenau bis nach Witzenhausen bei Göttingen sind es rund 130 Kilometer, dort stehen die Früchte von Thorsten Zindel und türmen sich bis unter die Decke.

»Weil niemand mehr bestellt, ist unser Tiefkühl Lager bis zum Rand gefüllt«, sagt Zindel. Das Unternehmen des 58-Jährigen gibt es seit 1947: Großvater Alfred vertrieb frische Kirschen aus der Region, Enkel Thorsten spezialisierte sich auf die tiefgekühlte Variante. Großhändler wie Schwalli kaufen bei der Alfred Zindel AG ein, um dann an die Gastbetriebe zu liefern.

Dass die Hotels und Gastronomen langsam Probleme bekamen, merkte Thorsten Zindel Anfang März, an den Lieferungen, die sein Lager Richtung Großhandel verließen. Zuerst wurden von Paprika und Kirschen nur noch halbe Paletten angefragt, dann nur noch einzelne Lagen, dann gar keine mehr. Am 16. März, als im Hotel Sässor die ersten Mitarbeiter gehen mussten, brach sein Geschäft nahezu komplett ein. »Je länger dieser Shutdown andauert, desto schlimmer wird es für uns alle«, sagt er. Sein Auftragsvolumen ist um 80 Prozent eingebrochen. Ein paar Monate hält er das durch, vielleicht. Der dritte Stein.

Der Service-Bund, ein Zusammenschluss von deutschen Lebensmittelgroßhändlern, fordert mittlerweile weit größere Hilfen, als sie der Bundestag bisher beschlossen hat. Man müsse unbedingt Gastronomen und Hoteliers entlasten, sagt Geschäftsführer Ulfert Zöllner – den Anfang der Kette, das erste Dominosteinchchen. Er schlägt eine Übernahme sämtlicher Fixkosten vor, von Bruttogehältern über Mieten und Gas- und Stromrechnungen, so wie in Dänemark. Nur auf diese Weise könne man die Kette stoppen, bevor sie alle anderen Unternehmen mitreiße. »Das Geld muss vorn fließen«, sagt Zöllner, »nicht irgendwo dazwischen.«

Egal, wo das Geld fließt, eines steht fest: Es kommt vor allem vom Steuerzahler. Der Staat wird nun zwangsläufig zum zentralen Akteur in der Wirtschaft.

»Diese Pandemie erfordert nicht nur massive staatliche Finanzhilfen, sie erfordert Intervention, eine staatlich gesteuerte Reorganisation der gesamten Wirtschaft«, sagt Edmund Phelps, kein linker Theoretiker, sondern Wirtschaftsnobelpreisträger. Es braucht eine »systemische Absicherung«, mit »groß angelegten Eingriffen des Staates, in die Art und Weise wie die Wirtschaft produziert«. Vor ein paar Wochen noch hätte sich kaum ein etablierter Ökonom zu einer solchen Aussage hinreißen lassen, nun kommen solche Forderungen aus allen Lagern.

Für den deutschen Wirtschaftsminister ist das trotz aller aktuellen Sorgen auch ein wenig Genugtuung. Wenn man Peter Altmaier in diesen Tagen bei seiner Arbeit begleitet, erlebt man einen angespannten, aber auffallend selbstbewussten Politiker. Verstaatlichung, das war bis vor Kurzem noch ein Schimpfwort in seiner Partei. Altmaier hatte es in seiner Industriestrategie



MARCUS SIMMITS / DER SPIEGEL

»Wenn die Hotels keine Umsätze machen, kommen bei uns auch keine Umsätze an.«

Thomas Raabe,
Lebensmittelgroßhändler in Nordhessen

im Februar vergangenen Jahres vorgeschlagen – damals für den Fall, dass sich ein ausländischer Investor ein deutsches Hightech-Unternehmen unter den Nagel reißen will. »Was haben mich die Ökonomen damals gescholten, als ich staatliche Beteiligungen vorgeschlagen habe«, sagt Altmaier heute.

Nun bekommt er Lob von fast allen Seiten für seine riesigen staatlichen Krisenprogramme. Und niemand widerspricht, wenn staatliche Beteiligungen nun nicht mehr nur für Konzerne, sondern auch für kleinere Mittelständler ab 250 Angestellten vorgesehen sind. Wenn die Bundesländer in der Not sogar bei noch kleineren Unternehmen direkt als Anteilseigner einsteigen sollen.

Deutschland auf dem Weg in die Staatswirtschaft: Das klingt befreudlich, nach Planerfüllung und Ineffizienz, nach DDR. Viele Ökonomen halten so einen Systemwechsel allerdings für machbar – solange er vorübergehend ist. In Zeiten von Kriegen habe der Staat gezeigt, dass er die Kapazität hat, Marktmechanismen außer Kraft zu setzen und selbst die Wirtschaft zu steuern, sagt Krisenexperte Schularick. »Die Ressourcen werden dann auf ein Ziel gebündelt – damals den Krieg, heute das Virus.« In solchen Situationen sei der Staat autorisiert, zentrale Güter zu bewirtschaften, im Krieg die Erdölvorräte, heute vielleicht Beatmungsgeräte.

Allerdings wird es teuer, wenn der Staat für alles geradestehrt, wenn er temporär Konzerne, Mittelständler oder Soloselbstständige finanzieren und den Bürgern Arbeitsplatz und Einkommen sichern will. Das geht nur über neue Schulden, extrem hohe Schulden. Der Bundestag hat bereits entschieden, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zeitweise auszusetzen. Ein »überschaubares Risiko«, findet Schularick, denn die Zinsen sind niedrig, und Deutschland hat viele gute Jahre hinter sich.

Die Probleme liegen in den nächsten Monaten wohl zunächst auf ganz anderen Gebieten. Wenn die Wirtschaftsordnung durcheinander gewirbelt wird, wenn der Staat plötzlich alte Regeln außer Kraft setzt und im Schnellverfahren durch neue ersetzt, wird es zu Chaos kommen.

Die Bundesregierung hat den normalen Wirtschaftskreislauf mit den Anti-Corona-Gesetzen bereits an mehreren Stellen unterbrochen: Vermieter dürfen Mieter nicht mehr kündigen, wenn diese ihre Miete infolge der Coronakrise vorerst nicht begleichen können. Konsumenten, die ein Verbraucherdarlehen etwa zur Finanzierung ihrer Wohnung aufgenommen haben, dürfen die Raten bis vorerst Juni aussetzen und später nachzahlen. Wenn nötig, darf die Große Koalition die Maßnahmen sogar bis Ende September verlängern, ohne dass

der Bundestag das noch einmal absegnen müsste.

»Mit diesen Eingriffen ins Vertragsrecht hat die Regierung eine Grenze überschritten«, sagt Clemens Fuest, Chef des Münchner Ifo-Instituts. »Sie stellt damit die Sicherheit von Vertragsbeziehungen in Frage, dafür muss man schon sehr gewichtige Gründe haben.«

Dass kein Mieter wegen der Coronakrise seine Wohnung, kein Selbstständiger sein Ladengeschäft verlieren sollte, steht außer Frage. Doch es waren nicht straukelnde Privatpersonen, sondern Unternehmen wie Adidas, Deichmann, und H & M, die als Erste ankündigten, ihre Ladenmieten vorerst als präventive Maßnahme zurückhalten zu wollen.

Die Fälle zeigen, wie groß die Nervosität in den Unternehmen ist. Und wie dringend es klare Regeln für die neue Corona-Wirtschaft braucht. Ungewohnte Fragen sind dringend zu klären: Können Unternehmen mit staatlichen Krediten machen, was sie wollen, oder müssen klare Bedingungen an die Vergabe geknüpft werden? Dürfen staatlich gestützte Unternehmen noch Boni zahlen, Aktien zurückkaufen oder Wettwerber übernehmen?

Und wer entscheidet eigentlich, wie lange wir Zombies am Leben halten: Unternehmen, die auch vor Corona schon kriselten oder vor dem Aus standen, und nun dank Staatshilfe eine künstliche Lebensverlängerung erhalten?

Hier setzt traditionell die Kritik am starken Staat an: Wenn Politiker und Beamte versuchen, die Wirtschaft zu dirigieren, geht das immer schief. Und wenn nun auch noch in die Grundlagen der Wirtschaftsordnung eingegriffen wird, könnte vor lauter Krisenmanagement schnell vergessen werden, dass die deutsche Wirtschaft nach Corona weiter wettbewerbsfähig sein muss. Mehr noch als vorher sogar. Denn die Weltwirtschaft wird nach der Krise eine andere sein.

Niemand kann derzeit vorhersagen, wie zukunftsträchtig das deutsche Exportmodell in einer sich deglobalisierenden Welt noch ist. Deutschland ist wie kaum ein anderes Land abhängig von Ausfuhren, gut die Hälfte der Waren, die die Industrieunternehmen herstellen, werden im Ausland verkauft. Die deutsche Wirtschaft: Das ist Siemens, Bosch oder BASF – Konzerne, die überproportional vom Welthandel abhängen. Und es sind die rund tausend mittelständischen »Hidden Champions«, oft regional verwurzelt, die am Weltmarkt eine Spitzenstellung einnehmen.

Das macht sie in der Coronakrise so außerordentlich verwundbar, wenn Lieferketten reißen und Grenzen geschlossen werden. Das Virus legt brutal die Schwächen und Gefahren der Globalisierung of-

Flexibel bleiben. Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus.

Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

4 % sparen.

Für nur € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf

Ohne Risiko.

Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets.

Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:
 abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700
(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)

Keine
Mindest-
laufzeit



fen. Die Deglobalisierung sei längst im Gange, sagt Ökonom Schularick. »Durch die Finanzkrise und dann den Populismus hatten wir schon einige Jahre vor Ausbruch des Virus den Höhepunkt erreicht und überschritten.« Der Aufstieg der Populisten, die Konflikte im Welthandel, höhere Zölle und neue Vorschriften: Viele Regierungen sind längst vom Prinzip offener Märkte abgerückt. Der Corona-Schock beschleunigt den Prozess nun.

Die Krise wirft neue Fragen auf: Warum wird etwas Überlebenswichtiges wie Antibiotika in China produziert und nicht

hierzulande? Oder warum haben die Unternehmen ihre Lagerhaltung derart heruntergefahren, sich auf Just-in-time-Belieferungen verlassen und sich mit ihren langen Lieferketten höchst verletzlich gemacht? »Da wird man neu nachdenken«, erwartet Schularick.

Am Ende geht es um nicht weniger als die Suche nach einem neuen Wirtschaftsmodell. Weniger global, weniger arbeitsintensiv. Dies würde die Produktion ineffizienter und teurer machen. Ein Nachteil, den die Menschen gleichwohl in Kauf nehmen, gewinnen sie damit an Souveränität

und Sicherheit, sagt Schularick. Für die Exportnation Deutschland bedeutet das: Ihre Unternehmen müssen sich auf einen noch härteren globalen Wettbewerb einstellen.

Es ist ein fast unmögliches Balanceakt: Die Unternehmen kämpfen gegen den vielleicht größten Absturz der Geschichte und sollen gleichzeitig noch eine Schippe drauflegen. Innovativer, technologiestärker, exportunabhängiger werden.

Dass es dafür mehr kleine, wendige Firmen braucht, Start-ups insbesondere, steht schon lange fest. Aber die gehören nun zu den Ersten, die in der Krise fallen.

Kaum eine Branche trifft das Beben so unvorbereitet wie die deutsche Start-up-Szene. Selbst in wirtschaftlich ruhigen Zeiten sind viele der Neugründungen auf Kante genäht, angewiesen auf immer neue Kapitalspritzen. Das ist Teil des Konzepts: Potenzielle Geldgeber interessiert das Wachstum eines Unternehmens mehr, als die Frage, ob es Gewinne macht oder gar Rücklagen für magere Jahre bildet.

In Krisenzeiten offenbaren sich die Tücken dieses Spiels: »Wer in den nächsten Monaten dringend Kapital braucht, hat jetzt ein Problem«, sagt Christian Miele, Präsident des Bundesverbands Deutsche Start-ups und Urenkel des gleichnamigen Waschmaschinenpioniers. Er ließ in der vergangenen Woche eine Umfrage bei mehr als tausend jungen Gründern und Gründerinnen durchführen – mit erschreckendem Ergebnis: Acht von zehn sehen sich in ihrer Existenz gefährdet.

Miele konnte diese Ergebnisse anfangs kaum glauben: »Das Bild ist weit dramatischer, als wir es uns vorgestellt haben«, sagt er. Zwei Drittel der Befragten planen, den Staat um Hilfe zu bitten.

Für Deutschland ist das Überleben der Start-ups elementar. Allein in Berlin schufen sie in den vergangenen zehn Jahren 80 000 neue Jobs. Und zogen dort vergangenes Jahr 3,7 Milliarden Euro Kapital an. Der Schuhversandhändler Zalando ist mittlerweile einer der größten Arbeitgeber der Stadt. »Es geht jetzt darum, ein Desaster abzuwenden«, sagt Miele. Den Bundestag hat er bereits überzeugt: Der jüngst verabschiedete Wirtschaftsstabilisierungsfonds schließt rund 150 bis 200 Start-ups mit einer Bewertung von über 50 Millionen Euro ein, auch Selbstständige und Kleinunternehmer sind abgesichert. Am Dienstag kündigte die Bundesregierung zusätzlich an, Gründern kurzfristig mit einem Zwei-Milliarden-Euro-Fonds zu helfen.

Im Wirtschaftsministerium widmen sich mehrere Stäbe, unterstützt von einer Hundertschaft an Beratern, der Zeit nach der Krise: Es werden erste Szenarien entwickelt, wie Deutschland bei einer globalen Aufholjagd vorneweg laufen könnte.



PHILIP FROWIN / DER SPIEGEL

»Wir wollen wirtschaftlich erfolgreich sein, aber auf verantwortliche Art.«

**Antje von Dewitz,
Haupteigentümerin des Outdoor-Spezialisten Vaude**

Öffentlich will man darüber noch nicht reden, die Krisenhilfe soll im Vordergrund stehen. Aber intern sieht man die Chance, all das Lähmende endlich abzustreifen, über das jahrelang gestritten wurde und auf dessen Beseitigung man sich nicht einigen konnte: die überbordende Bürokratie, die zähen Genehmigungsverfahren, ideologische Grundsatzkämpfe. »Für all das ist keine Zeit mehr«, sagt ein hochrangiger Mann im Wirtschaftsministerium. Jetzt öffne sich ein Zeitfenster, um mit der Gesellschaft einen Konsens über einen tiefgreifenden Wandel der Wirtschaft herzustellen. So wie der damalige Kanzler Gerhard Schröder einst eine tiefe Krise nutzte, um den Arbeitsmarkt grundlegend zu reformieren.

Doch dazu müssen die Unternehmen den Schock erst einmal überleben, vor allem die kleinen und mittleren. Und vielleicht ist der langfristig bessere Weg dafür nicht der kalte Konzernegoismus. Vielleicht kommen gerade jene Unternehmen besser durch die Krise, die versuchen, ihre Netzwerke zu erhalten und solidarisch zu sein.

Der schwäbische Outdoor-Spezialist

Vaude hat in den vergangenen Jahren viele Auszeichnungen bekommen: den Umweltpreis für Unternehmen des Landes Baden-Württemberg, den European Business Award; es war für den Preis für soziale Verantwortung der Bundesregierung nominiert. Ein Mittelständler, der nicht nur schnell wächst, sondern seine Trekkingrucksäcke, Mountainbike-Schuhe und Funktionsjacken auch nachhaltig und sozial verantwortlich produziert. »Wir wollen wirtschaftlich erfolgreich sein, aber auf verantwortliche Art und partnerschaftlich mit unseren Mitarbeitern«, sagt Chefin Antje von Dewitz.

Sie hat die Führung der Firma vor elf Jahren von ihrem Vater übernommen. Seit drei Wochen fragt sie sich, wie viel davon noch übrig bleibt. Auch Vaude kämpft über kurz oder lang um das nackte Überleben. Am 11. März erhielt die Vaude-Chefin eine E-Mail ihres wichtigsten Vertriebspartners in Italien. Er schilderte die dramatische Situation im Land und kündigte an, alle 27 Filialen zu schließen.

Von da an ging es Schlag auf Schlag. In allen Kernmärkten sind die Sport- und Outdoor-Läden, die Kaufhäuser und Franchisenehmer, über die Vaude verkauft, mittlerweile geschlossen. Auch der Onlinehandel lahmt. Der Umsatz ist insgesamt auf etwa zehn Prozent des normalen Niveaus abgestürzt.

Dewitz arbeitet mit drei Szenarien: Shutdown bis Ende April, bis Ende Mai oder bis Ende Juni. Noch plant sie mit der optimistischsten Variante.

Vaude hat für 40 Prozent der Beschäftigten Kurzarbeit angemeldet. Alle, die an

Wer kam besser aus der Krise?

■ USA □ China ■ Eurozone

◀ Beginn der Weltfinanzkrise 2008

Bruttoinlandsprodukt
Veränderung zum Vorjahr, in Prozent

11,4
3,5
1,7
-4,5
9,6
5,1
4,2
9,1
29,0
7,7
5,2
-14,3

2,3
1,2
3,7
3,8
12,0
2,3*
1,8*
0,9*

Arbeitslosenquote
in Prozent

3,7
3,7
3,8

offizielle chinesische Angaben

12,0
7,6
9,1
2,3*
1,8*
0,9*

Warenexporte
Veränderung zum Vorjahr, in Prozent

*Schätzung;
Quellen: IWF, Ameco

2005 2012 2019

der Planung und Vorbereitung für die kommenden Saisons beteiligt sind, arbeiten noch. Auch der deutsche Teil der Fertigung, die Taschenmanufaktur in Tettnang, läuft zunächst weiter, weil noch Auftragsrückstände aufzuholen sind. Leute, die in der Logistik arbeiten, wo es jetzt fast nichts zu tun gibt, helfen dort aus. 200 Mitarbeiter schickte von Dewitz ins Homeoffice, diejenigen mit kleinen Kindern bekamen ein paar Tage Sonderurlaub, um Kinderbetreuung und das Leben im Krisenmodus zu organisieren.

Vaude verhandelte Kompromisse mit den Händlern, die Bestellungen stornieren und Zahlungsaufschub bekommen wollen, vereinbarte mit den in Asien angesiedelten Produzenten und Lieferanten spätere Zahlungsziele.

Das Unternehmen verhandelt mit den Vermietern seiner vier Outlets über Mietminderungen für die Zeit, in der auf behördliche Anordnung die Läden geschlossen bleiben. »Wir glauben, dass es unsere Position stärkt, wenn wir uns jetzt als verlässlicher Partner zeigen«, sagt Dewitz.

Solidarisches, nachhaltiges Wirtschaften als alternative Krisenbewältigung zum Raubtierkapitalismus, kann das gut gehen?

Wenn sich der Shutdown bis Ende Mai oder Juni zieht, stößt auch der kooperative Weg von Vaude an Grenzen. Selbst im besten Fall wird am Ende des Jahres ein deutlicher Verlust stehen, zumal Dewitz davon ausgeht, dass der Markt mit heruntergesetzter Ware überschwemmt werden wird, sobald das Geschäft wieder anläuft. Das Bankenkonsortium der Firma trägt dieses Szenario mit, vorerst reicht auch die Liquidität.

Bleiben die Läden bis Ende Mai zu, muss Dewitz den Kurs ändern. »Dann fahren wir auf Notreserve runter, es müsste einen radikalen Kostenstopp geben.« Die Produktion in der Manufaktur würde stillgelegt, die Beschaffung in Asien für Sommer 2021 würde massiv reduziert. Dann würden auch Marketing und Produktentwicklung drastisch gekürzt und ein Großteil der Belegschaft in Kurzarbeit geschickt.

In dieser Woche hat Vaude mit den Banken besprochen, wie hoch die KfW-Kredite sein müssten, um liquide zu bleiben.

Noch sind das Vorsichtsmaßnahmen, die Hoffnung überwiegt. Dewitz versucht, die Stimmung hochzuhalten, den Zusammenhalt zu fördern. Mit einem neuen Onlineprogramm machen Mitarbeiter aus dem Homeoffice nun gemeinsam Sport per Videokonferenz.

»Wir schaffen das«, sagt Dewitz.

Simon Hage, Martin Hesse, Alexander Jung, Anton Rainer, Marcel Rosenbach, Thomas Schulz, Anne Seith, Gerald Traufetter

»Der Staat muss wie ein Arzt das System stabilisieren«

»Ich würde den Patienten friedlich einschlafen lassen«

SPIEGEL-Streitgespräch Der Bestsellerautor Marc Friedrich hat den größten Crash aller Zeiten prophezeit und sieht sich durch die Pandemie bestätigt. Der Ökonom Peter Bofinger hält die Thesen noch immer für Quatsch.

SPIEGEL: Herr Friedrich, im Dezember haben wir mit Ihnen und Herrn Bofinger ein Streitgespräch über den von Ihnen prognostizierten größten Crash aller Zeiten geführt. Seither sind die Börsenindizes teilweise um bis zu 40 Prozent eingebrochen. Fühlen Sie sich bestätigt?

Friedrich: Mir war klar, dass der Crash irgendwann kommen würde, mir war nur nicht klar, was der Auslöser sein würde. Das Coronavirus hat das Ganze beschleunigt, es war die Nadel, die die Finanzmarktblase zum Platzen gebracht hat. Dass eine Rezession kommen musste, habe ich ja immer gesagt, weil die Märkte seit Jahren aus dem Gleichgewicht sind.

SPIEGEL: Herr Bofinger, das sehen Sie sicher anders.

Bofinger: Natürlich. Ich finde es abenteuerlich, das Coronavirus zu instrumentalisieren. Die ganzen wirtschaftlichen Probleme sind ja nur entstanden durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche. Der Shutdown hat die gesamte Wirtschaft lahmgelegt. Betroffen sind nicht hoch verschuldete Unternehmen, sondern der Einzelhandel, der Mittelstand. Die hatten zuvor keine Finanzierungsprobleme.

Friedrich: Beim letzten Punkt bin ich ganz bei Ihnen.

Bofinger: Moment. Ihre These war doch: Wir haben eine Überschuldung in der Welt

und negative Zinsen, deshalb kommt es zu einer Krise in der Finanzwirtschaft. Das Virus trifft jetzt aber vor allem die Realwirtschaft. Wie sich das auf die Finanzwirtschaft auswirkt, muss man erst mal sehen.

Friedrich: Dann darf ich noch einmal daran erinnern, was Sie in unserem letzten Gespräch gesagt haben: Ich sehe keinerlei Anlass für eine Weltrezession, einen Zusammenbruch der Finanzmärkte oder eine starke Inflation.

Bofinger: Das ist doch alles richtig.

Friedrich: Des Weiteren haben Sie gesagt: Es gibt keine Anzeichen, dass die Weltwirtschaft um 20 Prozent abstürzen könnte. Wo sollte das denn herkommen? Ich habe immer gesagt und geschrieben: Auslöser könnte eine Naturkatastrophe sein oder der Zusammenbruch einer großen Bank. Die Frage ist nicht, was es ist, sondern wann es geschieht. Und es ist geschehen. Ökonomen wie Sie und die Notenbanken können Krisen immer nur im Nachhinein erklären, sie sehen sie nie kommen. Wäre dieses Virus auf ein gesundes Finanzsystem gestoßen, wären die Verwerfungen nicht so groß.

Bofinger: Das gesündeste Finanzsystem der Welt würde einen solchen Shutdown ohne staatliche Hilfe nicht verkraften. Die Wirtschaft wurde in ein künstliches Koma versetzt, das kann sie aus eigener Kraft

nicht bewältigen. Jetzt geht es darum, dass man den Patienten ausreichend versorgt, damit er diese Zeit ohne größere Schäden überlebt. Denn wie das Ganze ausgeht, steht ja noch gar nicht fest. Der riesige Crash ist nicht zwingend. Man kann das hinkriegen.

SPIEGEL: Wie denn?

Bofinger: Was die Bundesregierung gemacht hat, ist richtig, aber nur ein erster Schritt. Wenn wir noch vier oder sechs Wochen Shutdown haben, brauchen wir nicht nur Liquiditätshilfen für die Unternehmen, Kredite allein genügen nicht. Ich habe deshalb eine Art negativer Einkommensteuer vorgeschlagen: Der Staat soll den Unternehmen einen Teil der Steuern, die sie im vergangenen Jahr gezahlt haben, zurückgeben.

Friedrich: Ob das den Unternehmen wirklich hilft? Das ganze System ist doch krank. Wir werden eine Pleitewelle sehen, die 1929 in den Schatten stellen wird. Die USA haben vorige Woche den größten Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Beginn der Aufzeichnung gemeldet, das ist leider auch hier zu erwarten. Wann haben die großen Automobilkonzerne Daimler und VW jemals zuvor die Produktion gestoppt?

Bofinger: Das hat doch nichts mit einem angeblich kranken System zu tun. Sie kommen mir vor wie ein Vulkanforscher, der sagt, der Vulkan bricht aus, und das Dorf A wird verschüttet. Dann brennt es im Dorf B, und Sie sagen: Ich habe es doch gleich gesagt. Die großen deutschen Konzerne haben riesige Liquiditätspolster ...

Friedrich: ... noch. Ich glaube, wir werden in wenigen Wochen in einer komplett anderen Welt aufwachen.

Bofinger: Ich glaube: Wir schaffen das. Das hier ist kein klassischer Konjunkturteinbruch. Der geht meistens vom Investitionsbereich aus, vom Export oder dem Immobiliensektor. Dieses Mal geht der private Verbrauch voll in die Knie. Wenn wir eine große Pleitewelle vermeiden, kann die Beschäftigung nach der Krise ohnehin wieder hochgefahren werden. Aber dafür muss die Politik jetzt mutig sein.

SPIEGEL: Das heißt, sie muss mehr Schulden machen als jetzt schon geplant?

Bofinger: Das ist die einzige Lösung. Der frühere EZB-Chef Mario Draghi hat das sehr schön gesagt: Die Schulden dürfen nicht bei den Unternehmen sein, sondern der Staat muss sie in seine Bilanz nehmen.

Friedrich: Dann kriegen wir eine Hyperinflation.

Bofinger: Überhaupt nicht, der ganze Prozess ist hoch deflationär. In einer schweren Rezession haben wir hohe Arbeitslosigkeit, viele Insolvenzen, Überkapazitäten, also Deflation. Deshalb müssen Staaten und Notenbanken noch mehr als jetzt tun, um die Wirtschaft am Leben zu erhalten.



ANDREAS REEG / DER SPIEGEL



ANDREAS REEG / DER SPIEGEL

Friedrich, 44, Autor und Vermögensberater, hat zusammen mit seinem Partner Matthias Weik den Bestseller »Der größte Crash aller Zeiten« geschrieben.

Bofinger, 65, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und war 15 Jahre lang Mitglied des Sachverständigenrats.

Friedrich: Wir versuchen seit Jahren, drohende Rezessionen mit Gelddrucken und Zinssenkungen zu bekämpfen. Diese Medikamente haben nie funktioniert. Mit Gelddrucken kann man weder Wohlstand erzeugen noch das Virus bekämpfen. Wenn die amerikanische Notenbank weiterhin wie in der vergangenen Woche jeden Abend 125 Milliarden Dollar ins System pumpt, dann würde ihre Bilanz bis zum Jahresende rund 30 Billionen Dollar groß sein, das ist Wahnsinn! Die Ungleichgewichte im Finanzsystem werden immer größer. Das wird nicht gut gehen.

Bofinger: Ich sehe es genau andersherum: Die Lösung des Problems wird genau das sein, was Sie als Ursache sehen: Schulden. **Friedrich:** Sobald ein Land in der Vergangenheit eine Verschuldung von mehr als hundert Prozent des Bruttoinlandsprodukts hatte, kam es immer zu Inflation oder einer Währungsreform.

Bofinger: Das stimmt doch nicht. Sehen Sie sich die Kriegsfinanzierung der USA und Großbritanniens an. Die hatten einen riesigen Anstieg der Schulden, die sie nach dem Krieg und einer kurzen Phase der Inflation problemlos wieder abgebaut haben ...

Friedrich: ... weil es nach dem Krieg den größten Aufschwung in der Geschichte der Menschheit gab. Wir haben seit Jahren weltweit ein schwaches Wachstum.

Bofinger: Japan lebt mit einer sehr hohen Staatsverschuldung, derzeit sind es fast 240 Prozent relativ zur Wirtschaftsleistung, seit Jahrzehnten bestens.

Friedrich: Ihr Problem ist: Sie trauen sich nicht aus Ihrem Denken heraus. Wenn man, wie Sie, Krisen nicht erkennt, sucht man lieber nach Punkten, die für das System sprechen. Für mich ist das Ding durch, ich glaube nicht, dass man das System noch einmal retten können. Wir können uns ein wenig Zeit erkaufen, aber spätestens 2021, 2022 werden die Schuldenblasen platzen. Und dann stehen wir vor denselben Problemen, nur dass sie sich bis dahin potenziert haben. Weiterhin Geld hineinzupumpen kann nicht die Lösung sein.

Bofinger: Wir kommen da nicht zusammen. Wenn die Staaten sich nicht weiter verschulden würden, hieße das ja, die Dinge einfach laufen zu lassen. Dann bekämen wir genau jene Krise, die Sie prophezeien.

Friedrich: Das System als Ganzes ist marode, aber Sie trauen sich nicht, den Stecker zu ziehen. Ich würde den Patienten friedlich einschlafen lassen.

SPIEGEL: Wie bitte?

Friedrich: Warum soll man einen Patienten am Leben erhalten, der nur noch Schmerzen hat? Die Vergangenheit hat bewiesen, dass die Welt nach Krisen nie

untergegangen ist, sondern gestärkt aus ihnen hervorgegangen ist. Nach dem Weltkrieg kam das Wirtschaftswunder.

Bofinger: Das ist abenteuerlich!

SPIEGEL: Herr Friedrich, was würden Sie denn jetzt konkret tun?

Friedrich: Ich würde versuchen, die Herdenimmunität zu stärken. Damit die Volkswirtschaft nicht zu sehr in die Knie geht, sollten Vorgeschädigte und Ältere ein, zwei Monate zu Hause bleiben, der Rest geht raus und macht seine Arbeit. So könnte man das Wirtschaftssystem noch ein bisschen beibehalten.

Bofinger: Als Ökonom würde ich mir eine solche Aussage nicht zutrauen, das würde ich den Leuten überlassen, die mehr davon verstehen. Aber was würden Sie tun, wenn wir von der Prämisse ausgehen, dass der Shutdown nötig ist?

Friedrich: Die Staaten werden sich verschulden, um das Karussell am Laufen zu halten, und das ist wahrscheinlich die einzige Lösung, die es momentan im System gibt. Nur löst es die Probleme nicht.

SPIEGEL: Wie würden Sie diese Probleme denn lösen?

Friedrich: Ich würde den Euro ad acta legen und den Ländern die Schulden erlassen. Wir müssen den Menschen direkt solidarische Hilfe zukommen lassen. Ich würde Italien 10, 20 Milliarden Euro ge-

ben, als Geschenk und nicht verpackt in Corona-Bonds. Wir brauchen ein neues Geldsystem, das nicht auf Schulden finanziert ist. Und wir werden uns verabschieden müssen von den ganzen Institutionen, die den Menschen nichts bringen.

SPIEGEL: Welche Institutionen meinen Sie?

Friedrich: EU, EZB, all das, was zentralistisch und planwirtschaftlich fern der Menschen ist.

Bofinger: Die EU würden Sie abschaffen? Jedes Land soll sein eigenes Glück in der Weltwirtschaft versuchen? Sie meinen, wenn die Länder national vorgehen, können sie sich global besser behaupten? Was glauben Sie, was los wäre, wenn wir jetzt noch die D-Mark hätten?

Friedrich: Es gibt keine Heilung ohne Schmerzen. Wir müssen endlich die Realität anerkennen. Diese Politik wird die linken und rechten Ränder stärken.

Bofinger: Sobald nur der geringste Gedanke laut würde, der Euro sollte abgeschafft werden, gäbe es tatsächlich den größten Crash. Das wäre so, als würden Sie einem Corona-Patienten auf der Intensivstation auch noch eine Hüftoperation zumuten.

Friedrich: Wenn Sie den Blinddarm operieren und dabei Krebs feststellen, müssen Sie auch handeln. Dieses System ist dem Tod geweiht. Das Coronavirus wird den Euro killen.

SPIEGEL: Herr Bofinger, zurück zu Ihrer Lösung: Mehr Geld drucken.

Bofinger: Seien Sie mal nicht so negativ. Wir müssen den Patienten mit möglichst wenig Schäden durch das Koma kriegen, das kostet nun mal viel Geld.

SPIEGEL: Riskieren wir nicht, durch die billionenschweren Hilfsprogramme Unternehmen, die schon vorher so gut wie tot waren, sogenannte Zombies, künstlich am Leben zu halten?

Bofinger: Man kann jetzt kein Finetuning betreiben, wir werden Mitnahmeeffekte sehen. Aber man muss klotzen, darf nicht kleckern. Die Frage ist immer: Macht man zu viel oder zu wenig? In dieser Krise würde ich lieber zu viel machen.

Friedrich: Der Schaden wird umso größer, je länger man die Rettung von Firmen in die Länge zieht, die nicht überlebensfähig sind.

Bofinger: Ich vergleiche Wirtschaftssysteme mit dem menschlichen Körper. Der ist im Prinzip ein geniales System und hat stabile Abwehrreaktionen. Aber manche Schocks verträgt er nicht. Dann muss der Staat wie ein Arzt das ganze System stabilisieren. Ein absolut schockresistentes Wirtschaftssystem ist eine Illusion.



Bofinger, Friedrich beim SPIEGEL-Streitgespräch*

»Seien Sie nicht so negativ«

Friedrich: Der Kapitalismus in seiner heutigen Form ist eine Illusion, er ist am Ende. Wir haben uns 2008 entschieden, den falschen Weg der Verschuldung und des billigen Geldes weiterzugehen. Damals haben die Notenbanken die Banken gerettet, inzwischen müssen wir uns fragen: Wer rettet die Notenbanken und die Staaten?

Bofinger: Also mal langsam. Man hat aus der letzten Krise viel gelernt und die Banken stabiler gemacht. Deren Kreditvergabe war in den vergangenen Jahren sehr zurückhaltend. Man muss einfach mit Instabilität leben. Die Staaten können eingreifen, wenn es brennt, sie können die Schulden in ihre Bilanzen nehmen.

Friedrich: Wie soll das denn finanziert werden? Und die Banken sind nicht stabiler – schauen Sie sich nur mal die Aktienkurse der europäischen Banken an.

Bofinger: Durch die Notenbanken, was denn sonst!

Friedrich: Na super!

Bofinger: Da müssen Sie gar nicht lachen. Wenn der Staat die Schulden nicht über die Märkte finanziert bekommt, dann über die Notenbanken. Dann wird sich die Lage normalisieren, ohne Inflation. Der Staat muss einschreiten, wenn Deflation droht. Man muss da situativ herangehen. Japan macht das seit Jahrzehnten.

Friedrich: Sie können doch Japan nicht mit der Eurozone vergleichen.

Bofinger: Doch, beides sind große Volkswirtschaften.

Friedrich: Japan hatte Glück im Unglück, dass seine Blasen mit Beginn der Globalisierung geplatzt sind, zudem ist der Staat im Inland verschuldet und hat eine eigene Währung.

Bofinger: Genau wie die USA und Großbritannien.

SPIEGEL: Die Eurozone ist aber kein eigener Staat.

Bofinger: Es ist in der Tat ein Problem, dass wir unterschiedliche Nationalstaaten haben, aber eine gemeinsame Notenbank. Trotzdem: Wenn die Eurozone geeint am Kapitalmarkt auftritt, steht der Euroraum so geschlossen da wie Japan und die USA.

SPIEGEL: Also Eurobonds?

Bofinger: Es geht nicht um Eurobonds, sondern um Corona-Bonds. Das muss eine einmalige Veranstaltung sein. Wenn wir ausrechnen, dass diese Krise drei, vier oder fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts kostet, dann begeben wir halt Corona-Bonds in dieser Höhe und verteilen das Geld auf die Länder nach einem festen Schlüssel. Als ganz gezielte

Maßnahme und nicht, um die Schulden der Vergangenheit zu begleichen. Das wird den Menschen einleuchten.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, dass die Eurostaaten dann versuchen würden, künftig alle Probleme auf diesem Weg zu lösen?

Bofinger: Das kann sein. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn wir nach dieser Krise sagen würden, dass wir Geld für den Klimawandel brauchen und das über Klimabonds hereinholen. Die EZB könnte diese Bonds ebenso wie die Corona-Bonds aufkaufen.

SPIEGEL: Das wäre dann direkte Staatsfinanzierung durch die Notenbank.

Bofinger: Wo wäre das Problem?

Friedrich: Weil das schon wieder ein Vertragsbruch wäre ...

SPIEGEL: ... denn die direkte Staatsfinanzierung durch die EZB ist verboten. So steht es in den EU-Verträgen.

Bofinger: Ja, aber wir haben auch eine beispiellose Krise.

SPIEGEL: Herr Bofinger, der Staat macht Schulden, die die EZB aufkauft – das erinnert an ein Perpetuum mobile. Gibt es für Sie keine Grenze der Staatsverschuldung?

Bofinger: Doch natürlich, die Grenze sind die realen Ressourcen einer Volkswirtschaft. Wenn ich die Staatsverschuldung exzessiv einsetze, droht Inflation. Wenn ich sie kontrolliert in der richtigen Situation einsetze, vermeide ich Deflation. Es kommt immer darauf an, die richtige Diagnose zu treffen und die richtige Dosis zu finden. Und gegenwärtig haben wir eine sehr spezielle Situation.

Friedrich: Ich finde es unfassbar, dass Sie immer noch glauben, weiteres Gelddrucken würde die Krise lösen.

Bofinger: Und ich finde es unfassbar, dass Sie keine Lösung haben. Sie würden die Weltwirtschaft zusammenbrechen lassen.

SPIEGEL: Herr Bofinger, Herr Friedrich, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Tim Bartz (unten l.) und Armin Mahler (oben r.) in Videokonferenz.



DANKE!

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen in schwierigen Zeiten einen großartigen Job. Sie sorgen dafür, dass Briefe und Pakete zu Ihnen kommen. Damit Sie, liebe Kunden, zu Hause bleiben können. Bitte helfen Sie uns, Kontakte während der Zustellung zu reduzieren. Danke für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen! Danke an alle in der Zustellung, in der Sortierung, in den Filialen und hinter den Kulissen für ihren einzigartigen Einsatz!

Aktuelle Informationen unter deutschepost.de/coronavirus und dhl.de/coronavirus

Deutschland



EMILE DUCRE / THE NEW YORK TIMES/REDUX / LAIF

Fußgängerzone Die Budapester Straße ist die Pulsader der alten City West von Berlin – gen Nordwesten führt sie als Hardenbergstraße vierspurig am Bahnhof Zoo vorbei, östlich mündet sie in den Tiergarten. Jetzt sind die riesigen Straßenzüge so leer wie zu Normalzeiten nicht einmal mitten in der Nacht.

Politiker rügen RKI-Chef Wieler

Robert Koch-Institut Abgeordnete der Regierungskoalition erbost über öffentlichen Schlingerkurs

• Politiker von Union und SPD üben Kritik am Robert Koch-Institut (RKI) und seinem Chef, dem Veterinärmediziner Lothar Wieler. »Mal heißt es, die Lage entspanne sich, dann heißt es plötzlich wieder, wir stünden vor einer Lage wie in Italien«, klagt Bärbel Bas, Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Als Gesundheitspolitikerin habe sie zwar noch weitere Informationsmöglichkeiten, andere Menschen hätten diese aber nicht. »Gerade in einer so angespannten

Lage wie derzeit ist Verlässlichkeit wichtig.« Auch der CDU-Haushaltsexperte Andreas Mattfeldt kritisiert den RKI-Chef: »Ich war sehr irritiert, dass Professor Wieler italienische Szenarien für Deutschland skizziert hat.« Dies entbehre »jedweder Grundlage«. Bislang seien genug Intensivbetten in den Krankenhäusern vorhanden. »Dass aufgrund der Aussagen von Herrn Wieler Normalbürger uns Politikern die Frage stellen, warum wir denn bei den angeblich knappen In-

tensivplätzen noch ausländische Patienten aufnehmen, ist mehr als verständlich.«

Mattfeldt wirft dem RKI zudem vor, nicht auf der Höhe der Zeit zu sein. »Es verwundert schon, dass die Johns Hopkins University in den USA für Deutschland anscheinend aktuellere und genauere Daten liefert als unser mit Bundesmitteln finanziertes RKI.« Die Verzögerungen erklärt das Robert Koch-Institut damit, dass nur offiziell gemeldete Fälle verwendet würden. LYR, VME

Pandemie Alleinerziehende in Not

Der Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter (VAMV) fordert Notfallpläne für die Betreuung von Kindern alleinerziehender Eltern, die schwer an Corona erkrankt sind. »Wenn eine Alleinerziehende unverzüglich ins Krankenhaus muss, haben wir ein ernsthaftes Problem«, sagt die VAMV-Vorsitzende Daniela Jaspers, »insbesondere wenn kein Kontakt mehr zum ande-



Mutter mit Kind in München

ren Elternteil besteht.« Vom SPIEGEL stichprobenartig befragte Bundesländer wirken wenig vorbereitet.

Bayern, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein verweisen darauf, dass in solchen Fällen etwa eine »Inobhutnahme« seitens der Jugendämter in den dafür zuständigen Kommunen oder Bezirken infrage käme. Dabei werden Kinder in der Regel von Erziehern

oder in Pflegefamilien betreut. Nicht zu bedenken scheinen Behörden, dass diese Kinder mit Covid-19 infiziert sein könnten. »Zudem wären kleine Kinder völlig verstört, wenn sie plötzlich von einer Mutter getrennt würden, die vielleicht schon seit Tagen Fieber hat«, sagt Jaspers, »das ist ein ganz anderes Szenario, als wenn bei der typischen Inobhutnahme ein vernachlässigtes Kind geborgen wird.« In Berlin, mit rund 100 000 Alleinerziehenden Hauptstadt der Single-Eltern, antwortete die Senatsverwaltung für Familie zunächst: »Eine solche Konstellation ist nicht bekannt.« Auf Nachfrage wurde auf die Senatsverwaltung für Gesundheit verwiesen, die die Anfrage unbeantwortet ließ. Hamburg schreibt, »dass in dem hypothetischen dargestellten Szenario üblicherweise auf Unterstützung aus dem familiären oder räumlichen Umfeld zurückgegriffen würde.«

Einzig der Stadtstaat Bremen scheint vorbereitet. Dort seien Mitarbeiter der Inobhutnahme bereits »für Infektionsschutzaspekte« geschult. »Summarisch gilt«, so ein Sprecher des Bremer Sozialseminats: »In der Abwägung rangiert die Sorge um das Kindeswohl bei einem ansonsten unversorgten Säugling oder Kleinkind höher als die Sorge vor einer möglichen Ansteckung mit dem Coronavirus.« AB

Nachgezählt
Datendiebstahl, Sabotage und Industriespionage bei Unternehmen

56 %
der betroffenen Unternehmen sagten, ehemalige Mitarbeiter hätten Schäden etwa durch Datenleaks verursacht, allerdings fast die Hälfte ohne Absicht.

Weitere Tätergruppen (Auswahl):

Privatpersonen/Hobbyhacker 38%
Organisierte Kriminalität 21%
konkurrierende Unternehmen 20%

Quelle: Bitkom Research; Umfrage 2019; 801 befragte Unternehmen, die in den vergangenen zwei Jahren betroffen waren; Mehrfachnennungen möglich



DER SPIEGEL

Alexander Neubacher **Die Gegendarstellung**

Heilsamer Horror



Sollten wir jetzt alle Maske tragen? Gesundheitsminister Jens Spahn sagte diese Woche, er sei dagegen, er halte das im Moment nicht für notwendig. Ich bin kein Virenexperte; ich weiß nicht, ob das stimmt. Doch ich wunderte mich, dass am selben Tag Spahn auf Fotos, die sein

Ministerium auf Facebook und Twitter verbreitete, selbst eine Maske trägt, ebenso wie Mediziner um ihn herum. Will Spahn eine Panik vermeiden? Ist er nur deshalb gegen die Maskenpflicht, weil er und seine Leute es nicht schaffen, genug Exemplare aufzutreiben, damit es für alle reicht?

Die Maskendebatte zeigt, wie schwierig Kommunikation in Krisenzeiten ist. Spahns Botschaft ist unklar; er sendet widersprüchliche Signale. Seine schiefe Kommunikation befeuert Verschwörungstheoretiker und löst eben jene Panikreaktionen aus, die Spahn verhindern will. Masken werden gehamstert und geklaut.

Wie sollte die Regierung die Bürger in der Coronakrise informieren? Der Psychologe und Risikoforscher Bernhard Streicher sagt: »Menschen können viele schwierige Situationen durchstehen. Was sie aber nicht gut können, ist, mit Unsicherheit umzugehen. Also nicht zu wissen, was passiert.« Darum sei so entscheidend, dass Politiker offen sagten, was sie planten.

Fachleute im Innenministerium haben einen 17 Seiten langen Leitfaden entwickelt, Überschrift: »Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen«. An erster Stelle nennen sie das Thema Kommunikation. Die Experten raten zu brutaler Offenheit. Sie schlagen vor, die Bürger mit dem schlimmstmöglichen Szenario zu konfrontieren, um eine Schockwirkung zu erzielen.

Einige Textpassagen lesen sich wie das Drehbuch für einen Horrorfilm: »Viele Schwerstkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause.« Oder: »Wenn Kinder dann ihre Eltern anstecken und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, schuld daran zu sein, weil sie zum Beispiel vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.«

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat das Papier sicherheitshalber mit dem Stempel »VS – Nur für den Dienstgebrauch« versehen lassen. Ich halte das für einen Fehler. Es wäre klug, das Papier zu veröffentlichen.

Gerade weil die Experten konkret beschreiben, wie der Worst Case der Pandemie aussieht, tritt bei der Lektüre eine deeskalierende, beinahe beruhigende Wirkung ein. Die Angst vor dem Unbekannten schwindet. An ihre Stelle tritt die Furcht vor einem greifbaren Szenario, aber auch die Erleichterung, die Risiken realistischer einschätzen zu können – und auch die anderen Szenarien in Betracht zu ziehen, die weitaus weniger schlimm verlaufen.

Es ist das Gefühl der Erleichterung, das Patienten beschreiben, wenn sie nach langer Leidensgeschichte eine verlässliche Diagnose bekommen: endlich Klarheit.

An dieser Stelle schreiben Alexander Neubacher und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

So gesehen

Corona-Polizeistaat

Neue Sprachregeln für Beamte

● Dienstanweisung +++ an alle Polizeidienststellen +++ gilt ab sofort +++ Bei steigenden Temperaturen ist verstärkt mit Verstößen gegen die Ausgangsbeschränkungen zu rechnen. Umso wichtiger ist die korrekte Ansprache der Bürger. Die Innenministerkonferenz der Länder hat sich deshalb auf eine länder spezifische Sprachregelung für Polizeibeamte geeinigt, die den regionalen Bedürfnissen der staatlichen Autoritätsdemonstration gerecht werden soll.

Beispielsituation: Familie mit Kleinkind steht auf einer Brücke, um Entenküken zu betrachten.

Eröffnung: »Liebe Bürgerinnen und Bürger«, *Zusatz Bayern:* »Ministerpräsident Dr. Markus Söder verfügt:«

Handlungsanweisung:

»Geh'n Se nach Hause!« (Brandenburg)
»Bitte nicht stehen bleiben.« (Hamburg, Bremen, Hessen, Saarland, Thüringen, Schleswig-Holstein)

»Ortsfremde Personen sind virenverdächtig und haben unverzüglich das Bundesland zu verlassen. Kommen Sie gern bald wieder in unser gastfreundliches Ferienparadies.« (Mecklenburg-Vorpommern)

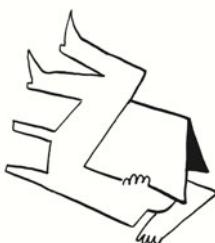
Auch in der Krise gilt: alles eine Sache der richtigen Ansprache.

»Sie sind aufgefordert, die Brücke ausschließlich zur Überquerung des Gewässers zu benutzen.« (NRW, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz)

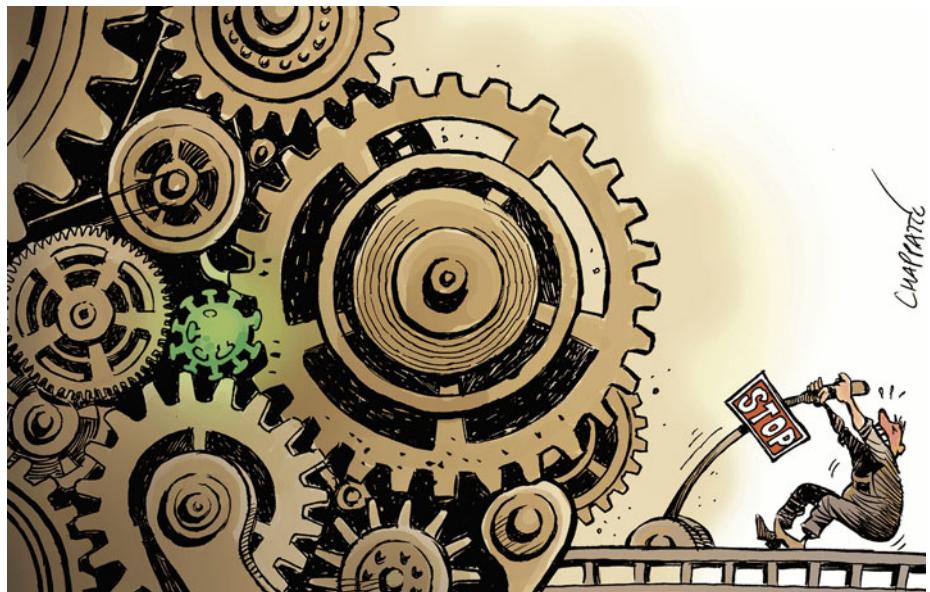
Mit Zusatz (Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg): »... oder es droht ein Bußgeld.« *Spezialzusatz Stadt Tübingen:* »... zahlbar direkt an den Oberbürgermeister.«

Keine Neuregelung in der Bundes hauptstadt Berlin. Dort gilt weiterhin die bewährte Praxis zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten aller Art: langsame Vorbeifahrt des Streifenwagens.

Stefan Kuzmany



Chappattes Welt



Chappatte

Bundeswehr

»Größter Einsatz im Innern«



W. KUHM / DPA

Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels, 58 (SPD), über die Bundeswehr im Krisenmodus und seine Hoffnung auf eine zweite Amtszeit

SPIEGEL: Herr Bartels, wie werden Soldaten in der Corona-Pandemie eingesetzt?

Bartels: Die Truppe gibt Essen aus, richtet Teststationen ein, fliegt Intensivpatienten aus schlimmer betroffenen Teilen Europas ein und hilft mit ihren Krankenhäusern und Laborkapazitäten. Es wird der größte Einsatz im Innern in der Geschichte der Bundeswehr. Aber bitte nicht sofort alle Kapazitäten binden! Besser, man behält Reserven für das, was noch kommen kann. Und nicht jede Amtshilfe ist realistisch: Fehlende Schutzausrüstung kann auch der Bundeswehr-Sanitätsdienst nicht herbeizaubern.

SPIEGEL: Was hat sich jetzt geändert?

Bartels: In der Truppe ist weitläufig Schichtbetrieb eingerichtet, um die Ansteckungsgefahr zu reduzieren. Und es gibt eine strenge Quarantäne vor der Verlegung nach Afghanistan und in die anderen Einsatzgebiete.

SPIEGEL: Auch in Nicht-Corona-Zeiten hat ein Wehrbeauftragter viel zu tun. Wann greifen Sie ein?

Bartels: Beim Fehlverhalten von Vorgesetzten oder etwa bei körperlicher Überforderung. 2017 gab es eine Reihe von Märschen, die für Soldatinnen und Soldaten im Krankenhaus endeten, bis hin zum

Tod eines Offiziersanwärters. Der Verteidigungsausschuss und ich haben darauf gedrungen, dass die Grundausbildung umgestellt wurde. Nun wird im Heer zunächst die körperliche Leistungsfähigkeit gesteigert. Nach sechs Wochen ist die schwächste Gruppe oft besser trainiert als es die mittlere zu Anfang war.

SPIEGEL: Die Ausrüstung der Soldaten ist immer noch unterirdisch...

Bartels: Für meinen Jahresbericht ans Parlament muss ich überlegen, wie ich den Eindruck vermeide: Der erzählt immer das Gleiche. Aber die Mangelwirtschaft ist nicht behoben. Langsam verlieren die Soldaten die Geduld.

SPIEGEL: Es fehlen Bewerber. Wirken die Rekrutierungskampagnen nicht?

Bartels: Seit die Wehrpflicht weg ist, operiert die Bundeswehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Da konkurriert sie mit ihren Zeitverträgen gegen die Polizei und die bisher gut laufende Wirtschaft. Vielleicht ändert sich das in der Krise. Aber viel größer als jetzt dürfte die Bundeswehr als reine Freiwilligenarmee dennoch kaum werden.

SPIEGEL: Ihre Amtszeit endet am 21. Mai; Ihr SPD-Kollege Johannes Kahrs interessiert sich für Ihren Job. Wie geht es weiter?

Bartels: Bei der SPD liegt laut Koalitionsabsprache das Vorschlagsrecht. Über den sehr freundlichen Zuspruch aus der Bundeswehr und den Fraktionen im Verteidigungsausschuss freue ich mich. Möglicherweise gäbe es wie bei meiner ersten Wahl 2015 eine breite Mehrheit im Bundestag, auch mit Stimmen aus der Opposition. Das wäre gegebenenfalls auch für einen anderen SPD-Kandidaten wünschenswert. LYR

Strafverfolgung

Gesetz für V-Mann-Einsätze der Polizei

● Die Bundesregierung prüft eine gesetzliche Regelung zum Einsatz von Vertrauenspersonen bei der Polizei. Das geht aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesjustizministerium Christian Lange (SPD) auf eine schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Canan Bayram (Grüne) hervor.

Bislang erfolgt der Einsatz von V-Personen bei der Polizei anders als bei V-Leuten des Verfassungsschutzes ohne eigene gesetzliche Grundlage. Er bewege sich zwar »nicht außerhalb eines rechtlichen Rahmens«, schreibt Lange. Dennoch habe das Ministerium eine »grundlegende Prüfung eingeleitet, ob und

in welchen Bereichen gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht«. Grundlage dafür soll ein von der Großen Strafrechtskommission des Deutschen Richterbundes im Dezember 2019 vorgelegtes Gutachten sein. Der Einsatz von V-Leuten bei der Polizei war erneut zum Debatten-thema geworden, nachdem der legendäre V-Mann Murat Cem, alias »VP01«, sein Schweigen gebrochen hatte (SPIEGEL 11/2020).

Cem wurde von der Polizei knapp zwei Jahrzehnte lang fast wie ein verdeckter Ermittler eingesetzt, zuletzt im Umfeld des Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz, Anis Amri. Cem hatte wiederholt vor Amri gewarnt. Nach seinem Einsatz im Amri-Umfeld hatte die Polizei Cem abgeschaltet und fallen gelassen. FIS, JDL, ROL

Regierung

Mehr Grenzkontrollen?

● Das Corona-Kabinett will in seiner Sitzung am Montag über den Vorschlag von Innenminister Horst Seehofer (CSU) beraten, die Grenzkontrollen in Deutschland zu erweitern sowie eine Quarantäneverpflichtung für alle Einreisenden über den Luftweg zu diskutieren.

Seit 16. März darf an den Grenzen zur Schweiz, zu Österreich, Frankreich, Luxemburg und Dänemark nur noch einreisen, wer einen triftigen Grund hat, etwa Berufspendler. Auch der Warenverkehr soll

ungehindert fließen. Wie aus Regierungskreisen verlautet, will das Innenministerium die strengen Einreisebedingungen ebenfalls für die Grenzen zu Polen, Tschechien, Belgien und den Niederlanden sowie an den Flughäfen einführen, um »Umgangstatbestände« zu verhindern, wie es heißt. Derzeit kommen noch jeden Tag 20 000 Menschen aus Drittländern nach Deutschland, die nach Ansicht des Innenministeriums potenziell das Coronavirus ins Land bringen. Zusätzlich soll es deshalb eine Quarantänepflicht für alle geben, die per Flugzeug nach Deutschland einreisen.

Aus der EU-Kommission und manchen Bundesländern, etwa NRW, kommt Kritik an weiteren EU-Binnenkontrollen. Sie halten die Maßnahme für überzogen. Nach Informationen des Bundesinnenministeriums wurden an den Grenzen zu den bislang fünf betroffenen Ländern rund 60 000 Menschen zurückgewiesen, die keinen triftigen Grund zur Einreise angeben konnten. AMP, KNO



Paare am deutsch-schweizerischen Grenzzaun

FELIX KAESTLE / DPA



FABIAN STRAUCH / DER SPIEGEL

Der Augenzeuge

»Wir kleinen Heinis«

Vorstellungen im Autokino sind wohl die einzigen Großveranstaltungen, die jetzt in Deutschland noch stattfinden dürfen. Frank Peciak, 59, Chef des Drive-in-Kinos in Essen-Bergeborbeck, erlebt gerade die Renaissance einer oft tot geglaubten Institution.

● »Das macht richtig Spaß im Moment, du hast hier Dankbarkeit pur. Die Leute sind so froh, aus ihrem Stubenarrest rauszukommen. Die sagen, sie werden sonst verrückt zu Hause. Wir haben hier genug Platz für 1000 Autos und würden das Gelände wahrscheinlich jeden Abend auch bei zwei Vorstellungen vollkriegen. Aber wegen der Corona-Vorschriften lassen wir pro Film nur 250 Autos rein.

Alle Tickets müssen online gebucht werden. Wir scannen die an der Kasse durch die geschlossenen Fenster. In jedem Wagen dürfen zwei Personen sitzen, das kontrollieren wir genau. Wir achten auch darauf, dass die Leute zum Rauchen in den Autos sitzen bleiben. Die Toiletten sind geöffnet, aber auch da gilt es, noch mehr Abstand als sonst zu halten.

Meistens spielen wir aktuelle Filme, die jetzt auch im normalen Kino laufen würden. Aber vielen Leuten ist ganz egal, was sie sehen. Nächste Woche zeigen wir zum Beispiel ›Manta Manta‹, das haben sich viele Kunden gewünscht. Wir könnten auch ›Dick und Doof‹ spielen, die Leute würden uns trotzdem die Bude einrennen.

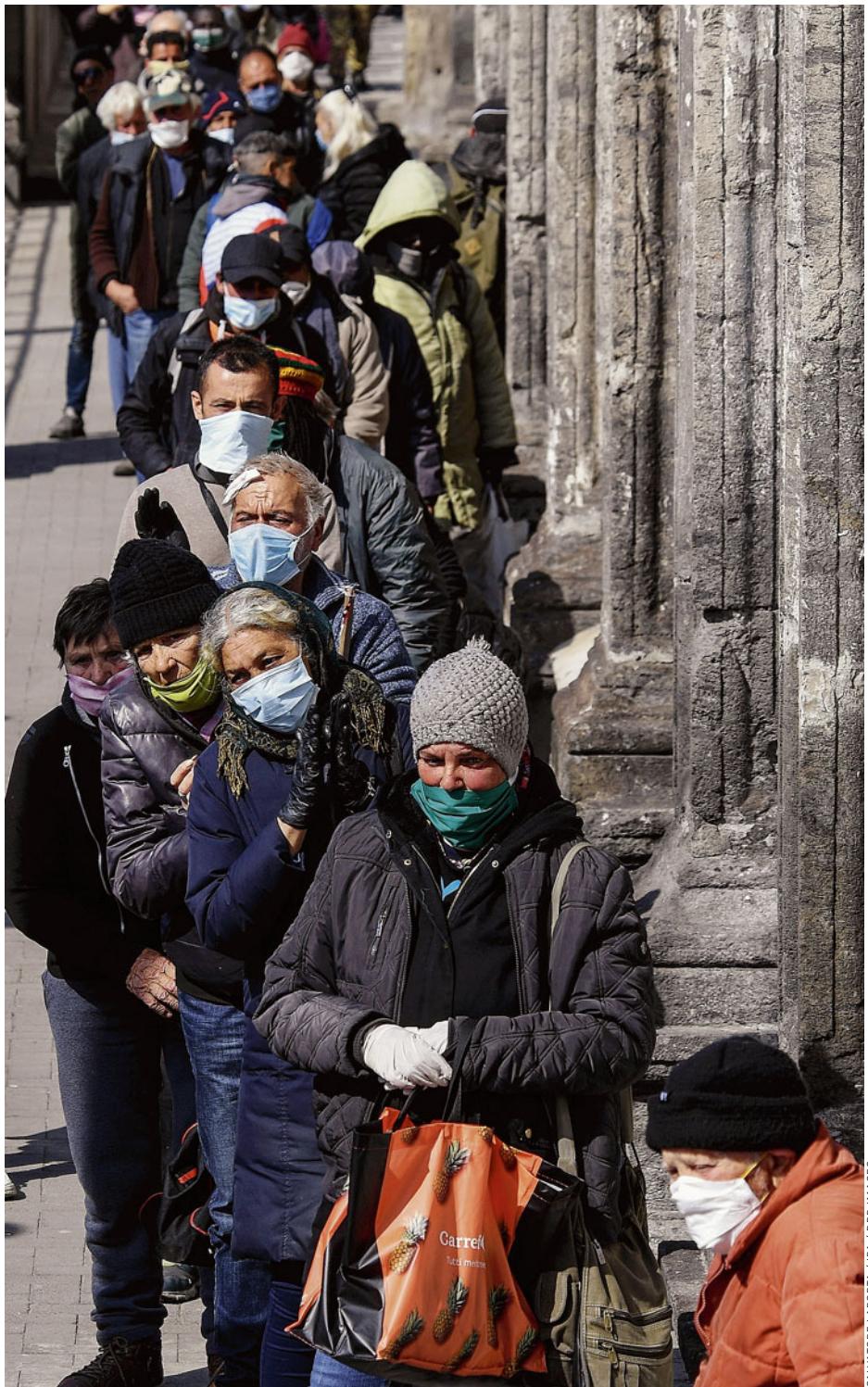
Manche Menschen glauben, dass wir uns jetzt eine goldene Nase verdienen, aber so ist das nicht. Die Snackbar mussten wir schließen, auch die Trödel- und Automärkte auf dem Gelände sind abgesagt. Da fehlen schon Einnahmen. Die Eintrittspreise haben wir nicht erhöht, das wäre gierig. Die Kunden bringen sich ihre Snacks und Getränke jetzt selbst mit. Und manche auch warme Decken, weil wir keine Heizungen ausleihen können. Aber dann kuschelt man sich eben etwas enger aneinander, dafür sind Autokinos ja auch da.

Meinen Mitarbeitern habe ich gesagt, wir schreiben jetzt Geschichte. Das klingt vielleicht etwas pathetisch, aber es ist doch so: Gefühlt steht gerade die ganze Welt still, nur wir kleinen Heinis in unserem klitzekleinen Autokino halten ein Stück normales Leben am Laufen. Ein schönes Gefühl!«

Aufgezeichnet von Matthias Bartsch

Union der Einzelgänger

Europa I Wieder wird über Eurobonds gestritten, wieder stehen sich der Süden und der Norden gegenüber. Auch in der Coronakrise tut sich die EU schwer, eine gemeinsame Linie zu finden. Vor allem von den Deutschen wird mehr Solidarität erwartet.



SALVATORE LAPORTA / IPA / DDP IMAGES

Wartende vor Essensausgabe in Neapel: »Die Stimmung ist dramatisch«

Drei Aussagen über den Zustand der Europäischen Union in diesen Tagen: »Wenn irgendjemand in Europa sich für überlegen hält, wird er sehr teuer dafür zahlen: Das ist uns schon zweimal im 20. Jahrhundert passiert, mit schrecklichen Folgen.« Felipe González, früher spanischer Ministerpräsident, ein Freund Willy Brandts und Helmut Kohls.

»Europa droht der prominenteste Corona-Tote zu werden. Die Stimmung in Italien ist dramatisch. Russen und Chinesen werden als Retter gefeiert. Von Europa fühlt man sich allein gelassen.« Lars Castellucci (SPD), Abgeordneter des Deutschen Bundestags.

„Es gibt nur eine Frage: Stehen wir zusammen oder nicht? Oder geben wir in der Welt das traurige Bild eines in Nord und Süd geteilten Kontinents ab?« Bruno Le Maire, Finanzminister von Frankreich. Auch er bezieht sich wie die beiden anderen versteckt auf Deutschland.

Die Deutschen und Europa, eine lange Geschichte zwischen Kriegen und Verbrüderungen, geht in ihr nächstes Kapitel. In der Coronakrise richten sich hoffende Blicke auf das große, starke Land in der Mitte des Kontinents: Bringt es genug Solidarität auf, um Schwächeren zu helfen, vor allem Spaniern und Italienern, die bislang am heftigsten vom Virus verheert wurden?

Es gibt Zweifel. Italien war schockiert, als die Bundesregierung Schutzmaterial zunächst unter ein Exportverbot stellte. China sprang ein. Zwar haben die Deutschen ein bisschen Ansehen zurückgewonnen, als sie Patienten aus Italien und Frankreich aufnahmen. Aber von den Deutschen wird vor allem finanzielle Solidarität erwartet.

So war das schon in der Eurokrise, die 2010 ausbrach. Damals verweigerte die Bundesregierung sogenannte Eurobonds, die zum Beispiel Griechenland hätten helfen können. Der Süden Europas war empört, hier und dort tauchten Vergleiche zu den Nazis auf. González' Worte weisen in diese Richtung.

Wieder soll die Bundesregierung Eurobonds zustimmen, diesmal Corona-Bonds genannt. Wieder wehrt sie sich dagegen. Und wieder zeigt sich Europa in einer schweren Krise in übler Verfassung.

Es stand ja schon vor Corona schlecht um diesen Kontinent. Spaltungen in Süd und Nord, in Ost und West, die Renaissance des Nationalstaats, die Rückkehr von Grenzen in der Flüchtlingskrise, Führungslosigkeit, vor allem weil Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nicht zusammenfanden.

Das Virus macht das alles noch schlimmer. Geschlossene Grenzen, nationale Alleingänge, wirtschaftlicher Absturz. Jeder verfolgt seinen eigenen Weg, eine Union der Einzelgänger. Und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán nutzt die Krise, um seinen Staat in eine Diktatur zu verwandeln. Martin Schulz, Europapolitiker der SPD, beschreibt das so: »Orbán ist ein kalt kalkulierender Zyniker. Er sieht die schwierige Lage der europäischen Mitgliedstaaten und der Europäischen Union in dieser Krise. Sein Kalkül ist: Die Europäer haben jetzt für alles Zeit, aber nicht dafür, meine autoritäre Politik zu bekämpfen. Also zieht er das gnadenlos durch.«

Kommende Woche bietet sich den Staats- und Regierungschefs womöglich die Chance, Signale der Hoffnung in diese gespaltene, verunsicherte Union zu senden. Wieder sollen sie sich zu einem Gipfel per Video treffen. Wenn es gut läuft, einigt man sich auf finanzielle Solidarität und weist Orbán massiv in die Schranken. Wenn es schlecht läuft, geht man im Streit auseinander und befasst sich nicht mit Ungarn.

Am Donnerstag vor einer Woche lief es schlecht. Sechs Stunden dauerte die Videokonferenz, in der die Staats- und Regierungschefs eine gemeinsame Antwort auf die ökonomischen Folgen der Corona-Krise finden wollten. Ein großes Thema waren die Corona-Bonds.

Merkel, aus häuslicher Quarantäne geschaltet, zeigte sich hartlebig und warb für den europäischen Rettungsschirm ESM. »Sei nicht so kritisch«, soll Merkel zu Italiens Ministerpräsidenten Giuseppe Conte gesagt haben. »Wenn du auf Corona-Bonds wartest, so werden sie nie kommen.« Dies berichtet die spanische Zeitung »El País«.

Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez unterstützte seinen italienischen Kollegen, weshalb es keine gemeinsame Gipfelerklärung gab, nur einen mickrigen Arbeitsauftrag an die Finanzminister. Sie sollen eine Lösung finden. Für die Bürger blieb dieser Eindruck: Auf Europa können sie sich in der Not nicht verlassen.

Kommissionschefin Ursula von der Leyen versucht mühsam, die auseinanderstrebenden Kräfte beizumzuhalten, doch auch sie muss sich in der neuen europäischen Krisenrealität erst zurechtfinden. Die Themen, mit denen sie ihre

Amtszeit schmücken wollte, der Grüne Deal für Europa etwa, sind weit nach hinten gerutscht, auf den Umgang mit Ungarn findet sie, wie schon ihr Vorgänger, keine überzeugende Antwort. Dabei wäre die Kommission als Hüterin der Verträge hier ausnahmsweise einmal zuständig.

Von der Leyens Versuch, es allen recht zu machen, stößt an Grenzen. Mal kann sie sich Corona-Bonds vorstellen, dann sieht sie wieder schwierige Haftungsfragen und spricht von einem bloßen »Schlagwort«. Auf den Rüffel von Italiens Premier Conte, der umgehend folgte, passte sie ihre Haltung flugs erneut an.

Die Fliehkräfte in der Union sind in den ersten Wochen zu stark, um sie von ihrer Brüsseler Behörde aus zusammenzuhalten. Das musste von der Leyen einsehen.

Wer tut es dann? Eigentlich müsste dies die Bundeskanzlerin tun, als Regierungschefin des bevölkerungsreichsten Landes. Zudem übernimmt Deutschland am 1. Juli

Doch diesmal geht es nicht darum, alte Schulden Italiens oder Spaniens umzuverteilen. Diese Länder werden von einer Pandemie heimgesucht, die alle Mitgliedstaaten trifft.

Merkel und Scholz pflegen gleichwohl noch immer dieselben Vorbehalte gegen die Bonds, wie die Bundesregierung sie schon zur Zeit der Eurokrise hatte. Sie befürchten, dass die neuen Anleihen zu einer Dauereinrichtung werden, obwohl von einer zeitlichen Befristung die Rede ist. Ihre Unterhändler in Brüssel verweisen zudem darauf, dass bislang kein Land der Eurozone Schwierigkeiten hat, sich an den Finanzmärkten Geld zu beschaffen, auch Italien nicht.

Das ist nicht von der Hand zu weisen. Am Mittwoch hat die spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calviño ausgeschlossen, dass Spanien als Folge der Covid-19-Pandemie ein Rettungspaket von der EU beantragen müsste. »Wir haben keine Probleme, uns an den Finanzmärkten mit Krediten zu versorgen«, sagte sie.

Für den Notfall schlagen die »geizigen vier«, wie Deutschland, Österreich, Finnland und die Niederlande in Brüssel genannt werden, andere Instrumente vor. Sie wollen zusätzliches Geld auf herkömmlichem Weg aufzutreiben. So sollen Mittel im EU-Etat zugunsten der Krisenkämpfung umgeschichtet werden. Auch soll die Europäische Investitionsbank ein neues Programm auflegen, das die Wirtschaft vor allem in Ländern stützt, die über keine eigene Förderbank verfügen.

Am meisten setzen Merkel und Scholz auf den Rettungsschirm ESM. Der hat sich schon in den vergangenen Jahren bewährt, als er Griechenland, Irland, Portugal und Zypern vor der Pleite bewahrte.

Der Rettungsschirm verfügt über freie Mittel in Höhe von 410 Milliarden Euro. Sie könnten als Kredite an bedürftige Länder ohne scharfe Auflagen vergeben werden, so die Überlegung in Kanzleramt und Finanzministerium. Der Charme der Variante besteht darin, dass sie der Europäischen Zentralbank ermöglicht, in unbeschränktem Umfang Staatsanleihen der betroffenen Länder aufzukaufen.

Sollten Italien und Spanien allerdings gleichzeitig Hilfe brauchen, könnten dem ESM die Mittel ausgehen. Doch dafür haben Merkel und Scholz eine Lösung parat. Sie wären bereit, den ESM zu verdoppeln. Auf Deutschland käme eine Kapitalspritze für den ESM von 22 Milliarden Euro zu.

Das wäre der Preis, den die Bundesregierung zahlt, um Corona-Bonds zu ver-



GETTY IMAGES

Bundeskanzlerin Merkel: »Sei nicht so kritisch«

die rotierende EU-Ratspräsidentschaft. Damit wird Merkel qua Amt Europas wichtigste Krisenmanagerin. Allerdings ist die deutsche Kanzlerin gleichzeitig Partei im Streit um die Corona-Bonds, an denen nun Europas Schicksal zu hängen scheint.

Das Problem: Es wird befürchtet, dass die Bonität von Ländern wie Italien oder Spanien so weit sinkt, dass sie keine Kredite auf dem Finanzmarkt bekommen oder nur zu ruinösen Bedingungen.

Corona-Bonds wären Gemeinschaftsanleihen der Euroländer, für die auch finanzstarke Länder einstünden. Italien oder Spanien hätten keine Probleme mehr, sich zu refinanzieren.

Ein Gegenargument in der Eurokrise war, dass zum Beispiel Griechenland schludrig mit seinen Finanzen umgegangen sei, über seine Verhältnisse gelebt habe. Dafür wollte Merkel nicht geradestehen müssen.

meiden. Frankreich will Deutschland nun entgegenkommen und hat einen Sonderfonds für die Zeit nach der Krise vorgeschlagen. Finanzminister Le Maire hat darüber mit Olaf Scholz gesprochen. Der aber ist skeptisch.

Ein Problem auch dieser Debatte ist, dass es nicht nur um Sachfragen geht, sondern auch um die Symbolik. Eurobonds sind vor allem im Süden zu einem Symbol für die europäische Solidarität geworden. Im Norden stehen sie weithin für den Versuch des Südens, die Wirtschaftskraft von Deutschland oder den Niederlanden auszunutzen.

Die CDU, traumatisiert von der Eurokrise, hockt auch deshalb tief in ihren Gräben. »Diese ideologische Debatte ist vollkommen unnötig«, schimpft Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Die Gegenargumente aus der Eurokrise würden immer noch gelten.

Da ist sich die Partei weitgehend einig. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak sagt: »Wir müssen Europa wieder gemeinsam zu neuer Stärke führen, und Deutschland wird seinen großen Beitrag leisten. Von uns gibt es aber zu Corona-Bonds ein klares Nein. Wir sind solidarisch, aber es kann nicht die Lösung sein, einfach eine gemeinsame Kreditkarte anzuschaffen. Was wir in der jetzigen Situation brauchen, ist eine zielgenaue Unterstützung der Länder, die besonders von Corona betroffen sind.«

Allerdings steckt die Union in einem Dilemma. Bleibt sie beim Thema Corona-Bonds hart, rettet sie am Ende womöglich die eigene Überzeugung – aber setzt die Zukunft des Kontinents aufs Spiel. Das hat die Partei von Konrad Adenauer und Helmut Kohl schon während der Eurokrise schier zerrissen, als die Fraktion im Bundestag 2015 dem letzten Hilfspaket für Griechenland nur widerwillig zustimmte.

Diese Zeit hat die CDU traumatisiert, zumal sich 2013 die AfD gegründet hatte – als Anti-Euro-Partei. Die Angst sitzt tief, dass die Rechtspopulisten aus Corona-Bonds Kapital schlagen könnten.

Doch obwohl die AfD mit der Eurokritik groß geworden ist, verfängt das Thema aktuell nicht einmal an der eigenen Basis. Parteichef Jörg Meuthen lehnt Corona-Bonds ab, wie er auch diese Woche in einem Facebook-Posting deutlich machte. Aber die Reaktionen darauf liegen deutlich unter seinem sonstigen Durchschnitt, ist Meuthen aufgefallen. »Das Thema ist sperrig und setzt Basiswissen voraus, das vermeiden die Menschen gerne«, sagt er.

Das sei aber nicht neu. »Schon seit der Flüchtlingskrise 2015 klickt anderes besser, Asyl oder jetzt Corona zum Beispiel.« Er habe immer mal wieder »Testballons« fliegen lassen, aber die Finanzpolitik sei kein Aufregerthema mehr. Er hofft, dass sich

das ändert: »In der Wirtschaftskrise, auf die wir zusteuern, werden diese Fragen wieder stärker auftreten.«

Die SPD ist eigentlich für Corona-Bonds, hat aber mal wieder das Problem, dass sie regiert. Ihr Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz ist gegen Bonds und für den ESM als Schutzhindernis gegen die Krise. Ihm folgt nun die Partei, wenn auch etwas mürrisch. Der Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans hatte sich mit Scholz darauf geeinigt, dass die SPD dessen Kurs übernimmt. Im Deutschlandfunk bezeichnete Walter-Borjans dann aber Corona-Bonds als den »richtigeren Weg«, also richtiger als die ESM-Kredite.

Klarheit herrscht dagegen bei den Grünen. Es braucht eine »gemeinsame Kraftanstrengung«, sagt Robert Habeck, einer der beiden Parteivorsitzenden. »Deutschland ist keine Insel. Wir können die Pandemie und eine Wirtschaftskrise nur europäisch bekämpfen. Auch unsere Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass die europäischen Ökonomen stabil sind. Deshalb brauchen wir europäische Anleihen.«

Bei den Grünen wartet man in diesen Tagen sehnlich auf eine Art Ruckrede der Bundeskanzlerin zu Europa. Angela Merkel soll endlich ihren Führungsanspruch einlösen. In ihrer Fernsehansprache an die Nation kam das Wort Europa nicht ein Mal vor.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hingegen hat die Rolle und Verantwortung Europas in dieser Krise schon in seiner ersten Rede an die Nation zum Thema gemacht.

Drei Motive leiten die Franzosen in diesen Wochen: der alte Wunsch Macrons nach einem politisch starken, souveränen Europa. Die Überzeugung, diese europaweite Krise nicht mit nationalen Lösungen überwinden zu können. Und die Angst, den Weg für Populisten freizumachen, wenn Europa sich jetzt nicht solidarisch zeigt mit Ländern wie Italien und Spanien – und diese dann in die Massenarbeitslosigkeit und Dauerrezession abstürzen.

»Wir müssen allen, die schon immer gegen Europa waren und nur darauf warten, dass wir scheitern, nun beweisen, dass dieses Europa stark ist und die Krise überwinden kann«, sagt Frankreichs Europaministerin Amélie de Montchalin. »Ich habe das Gefühl, dass die politische Diskussion auf einem guten Weg ist, und ich habe den Eindruck, dass auch die Deutschen gemeinsam mit uns aus dieser Krise herausfinden wollen.« Trotzdem ein Wink mit dem Zaunpfahl: Im Übrigen könnten sich auch Deutschland und die Niederlande nicht gut erholen, solange es den anderen nicht gut gehe.

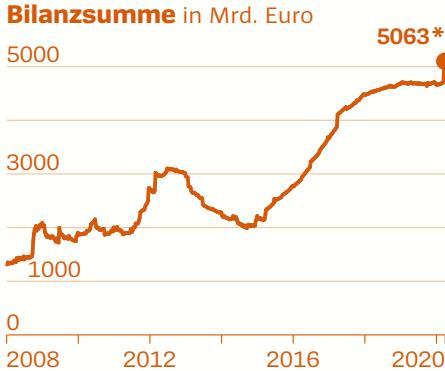
Italien zum Beispiel. Es ist schon einige Tage her, dass Carlo Calenda mit anderen italienischen Politikern einen offenen Brief in der »Frankfurter Allgemeinen« veröffentlichte. Warum die »lieben deutschen Freunde« so hart auf die Katastrophe in seiner Heimat reagierten – das kann der ehemalige Wirtschaftsminister immer noch nicht verstehen.

»Wenn Europa keine gemeinsamen finanziellen Mittel gegen die Pandemie bereitstellt, denken die Bürger nach der Krise, dass die Europäische Union nutzlos ist.« Dann könnte sich der Eindruck durchsetzen, dass autoritäre Staaten bessere Partner seien. Und das, sagt Calenda, »wäre ein tragischer Fehler.«

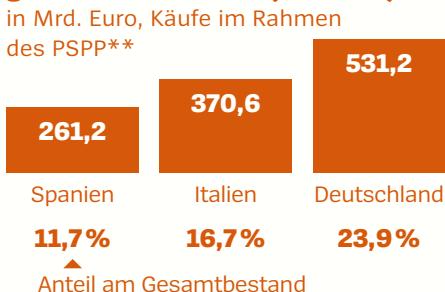
»In ein bis zwei Jahren werden die Schulden viel, viel höher sein als heute«, beschreibt Wirtschaftsprofessor Guido Tabellini von der Mailänder Universität Bocconi das Risiko. »Und dann kehrt die Schuldenkrise zurück. Das wäre fatal.« Nun räche sich, dass der Währungsunion bisher keine Fiskalunion folgte, sagt Tabellini. Corona-Bonds wären ein Schritt dahin.

Aber es wird sie wahrscheinlich nicht geben, wie ein internes Papier des Bundesfinanzministeriums zeigt. Es dient der Vorbereitung für die Euro-Gruppe, die Runde der Finanzminister aus der Währungsunion. Sie schaltet sich am kommenden Dienstag zusammen, um Finanzierungsinstrumente für die Krise zu entwickeln.

Die Europäische Zentralbank im Krisenmodus



Volumen der von der EZB gehaltenen Anleihen (Auswahl)



SPIEGEL TV Programm

»Aus Sicht der Bundesregierung sollte sich die Diskussion auf die Nutzung von Instrumenten konzentrieren, bei denen Lösungen zügig umgesetzt werden können«, heißt es in dem Papier. Eurobonds sind damit nicht gemeint, ihre Realisierung mit allen rechtlichen Änderungen würde zwei Jahre dauern.

»Das Instrumentarium des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bietet sich in der aktuellen Krise an«, schreiben die Beamten von Scholz. So könnte eine sogenannte vorbeugende Kreditlinie des ESM dazu beitragen, den Marktzugang von einzelnen Mitgliedstaaten der Eurozone zu stabilisieren, um die Finanzstabilität der Währungsunion zu wahren. Neue Instrumente braucht der ESM nicht.

Auch wenn das inhaltlich richtig wäre, nur mit solchen Papieren kann man nicht Politik machen. Das wäre viel zu wenig. Wenn Merkel dieses Programm übernimmt, sollte sie anschließend eine Rede an die Europäer halten, so wie sie eine Rede an die Deutschen gehalten hat. Und die Aussage müsste sein, dass sich die Bundesrepublik in dieser Krise aus ganzem Herzen solidarisch mit den anderen Europäern verhalten werde, zunächst über den ESM, aber wenn dies notwendig werden sollte, auch über Corona-Bonds.

Und dann könnte sie für die deutsche Ratspräsidentschaft ein Programm vorstellen, das Michael Roth (SPD), Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, so skizziert: »Viele Probleme, die wir in der EU seit Langem haben, verstärken sich durch Corona: Der Währungsunion fehlt es an einer sozialen Dimension. Daher bekommen viele Themen, die wir uns für die Präsidentschaft vorgenommen hatten, durch Corona eine noch größere Dringlichkeit: die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Verhandlungen über einen nachhaltigen, dem Klimaschutz verpflichteten EU-Haushalt, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Europa, nicht nur in Polen und Ungarn, ein besseres Teamspiel in der Außen- und Sicherheitspolitik.«

Für den Umgang mit Ungarn hat Martin Schulz gleich einen konkreten Vorschlag, bei dem es auch um Geld geht: »Ich erwarte, dass die EU bei ihrem Haushalt neue Prioritäten setzt. Priorität hat jetzt nicht die Strukturförderung in Ungarn, sondern die Bewältigung der Coronakrise in Spanien und Italien.«

Julia Amalia Heyer, Frank Hornig, Dirk Kurjuweit, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Peter Müller, Christian Reiermann, Lydia Rosenfelder, Britta Sandberg, Christoph Schult, Christian Teevs, Gerald Traufetter, Helene Zuber



ANGELA WEISS / AFP

Park Avenue im Corona-Epizentrum New York City

SPIEGEL TV WISSEN

SONNTAG, 5. 4., 11.40 – 12.25 UHR, SKY
und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

24h@ Warschau

Warschau gilt als der Trendsetter unter den polnischen Städten, die Start-up-Szene wird für Investoren immer interessanter. Auch die Immobilienbranche boomt – das mobilisiert vor allem junge Polen, die für bezahlbaren Wohnraum kämpfen.

MONTAG, 6. 4., 20.15 – 22.15 UHR, VOX

Corona – Mein Leben im Ausnahmezustand



VOX

Musiker Max Giesinger in seiner Wohnung

Mit immer drastischeren Maßnahmen versucht die Regierung, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Neben der Gefahr für Leib und Leben ist die wirtschaftliche Existenz Hunderttausender bedroht. In der zweistündigen Dokumentation zeigen VOX und SPIEGEL TV Menschen, deren Leben sich durch die Krisensituation von einem Tag auf den anderen völlig verändert hat. Ob Kinder, Eltern, Senioren, Unternehmer oder Prominente – alle stehen vor ungeahnten Herausforderungen.

SPIEGEL TV

MONTAG, 6. 4., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Corona reist um die Welt

In Italien gibt es ein Dorf, das das Virus überwunden hat, in New York wütet es mit unbremster Kraft, und Deutschland rüstet sich für den Höhepunkt. Bierbrauer stellen Infektionsmittel her, Mecklenburg-Vorpommern schottet sich ab, Forscher arbeiten fieberhaft an einem Schnelltest, und im Frauenknast werden Schutzmasken genäht – SPIEGEL TV mit einer Reportage über die aktuelle Lage.

SPIEGEL TV REPORTAGE

DIENSTAG, 7. 4., 23.10 – 0.15 UHR, SAT.1

Feuerwache Neukölln – Rettung in letzter Sekunde

Die Arbeit im Berliner Problembezirk Neukölln gilt als besondere Herausforderung. Feuerwehrmann ist hier kein Beruf, sondern eher Berufung. Diesmal hält ein Brand in der Sonnenallee die Männer in Atem. Schnell wird klar: Es sind noch Menschen in dem brennenden Haus, die Wohnungen sind aber schwer zu erreichen. Jetzt wird allen alles abverlangt.



SPIEGEL TV

Feuerwehrmann in Berlin-Neukölln

»Keine Almosen«

Europa II Budgetkommissar Johannes Hahn über nationale Alleingänge, toxische Corona-Bonds und notwendige Solidarität – von der auch Länder wie Deutschland profitieren



AFP / GETTY IMAGES

Kaum einer kennt das Brüsseler Geschäft länger als Johannes Hahn, 62, der derzeit seine dritte Amtszeit als Kommissar absolviert. Und kaum einer hat mehr zu sagen, wenn es ums Geld geht. Österreichs EU-Kommissar ist für den Haushalt zuständig, der für den Wiederaufbau von Europas Wirtschaft ein entscheidendes Instrument ist.

SPIEGEL: Herr Kommissar, hat die EU in der Coronakrise versagt?

Hahn: Wir waren auf eine derartige Krise nicht vorbereitet, das gilt für die EU-Kommission genauso wie für die Mitgliedstaaten. Viele der Mitgliedstaaten haben spontan reagiert, denken Sie an die Grenzkontrollen, die oft ohne Absprache mit den Nachbarn eingeführt wurden. Ich kann solche Reaktionen

verstehen, geholfen aber hat es niemanden.

SPIEGEL: Markus Söder, der bayerische Ministerpräsident, hat Brüssel zuletzt scharf kritisiert. Dort sei es in der Krise überraschend still, sagt er und mahnt an, die EU-Kommission müsse die Verteilung von Hilfen in Europa besser organisieren.

Hahn: Ich sage da immer: Jeder kehre vor seiner Tür. Zu Beginn der Krise hat Deutschland kurzzeitig einen Exportstopp verhängt. Ausgerechnet Länder wie Italien konnten daher keine medizinische Ausrüstung mehr einkaufen. Das war nicht nur uneuropäisch, das verstößt gegen unsere Prinzipien und Gesetze.

SPIEGEL: Wir erleben in dieser Krise die Rückkehr des Nationalstaats. Hat Söder nicht recht, wenn er diese Entwicklung auch auf mangelndes Krisenmanagement in Brüssel zurückführt?

Hahn: Die Nationalstaaten sind für die Gesundheitsversorgung und den Katastro-

phenschutz zuständig. Wir in Brüssel können nicht entscheiden, wo Ausgangssperren sinnvoll oder wo Masken zu tragen sind. Dafür haben wir schnell und effizient für den freien Verkehr von Waren und medizinischer Versorgung gesorgt. Wenn es um die wirtschaftliche Koordination geht, darum, dass der Binnenmarkt funktioniert, und beim Wiederaufbau nach der Krise – da ist Europa wichtig. Da kommen wir gemeinsam mit den Mitgliedern ins Spiel.

SPIEGEL: Ihr Optimismus in allen Ehren, aber die EU-Mitglieder zeigen doch gerade, wie uneinig sich die Gemeinschaft auch in diesen Fragen ist. Italien, Spanien und Frankreich etwa fordern gemeinsame Schuldentitel, die Corona-Bonds. Deutschland und auch Österreich sind dagegen.

Hahn: Das Virus ist überall, die Konsequenzen in den verschiedenen Ländern fallen aber derzeit sehr unterschiedlich aus. Wir müssen sehen, dass wir den Mitgliedern, die besonders betroffen sind, Italien und Spanien etwa, rasch und effektiv helfen. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine moralische Frage. Wir erleben vielerorts unendliches Leid. Es gibt Regionen in Europa, da gibt es keine Familie, kein Freundeskreis, wo nicht Opfer zu beklagen sind.

SPIEGEL: Sind Corona-Bonds das richtige Mittel, um in dieser Krise zumindest wirtschaftlich Solidarität zu zeigen?



ELIOT BLONDET / POOL / BESTIMAGE / ACTION PRESS

Ärzte und Pfleger bei Verlegung von Patienten am Pariser Gare d'Austerlitz: »Lackmustest für Solidarität«

Hahn: Ehrlich gesagt: Ich glaube, der Begriff des Bonds ist seit der Eurokrise für manche toxisch geworden. Wir sollten uns nicht auf Begriffe fixieren, die mit Dissens verbunden sind. Es geht darum, gemeinsam Instrumente zu finden, die die Widerstandskraft einzelner Mitgliedstaaten in der Wirtschaft und im Sozialen im Falle einer Krise stärken. Eines möchte ich den Ländern in Nordeuropa dabei ins Stammbuch schreiben: Sie sind es, die von einem funktionierenden Binnenmarkt besonders profitieren. Wenn sie Ländern wie Italien helfen, vergeben sie keine Almosen. Im Gegenteil: Sie handeln in ihrem ureigensten Interesse.

SPIEGEL: Kommissionschefin Ursula von der Leyen schlägt ein europäisches Kurzarbeitsgeld vor und will den nächsten mehrjährigen Haushalt ganz darauf trimmen, der Wirtschaftskrise zu trotzen. Sollen reichere Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Österreich mehr einzahlen?

Hahn: Der Vorschlag für ein europäisches Kurzarbeitergeld wird ein erster Lackmustest dafür sein, wie es um die Solidarität der Mitgliedstaaten bestellt ist. Beim EU-Budget für die nächsten sieben Jahre geht es insgesamt um deutlich mehr als eine Billion Euro, so der Vorschlag der Kommission. Es ist klar, dass die vorliegenden Entwürfe angesichts der Krise angepasst werden müssen. Die ersten drei oder vier Jahre unseres Haushalts werden vom Wiederaufbau geprägt sein. Ich weiß aber auch, wie schwer die Folgen des Virus für alle Mitglieder zu bewältigen sind. Daher rechne ich nicht damit, dass das Gesamtvolume signifikant wächst.

SPIEGEL: Wir sprechen also über eine andere Form der Verteilung. Wie wollen Sie Italien oder Spanien konkret helfen?

Hahn: Wir denken gerade mehrere Optionen durch. Das EU-Budget muss die nötige Flexibilität haben, damit wir auf Krisen rasch und stark reagieren können. Wichtig ist es, dass das künftige mehrjährige EU-Budget sein volles Potenzial als Investitionsinstrument entfalten kann. Die Kommission hat ein exzellentes Rating bei den Agenturen, also könnten wir, abgesichert durch die Mitgliedstaaten, Kredite aufnehmen, um Ländern wie Italien zu helfen. Immer unter Kontrolle der Mitglieder und des Parlaments. Die Coronakrise ist eine globale Krise. Manche Regionen und Kontinente werden gestärkt herausgehen, manche nicht. Ich wünsche mir: Europa first.

SPIEGEL: Um die Zahl der Opfer möglichst gering zu halten, haben sich Europas Volkswirtschaften in eine Art Winterschlaf begeben. Haben Sie bereits verlässliche Zahlen, wie groß der Schaden sein wird?

Hahn: Das hängt stark davon ab, wie schnell wir unsere Volkswirtschaften wieder hochfahren können. Dieser Aspekt kommt mir derzeit viel zu kurz. Wenn wir den ohnehin großen wirtschaftlichen

Schaden dieser Krise so gering wie möglich halten wollen, müssen wir uns eng abstimmen, wenn es darum geht, unsere Volkswirtschaften wieder anzukurbeln.

SPIEGEL: Sie spielen auf die enge Verflechtung der EU-Volkswirtschaften an ...

Hahn: ... ja, in einem Europa der engmaschigen Lieferketten bestimmt sonst der Letzte das Tempo. Jedes EU-Mitglied exportiert etwa zwei Drittel seiner Produkte und Dienstleistungen in ein anderes EU-Land. In allen EU-Ländern ist etwa jeder fünfte Arbeitsplatz vom Export abhängig. Das müssen Sie nur zusammenzählen, um zu sehen, wie wichtig koordiniertes Vorgehen ist. Wann öffnen Restaurants wieder, wann kleine und große Geschäfte, wann die Fabriken? All das müssen wir absprechen. Aus dieser Krise kommen wir nur gemeinsam heraus.

SPIEGEL: Wenn wir über Corona reden, geht es nicht nur um Gesundheitspolitik und Geld, sondern auch um Bürgerrechte und Demokratie. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán nutzt die Krise, um das Parlament zu entmachten. Warum reagiert Ihre Behörde nicht schärfer darauf?

Hahn: Es gibt derzeit 14 Mitgliedstaaten, die in der einen oder anderen Form Notstandsgesetze erlassen haben, die meisten Regierungen haben den engen Schulterschluss mit der Opposition gesucht und ihre Parlamente voll eingebunden. Ich verstehe nicht, warum Ungarn einen anderen Weg beschreitet, zumal Orbáns Regierung ja ohnehin mit einer Zweidrittelmehrheit regiert. Hier zu sagen, das Parlament schränkt mich ein, ist absurd. Die Entwicklung ist absolut besorgniserregend.

SPIEGEL: Sie sind auch stellvertretender Chef der Europäischen Volkspartei, zu der Orbáns Partei Fidesz gehört. Ist der Rauschmiss hier nicht überfällig?

Hahn: Wenn die Evaluierung der Kommission ergibt, dass Orbáns Handeln unseren Grundprinzipien widerspricht, werden wir die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wenn es um die Einhaltung der Verträge geht, kann es keinen Rabatt geben.

SPIEGEL: Europas Richter halten mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg: Länder wie Ungarn hätten die von der EU beschlossene Verteilung von Flüchtlingen im September 2015 nicht ignorieren dürfen, sagen sie. Erwarten Sie, dass dieses Urteil zu einem Umdenken bei Orbán führt?

Hahn: Als Mitglied der EU-Kommission, die ja Hüterin der EU-Verträge ist, begrüße ich, dass der Gerichtshof das nun klar und deutlich gesagt hat. Und natürlich hoffe ich, dass es in den betreffenden Ländern ein Umdenken geben wird. Das EU-Recht ist schließlich die Grundlage der Europäischen Union. Urteile des EuGH sind von allen Mitgliedstaaten zu respektieren.

Interview: Peter Müller

Fragen Sie Ihren Buchhändler nach der neuen Frühjahrssausgabe!



lebenswert ist das Trendmagazin für die Themenfelder Gesundheit, Familie und Genuss. Die Frühjahrssausgabe jetzt kostenlos im Buchhandel!

Lesen Sie u.a., wie wichtig es ist, die eigenen Gefühle zu verstehen, finden Sie Orientierung im Dschungel medizinischer Halbwahrheiten und lernen Sie unbekannte Reiseziele kennen.

Inkl. „Gelassen bleiben in Corona-Zeiten“

Das Magazin **lebenswert** erscheint in der Harenberg Kommunikation Verlags- und Medien GmbH & Co. KG, Königswall 21, 44137 Dortmund

buch aktuell
KUNDENMAGAZINE
www.buchaktuell.de



CHRISTIAN SPICKER / IMAGO IMAGES

Vorsitzende Kramp-Karrenbauer: Ihr Wort hat wieder Gewicht

Flinke Ente

CDU Annegret Kramp-Karrenbauer war Parteichefin auf Abruf, bis die Krise kam. Nun wirkt sie von Tag zu Tag stärker, während ihre potenziellen Nachfolger schwächeln.

Am Montagmorgen um halb neun saß Annegret Kramp-Karrenbauer allein in einem Besprechungsraum des Konrad-Adenauer-Hauses. Wobei, ganz allein war sie nicht, im Raum befand sich, mit dem derzeit gebotenen Abstand, noch ihr Bundesgeschäftsführer. Doch die übrigen Mitglieder des CDU-Präsidiums waren nicht physisch anwesend, sondern zugeschaltet. Wie so häufig dieser Tage.

Kramp-Karrenbauer allein zu Haus, es hätte gut zu ihrer Lage gepasst, schließlich ist sie nur noch eine Vorsitzende auf Abruf, seit sie im Februar ihren Rückzug angekündigt hat. Doch die Frau, die da am Montagmorgen sprach, klang nicht wie eine einsame Chef - sondern wie eine, die nach wie vor das Sagen hat.

Es gehe jetzt, sagte sie laut Teilnehmern zum Auftakt, um das Land und die Menschen, dahinter habe alles andere zurück-

zutreten – auch die Frage, wer nächster CDU-Chef werde, also ihr Nachfolger. Niemand würde verstehen, wenn die CDU dieses Thema derzeit in den Vordergrund rückte. Innerparteilicher, »kleinkarierter« Streit sei nicht das, was das Land jetzt brauche.

Es war eine klare Ansage an die Bewerber, den Wahlkampf vorerst einzustellen. Vor ein paar Wochen wäre sie ungehört verhallt, doch Corona verändert alles, auch die Lage in der CDU. Kramp-Karrenbauers Wort hat plötzlich wieder Gewicht.

Als sie vor knapp zwei Monaten ihren Rückzug als CDU-Chefin ankündigte, wirkte der Schritt unausweichlich. Schon lange war ihre Autorität angekratzt – nach dem Tabubruch von Erfurt, wo die CDU gegen den Willen der Bundespartei gemeinsam mit der AfD einen FDP-Mann zum Ministerpräsidenten gewählt hatte,

war davon gar nichts mehr übrig. Die Grünen lagen in den Umfragen schon beinahe auf Augenhöhe mit der Union, und Kramp-Karrenbauers persönliche Beliebtheitswerte ließen eine Kanzlerkandidatur nahezu undeckbar erscheinen.

Und jetzt, inmitten der Krise? Ist die Union in einigen Umfragen wieder doppelt so stark wie die Grünen. Wirkt der Machtpoker von Erfurt wie ein skurriles Schauspiel aus einer anderen Zeit. Haben Kramp-Karrenbauers Parteifreunde ganz andere Sorgen, als über ihre Chef in zu lastern. Thüringen, was war da noch genau?

Das wirft Fragen auf: Was wäre eigentlich gewesen, wenn Annegret Kramp-Karrenbauer die Umfragewerte, die Lästereien und Thüringen einfach ausgesessen hätte? Wäre sie jetzt auf dem Weg zur Kanzlerkandidatin? Und was sagt die Tatsache, dass sich diese Fragen überhaupt stellen, über ihre möglichen Nachfolger aus?

Am vergangenen Wochenende war die deutsche Luftwaffe mal wieder im Einsatz, in friedlicher Mission, ganz ohne Pannen. Die Soldaten flogen am Samstag sechs schwerkranke Italiener nach Köln, die Covid-19-Intensivpatienten sollten in Deutschland behandelt werden. »In Zeiten größter Not ist es selbstverständlich, dass wir unseren Freunden zur Seite stehen«,

ließ sich die Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer zitieren.

Es war einer von vielen Einsätzen, mit denen die Bundeswehr derzeit in der Krise hilft, insgesamt 15 000 Soldaten sollen mitanpacken, bislang beteiligte sich die Truppe unter anderem, indem sie im Stau gestrandete Lkw-Fahrer an der polnischen Grenze versorgte.

Normalerweise interessieren sich die Deutschen nicht groß für ihre Armee. Wenn es aber zur Katastrophe kommt, wenn Deiche brechen oder eine Pandemie durchs Land zieht, ist die Truppe beliebt. Die Bundeswehr, dein Freund und Helfer.

Das Amt der Verteidigungsministerin gilt eigentlich als eines, in dem man wenig gewinnen, aber viel verlieren kann – weshalb es in der CDU als nahezu ausgeschlossen galt, dass Kramp-Karrenbauer ihre miesen Popularitätswerte noch einmal entscheidend würde verbessern können. In Zeiten wie diesen aber, in denen die Truppe populär ist, kann auch die Ministerin gewinnen.

Der Kampf gegen Corona sei lang, »ein Marathon«, verkündete sie der Nation diese Woche mit ernster Miene im ARD-»Morgenmagazin«. Die Bundeswehr werde helfen. Katastrophenhilfe im Inland liegt der ehemaligen Landesinnenministerin des Saarlands wohl schlicht näher als Luftbetankung über Syrien.

An Annegret Kramp-Karrenbauer lässt sich derzeit die Umkehrung eines politischen Naturgesetzes beobachten. Kündigt ein Politiker seinen Rückzug an, gilt er von diesem Moment an als Lame Duck, als lahme Ente, auf die man nicht mehr groß hören muss. Es ist kein angenehmer Zustand, Kramp-Karrenbauer wollte ihn Ende April beenden, dann sollte der CDU-Parteitag ihren Nachfolger wählen. Doch der Parteitag ist abgesagt, nun wird dieser Zustand deutlich länger dauern, womöglich bis zum regulären Parteitag im Dezember. Vor allem aber ist er gar nicht so unangenehm wie üblich. Kramp-Karrenbauer ist derzeit als ziemlich flinke Ente unterwegs.

Es liegt darin aber auch eine Tragik. Je besser es läuft, desto häufiger dürfte sich ihr die Frage aufdrängen: Was wäre gewesen, wenn ...? Wenn ich gewartet, die Nerven behalten hätte? Kürzlich wurde sie von der »FAZ« gefragt, ob sie es inzwischen bereue, den Vorsitz aufgegeben zu haben.

Nein, sagte sie, »diese Entscheidung ist gefallen, und ich stehe dazu«. Dann fügte sie hinzu: »Wenn allerdings zu dem Zeitpunkt die Corona-Lage schon so gewesen wäre wie heute, hätte ich gewartet.«

Vielleicht ist eine Lehre aus dem Fall, dass Politiker in diesen schnellen Zeiten öfter den Moment vorbeiziehen lassen sollten, bevor sie schwerwiegende Entscheidungen treffen. Nur: Was wäre dann eigentlich aus Friedrich Merz geworden?

Mittwoch Nachmittag, Anruf bei Merz, der überraschend gut gelaunt klingt. Er war mit dem Coronavirus infiziert, zum Glück verlief die Krankheit mild, Hals- und Schmerzen, Ohrenschmerzen, Schnupfen. Mittlerweile geht es ihm besser, Merz geht wieder Brötchen holen, fährt ins Büro, beobachtet Freund und Feind. Vor allem Feind.

Die Sozialdemokraten etwa, die jetzt Reiche einmalig zur Kasse bitten wollen, um die Krise zu überwinden. Ein Wahnsinn, findet Merz: »Über Steuererhöhungen brauchen wir jetzt wirklich nicht zu diskutieren«, sagt er. »Entscheidend ist, wie wir die Menschen vor der Infektion schützen und wie wir danach die Unternehmen und die Arbeitsplätze retten.«

Zur CDU hingegen will er lieber gar nichts sagen. Das interessiere doch gerade wirklich niemanden.

Mindestens ihn selbst dürfte die Lage der Partei brennend interessieren, schließlich gerät gerade sein ganzer Plan in Gefahr. Monatelang hatte er Kramp-Karrenbauer vor sich hergetrieben. Als sie dann ihren Rückzug ankündigte, sah es aus, als könnte endlich sein Moment kommen. Weniger Merkel, mehr Merz, weniger Moderation, mehr Führung – es wirkte, als wäre das jetzt gefragt. Und nun?

Nun sitzt Merz, 64, zu Hause im Sauerland und muss zusehen, wie andere sich profilieren. Markus Söder marschiert in Bayern voran, bei Gesundheitsminister Jens Spahn wundert man sich, wenn er mal wenige Minuten nicht auf einem Bildschirm zu sehen ist, und Merz' alte Rivalin Kramp-Karrenbauer funktioniert die Bundeswehr zum Technischen Hilfswerk in Flecktarn um. Selbst die Kanzlerin, an der er sich so lange schon arbeitet, ist auf einmal wieder fast so beliebt wie zu ihren besten Zeiten.

Merz hat keine Funktion in dieser Krise. Seine gesamte Arbeitsgrundlage ist weggebrochen, sie beruhte auf vollen Sälen, in denen er sich von der Parteibasis feiern ließ. Doch Großveranstaltungen sind seit Wochen verboten.



CSU-Chef Söder (r.)
Bayern marschiert voran

Die Krise ist die Stunde der Regenten, nicht der Redner. Und Merz, früher mal Fraktionschef der Union im Bundestag, hat nie regiert, war nie Minister. Er kann derzeit nicht viel mehr tun, als hin und wieder Lebenszeichen zu senden. In der »Zeit« warnte er vor einer Pleitewelle. Auf Twitter teilte er ein Foto von sich im Homeoffice, vor ihm ein Bildschirm, ein Tablet, ein Buch. Es sah etwas traurig aus.

Merz muss auf die Zeit hoffen, in der es weniger um die gesundheitlichen Aspekte geht – und stärker um die ökonomischen Folgen der Krise. Einen Wiederaufbauplan entwerfen, das könnte er vielleicht besser als seine Konkurrenten Armin Laschet oder Norbert Röttgen.

Die beiden haben ja auch Probleme, vor allem Laschet. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident hat den Beginn der Krise verschlafen und erst spät realisiert, welche Gefahr von Corona ausgeht. Mittlerweile hat er sich gefangen, hat ein dickes Rettungspaket für sein Bundesland auf den Weg gebracht und stößt Diskussionen über ein Ende der Einschränkungen an. Trotzdem steht er im inoffiziellen Wettbewerb um das beste Krisenmanagement momentan allenfalls im Mittelfeld, abgeschlagen hinter seinem bayerischen Amtskollegen Markus Söder.

Und hinter Jens Spahn, der in der CDU eigentlich sein Stellvertreter werden soll – so der bisherige Plan. Doch schon fragen manche in der Union, ob das die richtige Rangfolge ist, ob es nicht nach der Krise andersherum sein müsste: Spahn als Nummer eins, Laschet dahinter?

Es sind Zwischenstände, Momentaufnahmen, täglich kann sich alles ändern. Spahn kann noch entscheidende Fehler machen, genauso wie Söder, der zwar als CSU-Chef nicht Vorsitzender der CDU werden kann, sehr wohl aber Kanzlerkandidat der Union. Alles wieder offen.

Wirklich alles? Könnte am Ende also auch die Frage stehen, ob die CDU wirklich einen neuen Chef braucht? Ob Kramp-Karrenbauer in dieser Lage gehen muss?

Nach den allgemeinen politischen Gesetzmäßigkeiten ist es kaum vorstellbar, dass jemand seinen Rücktritt ankündigt, ihn aber nicht vollzieht. Andererseits: Hat nicht Vizekanzler Olaf Scholz auch einmal versichert, sich auf keinen Fall um den SPD-Vorsitz zu bewerben – um sich kurz darauf für den SPD-Vorsitz zu bewerben? Und was heißt das derzeit überhaupt – nicht vorstellbar?

Am Montag im Präsidium, so hört man von Teilnehmern, soll es Lob für Kramp-Karrenbauer gegeben haben, für die Krankentransporte der Luftwaffe. Von Armin Laschet. Und Jens Spahn. Auch das wäre vor Kurzem kaum vorstellbar gewesen.

Christoph Hickmann, Veit Medick

Der Stoff der Krise

Gesundheit Die Bundesregierung hat es versäumt, genügend Schutzmasken zu besorgen.

Auch deshalb verweigert sie sich nun einer Tragepflicht für alle Bürger – obwohl dies eine Lockerung der Kontaktsperrre ermöglichen könnte. Protokoll eines Versagens.

Als dem Hamburger Zahnarzt Norman von Sternberg Ende Februar die Atemschutzmasken ausgingen, sah es so aus, als müsste er seine Praxis schließen. Der Markt für Masken ist leer gefegt. In seiner Verzweiflung wurde Sternberg kreativ: Von einem befreundeten Autolackierer borgte er sich eine Maske aus schwarzem Gummi mit aufsetzbaren Filtern gegen Gase und Dämpfe. Seine Assistentin staffierte Sternberg mit einer Schnorchelmaske aus, die das Gesicht bedeckt. So kann er wenigstens die Notfallpatienten weiter versorgen.

Wie überall im Lande fehlt auch den 1300 Mitarbeitern des St.-Antonius-Hospitals im rheinischen Eschweiler der nötige Schutz für Mund und Nase. In ihrer Not wandte sich die Pflegedirektorin auf Facebook an die Bevölkerung und rief dazu auf, Stoffmasken für das Klinikpersonal zu nähen. Nun wird in Heimarbeit jene Ware produziert, die zum Symbol der Coronakrise geworden ist.

Not macht erfieberisch. Und die Not ist deshalb so gewaltig, weil die Bundesregierung sich viel zu wenig um den Schutz von Ärzten und Pflegern vor dem Coronavirus gekümmert hat. Zunächst verschlief sie es, rechtzeitig Vorräte anzulegen, insbesondere für Praxen, Krankenhäuser und Pflegeheime. Und nun lässt sie die Bürger im Unklaren darüber, ob das Tragen von Schutzmasken im Alltag sinnvoll wäre, um die Ansteckungsgefahr zu reduzieren.

Anders als in Deutschland müssen die Bürger in Österreich vom kommenden Montag an beim Einkaufen weite Teile ihres Gesichts verhüllen. Die einfachen Masken bieten zwar keinen vollständigen Schutz vor Ansteckung anderer mit dem Coronavirus, verringern aber die Wahrscheinlichkeit. Der Virologe Alexander Kekulé hält eine Maskenpflicht für »absolut sinnvoll«. Sogar ein altes T-Shirt vor Mund und Nase helfe, um Tröpfchen abzuhalten.

In asiatischen Ländern wie Südkorea, Taiwan oder Japan, die bisher gut durch die Coronakrise kommen, ist die Schutzmaske längst wichtiger Bestandteil der Strategie, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern und zugleich das wirtschaftliche Leben am Laufen zu halten. George Gao, Direktor des chinesischen Seuchenkontrollzentrums, warnt im Magazin »Science«, dass es der »große Fehler in den USA und

Europa« sei, dass »die Leute keine Masken tragen«.

Auch in Deutschland wächst nun der soziale Druck, die Mitmenschen mittels Maske vor einer Infektion zu schützen. Laut einer Forsa-Umfrage für RTL und n-tv befürworten 57 Prozent der Deutschen eine Maskenpflicht beim Einkauf

und im Nahverkehr, 35 Prozent sind dagegen. Doch die Bundesregierung verweigert sich bislang einer solchen Pflicht. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sieht »in der jetzigen Lage keine Notwendigkeit für eine Verpflichtung«. Auch in einer Schalte von Kanzlerin Angela Merkel, einigen Bundesministern und den Ministerpräsi-



denten wurde eine Maskenpflicht nicht ernsthaft erwogen. Ein Hauptargument war nicht etwa, dass diese sinnlos sei. Es ist viel einfacher: Man verzichtet auf die Masken, weil es sie schlicht nicht gibt.

Eine Tragepflicht ließe sich derzeit gar nicht umsetzen, weil die Regierung es versäumt, genügend Masken zu beschaffen. Wenn 80 Millionen Deutsche zum Atemschutz verpflichtet würden, würden die Masken gerade jenen fehlen, die sie am nötigsten brauchen: Ärzten, Krankenfletern oder dem Personal von Pflegeheimen. Als Beispiel diente in der Runde der Kanzlerin Südkorea, wo Samsung pro Tag und Mitarbeiter zwei Masken ausgibt. In Deutschland wäre das nicht möglich.

Schon jetzt ist klar: Die Bundesregierung war nicht vorbereitet auf diese Pandemie,

obwohl eine Risikoanalyse der Bundesregierung für 2012 ein Krisenszenario skizziert hatte, das der aktuellen Lage verblüffend ähnelt. Der Mangel an Masken hat nicht nur medizinische, sondern auch gesellschaftliche Folgen. Stünden mehr Masken zur Verfügung, könnte womöglich die Kontaktsperrre früher gelockert werden. Wenn eines Tages die Geschichte der Coronakrise aufgearbeitet wird, dürfte das Kapitel Masken als Chronik von Fehlschlägen und Versäumnissen der Bundesregierung erzählt werden.

»Ob wir wieder ein normales Leben führen können, hängt auch davon ab, ob der Staat über viele Monate genug Schutzmasken zur Verfügung stellen kann«, sagt SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. »Beim Einkaufen oder im öffentlichen Personennahverkehr muss eine Maskenpflicht

gelten.« Solche Stimmen mehren sich dieser Tage in der deutschen Politik. »Länder wie Taiwan oder Südkorea zeigen, dass Atemmasken ein wichtiger Baustein sein können, gerade auch mit Blick auf Schritte raus aus dem Lockdown«, sagt auch Grünenchefin Annalena Baerbock. Wenn es allerdings »einen Riesenmangel an Masken« gebe, ergebe es wenig Sinn, über eine flächendeckende Maskenpflicht zu sprechen. »Die volle Kraft muss jetzt auf der Entwicklung einer Pandemiewirtschaft liegen, die die nötige Ausrüstung schnellstens produziert und flächendeckend bereitstellt«, fordert Baerbock.

Sogar die FDP ist offen. »Wenn die Leute sich nicht daran halten und Masken für alle erhältlich sind, könnten wir über eine vorübergehende Verpflichtung nachdenken«, sagt der Abgeordnete Andrew Ullmann, der selbst Mediziner ist. »Um wieder ein wenig Normalität herzustellen, wäre vor allem eine Maskenpflicht in Apotheken und Lebensmittelläden, aber auch in anderen Geschäften sinnvoll.«

Deutschlands führende Virologen, die die Regierung beraten, äußerten sich lange zurückhaltend zu der Frage, ob es sinnvoll wäre, dass auch die Bürger im Alltag Masken tragen. Ihre missverständlichen und widersprüchlichen Aussagen schürten Zweifel, ob sie überhaupt gegen die Verbreitung von Corona wirksam sind. So herrscht bei den Bürgern bis heute große Verunsicherung darüber, was hilft.

Viele fragen sich zu Recht, warum für sie falsch sein soll, was für Ärzte und Krankenpersonal richtig ist. Im Grundsatz gibt es zwei verschiedene Arten von Mundschutzen: Die einen schützen den Träger, die anderen die Mitmenschen.

Partikelfiltrierende Atemschutzmasken, auch FFP-Masken genannt (FFP steht für filtering face piece), dienen dem Eigenschutz, sie verhindern das Einatmen kleinstter Partikel oder Tropfen und sind für medizinisches Personal gedacht, das Patienten mit ansteckenden Erkrankungen behandelt. Es gibt drei Varianten mit zunehmender Dichte und Schutzklasse: FFP1, FFP2 und FFP3 (siehe Grafik). Bei Kontakt mit Covid-19-Patienten ist FFP2 der Mindeststandard. Bei Höchstrisiko-eingriffen wie einer Lungenspiegelung gilt die Schutzklasse FFP3 als unabdingbar.

Der einfache Mund-Nasen-Schutz aus leichtem Stoff, oft als OP-Maske bezeichnet, soll dagegen andere vor Infektionen schützen. Krankenfleter und Ärztinnen tragen ihn beispielsweise bei Operationen, damit keine Tröpfchen aus Nase oder



* In Düsseldorfer Uniklinik.

CDU-Politiker Armin Laschet, Spahn*

»Die Politik lässt uns allein«

Mund die Patienten treffen. Die selbst gebastelten Masken aus Stoff, wie sie nun in Eschweiler und andernorts genäht werden, dienen ebenfalls nur dem Schutz anderer. Aber immerhin.

Gegner einer Atemschutzhpflicht fürchten, dass die Masken eine trügerische Sicherheit vermitteln und die Bürger dazu verleiten könnten, den Sicherheitsabstand nicht mehr einzuhalten. Angeführt wird auch, dass Masken selbst zu Virenschleudern werden können, wenn sie falsch getragen werden. Diese Sorge treibt offenbar auch die Kanzlerin um. In der Besprechung mit den Ministerpräsidenten warnte Angela Merkel, dass selbst gebastelte Masken sogar das Infektionsrisiko erhöhen könnten, wenn man sie zu lange trage oder falsch aufsetze.

Sicher ist, dass es bisher zu wenig wissenschaftliche Studien zum Mund-Nasenschutz und damit keine Evidenz über seine Wirksamkeit gibt. Zu kaum einem Gebiet in der Hygiene gebe es so wenig Forschung wie zu Atemschutzmasken, sagt Walter Popp, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene. Trotzdem ist der Arzt sicher: »Jede Maske ist besser als keine Maske.« Auch der Nationale Pandemieplan geht davon aus, dass durch einen Mund-Nasen-Schutz »prinzipiell sowohl ein besserer Schutz für Dritte (wenn die Maske-tragende Person selbst infiziert ist) als auch für die tragende Person selbst erreicht werden kann.«

Das Robert Koch-Institut hat seine Einschätzung für das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes gerade offiziell revidiert. Auf den Internetseiten mit den Corona-Empfehlungen heißt es nun, eine solche einfache Schutzmaske könne das Risiko verringern, »eine andere Person durch Husten, Niesen oder Sprechen anzustecken«. Auch die US-Seuchenschutzbehörde wird nun voraussichtlich das Tragen von Masken empfehlen – und selbst die Weltgesundheitsorganisation WHO ist mit gehöriger Verspätung inzwischen dabei, ihre Empfehlungen zu ändern. WHO-Nothilfekreis Michael Ryan hatte am vorigen Montag noch davon abgeraten, »Mundschutz zu tragen, wenn man nicht selbst krank ist«. Da aber schätzungsweise 25 Prozent der Corona-Infizierten keine Symptome zeigen, könnte ein ahnungsloser Virusträger die Erkrankung an Dutzende Menschen weiterverbreiten – verschiedene Fälle solcher »Superspreaders« wurden bereits dokumentiert. Wenn alle von ihnen Masken getragen hätten, hätten sie gewiss weniger Schaden angerichtet.

Im Zentrum der Versäumnisse der Bundesregierung beim Umgang mit Schutzmasken steht Gesundheitsminister Jens Spahn. Schon Anfang Februar hatte ein Hersteller sein Ministerium darauf hingewiesen, dass es durch die Lage in China auch in Deutschland zu einem Mangel an

Gegen den unsichtbaren Feind

Übertragungsweg



Virus und Filter im Vergleich

Spezialmasken filtern Partikel mit einem Durchmesser von mehr als 0,6 Mikrometern (μm).



Unterschiedliche Schutzklassen

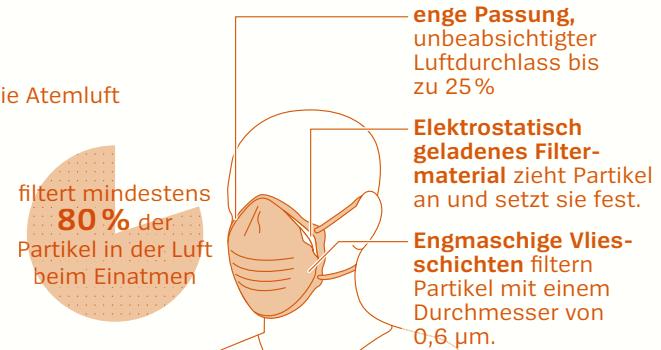
Mund-Nasen-Schutz

- + schützt andere vor abgegebenen Speicheltröpfchen des Trägers
- + schützt Mund und Nase vor Berührung durch kontaminierte Hände
- schützt nicht vor luftgetragenen Viren



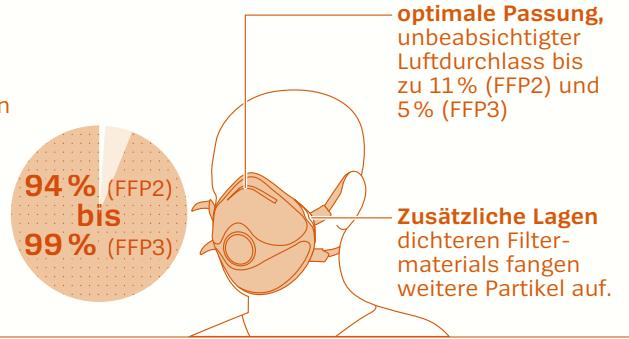
FFP1-Maske

- + filtert zusätzlich auch die Atemluft des Trägers von außen
- schützt nicht umfassend vor luftgetragenen Viren



FFP2- und FFP3-Maske

- + zusätzlich zertifizierter Schutz vor luftgetragenen Viren
- großer Atemwiderstand
- hohe Kosten



Masken kommen könne. 90 Prozent des weltweiten Bedarfs werden dort hergestellt, ausgerechnet die Region Wuhan ist das Zentrum der Produktion.

Doch Spahns Leute schenkten den Warnungen zu wenig Gehör. Zwar sprach der gemeinsame Krisenstab von Gesundheits- und Innenministerium bereits auf seinen ersten Sitzungen Ende Februar über das Thema. Doch zunächst verfiel die Runde auf protektionistische Maßnahmen. Wenig später verhängte sie ein Exportverbot für Schutzmasken.

Die Preise explodierten. Anfang März beauftragte der Krisenstab das Beschaffungsamt der Bundeswehr und die Generalzolldirektion, auf der ganzen Welt nach Schutzmasken zu fahnden. Doch der Erfolg blieb überschaubar, gerade einmal 30 000 Masken wurden geliefert.

Inzwischen hat die Bundesregierung eine eigene Taskforce eingesetzt, intern »Troubleshooting Agentur« genannt, um dafür zu sorgen, dass bestellte Ware auch tatsächlich ankommt. Das Auswärtige Amt greift ein, wenn andere Länder Masken beschlagnahmen. Das Verkehrsministerium sorgt dafür, dass Flugzeuge mit der Ware auch landen können.

Der Gesundheitsminister klemmte sich in den vergangenen Tagen selbst ans Telefon, um Textilunternehmen im Land zu bewegen, auf das Nähen von Schutzausrüstung umzusteigen – und um Großunternehmen wie Volkswagen zu bitten, ihre Restbestände an Masken zur Verfügung zu stellen. 20 Millionen Stück seien durch das Ministerium beschafft worden und würden verteilt, meldete Spahns Ressort zu Wochenbeginn. Die aber reichen nicht. Allein die Kliniken in Deutschland brauchen Schätzungen zufolge etwa 17 Millionen FFP2-Masken im Monat. Hinzu kommen 45 Millionen einfache Schutzmasken. Im weiteren Verlauf der Pandemie könnte der Bedarf erheblich steigen.

Gesundheitsexperte Lauterbach fordert inzwischen, dass sich eine Bundesbehörde darum kümmern müsse, die Herstellung von Masken in Deutschland zentral zu koordinieren – »das kann kein Politiker im Nebenjob machen«. Dass auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder inzwischen nach einem Staatseingriff ruft, muss man als Kritik an Gesundheitsminister Spahn verstehen. »Wir brauchen jetzt eine Umstellung der Produktionskapazitäten auf diese Notfallwirtschaft«, erklärte der CSU-Politiker.

In der Schalte mit Merkel und den Ministerpräsidenten erläuterte Spahn am Mittwoch auch die Lage auf dem Weltmarkt. Er herrschten »Wildwest«-Verhältnisse. Das ist noch milde ausgedrückt. Im weltweiten Kampf ist die Maske zum Spekulationsobjekt für Glücksritter und Betrüger geworden. Wucherpreise werden



PAUL LANGROCK / DER SPIEGEL

Frau mit Schutzmaske in Berlin: »Absolut sinnvoll«

verlangt, stellenweise stieg der Preis um fast das 50-Fache.

Jeder versucht zu ergattern, was er bekommen kann. Besonders aggressiv sind die USA auf dem chinesischen Markt unterwegs. »Die Amerikaner nehmen gerade viel Geld in die Hand und kaufen die Weltproduktion an Masken und anderer Schutzausrüstung weg. Das treibt nochmals die Preise hoch«, sagt Reinhard Wiedemann von Asklepios. Bislang seien nur kleinste Mengen angekommen, sie hätten gerade für einzelne Häuser und wenige Tage gereicht. Und was da kam, war zum Teil unbrauchbar, der Stoff eingetrocknet, Haltebänder fielen ab. »Das waren wohl sehr alte Bestände, von der Bundeswehr oder Polizei vielleicht.«

In Deutschland kämpft der Bund gegen die Länder, diese konkurrieren untereinander; Kliniken, Arztpraxen und Pflegeheime jagen sich gegenseitig die letzten Maskenbestände ab. Es ist eine Schlacht aller gegen alle. Zudem wurden deutschlandweit schon Hunderttausende Masken gestohlen, schätzen Klinikbetreiber.

Der Gesundheitsminister und das Robert Koch-Institut empfehlen inzwischen, die Einmalmasken notfalls gereinigt mehrfach zu verwenden. In den Kliniken geht die Angst um. Was, wenn die Zahl der Corona-Fälle steigt und die Schutzmasken ausgehen? »Soll ich dann meine Ärzte und Pflegekräfte ohne Maske zu den Patienten schicken?«, fragt der Chefarzt einer großen Klinik. Man fürchtet Zustände wie in Italien, wo Mediziner teilweise auch ohne Mundschutz arbeiten müssen. Viele sind selbst erkrankt. »Notfalls werden auch unsere Mitarbeiter ohne Schutz arbeiten müssen«, sagt ein Klinikmanager.

Wut und Enttäuschung über die Politik wachsen, auch bei den niedergelassenen Ärzten. Matthias Soyka, Orthopäde aus

Hamburg, warnt vor dem hohen persönlichen Risiko für die Mediziner. »Uns jetzt ohne ausreichende Schutzkleidung arbeiten zu lassen ist unverantwortlich. Die Politik lässt uns allein.«

»Die Bundesregierung hatte groß angekündigt, Schutzmasken zu besorgen. Das Ergebnis ist enttäuschend«, sagt auch Wiedemann von Asklepios. Bislang seien nur kleinste Mengen angekommen, sie hätten gerade für einzelne Häuser und wenige Tage gereicht. Und was da kam, war zum Teil unbrauchbar, der Stoff eingetrocknet, Haltebänder fielen ab. »Das waren wohl sehr alte Bestände, von der Bundeswehr oder Polizei vielleicht.«

Ganz unschuldig am Notstand sind allerdings auch die Kliniken nicht. Der Nationale Pandemieplan schreibt Krankenhäusern vor, dass »der erhöhte Bedarf an persönlicher Schutzausrüstung« zu berücksichtigen sei. Doch aus Kostengründen verzichteten viele Kliniken auf einen Vorrat an Masken.

Das Unternehmen ClinicPartner mit Sitz in Gelsenkirchen ist eine bundesweite Einkaufsgemeinschaft für Krankenhäuser, Alten- und Pflegeeinrichtungen. Über Agenten und Vertragspartner in China bezieht ClinicPartner seit Jahren Schutzmasken – und hat aus nächster Nähe erlebt, wie der Markt außer Kontrolle geriet.

»Wir haben im Januar mitbekommen, dass die Chinesen in Europa ganz massiv Atemschutzmasken aufkaufen«, sagt Vorstand Wolfgang Appelstiel. Die hätten fast jeden Preis bezahlt. »Im Januar und Februar, als wir noch glaubten, das Virus sei weit weg, wurde hier der Markt fast leer gekauft.« Der Unternehmenschef wirft der

Bundesregierung, vor allem Gesundheitsminister Spahn, Versäumnisse vor. »Man hätte im Februar sehen müssen, dass in Deutschland dringend aufgebaut werden muss, um die Versorgungslage mit Atemschutzmasken zu verbessern. Wir haben uns viel zu sicher gefühlt«, sagt Appelstiel. Er wirft Spahn vor, sich nicht mit den Branchekennern beraten zu haben. »Herr Spahn will das Problem mit herkömmlichen Mitteln lösen. Aber er hat überhaupt nicht verstanden, wie man in China Geschäfte macht«, sagt er. So sei viel Zeit mit Ausschreibungen verschwendet worden, die nicht funktioniert hätten.

Eine, die weiß, wie man es macht, ist Ming Gutsche. Vor mehr als 20 Jahren gründete die gebürtige Chinesin eine Schutzbekleidungsfirma. Inzwischen lässt das Rastatter Unternehmen über 20 Millionen Masken pro Jahr herstellen und zählt zu den Marktführern. Vor drei Wochen war Gutsche zu Spahn ins Gesundheitsministerium in Berlin geladen. Vergangene Woche fragte dann das Ministerium in Rastatt an. Man brauche Schutzmasken in größerer Menge.

»Ich habe mit der Regierung der Stadt Shenzhen gesprochen und gebettelt«, sagt Gutsche. Sie erinnerte die chinesischen Offiziellen daran, dass ihre Firma nach Ausbruch der Krise Schutzkittel nach China geliefert habe. Wenig später hatte sie eine Zusatz über 300 000 Atemschutz- und drei Millionen OP-Masken, die diese Woche geliefert wurden.

Ein Paradebeispiel für die Schwerfälligkeit der deutschen Bürokratie ist eine gescheiterte Großlieferung von sechs Millionen FFP2-Masken nach Deutschland. Schon Anfang März hatte sich ein eigentlich auf Badezimmersausstattung spezialisierter Onlineversand aus Niedersachsen mit einem Angebot für Schutzmasken bei der Generalzolldirektion gemeldet. Für rund 40 Millionen Euro wollte die Firma 6 Millionen Masken des Herstellers 3M beschaffen. Der produziert in Kenia Schutzmaterial für den afrikanischen Markt. Schon Tage später war ein Vorvertrag unterzeichnet. Die Ware wurde in einem Lager nahe dem Flughafen in Nairobi für die Lieferung nach Deutschland verpackt, der Transport war für den 20. März geplant.

Dass der Deal am Ende scheiterte, ist aus Sicht des Onlinehändlers vor allem der Bürokratie bei der Generalzolldirektion anzulasten. Anders als zunächst vereinbart, sei eine Vorabzahlung von gut 50 Prozent des Auftragswerts verweigert worden. So stieg der Vertragspartner in Kenia aus dem Geschäft aus. Die in Deutschland dringend benötigte Ware, so vermutet die Firma, sei umgehend an andere Interessenten verkauft worden.

»Es ist wirklich dramatisch«, sagt Michael Koch, Produktmanager bei Medika,

Do it yourself

Selbst gemachter Atemschutz: Anteil der Viren, die beim Ausatmen* zurückgehalten werden, in Prozent



* Test mit dem Virus Bacteriophage MS2

** 100% Baumwolle

Quelle: Anna Davies et al. (2013): Testing the Efficacy of Homemade Masks: Would They Protect in an Influenza Pandemic?

schen hat eine Reihe von Firmen ihre Produktion umgestellt, darunter der Textilkonzern Trigema, der Unterwäschespzialist Triumph und der bayerische Autozulieferer Zettl, der normalerweise Sitzbezüge herstellt. Auch das Modelabel Prada produziert nun Schutzmasken. Und selbst das Staatstheater Cottbus hat seine Kostümschneiderei auf das neue Mangelprodukt umgestellt.

Auch manche Start-ups haben aus der Not eine Tugend gemacht. Die Firma Be-Wooden etwa, die sonst Modeaccessoires wie Holzbroschen herstellt, bietet nun Stoffmasken an – auch um die Näherinnen in ihrer kleinen Manufaktur in Tschechien weiterbeschäftigen zu können. Gründer Henrik Roth glaubt, die Masken könnten bald zum »Alltagsaccessoire« werden.

Vorstand Appelstiel von ClinicPartner bleibt dennoch skeptisch. »Wir begrüßen, dass in Deutschland Produktionsstätten hochkommen«, sagt er, »aber bei dem Milliardenbedarf, der jetzt weltweit herrscht, kann nur China das Problem lösen.« Appelstiel geht davon aus, dass die Chinesen bald mehr Schutzmasken produzieren als vor der Coronakrise. »Der Staat hat verfügt, dass Masken gemacht werden ohne Ende, sodass der Weltmarkt bedient werden kann.«

In Deutschland wächst derweil der Wunsch nach einer schnellen Lockerung der Ausgangsbeschränkungen. Spätestens dann wird sich die Frage stellen, ob es eine Maskenpflicht für alle Bürger geben soll. Jena hat sie eingeschränkt bereits angekündigt. Eine stichprobenartige Umfrage des SPIEGEL unter Bürgermeistern ergab, dass viele andere Kommunen zwar keine Pflicht wollen, ihren Bürgern aber das Tragen von Masken empfehlen. Ein Argument gegen den Zwang ist auch hier der Mangel.

Denn wie sollte eine Maskenpflicht in Deutschland funktionieren, wenn schlicht das Material fehlt? Viele Unternehmen, deren Geschäfte noch geöffnet sind, fürchten jetzt, dass der Staat sie bald dazu verpflichten könnte, ihren Kunden solch einen Schutz anzubieten. In Österreich ist dies bereits geschehen.

Die Märkte der Drogerieketten Rossmann und dm etwa werden täglich von jeweils rund zwei Millionen Menschen besucht. »Müssten wir die Kunden mit Masken ausstatten, wäre das aus meiner Sicht nicht machbar«, sagt Rossmann-Geschäftsführer Raoul Roßmann. »Wo sollen wir diese Zahl an Masken herbekommen?«

Es ist nur eine von vielen berechtigten Fragen an die Bundesregierung.

Jörg Blech, Matthias Gebauer,
Kristina Gürke, Julia Amalia Heyer,
Christoph Hickmann, Christiane
Hoffmann, Nils Klawitter, Martin U. Müller,
Cornelia Schmergal, Christoph Schult



In diesen Tagen ist vieles unsicher. **Strom soll es nicht sein.**

Wir leben in dramatischen Zeiten. Vieles, was unser Leben ausgemacht hat, ist auf unbestimmte Zeit nicht mehr verfügbar. Gerade jetzt ist Strom eine wichtige Konstante. Wo Strom ist, sind Licht, Wärme und Kommunikation, da sind Produktion, medizinische Versorgung und Mobilität. Wir bei RWE setzen alles daran, betriebliche Risiken zu minimieren und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen – um unser Produkt Strom jederzeit und lückenlos liefern zu können. Darauf können Sie sich verlassen. Seit über 120 Jahren und insbesondere in diesen Tagen.



ALEXANDER HASSENSTEIN / GETTY IMAGES

Passantin mit Schutzmaske in München

Handy-Apps könnten eine Art digitales Immunsystem schaffen

Kein Exit

Gesundheitspolitik Eine Lockerung des Shutdowns ist auch nach Ostern nicht in Sicht. Die Hoffnung ruht nun auf Antikörpertests und Apps, um eine schrittweise Rückkehr zur Normalität zu ermöglichen.

Es gibt Zahlen, die gelten seit je als magisch. Die 7 zum Beispiel oder die 13. Die 20 war bislang nur eine von vielen im Zahlenraum von 1 bis 100. Doch seit Kurzem gilt sie in manchen deutschen Rathäusern und Parlamenten als Symbol der Hoffnung. Denn bis zum 20. April wollen Bund und Länder evaluieren, wo das Land im Kampf gegen das Coronavirus steht.

Dann, so sagen Politiker und Experten, könne man abschätzen, was die Einschränkungen und Verbotsverfügungen der vergangenen Wochen gebracht hätten und ob Lockerungen denkbar seien.

Für Hamburgs parteilosen Wirtschaftssenator Michael Westhagemann scheint »ob« keine Option. Für ihn ist ein Ende des Shutdowns offenbar so gut wie beschlossen: »Nach Ostern sollte Hamburgs Wirtschaft wieder langsam anlaufen«, mahnte er im »Hamburger Abendblatt«.

Westhagemann ist nicht der Einzige, der in Sachen Exit aus dem Corona-Stillstand aufs Tempo drückt. Auch Nordrhein-West-

falens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat sich positioniert – mit einer Aussage, deren unverbindliche Maßgeblichkeit Hoffnungen wecken kann, aber nicht muss: »Der Satz, es sei zu früh, über eine Exitstrategie nachzudenken, ist falsch.«

Doch nirgendwo sind derzeit Überlegungen erkennbar, die ernsthaft Plan genannt werden könnten. Wie unübersichtlich die Lage ist, zeigte sich am vergangenen Montag in einer Videokonferenz der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion. Regierungschef Peter Tschentscher, gelerner Mediziner, erläuterte, warum die Schulen der Stadt bis zum 20. April geschlossen bleiben müssten. Wenig später schilderte die Gesundheitssenatorin ihre Sicht der Lage: Sie rechne im Mai mit dem Höhepunkt der Neuinfektionen. Als ein Abgeordneter fragte, ob da nicht ein Widerspruch bestehe, hielt keiner dagegen.

Auch nach der Telefonkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am vergangenen Mittwoch konnte von einem

Einstieg in den Exit nicht die Rede sein. Im Gegenteil. »Die Dynamik der Verbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) in Deutschland ist noch immer zu hoch«, hieß es hinterher im Protokoll. »Wir müssen daher weiterhin alles dafür tun, die Geschwindigkeit des Infektionsgeschehens zu vermindern und unser Gesundheitssystem leistungsfähig zu halten.« Eine entscheidende Rolle kommt weiterhin der »Reduzierung von Kontakten« zu.

Deshalb sollten die Deutschen auch an Ostern »auf private Reisen und Besuche – auch von Verwandten – verzichten«. Das gelte ebenfalls für »überregionale tages touristische Ausflüge«.

Nicht nur in dieser Frage war sich die Runde überraschend einig. »Weniger bissig, aber dafür konstruktiv«, lobte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke). Auch sein hessischer Amtskollege Volker Bouffier (CDU) freute sich über die ganz große Corona-Koalition: »Es macht keinen Sinn, in einen falschen Wettbewerb der Länder einzutreten.«

Als die Kanzlerin die nächste Telefonkonferenz terminieren wollte, plädierte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) für einen Termin nach Ostern. Er fürchte, dass sonst vor den Feiertagen Druck auf die Länder aufgebaut werden könnte, doch über Lockerungen nachzudenken. Niemand widersprach. Auch Armin Laschet nicht.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) konnte sich einen Seitenheib nicht verkneifen: Nun sollten sich aber alle auch an die gemeinsam beschlossene Linie halten, niemand dürfe vorpreschen.

Am Dienstag nach Ostern sollen das Robert Koch-Institut (RKI) und andere Epidemiologen die Regierungen über den aktuellen Stand der Corona-Entwicklung unterrichten. Erst danach soll über weitere Maßnahmen entschieden werden. Allerdings, so Ramelow, seien alle skeptisch gewesen, ob es nach dem 20. April Lockerungen geben könne.

Zwei Tage vor der Runde mit den Ministerpräsidenten hatte die Kanzlerin ihr Corona-Kabinett bereits auf ein klassisches Merkel-Vorgehen getrimmt. Die gelehrte Physikerin entscheidet nicht gern aus dem Bauch, lieber sammelt sie so viele Fakten wie möglich, dann erst wägt sie ab. Und so beauftragte sie am Montag ihre wichtigsten Minister bis kommenden Mittwoch, Berichte zu den dringlichsten Fragen erarbeiten zu lassen.

Schon die Arbeitsaufträge lassen erkennen, was die Parameter für ein Ende der harten Maßnahmen in der Krise sein werden. So soll das Gesundheitsressort einen genauen Überblick über Infizierte, Neuinfektionen, Quarantänefälle, Verstorbene und Geheilte liefern. Zudem soll ein detaillierter Report vorgelegt werden, welche

Regionen überfordert sind und wie man bundesweit mit dem Ziel vorangekommen ist, die Klinikkapazitäten zu verdoppeln.

Das Innenressort soll ein Papier vorlegen, wie stark Regierung und die Sicherheitsbehörden vom Virus erfasst sind und ob die Behörden auf mittlere Sicht überhaupt noch durchhaltefähig sind.

Auch der Aufbau von sogenannten Kontaktverfolgungsteams, die jeweils mit 5 Personen pro 20 000 Einwohner die Spuren des Virus verfolgen, Infizierte identifizieren und isolieren sollen, muss präzise durchgeplant werden. Und das Forschungsressort erhielt den Auftrag, ein Register zur Erfassung schwerer Krankheitsverläufe zu erstellen.

Mit den Berichten soll vor allem ein klares Bild entstehen, auf welches Szenario man sich in den kommenden Wochen vorbereiten muss. Zudem sollen kurzfristig Studien entstehen, ob man möglicherweise die Todeszahlen auch dadurch niedrig halten kann, dass man Patienten, deren Infektion vermutlich schwer verlaufen wird, frühzeitig identifiziert und in dafür ausgestatteten Kliniken behandelt.

Auf die drängendsten Fragen aber gibt es bisher noch keine Antworten: Wie können die Ausgangsbeschränkungen beendet werden, ohne dass die Epidemie sich ungehemmt ausbreitet? Muss sich die gesamte Bevölkerung so verhalten, als wäre sie infiziert, obwohl das wohl nur auf einen Bruchteil zutreffen dürfte? Können sich Infektionsherde nicht präziser eingrenzen lassen?

Derzeit gibt es mindestens drei Ideen, wie sich die bislang verordneten Maßnahmen womöglich lockern ließen: eine teilweise Mundschutzpflicht für alle wie in Österreich und Jena; eine Tracing-App und massenhafte Antikörpertests, um festzustellen, wer bereits gegen das Virus immun ist.

Eine allgemeine Maskenpflicht hatte die Ministerrunde am Mittwoch mit einem ebenso schlichten wie überzeugenden Argument verworfen: Man könne die Bürger zu nichts verpflichten, was es im Moment nicht oder kaum zu kaufen gebe.

In puncto App war Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im März mit der Forderung vorgeprescht, Patienten über ihre Mobiltelefone zu überwachen, durch die Funkzellenortung der Mobilfunkprovider. Datenschützer protestierten. Auch das Justizministerium meldete Bedenken an. Dabei ist der wichtigste Einwand technischer Natur. Um festzustellen, wann ein Nutzer einem Infizierten begegnet ist, ist die von Spahn angedachte Funkzellenortung mit einem Radius von teils mehreren Hundert Metern zu ungenau.

Einen komplett anderen Weg geht ein neues Projekt, das mehr als 130 Forscher aus acht Nationen am Mittwoch vorge-

Die Pepp-PT-App



Die App speichert eine Liste der Handys, die gleichzeitig die App installiert und dabei Bluetooth aktiviert haben sowie mindestens für **15 Minuten** weniger als **zwei Meter** entfernt sind.



Andere App-Nutzer aus der Handyliste des Infizierten werden benachrichtigt.



Sie können sich beim Gesundheitsamt melden und eventuell testen lassen.

stellt haben – datenschutzkonform und grenzüberschreitend. Pepp-PT heißt das System (»Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing«). Der Plan: Die Nutzer laden sich freiwillig eine App auf das Smartphone, die Alarm schlägt, falls man in den vergangenen Wochen in der Nähe einer infizierten Person gewesen ist, die das Programm ebenfalls nutzt.

Wer und wann und wo das war, bleibe geheim, sagt Thomas Wiegand, der Leiter des Heinrich-Hertz-Instituts in Berlin, der maßgeblich an Pepp-PT beteiligt ist und auch das RKI berät.

Die App arbeitet mit Bluetooth, setzt nicht auf Bewegungsprofile (»Tracking«), sondern funktioniert eher wie ein digitaler Zollstock, der Alarm auslöst, nachdem der Nutzer einem Infizierten zu nahe gekommen ist (»Tracing«). Der Pepp-PT-Standard soll am 7. April veröffentlicht werden und könnte schon eine Woche später einsatzbereit sein. So ließe sich Europa zu einem Corona-Warnsystem zusammenschalten, für die Freiwilligen. Falls es überhaupt technisch funktioniert.

Noch ist nämlich einiges unklar: Gelingt es, den oft wackligen, ungenauen Bluetooth-Funk für eine Distanzmessung zu optimieren? Gehen Nutzer, wenn sie gewarnt werden, tatsächlich in Quarantäne? Eine elektronische Überwachung des Stu-
benarrests ist mit der App nicht machbar. Auch zum Aufspüren besonders infektiöser Orte ist das Warnsystem ungeeignet.

Die größte Frage ist, ob sich genügend Menschen eine App aufs Handy laden, die Pepp-PT unterstützt. Eine weite Verbreitung des Systems erreiche man nur, wenn die Bürger ihm vertrauen, so RKI-Berater Wiegand. Außerdem nutzen rund 20 Prozent der Deutschen über 14 Jahre gar kein Smartphone, mutmaßlich etliche davon in der älteren Generation, die zur Risikogruppe gehört.

Doch was bleibt der Gesellschaft anderes übrig angesichts einer Krankheit, gegen die es kein Heilmittel gibt, keine Impfung und viel zu wenige Tests? Falls es wirklich funktioniert, könnten Handy-Apps eine Art digitales Immunsystem schaffen, zumindest könnten sie das Tempo der Pandemie verlangsamen.

Auch sogenannte Antikörpertests sollen dazu beitragen, die Einschränkungen im öffentlichen Leben zu lockern. Denn Patienten, die an Corona erkrankt waren und nun wieder gesund sind, – oder Menschen, die infiziert waren, ohne es zu merken – gelten nach derzeitigem Kenntnisstand als immun gegen das Virus. Sie haben Antikörper entwickelt, die sich im Blut nachweisen lassen. Diese Menschen könnten etwa in der Krankenpflege ohne Risiko arbeiten oder von Kontaktsperrern befreit werden.

Um eine akute Infektion festzustellen, sind diese Tests ungeeignet. Antikörper bilden sich erst nach mehr als zehn Tagen und zeigen nur, wer in der Vergangenheit mit dem Virus in Kontakt geraten ist. Hinzu kommt: Die Tests können in manchen Fällen auch bei harmlosen Coronaviren anschlagen, gegen die 90 Prozent der Erwachsenen Antikörper in sich tragen.

Das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig und zahlreiche andere Institute bereiten jetzt Studien mit insgesamt mehr als 100 000 Probanden vor.

Die Tests sollen in vielen Fällen in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. Die Wissenschaftler wollen so herausfinden, wie weit sich das neue Virus schon ausgebreitet hat und wie viele Menschen es tatsächlich tötet. Diese Ergebnisse sollen den politisch Verantwortlichen helfen zu entscheiden, wann Lockerungen des Shutdowns möglich sind. Die ersten Resultate sollen Ende April oder im Mai vorliegen, immerhin.

Bis dahin gilt: Wer nicht hören will, muss zahlen. In vielen Bundesländern sind Bußgeldkataloge in Arbeit. Der in Sachsen ist seit Mittwoch in Kraft. Wer sein Zuhause ohne triftigen Grund verlässt, ist mit 150 Euro dabei. Kein Exit in Sicht.

Matthias Bartsch, Jan Friedmann,
Matthias Gebauer, Hubert Gude,
Veronika Hackenbroch, Gunther Latsch,
Hilmar Schmundt, Steffen Winter

»Wir sind doch nicht in Ungarn!«

»Vielleicht müssen wir sogar verschärfen«

SPIEGEL-Streitgespräch Die stellvertretende FDP-Chefin Katja Suding streitet sich mit dem SPD-Abgeordneten Karl Lauterbach um das richtige Maß an Einschränkungen.

SPIEGEL: Frau Suding, »Was ist das Leben wert, wenn wir uns die Freiheit zu leben nehmen lassen?« haben Sie auf Twitter gefragt. Wie kamen Sie dazu, diese Frage zu stellen?

Suding: Wir erleben gerade, dass unsere Grundfreiheiten massiv eingeschränkt werden. Wir dürfen nicht mehr einfach so rausgehen. Wir können nicht mehr uneingeschränkt unseren Berufen nachgehen. Geschäfte liegen brach. Wir dürfen unsere Angehörigen in Pflegeheimen nicht mehr besuchen. Kinder und Frauen leiden noch viel stärker unter häuslicher Gewalt. Da sind wir als offene Gesellschaft verpflichtet, immer wieder zu fragen: Erfüllen die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich den Zweck, unsere Gesundheit zu erhalten? Sind sie verhältnismäßig? Sind wir auf dem richtigen Weg? Diese Fragen müssen wir jeden Tag stellen. Ich möchte den vielen Menschen, die sich Sorgen machen, ein Sprachrohr sein.

SPIEGEL: Herr Lauterbach, Sie haben direkt auf Frau Sudings Tweet reagiert. Was hat Sie so auf die Palme gebracht?

Lauterbach: Die Kontaktsperrre ist gerade mal ein paar Tage in Kraft, und da stellt Frau Suding schon die Frage, ob das Leben noch wert sei, gelebt zu werden. Das hat mich überrascht. Verglichen mit Katastrophen wie dem Zweiten Weltkrieg ist es im Moment doch noch ziemlich harmlos. Dass unsere Freiheiten eingeschränkt werden, ist bitter, aber man muss es eben auch ins Verhältnis setzen. Zu fragen, ob das Leben noch lebenswert ist, wenn ich mal nicht ins Restaurant oder zur Arbeit gehen kann, halte ich für unangemessen. Das Leben gewinnt doch auch an Wert, wenn ich mich aus Überzeugung eine Zeit lang

einschränke, um das Leben anderer Menschen zu retten.

SPIEGEL: Ging es Ihnen tatsächlich um Restaurantbesuche, Frau Suding?

Suding: Nein, natürlich nicht. Als ob es ums Weintrinken oder den Friseurbesuch ginge, wie mir unterstellt worden ist. Das ist zynisch und verkennt den Ernst der Lage. Jetzt stehen Menschen, die sich über Jahrzehnte ein Business aufgebaut haben, vor den Scherben ihrer Existenz. Kleine Restaurants und Einzelhändler. Ich höre bei Ihnen, Herr Lauterbach, so ein bisschen raus, dass es ja auch mal ganz schön sei, seinen Konsum einzuschränken und sich ein wenig selbst zu finden. Aber hier geht es nicht um Selbstfindung. Die Menschen haben Angst, weil sie vor dem Ruin stehen. Das darf man nicht abtun, Herr Lauterbach. Wir sind Abgeordnete, unser Geld kommt weiter aufs Konto, wir leiden kein bisschen. Andere können vor Sorgen nicht schlafen und wissen nicht ein noch aus. Das kann man gar nicht ernst genug nehmen.

Lauterbach: Ich muss Ihnen widersprechen. Ich hatte erst einmal an Sie gedacht. Denn Sie waren es doch, die sich gefragt hat, ob das Leben von Ihnen noch einen Wert hat, wenn Sie so eingeschränkt sind. Die Sorgen der Menschen, die gerade um ihre Existenz kämpfen, versuchen wir doch gerade mit vielen Hilfsangeboten zu lindern. Im Worst Case müssen wir damit rechnen, dass die Wirtschaftsleistung um 20 Prozent einbricht. Dann gäbe es das Wirtschaftssystem, wie wir es kennen, gar nicht mehr. Bekommen wir Corona nicht unter Kontrolle, könnten allein in Deutschland mehr als eine Million Menschen sterben. Und es gäbe wahrscheinlich Millionen Menschen mit schweren dauerhaften Schäden. Deshalb treten wir jetzt auf die

Bremse. Weil es eine Notsituation ist. Und deshalb fand ich es doch überraschend, dass Sie schon nach einer Woche lamentieren, Ihre Freiheitsrechte seien bedroht. Als Politiker sollten wir jetzt nicht lamentieren, sondern den Bürgern die harten, aber notwendigen Maßnahmen erklären. Wer weiß, ob sie nicht sogar noch verschärft werden müssen.

SPIEGEL: Welche Schicksale und Schilderungen haben Sie zu Ihrem Tweet veranlasst, Frau Suding?

Suding: Meine Tante lebt in einem Pflegeheim, ich denke an sie und die unzähligen anderen Menschen in einer solchen Situation, viele von ihnen dement. Sie können keinen Besuch bekommen, manche auch nicht telefonieren. Sie werden oft nicht verstehen, warum sich plötzlich niemand aus der Familie mehr blicken lässt. Für sie und die Angehörigen ist das ein ganz harter Eingriff. Wie für viele andere auch. Denken Sie an die wirtschaftlichen Existenz, die jetzt vernichtet werden. Oder an die vielen Schulkinder, die in sehr schwierigen Verhältnissen leben. Wer jetzt zu Hause beim Lernen keine Unterstützung von den Eltern bekommt, fällt im Unterricht noch weiter zurück und verliert Chancen im Leben.

SPIEGEL: Herr Lauterbach, wie würden Sie der Tante von Frau Suding, die plötzlich die Welt nicht mehr versteht, erklären, dass sie keinen Besuch mehr bekommt?

Lauterbach: Ich würde ihr in einfachen Worten sagen, dass wir das zu ihrem Schutz machen. Gerade Demenzkranke werden besonders von der Krankheit heimgesucht. Ich würde ihr auch erklären, dass ein älterer Mensch, der mehrere Wochen beatmet wurde, ein deutlich höheres Risiko hat, im Anschluss eine Demenz zu entwickeln. Viele sterben zwar nicht, aber müssen danach ins Pflegeheim.

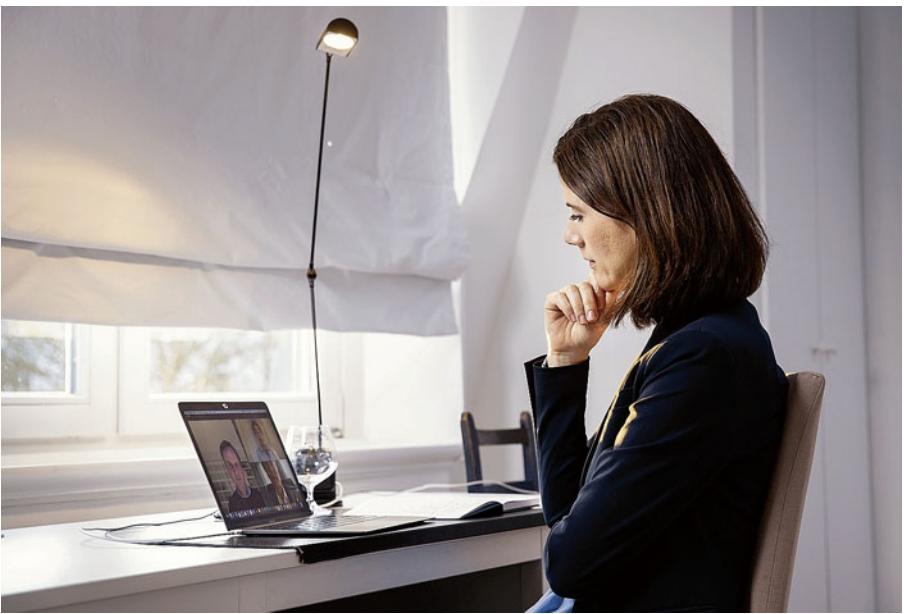
Suding: Das ist jetzt ein Scherz, oder? Das wollen Sie meiner Tante erklären? Oder wollen Sie es mir erklären? Ich verstehe es, ein demenzkranker Mensch nicht.

Lauterbach: Ich würde Ihrer Tante erklären, dass sie besonders gefährdet ist und dass wir sie besonders schützen.

Suding: Netter Versuch, aber das wird nicht viel nützen.

Lauterbach: Ich weiß natürlich auch, dass man manchen Demenzkranken nicht mehr viel erklären kann. Aber ich würde ihr das Gefühl geben, dass wir sie schützen. Das ist die einzige Möglichkeit. So erkläre ich auch meiner Mutter, warum ich sie im Moment nicht besuche. Sie ist 85 Jahre alt und nicht dement. Ich besuche sie nicht, weil ich sie nicht anstecken will.

Suding: Herr Lauterbach wird das Problem mit meiner Tante nicht lösen können, und das ist auch nicht seine Aufgabe. Aber ich will darauf aufmerksam machen, dass wir es im Moment nicht mit einer großen



CHRISTIAN O. BRUCH / DER SPIEGEL

Suding, 44, ist FDP-Landesvorsitzende in Hamburg und stellvertretende Bundesvorsitzende. Seit 2017 sitzt die frühere Kommunikationsberaterin im Bundestag.



MATTHIAS JUNG / DER SPIEGEL

Lauterbach, 57, ist Mediziner und Gesundheitsökonom und als stellvertretender Fraktionschef der SPD zuständig für Gesundheitspolitik und Pflege.

Pyjamaparty zu tun haben, wie offenbar einige denken. Hey, wir bleiben zu Hause! Nein, es gibt unfassbare Härten. Über die müssen wir reden.

SPIEGEL: Aber was folgt daraus? Meinen Sie, die Maßnahmen sind falsch?

Suding: Ich bin keine Virologin. Ich höre unterschiedliche Meinungen, die sich zum Teil widersprechen. Eines ist doch klar: Wenn eine Regierung so drastische Maßnahmen beschließt, muss sie sehr gut erklären, warum sie notwendig sind. Wie lange braucht man sie? Was sind die Ziele? Was sind die Kriterien? Wann können wir sie lockern, wann beenden? Da ist mir die Kommunikation der Regierung nicht klar

genug, das geht viel besser. Wenn Kanzleramtschef Helge Braun darauf mal eben per Zeitungsinterview antwortet, ist das keine angemessene Krisenkommunikation. Wenn die Maßnahmen deshalb immer weniger akzeptiert werden, haben wir ein ganz anderes Problem.

SPIEGEL: Herr Lauterbach, wie bewerten Sie die Kommunikation der Bundesregierung?

Lauterbach: Ich verteile keine Noten. Wir haben aber doch klar erklärt, warum wir all das machen. Das kapiert doch inzwischen jeder. Wenn wir gar nichts täten, würden sich bis zu 50 Millionen Deutsche infizieren, von denen im günstigsten Fall

500 000 Menschen sterben würden. Vorausgesetzt, die Krankenhäuser wären nicht völlig überlastet, denn dann könnten es mehr als eine Million Tote werden. Deshalb diese Vollbremsung überall in Europa. Wir müssen die Pandemie unter Kontrolle bringen. Und das wurde auch oft genug und klar genug kommuniziert.

SPIEGEL: Widerspruch, Frau Suding?

Suding: Wenn Frau Merkel sagt, die Fallzahlen dürften sich nur alle zehn Tage verdoppeln, bevor irgendetwas gelockert werden könnte, frage ich mich: Warum setzt sie das nicht ins Verhältnis zu den Tests? Wenn wir demnächst explosionsartig mehr Tests haben, worauf wir alle hoffen, werden wir ja in jedem Fall höhere Fallzahlen haben. Das kann also kein taugliches Kriterium sein, um Maßnahmen zu lockern, zu verlängern oder zu verschärfen. Fallzahlen müssen doch ins Verhältnis zu der Anzahl der Tests gesetzt werden.

Lauterbach: Das stimmt. Die Verdopplungszahl allein kann natürlich nicht das entscheidende Kriterium sein. Mich hat diese isolierte Aussage auch stark verwundert. Man muss noch ganz andere Parameter im Auge haben.

SPIEGEL: Sind die Maßnahmen also unverhältnismäßig?

Suding: Wenn man hier in Hamburg an die Alster geht, haben Sie das Gefühl, Sie wären auf einem Volksfest. Da sind Jogger, es ist voll, und kaum jemand kann den Abstand einhalten. Das also ist erlaubt, während gleichzeitig der Einzelhändler nicht öffnen darf, selbst wenn er seine Kunden nur einzeln und brav hintereinander bedient. Das ist sehr schwer zu verstehen.

SPIEGEL: Herr Lauterbach, uns würde der Maßstab interessieren, den Sie an die Einschränkung der Freiheit anlegen. Ist alles gerechtfertigt, wenn damit auch nur ein Mensch gerettet werden kann?

Lauterbach: Auf so eine Ethikhaarspaltelei werde ich mich nicht einlassen. Wir versuchen gerade, die Pandemie so einzudämmen, dass wir jeden einzelnen Infizierten wieder nachvollziehen können. Gelingt uns das nicht, haben wir nicht nur eine medizinische, sondern auch eine ökonomische Katastrophe. Hier geht es nicht um Gesundheit gegen Wirtschaft. Gerät die Pandemie außer Kontrolle, dann bricht die Wirtschaft ein, noch bevor die letzten Kranken gestorben sind.

SPIEGEL: Ist das Schwarzmalerei, Frau Suding?

Suding: Herr Lauterbach hat ja vollkommen recht, dass man Menschenleben und wirtschaftliche Freiheit auf keinen Fall gegeneinander aufwiegen kann. Doch wahr ist natürlich auch: Wenn unsere Wirtschaft zusammenbricht, werden wir auch die Menschen nicht mehr versorgen können. Dann bricht auch unser sehr gutes Gesundheitssystem zusammen. Deshalb müssen wir

beides zusammendenken, wir müssen die Gesundheit der Menschen schützen, dürfen aber nicht zulassen, dass die Wirtschaft kollabiert. Es muss daher unbedingt schon jetzt eine Exitstrategie entwickelt werden.

SPIEGEL: Ihr Parteifreund Marco Buschmann hat im SPIEGEL vor einer Radikalisierung der Mittelschicht und einem »Zusammenbruch politisch geordneter Verhältnisse« gewarnt. Teilen Sie diese Sorge?

Suding: Mir machen die Einschränkungen der Freiheitsrechte mehr Sorge. Wir müssen uns überlegen, wie wir die schlimmsten Auswirkungen abmildern können. Das ist es, was mich umtreibt.

SPIEGEL: Herr Lauterbach, die beschlossenen Maßnahmen sind – vielleicht auch wegen der großen Eile – wenig differenziert. Wäre es nicht sinnvoll, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, statt alle Menschen in gleichem Maße einzuschränken.

Lauterbach: Dass wir jetzt alle treffen, liegt daran, dass wir tatsächlich alle im Moment isolieren müssen. Es ginge gar nicht gezielter, weil wir ja nicht wissen, wer infiziert ist. Mindestens 40 bis 50 Prozent der Betroffenen werden von einem Menschen angesteckt, der keine oder nur leichte Symptome zeigt. Im Moment kann also jeder infektiös sein, egal ob sie oder er Symptome zeigen oder nicht.

Suding: Aber was ist mit den Menschen, die Covid-19 überstanden und bereits Antikörper gebildet haben? Angenommen, ich wäre so ein Fall. Könnte ich dann meine Tante besuchen?

Lauterbach: Wenn Sie komplett genesen sind, natürlich. Aber das betrifft aktuell gerade mal geschätzt einen von 300 bis 500 Menschen in Deutschland. Ich bin ja völlig bei Ihnen, dass wir die Auflagen für die Wirtschaft und das soziale Leben dringend wieder lockern müssten. Aber das geht erst, wenn wir unsere Aufgaben erledigt haben.

SPIEGEL: Und die wären?

Lauterbach: Wir müssen die Testkapazitäten sehr stark erhöhen, wahrscheinlich auf bis zu eine halbe Million am Tag. Das wären etwa siebenmal mehr Tests, als das, was wir zurzeit maximal haben. Ob uns das gelingt, ist völlig unklar. Dann müssen wir die Gesundheitsämter so verstärken, dass wir bei jedem einzelnen Fall die Kontakte relativ vollständig nachvollziehen können. Und wir brauchen Schutzmaterial für alle, die in der Pflege, in den Krankenhäusern und in den Praxen arbeiten. Bis her verbrauchen wir noch mehr, als wir nachgeliefert bekommen. Und schließlich müssen wir die Zahl der Neuinfektionen auf maximal ein paar Hundert Fälle pro Tag runterbekommen, besser noch deutlich weniger.



MATTHIAS JUNG / DER SPIEGEL

Suding, Lauterbach beim SPIEGEL-Gespräch*
»Im Moment kann jeder infektiös sein«

SPIEGEL: Was passiert, wenn das nicht gelingt?

Lauterbach: Dann ist es sehr fraglich, dass wir die Maßnahmen nach dem 20. April schon lockern können.

SPIEGEL: Frau Suding, wie misstrauisch sind Sie, wenn der Bund und die Länder jetzt so massiv in die Freiheitsrechte eingreifen? Sind Sie besorgt, dass die Rechte länger als nötig eingeschränkt werden?

Suding: Misstrauen ist das falsche Wort. Aber es ist doch meine Pflicht als Abgeordnete und Staatsbürgerin einzufordern, dass die Aufgaben, von denen Herr Lauterbach spricht, endlich erledigt werden. Und immer wieder zu mahnen, dass klar kommuniziert wird, warum eine Maßnahme stattfindet, wann sie wieder aufgehoben werden könnte oder ob sie verschärft werden muss. Eine solche Debatte sollte in einer offenen Gesellschaft selbstverständlich sein. Wir sind doch nicht in Ungarn, wo gerade die Demokratie zerstört wird!

SPIEGEL: Werden, wenn das Ganze irgendwann vorbei ist, die Freiheitseinschränkungen tatsächlich komplett verschwinden?

Lauterbach: Ja, die Freiheitsrechte, die wir gehabt haben, werden komplett wieder zurückkommen.

Suding: Das müssen sie!

Lauterbach: Was wir uns jetzt an Freiheitsbeschränkungen erlauben, ist alles nur geliehen zur Bekämpfung der Pandemie und zum Erhalt unserer freien Gesellschaft. Das gibt es alles wieder zurück. Es darf nichts an Freiheitsrechten durch die Hin-

tertür gestohlen werden. Die Pandemie wird unsere Gesellschaft stark verändern – aber nicht in dieser Hinsicht.

Suding: Ich bin froh, dass wir in einem Land mit einer Regierung leben, die das Wohl der Menschen im Blick hat. Aber dennoch müssen wir uns als selbstbewusste Abgeordnete das Recht sichern, notfalls einzutreten und grundrechtseinschränkende Maßnahmen beenden zu können. Wir dürfen nicht naiv sein. Man kann nicht ausschließen, dass es in Zukunft eine Regierung geben könnte, die andere Absichten hat.

SPIEGEL: Wir haben jetzt viel über Leid und Beschränkungen gesprochen. Aber liegt in der Krise auch eine Chance?

Suding: Ich finde es unglaublich befreiend zu sehen, wie viele Menschen in dieser schwierigen Situation erfängerisch und kreativ werden. Ob es der Hamburger Unternehmer ist, der ein Festival ins Leben ruft, das »Keiner kommt« heißt. Wo die Einnahmen als Spende für Künstler und kleine Klubs und Bühnen weitergereicht werden. Oder wenn ich die Lehrer sehe, die in dieser unglaublich schwierigen Situation den Unterricht digital weiterführen. Ich finde es in dieser Hinsicht sehr ermutigend, was gerade in diesem Land passiert. Und ich hoffe, dass dieser Spirit anhalten wird, wenn wir die Krise irgendwann überstanden haben.

Lauterbach: Ich glaube, dass wir auf die nächsten Pandemien besser vorbereitet sein werden. Es wird mehr dieser Pandemien geben. Das ist jetzt ein tragischer, riesiger Warnschuss. Wenn wir gut durchkommen, steht auch fest, dass es nicht der Populismus ist, der so eine Krise löst, sondern demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen, die in der Lage sind, selbst die größten Herausforderungen zu meistern.

SPIEGEL: Was vermissen Sie beide in dieser Phase der Einschränkung persönlich am meisten?

Suding: Wenn ich ehrlich sein soll: nicht allzu viel. Die politische Arbeit geht weiter. Und ich habe zwei Söhne, 16 und 17 Jahre alt, die zwar schon sehr selbstständig sind, bei denen ich das Homeschooling aber trotzdem beaufsichtigen muss. Beim Großen steht jetzt das Abitur an. Ich bin damit so sehr beschäftigt, dass sowieso kaum Zeit bliebe, Freunde zu treffen. Noch geht es also, aber fragen Sie mich in drei Wochen noch mal.

Lauterbach: Ich vermisste die Abende mit guten Freunden beim Wein. Und ich vermisste die Tischtennisturniere mit meiner Tochter, die für den 1. FC Köln spielt. Die Saison musste ja leider unterbrochen werden. Dabei hatte ich als ihr mehr oder weniger erfolgloser Coach dem Saisonfinale schon sehr entgegengefiebert.

SPIEGEL: Frau Suding, Herr Lauterbach, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

»Es gibt unfassbare Härten. Über die müssen wir reden.«

»Hier geht es nicht um Gesundheit gegen Wirtschaft.«

* Mit den Redakteuren Konstantin von Hammerstein und Markus Feldenkirchen.

Wir schaffen
das zusammen.

Morgen
kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Die großen Aufgaben unserer Zeit lösen wir nur zusammen. Deshalb entscheiden wir mit unseren mehr als 18,6 Millionen Mitgliedern gemeinsam, wie wir als Banken handeln. Und obwohl diese Idee schon mehr als 170 Jahre alt ist, könnte sie kaum moderner sein.

Gemeinsam schauen wir nach vorn und sagen:
Morgen kann kommen. Wir machen den Weg frei.



ALEXANDER KOERNER / GETTY IMAGES

Wie die Pest

Senioren In deutschen Heimen gibt es immer mehr Infizierte, auch die Zahl der Toten steigt. Während dem Pflegepersonal Handschuhe und Schutzkittel ausgehen, fürchten sich viele Alte vor dem Virus – und leiden unter der Isolation.

Draußen vor der Eingangsschleuse hängt jetzt ein Spender mit Desinfektionsmittel. Jeder, der das Pflegeheim »Haus Ilse« in Norderstedt bei Hamburg betreten will, muss sich gründlich die Hände reinigen. Die meisten der 66 Bewohner sind hochbetagt, dement, pflegebedürftig. Sie brauchen Hilfe im täglichen Leben. In normalen Zeiten verlassen sie das Haus manchmal zu begleiteten Spaziergängen oder Arztbesuchen. Nun müssen alle drinnen bleiben.

Die Leiterin Julia Garber hat von der Aufsicht die Anweisung bekommen, die Bewohner am besten in ihren Zimmern zu isolieren. Die Pfleger sollen Schutzkleidung und Masken tragen. »Sonst waren wir immer darauf bedacht, uns nicht selbst mit Keimen anzustecken«, sagt Garber. »Jetzt ist es umgekehrt. Wir hoffen, dass wir niemanden infizieren.«

Jede Ansteckung könnte tödlich sein. Das Coronavirus gefährdet vor allem ältere Menschen mit Vorerkrankungen. Viele leiden an Bluthochdruck, Herz- oder Lun-

genproblemen. Von den knapp 800 Todesopfern der Seuche in Deutschland waren 70 Prozent über 70 Jahre alt. Besonders Alten- und Pflegeheime sind von Covid-19 bedroht. Rund 14 500 solcher Einrichtungen gibt es hierzulande, 818 000 Senioren leben dort, auf engem Raum.

In einem Heim in Würzburg fielen der Pandemie innerhalb kurzer Zeit 16 Menschen zum Opfer. In einer Wolfsburger Einrichtung für Demenzkranke sind bislang mehr als 20 Bewohner gestorben. Täglich steigt die Anzahl der Neuinfektionen in deutschen Seniorenheimen, in München, Paderborn und im niedersächsischen Wilscheshausen. Experten warnen vor einem »Flächenbrand«. Während sich Gesunde und Junge zu Hause vor dem Virus verschanzen, könnte die Seuche Ältere und Kranke in Heimen und Kliniken umso schneller dahinraffen.

Die Behörden versuchen deshalb, Bewohner zu schützen. Vielerorts verhängten sie Aufnahmestopps. In den meisten Ländern ist das Betreten von Seniorenhei-

men inzwischen nur noch in Ausnahmefällen gestattet. In Baden-Württemberg wird jeder Verstoß dagegen mit bis zu 2500 Euro Geldbuße geahndet.

Auch das Haus Ilse bei Hamburg darf kaum jemand noch besuchen. Bislang gibt es hier keinen Corona-Fall. Das soll auch so bleiben. »Wir müssen noch üben, Distanz zu halten«, sagt Heimleiterin Garber. Zumal das Haus auf Vertrautheit setze. »Wir vermitteln den Demenzkranken Sicherheit. Das geht eigentlich über Nähe, Gesten, Mimik, ein Lächeln.«

Das Tragen von Masken sei für viele Senioren irritierend. Garber erinnert sich, wie ihr eine ältere Dame genervt gesagt habe: »Nimm doch mal das Ding aus dem Gesicht!«

Überall in Deutschland haben Bewohner von Pflege- und Altenheimen mit der neuen Situation zu kämpfen. Viele leiden unter der staatlich verordneten Isolation. Ihre Familie dürfen sie nicht mehr sehen. Als Ersatz bleiben häufig nur Telefonate oder Videoanrufe.

Doch auch den Angehörigen fällt die Trennung schwer. Mona Winkel aus Hamburg ist eine von ihnen. Ihre Großeltern darf die 36-Jährige nicht besuchen. Winkels Oma, 82, lebt seit einem Jahr in einem Pflegeheim. Ihr Opa, 79, gehe normalerweise täglich zu seiner Frau, sagt Winkel, nun müsse auch er zu Hause bleiben.

Regelmäßig versorgt Winkel ihre Großmutter mit allem, was sie braucht und wünscht: Fernsehzeitschriften, Bücher, Süßes. Sie muss die Dinge in eine Schleuse stellen, es besteht striktes Kontaktverbot.

Winkel macht sich große Sorge um die seelische Verfassung ihrer Großmutter. Als die alte Dame vor zwei Wochen plötzlich stark zu husten begann, betrat ein Pfleger das Zimmer nur noch in Schutzkleidung. Am Ende stellte sich jedoch heraus, dass der Husten eine allergische Reaktion auf ein Medikament war. »Oma ging es gar nicht gut«, sagt Winkel.

Zu dem Gefühl der Einsamkeit kommt für Tausende Senioren die Angst, sich mit dem Virus anzustecken. Sie informieren sich über die Krise, gucken Fernsehen, lesen Zeitung. Ihnen ist nicht entgangen, was andernorts geschah.

Die Tragödie von Würzburg begann am Sonntag vor drei Wochen, als ein 83-jähriger Bewohner des Pflegeheims St. Nikolaus mit grippeähnlichen Symptomen in die Uniklinik eingeliefert wurde. Nur vier Tage später starb der Mann. Er war das erste bayerische Opfer von Covid-19.

Die Ereignisse überschlugen sich. Das Virus traf das Heim völlig unvorbereitet. Alle 149 Bewohner mussten eiligst isoliert werden. Pflegekräfte betrat die Zimmer nur noch in Schutzkleidung. Die Leitung erließ ein striktes Besuchsverbot. Doch es war schon zu spät.

Die Seuche hatte sich unbemerkt verbreitet. Es war nicht mehr herauszufinden, wer sie eingeschleppt hatte. Ein Angehöriger, ein Pfleger, ein Zulieferer? Immer mehr Bewohner zeigten Symptome. Nur eine Woche nach dem ersten Todesfall waren weitere acht Menschen gestorben. Ein Corona-Test ergab: 27 Bewohner sowie 33 Angestellte waren positiv.

Die Zahl der Toten stieg auf 16. Die Geschehnisse in Würzburg warfen zum ersten Mal in Deutschland ein Schlaglicht darauf, was geschieht, wenn sich das Virus unter den Alten, den Kranken verbreitet. Aus heutiger Perspektive wirken die Ereignisse wie eine Blaupause für das, was anderen Einrichtungen noch bevorstehen könnte.

Gleiches gilt für das Hanns-Lilje-Heim in Wolfsburg. In dem Haus für Demenzkranken wütete die Corona-Seuche wie die Pest im Mittelalter. Insgesamt 80 Senioren sind positiv auf das Virus getestet, 23 von ihnen gestorben. Jeden Tag gibt es Krisensitzungen mit Vertretern des Gesundheitsamts. Die Leitung hat die oberste Etage

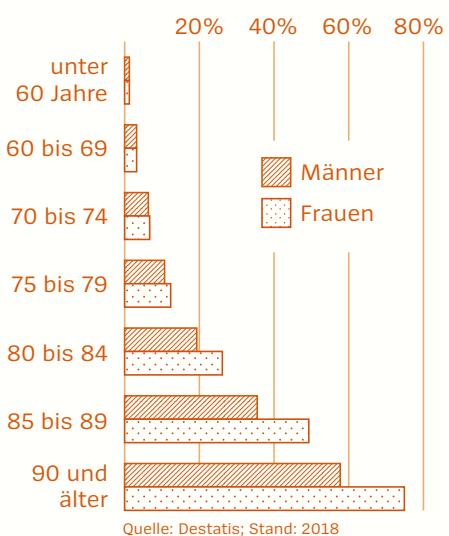
der Einrichtung in eine Quarantänestation für Infizierte umfunktioniert.

Eine Altenpflegerin der Station berichtet, sie lege einen Schutzanzug an, bevor sie über einen eigenen Fahrstuhl zu den Bewohnern fahre. »Die Leute reagieren schon ängstlich, wenn plötzlich jemand voll vermummt mit Schutzbrille, Mundschutz und Gummihandschuhen auf sie zukommt«, sagt sie. »Ganz wichtig ist die Stimme. Die Stimme macht wahnsinnig viel aus. Wenn wir sie freundlich ansprechen, erkennen sie uns doch.«

Die Frau hat sich freiwillig für den Dienst auf der Infiziertenstation gemeldet. Sie ist vor Ort, wenn Menschen sterben. Das sei schon schwer zu ertragen, sagt sie. Mehrfach stockt sie, während sie davon erzählt. Sie muss weinen. »Manche zeigen kaum Symptome, werden müde und schlafen viel, bevor sie sterben.« Andere lägen taglang mit Luftnot und flacher Atmung

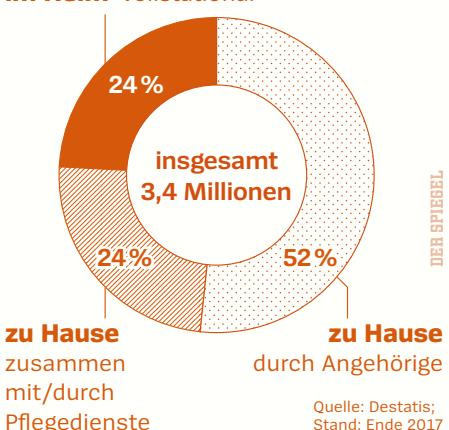
Auf Hilfe angewiesen

Anteil der Pflegebedürftigen in Deutschland an der jeweiligen Altersgruppe



Versorgung der Pflegebedürftigen im Heim

vollstationär



im Bett. »Gemeinsam mit den Ärzten lindern wir ihr Leiden, so gut wir können.«

Normalerweise besuchen in dieser Phase Angehörige die Sterbenden. Doch jetzt ist das nicht mehr möglich. »Das ist das Schlimmste«, sagt die Altenpflegerin, »wenn niemand mehr kommen darf, um sich zu verabschieden.« Mit einem Sohn, der seine Mutter sehen wollte, verabredeten sie, dass er draußen an das Fenster trat. »Seine Mutter ist in einem guten Zustand. Wenn es ihr gut geht, kann sie ihm zuwinken. Das ist für uns alle hier ein Highlight.«

Einige Bewohner sind gleichwohl in einem kritischen Zustand, andere sind bereits gestorben. Den Leichnam eines Verstorbenen schoben sie im Keller vor eine Glastür, damit die Tochter ihren toten Vater noch einmal sehen konnte. In der Not »versuchen wir alles Mögliche möglich zu machen«, sagt die Pflegerin. Das Team, in dem auch infizierte Kollegen arbeiteten, halte zusammen. Angst vor einer Infektion habe sie nicht mehr. »Anfangs war mir schon mulmig zumute.« Inzwischen denke sie nur noch an die Senioren und daran, ob sie morgen noch da seien.

»Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Alten- und Pflegeheime gebührt nicht nur unser Dank, sondern größte Hochachtung«, sagt Dieter Bien, der Chef des Bundesverbands der kommunalen Seniorenen- und Behinderteneinrichtungen. Doch sei es längst nicht sicher, ob die Krise mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden könne.

Die Republik ist vom Pflegenotstand direkt in die größte medizinische Krise der bundesdeutschen Geschichte geschlittert. Die Pflegerinnen und Pfleger in den Altenheimen sind nicht nur schlecht bezahlt, überlastet, ausgebrannt. Ihnen mangelt es auch an Atemschutzmasken, Handschuhen, Schutzanzügen. Bien sagt: »Wenn eine Welle an Infektionen auf die Pflegeeinrichtungen zukommt und der Materialnachschub nicht gewährleistet wird, geraten wir innerhalb von zwei bis drei Wochen an unsere Grenzen.« In einzelnen Regionen drohe dann sogar der Kollaps.

Was das Material betrifft, sind Pflegeheime im deutschen Gesundheitssystem seit je das schwächste Glied in der Kette. Wegen Corona gibt es in der Politik inzwischen zwar ein Umdenken. Die Bundesregierung stellt zig Millionen Euro bereit. Doch was nutzt das ganze Geld, wenn kaum noch Ware da ist?

Auch im Haus Ilse in Norderstedt wartet Heimleiterin Garber auf die Lieferung dringend benötigter Schutzmittel. Von den Behörden hat sie bislang nichts erhalten. Das Pflegeheim ist im Amtsjargon »Selbstversorger«, was nichts anderes heißt, als dass die Heimleiterin sehen muss, wie sie an ihre Ausrüstung kommt.

Als das Toilettenpapier in Deutschlands Supermärkten knapp wurde, hat Garber

erst einmal Nachschub an Windeln geordert. »Wenn uns die ausgehen, haben wir ein echtes Problem«, sagt sie. Weil richtig dichte Masken nicht zu bekommen sind, nutzen ihre Mitarbeiterinnen Leinentücher, die vor Mund und Nase gebunden und regelmäßig gewaschen werden.

Wirklich sicher ist das nicht. Um effektiv zu verhindern, dass sich die Corona-Pandemie weiter rasant unter den Kranken, Schwachen und Alten ausbreitet, wären eigentlich flächendeckende Tests nötig. Doch das scheint unmöglich. Hierzulande gibt es 3,4 Millionen Pflegebedürftige. Rund 1,2 Millionen Menschen waren 2017 in Pflegediensten und -heimen beschäftigt.

Weil nicht alle getestet werden können, muss das Personal in den Heimen noch peinlicher auf Hygiene achten. Dauerhaft auf Abstand zu gehen ist in der Pflege aber ausgeschlossen. Kontaktsperrungen sind gerade für Demenzkranke schwer umzusetzen, auch im Haus Ilse. »Eine Isolierung ist nicht möglich«, sagt Garber. Die Zimmer seien in der Regel offen, weil die meisten Betroffenen einen starken Bewegungsdrang hätten und Gemeinschaft suchten.

Auch in Seniorenresidenzen fällt es häufig schwer, Distanz zu halten. Das Konzept vieler Einrichtungen lautet: selbstständiges Wohnen mit Service. Und so verstehen es viele Bewohner auch, trotz Corona. Etliche Ältere sind noch fit, rüstig, unternehmungslustig. Manche spazieren weiterhin in die Innenstädte, weil ihnen langweilig ist. Sie kaufen ein, gehen zum Bäcker und essen Eis. Damit gefährden sie ihre Mitbewohner.

Das Personal hat in solchen Fällen wenig Handhabe. »Wir dürfen hier niemanden festbinden«, sagt Daniela Schmalkuche. Die 44-Jährige leitet das Seniorenzentrum St. Martinus der Caritas in Bramsche bei Osnabrück. Die 44 Bewohner des Hau-

ses verhielten sich bislang aber alle vernünftig und kooperativ. Bereits Mitte März hat Schmalkuche die Angehörigen informiert, dass sie ihre Familienmitglieder nicht mehr besuchen dürften. Ausgenommen ist nur die Sterbegleitung.

Das Martinusheim ist seitdem immer abgeschlossen. Die Bewohner dürfen noch in den Garten gehen. Manche ziehen sich aber auch allein in ihre Zimmer zurück. Sie vermissen ihre Verwandten. »Wir versuchen, den fehlenden Kontakt zu den Angehörigen mit mehr Gesprächen aufzufangen«, sagt Schmalkuche.

Innerhalb des Hauses sollen sich keine größeren Gruppen bilden. Stattdessen gibt es nun Hockergymnastik. Da ließe sich ausreichend Abstand einhalten, sagt Schmalkuche. »Das gesamte Personal läuft mit Mundschutz herum.«

Die Leiterin achtet darauf, dass die Hygieneregeln befolgt werden. Doch das Schutzmaterial reiche nur noch für etwa zwei Wochen. Bestellte Ware sei nicht gekommen. Schmalkuche hat deshalb schon einen Notvorrat in ihrem Büro gebunkert. »Wir fürchten, dass eine Ansteckung nicht komplett vermieden werden kann.«

Im ersten Stock des Heims wohnt Anni In der Stroth. Die 91-Jährige sagt, es sei in Ordnung, dass sie jetzt vorerst nicht mehr rausgehen dürfe. »Uns ist das erklärt worden, wir haben das angenommen und uns damit arrangiert.« Ihre Verwandten empfängt sie jetzt am Fenster: »Die Kinder kommen unten zu dem gepflasterten Weg. Dann können wir uns unterhalten.«

Ein wenig unheimlich findet In der Stroth die Situation aber schon. »So etwas habe ich noch nie erlebt«, sagt sie. »Im Krieg war ich ja noch ein Kind.«

Felix Bohr, Lisa Duhm, Sarah Heidi Engel, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Katja Thimm

Die Geduldsprüfung

Hochschulen Die Universitäten bleiben geschlossen, doch die Staatsexamen in Lehramt, Jura und Pharmazie finden mancherorts statt – nur anders als sonst.

E in bisschen merkwürdig sei es schon gewesen, sagt Diana Schneider. Sie hinter der Plastikscheibe, die Prüfer und der Schriftführer davor. Der Handschlag zur Begrüßung strengstens verboten. Abstand halten, bitte. Ein Hauch von Hochsicherheitstrakt.

Die 36-Jährige möchte in diesen Tagen an der Universität Tübingen das zweite Staatsexamen in Pharmazie ablegen. Das heißt: eine mündliche Prüfung pro Woche, insgesamt fünf Wochen lang. Vier Prüfungen hat sie geschafft, eine kommt noch.

Monatelang hatte Schneider gepaukt: Pharmakologie, Klinische Pharmazie, Pharmazeutische Technologie, Pharmazeutische Biologie, Medizinische Chemie, bis zu 14 Stunden am Tag. »Freizeit war in meinem Lernplan nicht vorgesehen.«

Es sind Tage mit viel Anspannung und wenig Schlaf – doch Schneider ist froh darum. Sie habe großes Glück gehabt, ihr Examen noch ablegen zu dürfen. So empfindet sie es, auch wenn ihre Prüfung so anders abläuft als in den Jahrgängen zuvor.

Schneider musste allein vor den Prüfern erscheinen, nicht wie üblich mit einem anderen Kandidaten. Auf dem Flur hielt sie Sicherheitsabstand zu den Kommilitonen. Aufgabenblätter mit chemischen Strukturformeln, die sie analysieren musste, hielten die Prüfer vor die Scheibe – zu groß die Gefahr, beim Herüberreichen des Zettels könnten Keime übertragen werden.

»Das alles habe ich gern in Kauf genommen«, sagt Schneider. Sie ist erleichtert, dass ihr die Hängepartie erspart bleibt, die zahlreiche Kommilitonen im ganzen Land derzeit erleben. In Freiburg, nur gut hundert Kilometer von Tübingen entfernt, wird das Staatsexamen in Pharmazie »bis auf Weiteres verschoben«, wie es auf der Internetseite des Instituts steht. In München, Erlangen, Würzburg: abgesagt.

Vor wenigen Tagen hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) eine Verordnung unterzeichnet, die unter angehenden Medizinern für Protest gesorgt hatte: Studierende, die kurz vor dem zweiten Staatsexamen stehen, sollen ihr Praktisches Jahr vorziehen und sich in den Kliniken um Patienten kümmern, statt ihre



PATTY VARASANO / PICTURE ALLIANCE / HBM MEDIA

Rettungskräfte vor Pflegeheim St. Nikolaus in Würzburg: Jede Ansteckung könnte tödlich sein



JOHANNES ARIT / DER SPIEGEL

Kandidat Ali in Osnabrück: »Da war auf einmal eine große Leere«

Klausuren zu schreiben. »Das zweite Staatsexamen, das im April ansteht, wird im Grundsatz bundesweit verschoben«, heißt es darin. Allerdings steht dort auch: »Die Länder haben nach Lage vor Ort die Möglichkeit, hiervon abzuweichen, wenn sie die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung unter den Bedingungen der epidemischen Lage sicherstellen können.«

Jedes Bundesland darf also für sich entscheiden, wie es mit der Situation umgehen möchte. Planungssicherheit für die Examenskandidaten sieht anders aus.

Auch bei den Staatsexamensprüfungen in Jura, Pharmazie und im Lehramt geht es munter durcheinander – wobei die Entscheidung je nach Hochschule und Fach unterschiedlich ausfallen kann. Die angehende Pharmazeutin Diana Schneider durfte in Tübingen antreten. Für Lehramtsanwärter, mit denen sie oft Seite an Seite in der Bibliothek gelernt hat, wurde das Examen verschoben.

Namir Ali zählt zu denen, die das Virus jäh ausgebremst hat. Der 23-jährige Jurastudent sollte an der Universität Osnabrück in knapp drei Wochen mit den Klausuren für das erste Staatsexamen beginnen, seit anderthalb Jahren hatte er sich darauf vorbereitet.

Schon als Ende Januar die ersten Meldungen über Erkrankungen in Deutschland auftauchten, habe er »Schlimmes geahnt«, sagt er. In den folgenden Wochen nahmen die Einschränkungen zu. Das Fußballtraining, der so wichtige Ausgleich zu

den Stunden am Schreibtisch, fiel aus. Die beiden Klausurenkurse, die Ali besuchte, um alte Prüfungsaufgaben zu lösen, stellten auf Onlinebetrieb um. Am Freitag, den 13. März, schloss die rechtswissenschaftliche Bibliothek in Osnabrück.

Am Montag darauf folgte die Mitteilung des Prüfungsamtes: Das Staatsexamen werde ausgesetzt. Nachholtermine würden zu gegebener Zeit genannt. »Da war auf einmal eine große Leere«, sagt Ali. Er fühle sich wie ein Sprinter, der im vollen Lauf gestoppt wurde. »Ich lag doch gut in der Zeit.«

Nun versucht er weiterzumachen. Während der private Kursanbieter die Besprechung der Klausuren kurzerhand über einen Videochat organisiert, fällt beim Uni-Kurs die Rückkopplung mit Dozenten und Kommilitonen weitgehend flach. »Wir bekommen die Lösungen zwar per E-Mail zugeschickt«, sagt Ali. Eine Diskussion, wie sie sonst im Seminarraum entsteht, sei aber nicht möglich. In der Krise räche sich, dass viele Hochschulen die Digitalisierung haben schleifen lassen.

Die Entscheidung, die Prüfungen zu verlegen, findet er trotz allem richtig. »Ich

Der Kultusminister verspricht »höchste Sicherheitsvorkehrungen«.

kann verstehen, dass man Prüfer und Studierende nicht gefährden möchte.«

Auch die Examina für Lehramtsstudierende werden in einigen Bundesländern auf unbestimmte Zeit verschoben. In Sachsen-Anhalt allerdings werden Prüfungen stattfinden. Noch bis zum 9. April sollen die Lehramtskandidaten ihre Klausuren schreiben, »unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen«, wie Kultusminister Marco Tullner (CDU) versichert. Danach stehen die mündlichen Prüfungen an.

»Die Studierenden haben sich langfristig vorbereitet«, sagt Tullner. Die Prüfungsbedingungen seien intensiv mit den Gesundheitsbedingungen abgestimmt worden. »Es wird die Einhaltung der vorgegebenen Standards gesichert.«

In vielen Bundesländern herrscht Lehrermangel. Gerade Sachsen-Anhalt ist auf jeden einzelnen Absolventen angewiesen. 17 Prozent der dortigen Lehrkräfte sind älter als 60 Jahre und werden in den kommenden Jahren in den Ruhestand eintreten. Nur in Thüringen und Brandenburg ist der Anteil noch ein bisschen höher.

Der Grundschullehrerverband kritisierte das Vorgehen des Ministeriums scharf. »Die Entscheidung steht in krassem Widerspruch zu allen aktuellen Empfehlungen und Maßgaben im Kontext der Corona-Krise«, heißt es in einer Stellungnahme. »Die mehrstündige Versammlung von bis zu 100 Absolvent*innen in einem Raum kann nicht im Sinne der aktuellen Einräumungsstrategie der Virus-Bekämpfung sein und erscheint rechtswidrig.«

Ahnliche Kritik kam aus vielen Richtungen, sodass Tullner schließlich einlenkte und den Examenskandidaten ein Sonderrücktrittsrecht einräumte: Wer nicht will, muss nicht zur Prüfung erscheinen.

Karina Kaiser hätte es gut gefunden, wenn ihre Examensprüfung abgesagt worden wäre. »Ich hatte schon seit Wochen Schwierigkeiten, mich aufs Lernen zu konzentrieren«, sagt die 26-Jährige. Die Ausbreitung des Virus bereite ihr Sorgen, die Kontaktsperrre erschwere ihren Alltag. »Ich habe Angst, dass mein Mann oder nahe Verwandte erkranken könnten.«

Kaiser studiert Lehramt an Förderschulen in Halle an der Saale. Sie heißt eigentlich anders. Doch als angehende Lehrkraft möchte sie ihren Namen nicht veröffentlicht sehen, wenn sie sich kritisch äußert.

Sie hat lange gezögert. »Ich habe bis zum Morgen der Klausur überlegt, was ich tun soll«, sagt Karina Kaiser. Schließlich meldete sie sich ab – und muss nun ein halbes Jahr warten, um die Prüfung nachholen zu können. »Das ist zwar ärgerlich«, sagt sie. »Aber lieber warte ich, als dass ich mich mit dem Virus infiziere.«

Miriam Olbrisch

Auf Netzbetrug umgeschult

Kriminalität Informationsbedürfnis, Nervosität, Verzweiflung –

Betrüger nutzen die Sorgen der Menschen in der Krise aus und passen ihre krummen Geschäftsmodelle blitzschnell an.

Die Politik hatte mächtig Tempo gemacht, binnen einer Woche das 50-Milliarden-Euro-Soforthilfepaket auf den Weg gebracht. Die Betrüger waren schneller.

Am Freitag vergangener Woche, der Bundesrat hatte dem Rettungsplan für Selbstständige und Kleinunternehmen soeben zugestimmt, entdeckten Beamte des Landeskriminalamts Baden-Württemberg eine Website, die Unterstützung beim Ausfüllen der Anträge zur staatlichen Soforthilfe anbot. 30 000 Euro würden im Nu ausgezahlt, man müsse nur ein paar Angaben leisten. Die Kriminellen hatten es auf die Informationen abgesehen. »Personen- oder firmenbezogene Daten, Adressen«, sagt Kriminaloberrat Harald Schmidt, »mit denen Betrugshandlungen begangen werden können.«

Callcenter im Ausland hatten da bereits erste Geschäftsleute gezielt angerufen und auf die Offerte im Netz hingewiesen. Wie meistens, sagt Schmidt, sei die Website professionell gestaltet gewesen. Ein klassischer Fall von Phishing, dem Abgreifen sensibler Daten.

Das Informationsbedürfnis, die Nervosität und auch die Verzweiflung vieler Menschen sind groß in Zeiten wie diesen – und damit bieten sich auch Kriminellen Einfallsstöre. »Sehr schnell nach Beginn der Coronakrise mussten wir feststellen, dass die Betrüger keine neuen Tricks erfinden, sondern bekannte Modi Operandi einfach an die aktuelle Lage anpassen«, sagt Schmidt. Als Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes ist er so etwas wie der Oberwarner der Polizei. Er sagt: »Es ist schamlos und perfide, wie Kriminelle auf die Verunsicherung in der Bevölkerung setzen.«

Schon Mitte März ploppte in E-Mail-Accounts vieler Bürger eine Mitteilung der »Sparkasse« auf, dass man sich entschieden habe, »unsere kleineren Filialen bis auf Weiteres zu schließen«, da die Gesundheit der Kunden und der Mitarbeiter »uns sehr am Herzen« liege. Weil die Sparkassenangestellten aber telefisch, per E-Mail und im Onlinechat

zur Verfügung stünden, sollten sich die »Kundinnen und Kunden« zwei Minuten Zeit nehmen, um Adressen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. »Prävention ist keine Hysterie, und Ignoranz ist auch kein Mut!«, so endet das wohlformulierte Schreiben, »Ihr Sparkassenverband«.

Kaum weniger raffiniert ist eine Mail, vorgeblich von der Stadtsparkasse München, die sich um die Sicherheit der werten Kunden sorgt: Da es gegenwärtig Beträgerreien mit den Bankkonten gebe, sehe man sich genötigt, »nachträglich eine zusätzliche Autorisation von den Kunden durchzuführen«.

Das Virus lähmt nicht nur die freie öffentliche Welt, es setzt auch jenen zu, die im Illegalen ihre Geschäfte treiben. Diebstähle machen regelmäßig mehr als ein Drittel der Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik aus, doch nun verzeichnen einige Länder deutliche Rückgänge: Viele Häuser und Wohnungen sind rund um die Uhr belebt. Ladendiebe stehen vor geschlossenen Geschäften. Taschendiebe vor leergefegten Touristenattraktionen.

Auch Kriminelle versuchen nun umzuschulen. Sind dort aktiv, wo die Menschen besonders viel Zeit verbringen – weil sie im Homeoffice arbeiten, weil sie online einkaufen und kommunizieren oder sich einfach langweilen. Den Netzbetrügern kommt entgegen, dass die Heimwerker im

Hausbüro mit unzureichend geschützten Rechnern arbeiten.

Für jene Bürger, die immer die jüngsten Zahlen von Infizierten und an Covid-19 Gestorbenen wissen wollen, dienen sich seit Mitte März diverse Corona-Karten an. Wer sie ansteuert, holt sich allerdings auch eine Ausspähsoftware auf den Rechner, die Passwörter und Zugangsdaten ausliest. Offenbar suchen Täter für ihre Phishing-Raubzüge Gebiete aus, in denen die Seuche stark grassiert. Laut Analysen der Sicherheitsfirma Cynet hat sich die Zahl solcher Attacken in Italien von Mitte Februar bis Mitte März mehr als verdoppelt.

Sogenannte Fake-Shops im Netz bieten laut dem Präventionsexperten Schmidt gegen Vorkasse besonders gefragte Produkte an wie Schutzmasken und Desinfektionsmittel. Oder sie locken mit Dumpingpreisen Schnäppchenjäger für Artikel jeglicher Art an – bleiben die Ware aber schuldig.

Alte Tricks werden, auf Corona getrimmt, wieder aufgewärmt. So bekam die Pensionärin Rita Jacob-Auth aus Kassel neulich eine Mail von einem Deutschen, der angab, im italienischen Covid-19-Hotspot Bergamo seit einer Woche im Hotel Casa Pignolo festzusitzen. Er habe seine Briefflasche »vor Tagen verlegt«, auch sein Telefon bereits verkauft, weshalb er nun Hilfe brauche: »Es macht mir nichts aus, das Doppelte von dem zu zahlen, was du mir leihst.« Der Geldtransfer an ihn möge mit Bitcoins erfolgen, das Hotel würde diese akzeptieren.

Rita Jacob-Auth recherchierte, aus kriminalistischer Neugier: Es gibt in Bergamo das Casa Pignolo, es gibt auch einen Mann mit dem angegebenen Namen, bei der Agentur für Arbeit in Halle an der Saale. Die ehemalige Lehrerin zahlte nicht, sondern erstattete Anzeige gegen unbekannt.

An Corona-Zeiten angepasst wird in diesen Wochen auch der Enkeltrick, bei dem Senioren angeblich vom Neffen oder Enkel angerufen werden; der berichtet, an Covid-19 erkrankt zu sein und dringend Geld für Medikamente oder Krankenhausrechnungen zu benötigen – er könne einen Freund vorbeischicken, der es bar abholen werde.

In Oranienburg tauchten Kriminelle in Schutzkleidung auf und gaben sich als Mitarbeiter des Gesundheitsamts aus, die Räumlichkeiten desinfizieren. In Wahrheit suchten sie nach Wertgegenständen. Andere stellten sich an der Haustür als Arzt vor, der einen behördlich angeordneten Abstrich nehmen müsse, für 200 Euro.

Sogar aus den von den Regierungen verordneten Kontaktbeschränkungen versuchen Betrüger, Profit zu schlagen. Am Montag vergangener Woche, die neuen Regeln waren



Fake-Shop-Website für Medizinprodukte
Erst Vorkasse, dann keine Ware



PETER-JUELICH.COM / DER SPIEGEL

Getäuschter Autofahrer Weber: »Die Polizei nimmt doch gar kein Bargeld«

kaum eingeführt, fuhr Aaron Weber gegen 5.20 Uhr im sauerländischen Winterberg zur Arbeit. Der 20-jährige Konstruktionsmechaniker war spät dran, mit seinem Audi A4 wohl ein wenig schnell unterwegs, als in Höhe des Bahnhofs hinter ihm plötzlich ein Blaulicht blinkte. Weber hielt an.

Doch die zwei Männer in Uniform, die aus dem silbernen VW Passat stiegen, waren nicht daran interessiert, wie schnell er gefahren war. Wohin er denn trotz des Kontakt- und Ausgehverbots unterwegs sei, so erzählte es Weber, habe einer der vermeintlichen Beamten wissen wollen. »Zur Arbeit«, antwortete er. Daraufhin wurde er nach der Bescheinigung seines Arbeitgebers gefragt, die brauche man jetzt, wegen Corona. So etwas habe er nicht, antwortete Weber. Das sei ein klarer Verstoß, 95 Euro koste das, nur Barzah-

lung sei möglich, sagte einer der beiden Uniformierten. »Die Polizei nimmt doch gar kein Bargeld«, entgegnete Weber.

Das brachte den falschen Polizisten in die Defensive. Das EC-Kartenlesegerät hätten sie auf der Dienststelle vergessen, es bleibe dann eben bei einer Verwarnung. Auch wenn das Verlangen einer Bescheinigung des Arbeitgebers Unsinn war: »Vom Auftreten und der Sprache her hatte das schon einigermaßen gepasst«, sagt Weber, »außerdem trugen sie ja Uniform.« Die echte Polizei leitete ein Strafverfahren gegen unbekannt wegen Amtsanmaßung ein.

Manche Täter schrecken in dieser Weltkrise nicht mal vor Attacken auf Krankenhäuser zurück. So traf ein Cyberangriff die Uniklinik im tschechischen Brno, die auch Corona-Tests durchführt. Operationen mussten verschoben, einige schwer kranke Patienten abgewiesen werden. Auch deut-

sche Krankenhäuser sind früher bereits ins Visier von Interneterpressern geraten, die mit Schadprogrammen eine ganze IT-Infrastruktur lahmlegen können.

Um ihre IT-Sicherheit müssen sich auch Regierungen weltweit sorgen, die jetzt vielfach per Videokonferenz Politik machen – und so anfällig werden für das »Zoombombing«, benannt nach der Videchat-Plattform Zoom. Die Technik macht es Fremden leicht, sich in Videoschalten einzuloggen, mitzuhören und diese zu trollen, indem man sie mit Hassbotschaften oder pornografischen Bildern flutet. Der britische Premier Boris Johnson etwa twitterte einen Screenshot nach seiner ersten Kabinettsitzung via Zoom, aus dem die »ID« hervorging, mit der man sich bei einem Meeting einschleichen kann.

So zeigt uns das Coronavirus, wie verwundbar nicht nur unser Körper ist. Mag das Bundeskriminalamt auch Kräfte bündeln und am Mittwoch eine Abteilung »Cybercrime« eingerichtet haben, die Täter sind kreativ und anpassungsfähig.

Als Sebastian Fiedler, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, am Montag hörte, dass allein in Nordrhein-Westfalen übers Wochenende bereits 100 000 Anträge auf Soforthilfe für Selbstständige und Kleinunternehmer bewilligt wurden, sei ihm klar gewesen, dass sich seine Kundschaft diesen Geldregen nicht entgehen lassen werde: »In so kurzer Zeit kann nicht genau geprüft werden, also wird es da Missbrauch durch Organisierte Kriminalität geben – das Phänomen haben wir schon 2009 bei der Abwrackprämie für alte Autos beobachtet.«

Fiedler rechnet damit, dass die Organisierte Kriminalität von Corona profitieren wird. Zwar seien im internationalen Drogenhandel die Lieferketten wegen der geschlossenen Grenzen gestört. Von mexikanischen Kartellen wisse man, dass sie auf Rohstoffe aus China warteten. Und da einschlägige Bars und Klubs als Umschlagplätze ausfielen sowie der Straßenverkauf erschwert sei, so der Kriminalhauptkommissar, werde sicher mehr über das Darknet und Paketdienste abgewickelt.

Die große Stunde der Kriminellen dieser Milieus könnte laut Fiedler aber in den nächsten Monaten schlagen, wenn rechtschaffene Gastwirte und Ladenbesitzer vor dem Ruin stünden. Mitglieder der Organisierten Kriminalität würden dann versuchen, »ihr Schwarzgeld in die legale Wirtschaft einzuschleusen«. So mancher Corona-geschädigte Kaufmann werde sich an einen Strohhalm aus düsteren Kreisen klammern. Fiedler: »Alles schon da gewesen, letztmalig nach der Finanzkrise 2008.«

Roman Lehberger, Marcel Rosenbach,
Ansgar Siemens, Andreas Ulrich,
Alfred Weinzierl

Feminismus kann Leben retten

Essay Die momentane Krise zeigt, wie brüchig die Gleichberechtigung der Geschlechter ist. Klingt nach einem Luxusproblem? Ist es aber nicht.

Nie war es leichter, den Tod zu bekämpfen. Zu Hause bleiben, Nudeln kochen, Pornos schauen. »Wichsen und Musik sind die beste Medizin«, textet die Punkband »Die Ärzte« in ihrem vor einer Woche erschienenen Quarantäne-Song »Lied für Jetzt«. Jede Strophe beginnt mit derselben Feststellung: »Ich sitze zu Hause und langweile mich.«

Kein Wunder, die Bandmitglieder sind Männer. Bei der Bekämpfung der aktuellen Virenpandemie sind vor allem Frauen schwer gefordert. Sie kassieren im Supermarkt, machen Schichtdienst im Krankenhaus und übernehmen die Notbetreuung in den Kindergärten.

Mütter haben dieser Tage besonders viel zu tun: Sie halten den Nachwuchs zum Briefebasteln für die isolierten Großeltern an, sie lesen vor, lernen Lateinvokabeln, üben Dreisatzregeln, sie puzzeln, putzen, kochen, treten auf Legosteine, schimpfen und bitten vergebens um Ruhe im Homeoffice. Wenn sie ihren Job nicht ohnehin ausgesetzt, runtergefahren oder gar verloren haben. Es ist erstaunlich, wie viele Paare das Coronavirus zurück in die Fünfzigerjahre katapultiert hat: Der Mann führt die verbliebenen Geschäfte, die Frau das Unternehmen Familie.

In Krisen besinnen sich Menschen auf Altbewährtes. Offenbar gilt Gleisches für das Verhältnis der Geschlechter. »Klare Rollenbilder versprechen Sicherheit«, sagt die Politikwissenschaftlerin Regina Frey. Wenn der bayerische Ministerpräsident Markus Söder wie im SPIEGEL-Gespräch der vergangenen Woche davon spricht, dass in der Krise oft nach dem Vater gefragt werde, ist das wohl kein konservatives Wunschdenken, sondern die bittere Realität.

Das Haushaltseinkommen, um das so viele in Zeiten drohender Arbeitslosigkeit bangen müssen, erwirtschaftet in aller Regel der Mann. Zwar haben in jeder dritten Familie beide Elternteile einen Job, aber 2017 arbeiteten nur 14 Prozent der Frauen mit Kindern unter sechs Jahren Vollzeit. Alle anderen sind auf Teilzeitbasis berufstätig oder überhaupt nicht – ein Wert, der sich auch mit steigendem Alter der Kinder kaum erhöht.

Während rund zwei Drittel der Familienväter Partnerinnen an der Seite haben, die ihnen im Zweifel den Rücken freihalten, braucht die berufstätige Mutter in der Regel städtische oder private Betreuungshilfe, um arbeiten gehen zu können. Nicht einmal sechs Prozent der Männer mit Minderjährigen im Haushalt arbeiten Teilzeit.

Wir sind von den Fünfzigerjahren gar nicht so weit entfernt, wie wir denken. Dass Paare in traditionelle Rollenmuster kippen, dafür braucht es hierzulande keine Viren-pandemie. Die Geburt eines Kindes reicht in der Regel. Die Coronakrise macht lediglich sichtbar, wie brüchig die Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland ist.

Die Gesellschaft braucht jetzt »Krankenschwestern und keine Diversity-Berater, Naturwissenschaftler und keine Gendergaga-Experten«, twitterte die AfD-Politikerin Beatrix von Storch vor ein paar Tagen. Und die Werteunion, eine reaktionäre Splitterbewegung innerhalb der CDU und CSU, befand zeitgleich, »dass Professuren für Medizin unendlich viel wichtiger sind als solche für Gender Studies«.

In Zeiten, in denen anderswo die Triage wieder eingeführt werden muss, ist genau das Gegenteil richtig: Feminismus wird mehr denn je gebraucht. Er kann Leben retten.

Als Mitte März die Kindergärten und Schulen schlossen, führte das in Bayern dazu, dass viele der dringend benötigten Krankenschwestern und Pflegerinnen zu Hause ihre Kinder betreuten, statt Corona-Infizierten beizustehen. In die Notbetreuung durften sie den Nachwuchs zumindest anfangs nur dann schicken, wenn der Partner ebenfalls in einem systemrelevanten Beruf arbeitete. War das nicht der Fall, verdiente der Mann meist deutlich mehr. Folglich konnte es sich die Familie nicht leisten, den Vater an der unbezahlten Hausaufgabenfront zu verpflichten, während die Mutter geringbezahlt Menschenleben rettet. Ein Problem, das mehr Feminismus lösen könnte.

Zum Beispiel, indem er dafür sorgt, dass eine system-relevante Tätigkeit auch wie eine solche honoriert wird. Und dass weibliche Selbstaufopferung und Fürsorglichkeit nicht länger als angeborene Charaktereigenschaften, sondern als wertvolle Qualifikationen betrachtet werden.

Der Frauenanteil in den derzeit systemrelevanten Berufen liegt laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bei fast 75 Prozent. Obwohl die Herausforderungen der derzeitigen Situation zu einem erheblichen Teil von Frauen gemeistert werden, sind ihre Jobs unter-durchschnittlich bezahlt, konstatieren die vier DIW-Forscherinnen. Reinigungskräfte oder Verkäuferinnen im Supermarkt erhielten eine so geringe Bezahlung, dass sie in den Niedriglohn Bereich fallen, also weniger als 2200 Euro brutto pro Monat verdienen. »Eine Debatte über die Rolle der Daseinsfürsorge in Deutschland« sei überfällig. Das ist richtig. Aber Reden, Diskutieren, Solidarisieren, selbst lautes Klatschen auf Balkonen hilft leider nur bedingt.

Auf Riesen Krisen wie diese folgen in der Regel Sparmaßnahmen. Der Handelsverband HDE fordert zum Überleben schon jetzt einen »Arbeitsplatz-Rettungs- und Unternehmens-Nothilfe-Tarifvertrag«, der allen Beschäftigten im Einzelhandel einen Beitrag abverlangt. Das Gehalt der Supermarktkassiererinnen würde frühestens im nächsten Jahr steigen statt wie vereinbart in diesem Frühjahr. Trotz Angela Merkels Dank in ihrer Fernsehansprache zur Coronakrise: »Sie stehen für uns in diesem Kampf in der vordersten Linie.«

In Bayern bekommen Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeheimen seit Mittwoch dieser Woche nicht nur warme Worte, sondern auch die Verpflegung vom Freistaat spendiert. Eine nette Geste. Die vergessen machen

75 Prozent der Beschäftigten in systemrelevanten Berufen sind Frauen.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung



ROBERT MICHAEL / DPA

Kassiererin in einem Supermarkt in Sachsen

soll, dass gerade die Parteien der Union mit »Leistungsträgern der Gesellschaft« jahrelang Topverdienerinnen und -verdiener meinten, denen sie die Streichung des Soli versprachen.

Für die Abschaffung des Ehegattensplittings wäre jetzt übrigens ein guter Zeitpunkt. Damit Eheleuten mehr Netto vom Brutto bleibt, wird der Batzen des meist männlichen Ernährers verhältnismäßig gering besteuert, das meist niedrigere Einkommen der Frau überproportional hoch. Das sorgt nach Ansicht vieler Experten nicht nur dafür, dass es sich für Frauen weniger lohnt zu arbeiten. Sie profitieren auch weniger vom aktuellen Kurzarbeitergeld, weil sich dessen Bemessung am Nettoverdienst orientiert.

Die Berliner Wirtschaftsberaterin Mara Kuhl hat deswegen schon 2012 »Kriterien für geschlechtergerechte Krisenpolitik« entwickelt. Kuhl hat die staatlichen Rettungsmaßnahmen nach der Finanzkrise 2008 untersucht und unter anderem herausgefunden, dass mehr als 85 Prozent des Geldes für die berufliche Qualifizierung während - des Bezugs von Kurzarbeitergeld aus dem Europäischen Sozial Fonds in Deutschland an Männer floss. Als vier Jahre später die Schlecker-Pleite Tausende Frauenarbeitsplätze vernichtete, gab es keine staatliche Unterstützung.

Solange es Männer sind, die den Laden leiten, den die Frauen mühsam am Laufen halten, wird sich an diesen Zuständen in Zukunft wenig ändern.

Wieder ein Beispiel aus Bayern: Diese Woche kamen aktuelle Daten zur Ungleichbezahlung von Frauen und Männern heraus, die im Freistaat mit 23 Prozent Unterschied besonders groß ist. Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft glaubt, man müsse als Lösung für das Problem »mehr Frauen für

Vollzeit und vollzeitnahe Beschäftigung gewinnen«. Und sie für »tendenziell männerdominierte Branchen und Berufe begeistern«, zum Beispiel das Metallverarbeitungsgewerbe. Auf so eine Idee können nur Männer kommen!

Warum ist es so schwer, Berufe, für die sich Frauen interessieren und die obendrein systemrelevant sind, genauso gut zu bezahlen wie die von Ingenieuren und Maschinenbauern? Oder wie wäre es, das Renteneintrittsalter heraufzusetzen, dafür aber kürzere gesetzliche Arbeitszeitregeln für alle einzuführen? Hätten beide Geschlechter einen zusätzlichen Tag in der Woche zur freien Verfügung, wären es vielleicht nicht mehr vor allem die Frauen, die mit den Kindern Hausaufgaben machen, den Anruf der Oma entgegennehmen und Atemschutzmasken aus Stoffresten nähen.

Männer, die momentan allein daheim die Stellung halten und sich heldenhaft der Belagerung durch die Kinder ergeben, mögen sich jetzt ungerecht behandelt fühlen. Aber nur, solange sie nicht zugeben müssen, sich nach der Rückkehr in die Vollzeitnormalität zu sehnen. Sei der Kaffee am alten Arbeitsplatz noch so schlecht.

Krisen müssen nicht zwangsläufig in der Restitution enden. »Sie können auch dazu führen, dass Rollenklyschees über Bord geworfen werden«, sagt Geschlechterforscherin Regina Frey. Schön wäre es, wenn Frauen künftig mehr arbeiten, aber auch mehr Stundenlohn dafür bekommen würden. Und Männer weniger arbeiten würden, ohne durch Jobverlust dazu gezwungen zu werden.

Wer sich in den nächsten Wochen langweilt, der darf gern auf Feminist oder Feministin umschulen. ■

Recht im Stress

Gerichte Prozesse werden abgesagt, Zuschauer ausgesperrt. Verstößt die Justiz damit gegen die Verfassung?

Wenn Rechtsanwalt Adam Ahmed in diesen Tagen das Landgericht München II betritt, muss er ein Formular ausfüllen: Leiden Sie an Atemwegsproblemen? Hatten Sie Kontakt zu einem Covid-19-Erkrankten? Haben Sie sich in einem Risikogebiet aufgehalten?

Im Verhandlungssaal legt ein Wachtmeister dann ein DIN-A4-Blatt zwischen Ahmed und seinen Mandanten. Es markiert eine Grenze, näher dürfen sich Verteidiger und Angeklagter nicht kommen. Außerdem sei der Saal gelüftet und desinfiziert worden, heißt es, alle Anwesenden müssten Distanz wahren, weshalb nur noch drei Zuschauer hineindürften. Die Vorkehrungen sollen verhindern, dass sich Prozessteilnehmer infizieren.

Doch Rechtsanwalt Ahmed kann über die Unbeholfenheit des Gerichts nur lachen. »Die Justiz weiß nicht, wie sie mit dieser Stresssituation umgehen soll«, sagt er. Ahmed hat mehrere Verfassungsbeschwerden eingelegt, auch weil derzeit nicht jedem interessierten Bürger ständiger Zutritt zu den Verhandlungen möglich ist – bislang erfolglos. Dabei ist das Problem offensichtlich.

Die Coronakrise versetzt gerade Amts-, Land-, Oberlandes- und Bundesgerichte in den Ausnahmezustand. In München soll ein Richter Zeugen fragen, ob sie sich die Hände gewaschen haben. In Hagen erklärte Amtsrichter Harald Barkam seinen Sitzungssaal zur Sperrzone. Wer hineinwollte, musste Mundschutz tragen – wie der Richter auch. Zuvor hatte Barkam einen Zettel an die Tür gehängt: »Bei Zu widerhandlung drohen sitzungspolizeiliche Maßnahmen und/oder Abbruch der Verhandlung und Vertagung.«

Das sei ein Einzelfall gewesen, sagte der Sprecher der Gerichts hinterher. Es klang entschuldigend – und machte doch die vertrackte Lage deutlich. An vielen Gerichten gibt es keine einheitliche Regelung, wie in dieser Ausnahmesituation Recht gesprochen werden soll. Ein wegweisendes Verfahren wegen Steuerhinterziehung vor

dem Landgericht Bonn kürzte die Kammer eilig ab und verkündete das Urteil. Der Loveparade-Prozess in Duisburg wurde unterbrochen. In Kiel, Göttingen, Dresden und Darmstadt verhandelte man oft einfach weiter. Es herrschte ein Zustand, wie man ihn Juristen nie zugetraut hätte, es herrschte heilloses Durcheinander.

Vergangene Woche trat dann ein Gesetz in Kraft, das Ordnung schaffen soll. Es erlaubt den Strafgerichten, Hauptverhandlungen weit länger zu unterbrechen als bisher möglich. Bislang durfte zwischen zwei Verhandlungstagen maximal ein Monat liegen, ansonsten musste der Prozess von vorn beginnen. Für Großverfahren wie Terrorprozesse, die sich oft über Jahre ziehen und Millionen kosten, wäre das der größtmögliche anzunehmende Unfall. Nun dürfen Strafverhandlungen sogar für mehr als drei Monate pausieren. Doch was in der Theorie möglich ist, wird nicht überall praktiziert.

Der Grund dafür liegt in einer Besonderheit des Rechtsstaats. Richter sind unabhängig, nur dem Gesetz unterworfen.



SIMON KOV / DER SPIEGEL

Gerichtssaal im Justizpalast München:
Verhandeln, pausieren?

Und so obliegt die Entscheidung darüber, was Corona für einen Prozess bedeutet dem jeweiligen Richter. Verhandeln? Pausieren? Masken für alle?

Jede Richterin, jeder Richter steht damit vor einem gewaltigen Dilemma. Wie lässt sich die Ausbreitung des Virus eindämmen, gleichzeitig aber Recht sprechen und zudem der Grundsatz eines öffentlichen Verfahrens wahren?

Ein Rechtsstaat urteilt im Namen des Volkes, das Volk muss zu seinen Prozessen zugelassen sein. Aber ist es das, wenn nur drei Zuschauer zuschauen dürfen?

Richter, die lange Verfahren führen, fürchten, dass die Corona-Anordnungen

sie angreifbar machen. Revisionen drohen, das Verfahrensrecht kennt keine Seuche.

Eigentlich müssen im Sitzungssaal so viele Zuhörer Platz finden, dass sie noch »als Repräsentanten einer keiner besonderen Auswahl unterliegenden Öffentlichkeit angesehen werden können«. So hat es ein ehemaliger Richter des Bundesgerichtshofs (BGH) kommentiert. Wenn es nur noch zwei Plätze im Saal gibt, davon einen für Journalisten, wie unlängst vor dem Landgericht München II, ist das kaum gegeben.

Heikel könnten vor diesem Hintergrund auch die geltenden Verordnungen mancher Länder sein. So darf man in Berlin und Brandenburg die Wohnung zwar noch verlassen, um Gerichte oder Behörden aufzusuchen – aber nur wegen »dringend erforderlicher Termine«. In Bayern gilt eine ähnliche Regelung. Der Grundsatz der Öffentlichkeit bedeutet aber, sagt Rechtsanwalt Michael Rosenthal, dass »jeder Interessierte zumindest theoretisch die Möglichkeit haben muss, an einer Verhandlung teilzunehmen«. Und zwar ohne

sich für sein Interesse besonders rechtfertigen zu müssen. Angesichts der geltenden Ausgangsbeschränkungen »scheint mir das nicht gewahrt zu sein«, so Rosenthal. Der Öffentlichkeitsgrundsatz sei schon dann verletzt, wenn man befürchten müsse, der Besuch der Verhandlung könnte konkrete Nachteile mit sich bringen.

Werde die Öffentlichkeit eines Strafverfahrens nicht hergestellt, sei das ein »absoluter Revisionsgrund«, steht in der Strafprozessordnung. Ein solches Urteil muss aufgehoben werden, auch wenn sich dieser Fehler im Ergebnis gar nicht ausgewirkt hat. Nur wenn das Versäumnis nicht dem Gericht zuzurechnen ist, macht der Bundesgerichtshof eine Ausnahme. Das ist etwa der Fall, wenn ein Wachtmeister versehentlich eine Eingangstür verschlossen hat und die Richter davon nichts wussten.

Ein Gericht kann natürlich nichts für die Ausgangssperren. Und doch könnten sie ein Argument sein, um Urteile anzugreifen, sagt der Revisionspezialist Ali B. Norouzi. Im Grunde sei es Bürgern zurzeit »rechtlich unmöglich«, an einem Prozess teilzunehmen. Solche Ausgangsbeschränkungen stellen damit »ein rechtliches Risiko für die Hauptverhandlung« dar.

In einigen Monaten dürften diese Fragen vor dem BGH landen. Die Richter müssen dann auch darüber befinden, ob einige Länder zu gedankenlos waren, als sie die Bewegungsfreiheit ihrer Bürger beschränkten. Dietmar Hipp, Julia Jüttner



Waffenfreak Rathjen: Schießtrainings in der Slowakei

Hitler und die Aliens

Rassismus War der Attentäter von Hanau ein Wahnsinniger oder ein Rechtsterrorist? Ermittler und Psychologen verfolgen neue Spuren.

Tobias Rathjen hatte sich penibel vorbereitet. Auf einem Flipchart hatte er den Hanauer Heumarkt markiert, einen der späteren Tatorte. Außerdem hatte er Dinge aufgelistet, die er vor dem Attentat noch erledigen wollte. Dazu gehörte, ein Video aufzunehmen, in dem er über Ausländerkriminalität schwadronierte. In einem Pamphlet, das Rathjen auf seine Website stellte, erging er sich in völkischen Vernichtungsfantasien: Wer nicht »reinrassig« sei, gehöre ausgelöscht.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sprach nach dem Attentat, dem am 19. Februar acht Männer und eine Frau aus Einwandererfamilien zum Opfer fielen, von Rechtsterrorismus. Generalbundesanwalt Peter Frank attestierte dem Täter eine »zutiefst rassistische Gesinnung«.

Nun aber hat das Bundeskriminalamt (BKA) für Irritationen gesorgt. In einer vorläufigen Bewertung formulierten Ermittler die Hypothese, dass ein rechts-extremes Motiv nicht an erster Stelle gestanden habe. Rathjen sei seit etwa 20 Jahren krankhaft davon überzeugt gewesen, von einer Geheimorganisation überwacht zu werden. Darauf habe er mit aller Macht hinweisen wollen.

Von rassistischen Morden wie in Neuseeland und Halle, lautete die Einschätzung der Staatsschützer, habe er sich

größtmögliche Aufmerksamkeit versprochen. Demnach wäre Rathjen eine Art Trittbrettfahrer des weltweiten rechten Terrors.

Psychologen der hessischen Polizei erkannten bei dem Einzelgänger posthum Anzeichen einer psychischen Erkrankung. Seine in Videos formulierten Wahnvorstellungen deuteten auf eine paranoide Schizophrenie hin. Im Jahr 2002, das ergaben die Ermittlungen, sei er wegen einer solchen Krankheit für kurze Zeit in einer Klinik gewesen, er studierte damals in Bayreuth. Hinweise auf eine weitere Behandlung fanden sich jedoch nicht.

Auch die Polizeipsychologen sahen in ihrer ersten Einschätzung die Wahnvorstellungen des Attentäters als zentralen Antrieb. Gleichzeitig gingen sie aber davon aus, dass der Täter ein überzeugter Rassist war, der Migranten auslöschen wollte. Demnach waren bei Rathjen Wahn und Ausländerhass untrennbar verwoben.

Teile seiner Verschwörungstheorie bezog er offenbar aus Büchern, die er bei Amazon bestellte. Neben Machwerken aus rechten Verlagen über Geheimgesellschaften und Außerirdische waren darunter Schriften über die NS-Zeit und ein Band mit Reden Adolf Hitlers. Auch in Rathjens Pamphleten entdeckten die Psy-

chologen Formulierungen im Jargon des Nationalsozialismus.

Einig sind sich die Experten, dass Rathjen seine Opfer nach rassistischen Kriterien auswählte. Er schoss in Shishabars, in einem Kiosk und auf der Straße gezielt auf Menschen, die er für Migranten hielt. »Die Tatbegehung beruhte auf rassistischen Motiven«, betont auch BKA-Chef Holger Münch. Das Attentat wird von seiner Behörde daher nach wie vor als rechts-extrem eingestuft, selbst wenn der Täter kein klassischer Rechtsextremist mit Verwurzelung in der Szene war, wie etwa der mutmaßliche Mörder des CDU-Politikers Walter Lübcke.

Abschließende Erkenntnisse über Rathjens Motivation soll ein psychiatrisches Gutachten ergeben, das der Generalbundesanwalt in Auftrag gegeben hat.

Womöglich hätte die Tat verhindert werden können, wenn die zuständigen Ordnungsbehörden von seiner Erkrankung erfahren und ihm seine Waffen abgenommen hätten. Der 43-Jährige war in Schützenvereinen aktiv und besaß zwei halbautomatische Pistolen.

Erst im vergangenen Jahr überprüfte die Waffenbehörde des Main-Kinzig-Kreises seine Zuverlässigkeit, allerdings nur nach Aktenlage. Berichte über den Gesundheitszustand waren nicht dabei.

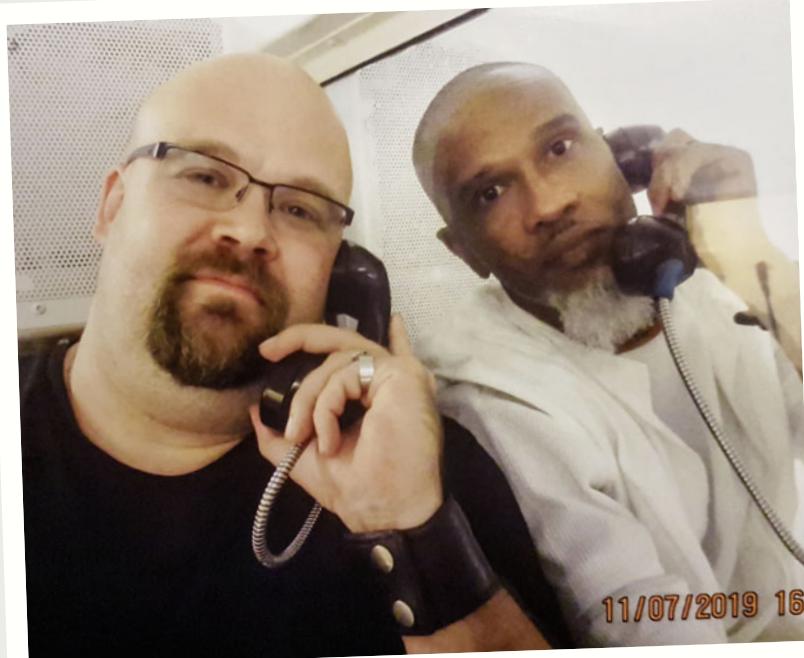
Wenige Monate bevor Rathjen zum Mörder wurde, übte er nach Erkenntnissen der Ermittler auf einem Schießstand in der Slowakei. Rathjen soll mindestens zweimal, im Juli und September 2019, Gefechtstrainings absolviert haben. Als Ausbilder fungieren bei diesen Übungen ehemalige Militärs und Spezialeinsatzkräfte, auch Zivilisten dürfen teilnehmen. Auf Anfrage sagte der Organisator, eine slowakische Sicherheitsfirma, der Name Tobias Rathjen tauche nicht in seiner Datenbank auf, er könne aber nicht ausschließen, dass er auf dem Schießstand gewesen sei.

Am ehesten hätte Rathjens Umfeld auffallen können, in welche Wahnwelt er abgedriftet war. Zuletzt wohnte er, ohne Arbeit, wieder im Elternhaus in Hanau-Kesselstadt, sein Zimmer lag im Kellergeschoss. Doch die Familie hatte eigene Probleme, die Mutter war ein Pflegefall, der Vater als Querulant bekannt, der Ämter mit Beschwerden überzog.

Sogar Rathjens Glauben an eine Geheimdienstverschwörung hielt der Vater offenbar nicht für ein Hirngespinst. Sein Sohn sei einer brisanten Sache auf der Spur gewesen, sagte er der Polizei nach dem Attentat. Dass er die Morde beging und anschließend sich selbst erschoss, wollte der Vater nicht wahrhaben – der Sohn sei Opfer einer Verschwörung geworden.

Jörg Diehl, Sven Röbel,
Wolf Wiedmann-Schmidt

Reporter



Familienalbum

Fernbeziehung, 2019

Stefan Heikens, 41:

Der Mann in der weißen Kleidung neben mir ist Tony Egbuna Ford, mein bester Freund. Er sitzt in Texas im Hochsicherheitsgefängnis Polunsky Unit und wartet dort auf seine Hinrichtung. Am 14. Oktober 1993 hatte ihn ein Gericht zum Tode verurteilt – Tony soll bei einem Raubüberfall einen Mann erschossen haben. Ich kenne Tony seit anderthalb Jahren. Damals habe ich viel mit Bekannten über die Todesstrafe diskutiert. Ich halte diese Art der Bestrafung für unmenschlich. Im September 2018 habe ich eine Brieffreundschaft mit Tony begonnen. Seitdem schicken wir uns mehrmals im Monat Briefe. Tony hat eine Zeit lang in Deutschland gelebt, wir mögen beide Heavy-Metal-Musik, das waren die ersten Themen. Inzwischen schildert er mir auch die Zustände in amerikanischen Gefängnissen und was er dort an Rassismus erlebe, ich schreibe ihm

von meinem Alltag, wir muntern uns dann gegenseitig auf. Zum ersten Mal habe ich ihn im vergangenen Mai persönlich getroffen. Tony sitzt 23 Stunden am Tag in einer Einzelzelle, eine Stunde hat er Ausgang – allein. Wir konnten vier Stunden reden. Er hat noch nie das Internet benutzt, bei guter Führung darf er einmal im Jahr für fünf Minuten telefonieren. Im November war ich wieder bei ihm, damals ist dieses Bild entstanden. Wenn ich Tony besuche, trennt uns eine Panzerglasscheibe, wir müssen über Telefon miteinander sprechen. Manchmal darf ich uns einen Schokoriegel kaufen, ein Wärter bringt dann Tony seine Hälfte, sodass wir wenigstens für einen Moment denselben Geschmack teilen. Eigentlich sollte Tony im März hingerichtet werden, das hat mich völlig fertiggemacht. Zum Glück wurde der Termin verschoben. Er versucht weiter, seine Unschuld zu beweisen, aber die Zeit läuft ihm davon.

Aufgezeichnet von Maik Großkathöfer

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an:
familienalbum@spiegel.de

Hygiene

Kann man Corona wegputzen, Frau Paaßen?

SPIEGEL: In diesen Wochen finden sich im Netz jede Menge Tipps zum Thema »So wische ich Corona weg, mit Mitteln zum Selbermachen«. Wischen Sie auch mit solchen Sachen?

Paaßen: Ich liebe das Internet, aber manchmal hasse ich es. Nein, das mache ich nicht! Ich verwende Mittel, die ich kaufen kann. Die sind getestet, da weiß ich, dass die Zusammensetzung stimmt.

SPIEGEL: Aber helfen die auch gegen dieses neuartige Virus?

Paaßen: Corona ist von einer Fettschicht umhüllt. Die handelsüblichen Putzmittel enthalten Tenside und teilweise Alkohol. Die wirken gut gegen Fett, also auch gegen das Virus. Ich empfehle großes Misstrauen gegenüber vielen Tipps im Netz. Man kann da schreckliche Dinge finden.

SPIEGEL: Welche zum Beispiel?

Paaßen: Da trifft man schon mal auf die Empfehlung, zum Bleichen eine Mischung aus Waschmittel und Toilettenreiniger herzustellen – nein! Bitte nicht!

SPIEGEL: Immer wieder stößt man auf Essig als eine Art Wundermittel.

Paaßen: Diese Legende ist nicht totzukriegen. Essig kann Dichtungen kaputt machen. Essig wirkt auch nicht gut als Entkalker im Badezimmer, das ist ein Mythos. Nehmen Sie Zitronensäure, die stinkt nicht und wirkt viel besser. Und: Essig ist kein Mittel gegen Viren.

SPIEGEL: Aber es gibt ja zurzeit kaum Desinfektionsmittel. Was tun?

Paaßen: Tun Sie, was Sie immer tun sollten: gründlich putzen. Vergessen Sie über Corona die anderen Keime nicht. Denken Sie an Spülchwämmchen und Wischlappen, die sind echte Keimschleudern, so warm, so feucht. Den Wischlappen häufig waschen, bei 60 Grad Celsius, das hilft. Unsere Mütter wussten das noch.

SPIEGEL: Putzen Sie eigentlich gern?

Paaßen: Ja. Ich finde, das ist eine spirituelle Aufgabe. Das Schöne ist: Man sieht ein Ergebnis. Und man kann dabei über vieles nachdenken. bsu

Urte Paaßen, 54, ist Diplombiologin und Meisterin der Hauswirtschaft in Essen.

Der Staumelder

Wie zwei Berliner mit einem Bollerwagen voller Smartphones gegen Google demonstrierten

Es war ein sonniger Tag im Herbst vergangenen Jahres, als Simon Weckert loszog, um Google mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Weckert, ein hagerer Dreißigjähriger im Kapuzenpullover, legte an jenem Morgen 99 Smartphones, die er sich ausgeliehen hatte, auf den Küchentisch seines Künstlerateliers im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Dann, so erzählt er es, schaltete er die Geräte ein, eines nach dem anderen. Auf jedem Gerät öffnete er die Karten-App Google Maps und tippte in die Navigationszeile »Tucholskystraße 2, 10117 Berlin« ein, die Adresse der Berliner Google-Zentrale. Als auf allen Smartphones dasselbe Ziel ausgewählt war, drückte Weckert die Starttaste, lud die Geräte in einen roten Bollerwagen und sagte zu einem Freund: »Ab zu Google, Stau machen.«

Die beiden verließen das Atelier und zogen ihren Bollerwagen Richtung Google. Sie schlurften, bewegten sich im Schneckentempo vorwärts, dann wieder joggten sie ein Stück, hielten abrupt an und warteten einige Minuten. Fußgänger seien stehen geblieben und hätten ihnen nachgeschaut, sagt Weckert. Zwei Touristen aus Brasilien hätten gesagt, wenn er mit einem Bollerwagen voller Smartphones durch Rio lief, hätte er schnell keinen mehr. Einmal hätten einige Halbstarke vorgeschlagen, ihm ein paar der Smartphones abzunehmen, er habe ja genug davon. Weckert ließ sich nicht beirren. Er sagt, wenn man so tun wolle, als sei man ein Auto im Stau, müsse man sich eben bewegen wie ein Auto im Stau.

Google Maps ist ein Navigationssystem, das Nutzern die schnellste Route anzeigt, zu Fuß, mit dem Auto und mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es zeigt auch Verkehrsbehinderungen an. Wenn viele Nutzer auf einem Streckenabschnitt Google Maps benutzen und sich dabei nur langsam fortbewegen, weiß die App offenbar, dass dort ein Stau sein muss. Auf der Karte färbt sich die Straße dann rot.

Weckert schaute immer wieder auf die App. Sein Ziel, sagt er, sei es gewesen, einen Stau zu produzieren, den es nicht gab. Ein Stau, der nur für Google Maps existierte. Am Ende der Route sollte selbst die Zufahrtsstraße zur Google-Zentrale wie gesperrt aussehen, damit die Mitarbeiter sie umfahren müssten. Weckert wollte die Straßen rot färben, um damit gegen Google zu demonstrieren. Google sei in Berlin nicht willkommen, sagt Weckert. Dies sei seine Art, es Google zu zeigen.

Straße für Straße schlurfte, joggte und trödelte Weckert mit seinem Bollerwagen, doch die App zeigte keine Verkehrsbehinderungen an. Nach zweieinhalb Stunden hatte er sein

Ziel erreicht: Tucholskystraße 2, 10117 Berlin. »Es war frustrierend«, sagt er. »Wir waren da, aber die Aktion hatte nicht geklappt.«

Die Tucholskystraße liegt in Berlin-Mitte, wo weniger Müll als anderswo herumliegt und wo sich viele Leute auf Englisch mit amerikanischem Akzent unterhalten. Google hat hier ein helles Haus direkt an der Spree bezogen, entworfen vom Architekten Martin Gropius. Die Google-Mitarbeiter blicken auf den Fernsehturm und auf das Bode-Museum gegenüber.

Von außen sieht man nicht gleich, dass Google hier Büros unterhält. Es gibt kein großes Schild, auf dem in bunten Buchstaben der Firmenname steht. Das sei so, sagt Weckert, weil die Google-Leute wüssten, dass sie in Berlin keiner haben wolle. Als der Konzern vor gut zwei Jahren ein großes Quartier in Kreuzberg errichten wollte, ganz in der Nähe von Weckerts Atelier, protestierten viele Berliner aus Angst vor Gentrifizierung dagegen, darunter Weckert.

Sein Atelier liegt in einem Teil von Kreuzberg, wo der Döner oft noch 2,50 Euro kostet und sich viele Menschen auf Türkisch und Arabisch unterhalten.

Weckert ist freischaffender Künstler, in seinem Atelier könnte mal staubgesaugt werden. Bevor er dieses Atelier fand, sei er aus vier anderen Gebäuden in Berlin rausgeschmissen worden, wegen der Gentrifizierung, sagt er. Er findet, große Unternehmen wie Google seien daran schuld, dass Leute wie er den Reichen Platz machen müssten. »Wie in San Francisco«, sagt er. San Francisco sei tot, weil die gut bezahlten Informatiker aus dem Silicon Valley in der Innenstadt leben wollten. »Dadurch steigen die Mieten, und kein normaler Mensch kann da mehr wohnen.«

Er sagt, er habe »keinen Bock«, dass Berlin wie San Francisco werde. Deshalb müsse man was gegen die Tech-Riesen tun.

Weckert wurde in Karl-Marx-Stadt geboren, er war schon oft in den USA. Seine Oma sei auch Informatikerin gewesen, sagt Weckert, so wie die Google-Leute, nur halt in der ehemaligen DDR. Sie habe für die volkseigenen Betriebe Lochkartensysteme entwickelt, damit die Arbeiter sich nach ihrer Schicht austragen konnten. In Berlin setzten sich die Leute für ihre Rechte ein, sagt Weckert, und das bleibe auch so.

Als sie an der Tucholskystraße 2 standen und die 99 Smartphones im Bollerwagen anzeigen, dass sie ihr Ziel erreicht hätten, überlegten Weckert und sein Freund, was zu tun sei. Sie hätten abbrechen und nach Hause gehen können, Weckert hatte eigentlich keine Lust mehr. Doch in diesem Moment, sagt er, habe er gespürt, dass er an der Schwelle zu etwas Besonderem stehe. Dass er, wenn er sich nur ein bisschen mehr anstrengen würde, den Algorithmus besiegen könnte.

Weckert nahm seinen Bollerwagen und ging los. Er tippelte, schlurfte, wartete, tippelte. Eine Stunde lang, mindestens. Plötzlich habe er bemerkt, dass keine Autos mehr an ihm vorbeifuhren. Er betrat die Fahrbahn und zog den Bollerwagen hinter sich her. Dann schaute er auf eines der Handys.

Die Straße war rot. Max Polonyi



Weckert-Freund in Berlin

GOOGLE MAPS AUSGETRICKST
„Diese Realität gibt es nicht“

Von der Website Faz.net

Anderthalb Meter

Gesundheit In Corona-Zeiten behelfen wir uns mit Videokonferenzen und Lieferdiensten. Doch eines können sie nicht ersetzen: den körperlichen Kontakt. Ohne ihn droht Vereinsamung. Besuche bei einer Frau, die professionell berührt. Von Barbara Hardinhaus

Die Haut ist das größte Sinnesorgan des Menschen. Bis zu 900 Millionen Rezeptoren im Körper erfassen Eindrücke und senden sie an das Gehirn. Der Mensch kann Unebenheiten ertasten, die mit dem Auge nicht wahrnehmbar sind. Er spürt über die Haut Erhebungen und Druck, Kälte und Wärme, aber auch die Richtung und die Geschwindigkeit von Berührungen. Überall, wo Haare wachsen, hat der Mensch so genannte C-taktile Fasern, freie Nervenendigungen, die auf Berührung ansprechen, besonders dann, wenn sie langsam erfolgt, in einem Tempo von einem bis drei Zentimetern pro Sekunde und in einem Temperaturbereich der Haut von 36 bis 37 Grad Celsius, Körpertemperatur.

Die Haut des Menschen ist darauf eingereicht, von anderen berührt zu werden.

Ende September 2019 stand im »Hamburger Abendblatt« eine Nachricht: »Deutschlands erste Kuschelpraxis eröffnet«. Das klang ein bisschen verrückt damals, aber auch interessant.

Die Praxis betreibt Alexandra Ueberschär, 41 Jahre alt. Vor rund einem Jahr kam sie auf die Idee, einen Ort zu schaffen, an dem Menschen professionell und ohne sexuelle Hintergedanken berührt werden können. Wenig später gründete sie zusammen mit einer Kollegin die Praxis.

Jeder Achte empfand laut einer Forsa-Umfrage schon vor Jahren einen Mangel an körperlicher Nähe. Einsamkeit, statistisch erfasst, ist in Deutschland ein Phänomen folgender Größe: Jeder zehnte Deutsche gibt an, sich einsam zu fühlen. Einsamkeit betrifft besonders die Alten, aber zunehmend auch die Jüngeren: 29 Prozent der 20- bis 29-Jährigen geben laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft an, sie seien »einsamer geworden«.

Das war vor Corona.

Nachdem das Virus in vielen Ländern, auch in Deutschland, zu Kontaktbeschränkungen und Bewegungsauflagen geführt hat, sieht die Situation nun, im April 2020, so aus: Die, die sich zuvor schon einsam fühlten, wurden noch einsamer, beiläufige Kontakte beim Friseur oder im Verein fallen nun aus. Hinzu kommen neue Einsame-

und eine neue Art von Einsamkeit, die entsteht, weil die Menschen zwar Teil einer Gruppe sind, aber trotzdem allein leben. Es gibt jetzt Großeltern, die ihre Enkel nicht mehr umarmen dürfen, und Berufstätige, die im Homeoffice nun niemandem mehr begegnen. Die Großeltern können skypen oder telefonieren, die Berufstätigen haben Videokonferenzen, aber was auch ihnen in diesen Zeiten fehlen könnte, das sind: Berührungen.

Jeder fünfte Deutsche lebt allein, 17 Millionen Menschen insgesamt. Experten haben schon vor Corona von einer »Einsamkeitsepidemie« in der westlichen Welt gesprochen, sie waren alarmiert von den wachsenden Zahlen. Wenn das damals ein Problem war, was droht dann jetzt, da jeder anderthalb Meter Abstand zu anderen Menschen halten soll?

Man muss in der Vor-Corona-Zeit beginnen, um die Macht der Berührung zu ergründen. Die Praxis von Alexandra Ueberschär liegt in Hamburg-Altona, an einer Kopfsteinpflasterstraße, Wohngegend, erste Etage. Eine Couch vor dem Fenster, graue Kissen, Holzfußboden, ein kleiner Tisch, blaue Gardinen. Ueberschär trägt Wollsocken und reicht zur Begrüßung die Hand.

Auf die Frage, wer zu ihr in die Praxis komme, sagte sie: »All diejenigen, die unter Kontaktarmut leiden oder einsam sind, aus unterschiedlichen Gründen.«

Es kam damals Max*, 27 Jahre alt, blond, Dreitagebart. Er mag keine Menschenansammlungen und ging wenig raus. Das letzte Mal habe er im Sommer 2019 etwas unternommen, sagte er, mit seiner Nachbarin, die Ende fünfzig ist. Sie waren spazieren. Die Nachbarin nennt er »eine Bekannte«, die einzige, die er habe. Wie sich das Alleinsein anfühlt? »Wie vom Lkw überfahren. Druck auf der Brust.«

Es kam Andrea*, 59 Jahre alt, seit fünf Jahren ohne Beziehung. Andrea hatte Freunde, sang im Chor, spielte Theater, arbeitete in einer Weiterbildungseinrichtung, telefonierte da viel. Aber schwarz sei alles trotzdem manchmal, hatte sie gesagt. Auch

beliebte Menschen können sich allein fühlen. Das ist wie bei Bridget Jones: abends traurig Eiscreme essen, allein. Andrea sehnte sich danach, gehalten zu werden.

Sie machten mit Alexandra Ueberschär einen Termin aus, er dauerte eine Stunde. Er lief immer folgendermaßen ab: Ueberschär begrüßte die Klienten, setzte sich mit ihnen auf das Sofa. Sie fragte: »Hast du einen Wunsch?«

Die Antworten lauteten:

»Ich möchte mich anlehnen.«

Oder: »Ich möchte, dass du meinen Kopf hältst.«

Ueberschär strich ihnen dann über die Wange, die Stirn oder sie öffnete ihre Arme, und ein fremder erwachsener Mensch ließ sich hineinfallen.

80 Euro kostete das.

Beim ersten Mal, als Ueberschär ihr über die Wange streichelte, musste Andrea weinen.

Man könnte das alles abtun und sagen: Das sind ein paar spezielle Menschen. Was hat das mit uns zu tun? Das Gegenteil aber ist der Fall. Die meisten Menschen brauchen Berührungen; wer nicht berührt wird, verkümmert. Das ist eher die Regel, nicht die Ausnahme.

Berührungen setzen im Belohnungszentrum des Gehirns, der Insula, Oxytocin frei, ein Hormon, das uns vertrauen lässt, und Endorphine. Es ist ein anderer Hormoncocktail als der, der beim Sex ausgeschüttet wird, er soll Verbundenheit und Ruhe schaffen. Eine nicht sexuelle Berührung gibt Sicherheit. Sie ist schmerzlindernd und verstärkt das Gefühl der positiven Bindung.

Einer der Ersten, der dazu forschte, war der amerikanische Psychologe Harry Harlow. Er trennte in den Fünfziger- und Sechzigerjahren neugeborene Affen von ihren Müttern. Er stellte fest, dass sie sich weit aus schlechter entwickelten als Affen mit Mutterkontakt. Eine andere, ethisch umstrittene Studie zeigte, dass das Gehirnvolumen der untersuchten rumänischen Heimkinder vergleichsweise klein war.

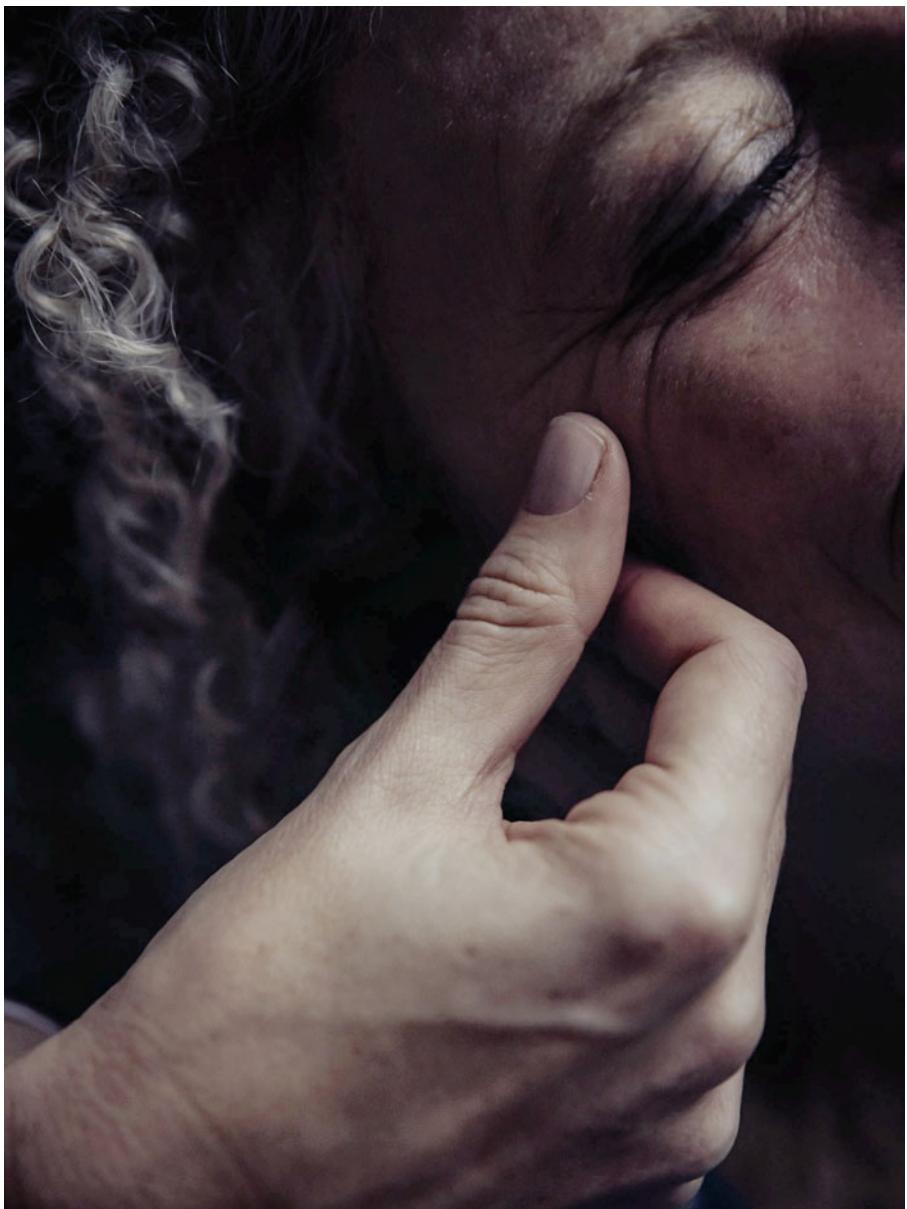
Dies allein ließe sich auch mit fehlender Ansprache erklären. Doch es gibt viele Studien und Untersuchungen, die darauf hinweisen, dass der Mensch, um gesund zu bleiben, Berührungen braucht. Früchten, die längere Zeit Hautkontakt zu ihren Eltern haben, sind Studien zufolge später weniger impulsiv, aggressiv und hyperaktiv.

Versuche in einem Scanner zeigen, dass Schmerz abnimmt, wenn ein Partner dem anderen, im Scanner liegend, die Hand hält.

Menschen, die häufig umarmt werden, sind weniger anfällig für Erkältungen.

Eine Studie deutet darauf hin, dass bestimmte Berührungen den Blutdruck und den Herzschlag senken.

* Name geändert.



ROMAN PAWLOWSKI / DER SPIEGEL



ROMAN PAWLOWSKI / DER SPIEGEL

Berührungstherapeutin Ueberschär mit Klientin »Ich möchte, dass du meinen Kopf hältst«

Auch Nebenbekontakte, wie ein Händedruck oder ein Schulterklopfen, können positiv wirken. Wissenschaftler in den USA haben die Berührungsmuster von Basketballteams untersucht, es ging um Schulterklopfen, Klapsen, kurze Umarmungen. Sie beobachteten die Saison 2008/09 und fanden heraus: Die Teams, die sich in der ersten Saisonhälfte besonders oft während der Spiele durch Berührungen bestärkt hatten, waren im Laufe der Saison teamfähiger und erfolgreicher. Die guten Spieler der Berührungsteams gaben häufiger den Ball ab.

Berührung ist ein Kleber, der die Gesellschaft zusammenhält.

In Gefängnissen ist die Isolationshaft die höchste Strafe.

Alexandra Ueberschär, die Therapeutin, berührte immer direkt die Haut ihrer Klienten, Handoberflächen, Arme, Gesichter, den Hals. Sie sagt, dass die Nervenenden genau an diesen Stellen besonders stark reagieren. Sie riet denen, die unter einem starken Berührungsmangel litten, im T-Shirt zu ihr zu kommen.

Sie berührte Narben, sie glaubt, dass diese besondere Beachtung brauchen. Klienten, die Infusionen bekamen, berührte sie auf der Haut über dem Port. »Sie sind an diesen Stellen ganz bedürftig nach positiver Berührung«, sagt Ueberschär.

Alexandra Ueberschär ist eine Frau, die Ruhe ausstrahlt. Es gab Zeiten in ihrem Leben, sagt sie, in denen sie sich selbst einsam fühlte. So sei sie auf die Idee gekommen, die Praxis zu gründen. Sie besuchte Seminare, sie begann, bei einem Lebenshilfe-Coach zu assistieren. Dabei stellte sie fest, dass es manchmal mehr half, einen Menschen zu berühren, als mit ihm zu reden.

In Zeiten von Corona empfängt Ueberschär ein zweites Mal. Dieses Mal nicht in der Praxis, denn die hat seit dem 15. März geschlossen. »Ist erst zwei Wochen her, wirkt wie Monate«, schreibt sie. Sie schlägt einen Treffpunkt an einer Kirche im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld vor, dahinter liege ein kleiner Wald, »da ist nie jemand!« In diesen Zeiten ist das eine gute Nachricht.

Sie trägt einen langen roten Anorak und eine Wollmütze. Das Gespräch findet auf einer Holzbank statt, mit Abstand. Sie sagt: »Das Thema ›Berührung‹ oder ›Nichtberührung‹ war das letzte Mal noch Nische. Jetzt ist es ein situationsbedingtes Massenphänomen.«

Pascal Vrticka forscht an der Universität in Essex in Großbritannien zu diesem Thema, er sagt: »Soziale Distanz kann auch Risiken bergen.«

Vrticka erklärt es so: Wenn das soziale Umfeld nicht gegeben ist, wenn Kontakte und Berührungen ausbleiben, kann das

Gehirn in einen kurzfristigen Überlebensmodus wechseln. Es registriert: Ich bin allein, kein anderer wird für mich kämpfen, ich muss immer bereit sein. Das Gehirn veranlasst dann eine erhöhte Ausschüttung von Cortisol, dem Hauptstresshormon, das die Bereitschaft erhöht, auf Gefahren zu reagieren. Der Schlaf wird unruhiger, weil der Körper auch in der Nacht reagieren können will; er hört mehr Geräusche. Eine Studie aus Israel hat gezeigt, dass Menschen, die das Gefühl haben, auf sich allein gestellt zu sein, einen erhöhten Glukosespiegel aufweisen und auch mehr Zucker aufnehmen – wahrscheinlich, um mehr Energie zu haben, für den Fall, dass sie sich allein gegen eine Gefahr verteidigen müssen.

Vrticka sagt, generell erhöhe sich in Isolation die sogenannte Vigilanz gegenüber sozialen Bedrohungen. Das bedeutet: Der Mensch wird sensibler. Er fühlt sich schneller ausgeschlossen, wird, je nach Temperament, ängstlicher oder aggressiver oder beides.

All das kann Menschen chronisch krank machen. Es kann zu Depression oder Bluthochdruck führen, zu Fettleibigkeit oder Diabetes. Studien deuten darauf hin, dass in westlichen Ländern die Einsamkeit die Lebenserwartung stark beeinflusst, stärker als Rauchen oder Alkoholkonsum.

Zusammengefasst heißt es: Einsamkeit kann tödlich sein.

Angela Merkel soll im März in kleiner Runde sinngemäß gesagt haben, dass sie auch deshalb gegen eine Ausgangssperre sei, weil sie befürchte, dass es am Ende mehr Tote durch Suizide in der Einsamkeit gebe, als durch das Coronavirus.

Auf der Parkbank sagt Alexandra Ueberschär, dass sie natürlich auch an ihre Klienten denke. Einige gehörten zu jenen, denen es schon vor der Krise schlecht ging. Ueberschär lebt mit ihrem Mann zusammen, sie hat zwei Kinder, das eine ist drei Jahre alt. Vom kleinen Wald auf der Bank sieht sie auf den Kita-Garten ihres Sohnes. Leere Schaukeln, eine leere Rutsche, ein leeres Klettergerüst. Vieles von dem, was Alexandra Ueberschär einst für unverzichtbar hielt, ist jetzt unerreichbar.

Vor Corona hatte Ueberschär angefangen, auch außerhalb der Praxis zu berühren, Menschen im Bus beispielsweise. Sie beschreibt es so: Sie setzte sich zu jemandem und begann ein Gespräch. »Ist voll heute.« Oder: »Endlich scheint die Sonne.«

Dann wartete sie.

Und wenn der andere antwortete, was fast immer der Fall war, sprachen sie eine Weile miteinander – und reichten sich, zur Verabschiedung, die Hände.

Eine kleine Berührung, sagt Ueberschär auf der Parkbank in etwa zwei Metern Entfernung, kann vielleicht schon helfen.

Wie lang kann eine Gesellschaft mit deutlich weniger Berührungen durchhalten?

Es gibt wissenschaftliche Erkenntnisse aus anderen Epidemien. Viele Menschen, die bei Ausbrüchen von Sars, der Schweinegrippe, Ebola und anderen Infektionskrankheiten unter Quarantäne gestellt worden waren, litten unter kurz- und langfristigen Gesundheitsproblemen und griffen im Schnitt häufiger zu Drogen.

Das Risiko für psychische Probleme kann schon nach zehn Tagen in Quarantäne erhöht sein.

Während des Sars-Ausbruchs 2003 wurden 549 Krankenhausangestellte in Peking

Es lässt sich, trotz der bisherigen Forschung, nicht genau vorhersehen, wie die verordnete soziale Distanz in Zeiten einer Pandemie die Gesellschaft verändern wird. Es werden aktuell viele neue Studien begonnen, Onlinefragebögen sollen helfen zu erforschen, wie sich die Gesellschaft im Ganzen gerade verändert, wie der Einzelne reagiert.

Andrea, die Klientin von Ueberschär, sagt am Telefon, sie habe vor Weihnachten noch eine Reise begonnen, die »wunderschön« gewesen sei. Sie beobachtete Sonnenaufgänge, bestaunte den Lichtwechsel, von dunkel zu Blau, von Orange zu Gelb; die Entspannung, sagt sie, fühle sie noch immer. Corona mache ihre Lage eher einfacher als vorher: Dass so viele allein seien, helfe gegen den Druck und die gesellschaftliche Erwartung.

Max sagt am Telefon, er lese seine Mails nicht mehr, weil er sie im Internet abrufen müsse. Im Internet aber stoße er ständig auf Nachrichten. Er höre kein Radio mehr, er sehe nur noch nachts Fernsehen, wenn Spielfilme laufen. Er sagt, er schotte sich mehr ab als zuvor.

Forschungen zeigen, dass Berührungen zwischen Menschen bei vielen durch nichts ersetzt werden können. Aber es gibt Mittel, ähnliche Gefühle auszulösen. Reden beispielsweise oder virtueller Kontakt zu vertrauten Menschen hilft. Studien belegen, dass der schmerzlindernde Effekt von Berührung auch entstehen kann, wenn man Versuchspersonen Wörter vorspielt, die Geborgenheit und Sicherheit beschreiben, und ihnen Fotos von vertrauten Menschen zeigt. Im Gehirn dieser Menschen stellte sich »eine positive Tendenz« ein.

Der Körper hat ein Berührungsgedächtnis, viele kennen das im Negativen: Wer einmal einen Aufprall in einem Auto erlebt hat, kann sich körperlich daran erinnern. Umgekehrt gilt: Wer in der Kindheit angenehme Nähe erfahren hat, durch Vater, Mutter, Geschwister, kann das Gefühl der Verbundenheit reaktivieren. Berührungslosigkeit kann also ersetzt werden und muss nicht in jedem Fall in Einsamkeit münden.

Alexandra Ueberschär rät, »sich daran zu erinnern, dass man zwei Hände hat«. Sie legt ihre Hände flach auf ihr Gesicht und sagt: »Und jetzt zwei-, dreimal tief durchatmen.«

»Seid jetzt offen!«, das ist Ueberschärs Rat.

Und das nützt was?

»Ein wenig«, sagt sie. »Am Ende sehnt sich der Mensch nach Berührung durch einen anderen Menschen.«

Sie verabschiedet sich mit einem leichten Kopfnicken, einem Lächeln, die Hände in den Taschen.

»Der Mensch sehnt sich nach Berührung durch einen anderen Menschen.«

untersucht. Etwa die Hälfte derer, die unter Quarantäne gestellt worden waren oder in einer Umgebung mit hohem Risiko gearbeitet hatten, berichteten noch drei Jahre darauf über einen erhöhten Alkoholkonsum.

Aber nicht alle Isolierten fühlen sich einsam und leiden. Manche Menschen sind gern allein, andere fühlen sich schon nach wenigen Minuten verlassen. Außerdem bestehen soziale Kontakte nicht nur aus Berührungen, sondern aus vielen Komponenten.

Wenn die Einsamkeit aber empfunden wird, kann sie zu einer Sehnsucht nach sozialer Nähe und auch Berührung führen, die laut Forschern vergleichbar ist mit Entzugserscheinungen.

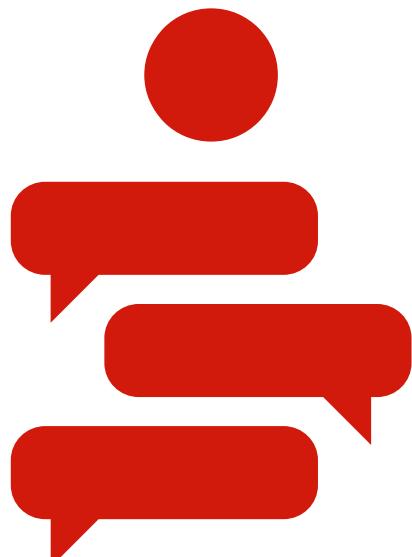


ROMAN PAWLOWSKI / DER SPIEGEL

Praxisbetreiberin Ueberschär
»Seid jetzt offen!«



Sprechen Sie mit den Richtigen über Geld.



Weil die Sparkasse
nah ist und auf
Geldfragen die richtigen
Antworten hat.



Mutter mit Kindern in Tel Aviv: Der sanfte Charme der Sperrstunde

Transit

Abschied Wer jetzt aus dem hochgesicherten Israel nach Deutschland reist, glaubt in ein Krisengebiet zu fahren. Oder in die Freiheit. Von Alexander Osang

Vor einer Woche rief mich meine Mutter aus Berlin-Steglitz in Tel Aviv an, um mir mitzuteilen, dass Russland seinen Flugverkehr einstellt. Wahrscheinlich war das der Moment, in dem mich die weltweite Pandemie erfasste, am Zipfel meines Schlaf-T-Shirts. Ich putzte mir gerade die Zähne. Meine Mutter hatte die Nachricht auf Deutschlandradio gehört. Sie ist 82 Jahre alt und befindet sich in der Isolierung. In Steglitz, einem Berliner Stadtteil, der für mich auch ohne Coronavirus nach Isolation klingt. Sie liest Kafka, den SPIEGEL, hört Deutschlandradio und sieht aus dem Fenster. Meine Schwester bringt ihr Essen an die Tür.

»Was machst du jetzt?«, fragt meine Mutter.

»Mal sehen«, sage ich.

Ich hatte meine Rückreise nach Berlin gut geplant, zumindest für meine Verhältnisse. Ich hatte ein Umzugsunternehmen bestellt und einen Flug, ich war mit meinem

Kater beim Tierarzt in Jaffa und beim Veterinäramt in Aschkelon gewesen, um mir bestätigen zu lassen, dass er gesund genug sei, um nach Deutschland einreisen zu dürfen. Ursprünglich wollten wir mit El Al zurück, aber dieser Flug war vor einer Woche gestrichen worden. Die letzte Möglichkeit, Israel mit Katze zu verlassen, schien Aeroflot. Sechs Stunden Aufenthalt in Moskau. Vorgestern hatte es noch einen Direktflug mit Easyjet gegeben, aber die nehmen keine Haustiere mit.

Der stellvertretende Chef des Goethe-Instituts von Tel Aviv hatte angeboten, den Kater bei sich aufzunehmen, bis die Krise vorbei sein würde. Er hat eine Wohnung am Rothschild-Boulevard, mit Dachterrasse. Der Kater hätte sich verbessert, aber damals, vor fünf Tagen, dachte ich noch, dass Russland eine sichere Bank sei. Die Zahlen der Infektionen dort waren erstaunlich gering, wenn man sie mit dem Rest der Welt verglich. Es gab sogar Beiträge, in denen Experten erklärten, warum das

so war. Inzwischen läuft Wladimir Putin in einem »Outbreak«-Raumanzug durch die Fernsehnachrichten, und Easyjet fliegt nirgendwohin mehr.

Natürlich gibt es ernstere Probleme zurzeit, als eine Katze von Tel Aviv nach Berlin zu bekommen. Aber ich war seit drei Wochen allein und seit fast zwei Wochen isoliert. Meine Frau war Anfang März nach Berlin geflogen und konnte nicht mehr zurück. Zuletzt durfte man sich in Israel nur noch hundert Meter vom Haus entfernen. Ich habe viel Zeit mit dem Kater verbracht. Ich habe angefangen, mit ihm zu reden, über den Rothschild-Boulevard, Aeroflot, die Krise und das alles. Bei der deutschen Botschaft erfuhr ich, dass es jetzt nur noch einen Flug von Israel nach Berlin gab. Mit einer weißrussischen Airline, zehn Stunden Aufenthalt in Minsk. Aber der war ausgebucht. Zwei Stunden später traf eine automatische Ansage von Aeroflot auf meinem Handy ein, die mir mitteilte, dass mein Flug gestrichen worden sei. Auf Russisch.

Wie auf der »Titanic« dachte jeder nur noch an sich selbst. Seltsamerweise beruhigte mich die Ausweglosigkeit. Ich war gefangen, aber am sichersten Punkt der Welt. Auf einer Arche. Einem Isolationsraum so groß wie Hessen.

Israel hat als eines der ersten Länder seine Einreisebestimmungen verschärft, seit Wochen darf praktisch niemand mehr ins Land, der sich nicht 14 Tage in Quarantäne begibt. Damals fragte ein Redakteur des SPIEGEL, ob man diese besorgnisregende Praxis nicht beschreiben müsse. Inzwischen gilt sie als vorbildlich. Die Einhaltung der Quarantäne wird strikt überwacht. Polizei patrouilliert auf den Straßen. Die Kontrolle über das Gesundheitsministerium hat praktisch der Verteidigungsminister übernommen. Ganz oben regiert der Patriarch, der über dem Gesetz zu stehen scheint. Ein Mann, der Wahlergebnissen und Strafverfolgung trotzt. Der das Virus für sich arbeiten lässt. Benjamin Netanyahu. Vor ein paar Stunden hatte sich ihm sein Herausforderer Benny Gantz gebeugt. Am Telefon erzählte mir ein Politikprofessor der Universität Tel Aviv, dass wir uns in Israel in einem perfekten Sturm befänden, was momentan ein beliebtes Sprachbild ist.

»Netanyahu ist jetzt unangreifbar«, ruft der Professor.

In den zwei Jahren, die ich in Israel lebe, war Netanyahu nie so populär wie im Moment. Selbst die sogenannten Linken scheinen erleichtert, dass er da ist. Ähnlich wie in Bayern, wo ein Mann wie Markus Söder zum Volkshirten werden konnte. Vor ein paar Tagen, als es noch erlaubt war, ging ich mit einem befreundeten Journalisten am Strand spazieren, auch er ein aufrechter Linker, der plötzlich erfreut darüber war, dass der grauenvolle Netanyahu das Land mit harter Hand führt. Wenn die Krise vorbei ist, wird der Kollege wieder auswandern wollen. Wegen Netanyahu. Ich kannte das vom New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, den die Linken hassten, kurz nach dem 11. September 2001 aber liebten. Dann bald wieder hassten.

Einen Tag nach unserem Spaziergang wurde die Ausgangssperre verhängt. Es erschien mir logisch. Ich ging nur noch mit Gesichtsmaske aus dem Haus und betrachtete Menschen, die mir auf der Straße begegneten, als Gefahr. Ich lief wie der Bomberentschärfer in dem Film »The Hurt Locker« durch die Stadt. Bislang waren in Israel 14 Menschen am Virus gestorben, die meisten sehr alt oder sehr krank. Vor vier Tagen, eine Ewigkeit jetzt, hatte ich eine Wissenschaft-

lerin beruhigt, die in Tel Aviv gestrandet war. Sie kam ursprünglich aus Deutschland, hatte aber den Großteil ihres Lebens in Oxford verbracht, die vergangenen Jahre lebte sie in einer Wohnung der New York University, wo sie unterrichtete. Seit ein paar Wochen war sie zu einem Studienaufenthalt in Tel Aviv. Sie wollte weg, wusste aber nicht, wohin sie reisen sollte. In Deutschland war nur ihre alte Mutter, ihre New Yorker Wohnung hatte sie unter vermietet. Am meisten zu Hause war sie wohl in Großbritannien, aber da war sogar der Gesundheitsminister infiziert. Für eine Stunde war ich der Experte vor Ort, ich redete und redete, ohne wirklich Ahnung zu haben, spürte aber, dass ich mir keine Alternative vorstellen konnte zu der Insel, auf der wir festsaßen. Ich erlag dem sanften Charme der Sperrstunde.

Am Nachmittag treffe ich draußen, in meiner Hundertmeterzone, eine Nachbarin, die in Quarantäne steckt, seit sie von einer Reise aus den USA zurückgekommen ist. Offenbar war die Zeit um. Die Nachbarin organisiert exklusive Kleinreisen für Prominente, Stars und Politiker. Zu ihren deutschen Kunden gehört Frank-Walter Steinmeier. An diesem Nachmittag hat sie die Ausreise von ein paar Pilgern aus Bethlehem im Westjordanland organisiert, die wegen Covid-19-Fällen gesperrt wurde.

»Für 30 000 Euro könnte ich dich mit einem Privatflugzeug nach Venedig fliegen lassen«, sagt sie.

Ein Satz, von dem ich nicht angenommen hatte, ihn jemals zu hören. Er verstärkt das angenehme Gefühl, keine Wahl mehr zu haben.

Mehr oder weniger nachlässig recherchiere ich ein bisschen und finde einen KLM-Flug nach Amsterdam für den nächsten Morgen um sechs. Von Amsterdam könnte ich einen Mietwagen nehmen. Ich reserviere. Mit den Möglichkeiten kehren die Skrupel zurück. Ich sehe mir ein Modell mit den Superbeschleunigern der Pan-

demie an. Kleine farbige Bälle, die sich mit hoher Geschwindigkeit durch langsam fliegende Bälle bewegen und sie farbig machen. Das waren Leute wie ich, die in den vermutlich letzten KLM-Flug nach Europa stiegen. Zwei Stunden lang versinke ich in den Nachrichten, bis ich mir sicher bin, in eine Zombiewelt zu reisen. Dann packe ich zwei Koffer und gehe zum Abendessen bei meinen Nachbarn Carianne und Itay, um mich zu verabschieden.

Itay ist ein früherer Stadtdirektor, der als junger Mann Leonard Bernstein assistierte und heute als Coach für das Topmanagement von Weltfirmen arbeitet, auch für den israelischen Geheimdienst. Er ist ein manchmal trauriger, aber meist sehr lustiger Mann.

Ein Coaching-Kollege von ihm, ein ehemaliger General, sagt, man brauche jetzt Führung, Stärke. Itay aber glaubt an das Teilen in der Not, an Solidarität, an das Gute. Was das genau bedeutet, auch für mich, kann er nicht sagen. Als Benny Gantz einknickte, schien Itay verzweifelt. Er hat sich vor Wochen einen portugiesischen Pass besorgt, seine Lebensgefährtin Carianne ist Niederländerin, sie haben ein Grachtenhaus in Amsterdam, mit Boot. Sie reden ständig darüber wegzuziehen, seit der Pandemie haben sie damit aufgehört. Sie sind nicht überzeugt vom holländischen Krisenmanagement. Sie fühlen sich hier sicher. Carianne referiert, während sie den Fisch serviert, die aktuellen Todeszahlen aus Italien und den Niederlanden. Als ich gehe, gibt sie mir Handdesinfektionsmittel und eine Tüte Gummihandschuhe. Itay sagt, ich solle die Belüftung über meinem Flugzeugsitz voll aufdrehen. Die Luft sei sehr gut. Sie wirke wie ein Schutzschirm, sagt Carianne. Es klingt, als hätten sie oft darüber geredet.

Im Taxi zum Flughafen starre ich in die dunkelblaue, warme Nacht. Mein Atem raselt unter der Schutzmaske. Es ist der überstürzte Abschied von Tel Aviv, wo ich glücklich war. Aber nicht nur. Als ich vor zwei Jahren hierherzog, sah es so aus, als bewegte ich mich in die Gefahr, und jetzt, da ich in die umgekehrte Richtung gehe, ist es wieder so. Es ist nur noch ein Terminal geöffnet, zwei Schalter, ein Flug. Man muss dennoch durch dieses Labyrinth aus Absperrungen, das sie in der menschenleeren Halle aufgebaut haben, als fände hier später noch eine große Spielshow statt. Am anderen Ende des Wandelgangs steht ein Mann aus Norwegen. Er sieht auf meine Katzenbox und sagt, dass er seinen Hund diesmal bei seiner israelischen Freundin



Osang-Kater Jimmy: Stärke und Solidarität

gelassen habe. Zu viel Stress. Er kommt aus Stavanger.

Ich sage: »Ich habe gerade ein Buch gelesen, dessen Held aus Stavanger kommt. Es heißt ›Max, Mischa und die Tet-Offensive‹.« Er schaut mich verständnislos an. In der menschenleeren Halle klingt der Titel seltsam. Das Buch handelt von der Fremde und der verschwindenden Heimat. Es hat mich sehr berührt, aber das ist alles schwer zu erklären mit dem Sicherheitsabstand und den Masken, die wir tragen. Ein Norweger und ein Deutscher mit Katzenbox reden in einer riesigen, leeren Abfertigungshalle im Nahen Osten über ein Buch, das nur einer von ihnen gelesen hat. So sieht das Ende der Welt aus.

Der Norweger meint, dass mehr Chinesen durch die Umweltverschmutzung gestorben seien, die durch den Lockdown ausblieb, als durch das Virus, es klingt sinnvoller als der Titel des wunderbaren Buches. Als der Norweger nach vorn gerufen wird, bin ich kurzzeitig der letzte Wartende in der Halle. Dann kommt noch ein Argentinier, der fürchtet, dass er seinen Anschlussflug in Rio de Janeiro verpasst. Ich stelle mir vor, wie er in einer anderen Zeit landet, in der es vielleicht keine Überlebenden mehr gibt.

Ich bin, wie gesagt, emotional etwas angeschlagen. Ich fahre mit der Katze über leere Rollbänder und durch stillen Flure, ich stelle die Katzenbox für ein Foto neben eine Statue von David Ben-Gurion, der vor über hundert Jahren im Hafen von Jaffa ankam und merkte, dass das verheißene Land ganz anders aussah, als er sich das vorgestellt hatte. Ein Weltreisender, der nur in der Bewegung glücklich schien und dennoch diesen Staat gründete. Auf der Anzeigetafel stehen alle Flüge, die in den nächsten 24 Stunden Israel verlassen. Es sind vier. Amsterdam. Newark. London. Moskau.

Im Flugzeug stelle ich die Belüftung auf volle Kraft und nehme unter dem sicheren Luftschutzschild Platz, von dem ich seit Kurzem weiß. Es gibt kaum Bordservice, was ich begrüße. Wir fliegen in den aufgehenden Tag. Als wir in Holland landen, klatscht niemand, was darauf hindeutet, dass keine Israelis an Bord sind. Ich bedanke mich beim KLM-Personal am Ausgang. Das sind Helden, für die niemand auf Balkonen singt.

Dann betrete ich Europa. Die Einreisekontrollen sind lächerlich, wenn man israelischen Service gewohnt ist. Niemand will die Katzenpapiere sehen, obwohl ich einen Hefter mit Unterlagen dabei habe, als würde ich einen Pandabären einführen. Das Flughafenpersonal wirkt gelassen, kaum jemand trägt Masken. Auch nicht



ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

Autor Osang in Berlin: Nicht wild, sondern frei

der Mann am Sixt-Schalter, der mir einen Audi A7 zum Golf-Preis gibt. »It's your lucky day«, sagt er, und ich glaube, er redet mit der Katze. Der Audi ist nagelneu, aber ich desinfiziere sein Lenkrad, als hätte ich dort drinnen den Vorbesitzer erschossen.

Mir fehlt, fürchte ich, meine Ausgangssperre. Ich entspanne mich erst auf der Autobahn, was natürlich auch ein seltsamer Satz ist. Es sind die mitteleuropäischen Frühlingsbäume am Straßenrand, der Frühlingshimmel, die Menschen in den anderen Autos, aber auch die bezwingbare deutsche Grenze, der ich mich näherte. Es steht nur ein kleines Polizeiauto an einem bundesdeutschen Grenzpolizeigebäude, das aussieht, als stammte es aus der Kulisse der Fernsehserie »Dark«, wenn die in den Achtzigerjahren spielt, als diese Grenze für mich unüberwindbar war. Das Polizeiauto ist leer, im meinem Herzen wummert die Europahymne. Ich verstehe Angela Merkel und jene ostdeutschen Politiker, die sich weigern, die Menschen einsperren zu lassen.

Was dieses euphorische Gefühl verstärkt, ist das Hörbuch von »Nochmal Deutschboden«, das in meinem Autoradio läuft. Als der Autor erzählt, wie ein leicht angetrunkener Zehdenicker Kneipengast ihm an einem Vormittag mit der Molle in der Hand erklärt, wo hier zu Ostzeiten die Wände standen, muss ich so lachen, dass mein Mietwagen mich bittet, die Spur zu halten. Ich stoppe in Marienborn, dem ehemaligen Grenzübergang in den Westen. Das Ende der Welt einst, jetzt ein bemitleidenswerter, verstruppter Rastplatz. Als ich die Toiletten sehe, denke ich noch mal an den Rat meines Tel Aviv Journalisten

freundes, der mich, ganz zum Schluss, bat, wenn ich ihn und das Land schon verlasse, auf keinen Fall die kontaminierten Rastplätze an den deutschen Autobahnen zu benutzen. Seinetwegen habe ich, allen Ernstes, eine Rolle israelisches Klopapier im Koffer.

Hier, vor dieser verpissten Raststätte an der Zonengrenze, verändert sich mein Blick, lockert sich meine Ausgangssperre. Als ich in Berlin ankomme, freue ich mich über die Menschen, die ich in den Parks sehe. Im Fernseher in Tel Aviv hielt ich sie für rücksichtslos, jetzt erinnern sie mich daran, dass es eine Zukunft gibt. Vielleicht ist Berlin gar nicht wild, sondern frei, denke ich. Ein ziemlicher Zombiedanke. Ich habe, wie gesagt, sehr wenig geschlafen.

Ich bringe den Kater in unsere Wohnung. Er war 17 Stunden in seiner Box und betritt die neue Berliner Welt ganz vorsichtig. Anderthalb Stunden nachdem ich angekommen bin, gibt unsere israelische Freundin Yael ein Balkonkonzert in unserer Berliner Straße, in der auch sie seit drei Jahren wohnt. Vor fünf Wochen haben meine Frau und ich sie mit ihrer Band in Neve Tzedek gesehen. Jetzt sehen wir sie vom Balkon aus. Es ist eiskalt, auch auf den anderen Balkonen stehen Leute, aber es sind auch viele Fenster dunkel, Fenster der Nachbarn, die aufs Land geflüchtet sind. Auf der Straße steht ein Kamerateam des RBB, das gute Nachrichten sucht.

Yael singt: Hold my hand, I'm flying to the moon.

Später sitzen wir mit den Kindern noch ein bisschen im Wohnzimmer und reden über Corona und die Welt. Meine Tochter und mein Sohn, die beide in Krankenhäusern arbeiten, und die Freundin meines Sohnes, die aus London kommt, aber seit drei Jahren in Berlin lebt, sitzen im Sicherheitsabstand um uns herum wie in einer Talkshow, und ich spiele den Bedenkenträger.

Ich rede vom deutschen Leichtsinn und kündige an, mich in Quarantäne zu begeben. Meine Frau sagt, dass ihr das zum Anfang genauso ging, vor drei Wochen, als sie ankam. Sie sieht mich an wie einen Kranken, was mich zu einem noch größeren Bedenkenträger macht. Der Kater streicht durch die Wohnung, als wäre er nie weg gewesen. Ich brauche ein bisschen länger, glaube ich.

Am nächsten Tag bucht die Freundin meines Sohnes einen Flug nach London. Sie weint die ganze Nacht, aber sie will bei ihrer Familie sein. Sie hat Angst. Auch wenn sie das nicht so sagt, weiß ich, dass sie auch Angst vor mir hat. Dem Beschleuniger. Und ich versteh das sehr gut.

**Als ich ankomme,
freue ich mich
über die Menschen
in den Parks.**

»Ich mache Ostfriesen-Yoga«

Ohne dich Malen, singen, mit Rolf Zuckowski telefonieren – der Komiker Otto Waalkes hat auch in diesen Zeiten viel zu tun. Eines vermisst er dennoch: Umarmungen.

SPIEGEL: Otto, wo erwischen wir Sie gerade?

Waalkes: Auf dem Weg vom Küchentisch zum Sessel.

SPIEGEL: Einem Unruhegeist wie Ihnen muss es schwerfallen, einfach mal zu Hause zu bleiben.

Waalkes: Ich hatte schon vergessen, wie das geht, ich bin ja oft monatlang unterwegs. Fühlt sich toll an. Ich werde die Zeit nutzen und entschleunigen. So schnell wie möglich!

SPIEGEL: Wird's schon langweilig?

Waalkes: Nie. Zur Not rede ich mit mir selbst. »Otto!« – »Jaaaa!« – »Ich habe alle deine Filme gesehen.« – »Oh, das freut mich!« – »Sind alle scheiße.«

SPIEGEL: Sie wohnen allein.

Waalkes: Aber mit Thomas im Souterrain.

SPIEGEL: Thomas ist...?

Waalkes: ... meine rechte Hand, mein Bühnendesigner, Hausmeister, Kritiker, bester Freund. (*Singt*) »Ein Freund, ein guter Freund...« Er bekocht mich jetzt jeden Tag. Fisch. Spaghetti mit Pasta – Quatsch: Pasta mit Pesto! Nachmittags ruft Rolf Zuckowski an, der Liedermacher, ein Nachbar von mir. Dann gehen wir beide raus, jeder auf seinen Balkon, Rolf stimmt »De Hamborger Veermaster« an, wir singen gemeinsam und schauen auf die Elbe. Bis einer kommt – einer, der Ruhe brüllt.

SPIEGEL: Wen vermissen Sie in diesen Tagen besonders?

Waalkes: Hmm... Meine Ex-Frauen? Neee, da kommt mir Abstandseinhaltung sehr entgegen. Dann schon eher meinen Bruder Karl-Heinz, mein großes Vorbild, fünf

Jahre älter als ich. Er lebt immer noch in unserer Heimatstadt Emden. Am Telefon führen wir tiefgründige Gespräche. Er sagt »Moin«, und ich antworte »Moin«. Ostfriesen machen ungern viele Worte. Wenn er mal »Moin, moin« sagt, denke ich schon: Was labert der so viel?

SPIEGEL: Eigentlich sollten Sie jetzt als Zauberer Catweazle vor der Kamera stehen.

Waalkes: Wir mussten die Dreharbeiten nach zwei Wochen unterbrechen. Dabei lief es gerade so gut.

SPIEGEL: Traurig?

Waalkes: Teilweise. Es war auch anstrengend. Wir haben eine Woche lang eine Szene gedreht, in der ich in einer Badewanne saß und sagen musste: »Hier sprudelt eine warme Quelle!« Dabei war das Wasser eiskalt. Zwischen-durch haben sie mich an die Heizung gelehnt, zum Auf-tauen.

SPIEGEL: Mit 71 Jahren gehören Sie zur Corona-Risiko-gruppe...

Waalkes: Gerade hatte ich noch so gute Laune. Vielen Dank für dieses Gespräch. Ein Risiko war ich übrigens schon in der Schule.

SPIEGEL: Wie intensiv verfolgen Sie die Berichterstattung?

Waalkes: Das Wichtigste lass ich mir von Thomas erzählen. Der schaut jede Sendung an und wirkt schon ganz verstört. Ich sehe zu, dass ich fit bleibe. In normalen Zeiten spiele ich jeden Morgen Tennis, das fehlt mir. Als Ausgleichssport mache ich Ostfriesen-Yoga: aufstehen, hinsetzen, fertig. Ich renne auch vom Erdgeschoss in den zweiten Stock. Dort ist mein Atelier. In dieser geschenkten Zeit

male ich viel, Acryl auf Leinwand, grundiert mit Ostfriesentee. Und ich denke mir neue »Hänsel und Gretel«-Varianten aus. (*Greift zur Gitarre und singt*) »Gehen zwei kleine Kinder/durch diesen Wald...« Erkennst du's?

SPIEGEL: Abba? »Mamma mia?«

Waalkes: Jaaaa! (*Singt weiter*) »Mamma mia/wie sieht die denn aus/wie 'ne alte Hexe. Mamma mia/hol dein Handy raus/ruf Mama an und weck se...«

SPIEGEL: Anders als viele Stars gelten Sie als jemand, der sich freut, wenn er von Fans angesprochen wird. Fehlt Ihnen das?

Waalkes: Das geht auch übers Internet, wie ich festgestellt habe. Ich verbreite dort jeden Tag ein Video und achte auf die Reaktionen der Leute, als Test für meine Tournee im kommenden Jahr – hoffentlich fin-

det wenigstens die statt! Die Leute wollen doch Otto live sehen, holahiti! Manchmal gebe ich auch Musikunterricht.

SPIEGEL: Wie das?

Waalkes: Neulich habe ich einen Clip gepostet, da spiele ich auf der Gitarre die Pianosonate von Mozart, Köchelverzeichnis 545. Ein Gitarrist schrieb: Otto, wie hast du das gemacht? Ich habe geantwortet: Hier ist meine Nummer, ruf an. Dann haben wir per Videocall telefoniert, ich hab gesagt, guck, das sind die Griffe, du spielst einfach: düdeldö, düdeldö, dö... Nein! Doch nicht düdödel du! ... düdeldö, dö!

SPIEGEL: Offenbar gibt es nichts, das Ihnen wirklich fehlt.

Waalkes: Doooch. Ich würde so gern mal wieder umarmt werden! Interview: Alexander Kühn

► An dieser Stelle berichten Menschen über das Vermissten in Zeiten der Pandemie. Wenn Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten, schreiben Sie an: ohnedich@spiegel.de



Waalkes, 71, in seinem Hamburger Haus, fotografiert von Thomas, seinem »Hausmeister, Kritiker und besten Freund«

Wirtschaft



Scholz

MICHELE TANTUSSI / REUTERS

50 Milliarden Euro für die Konjunktur

Krise Finanzminister Scholz plant ein Anschubpaket und will dafür auf die Asylrücklage zurückgreifen.

● Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) plant für die Zeit nach der Corona-Epidemie ein kräftiges Anschubpaket für die Wirtschaft. In dieser »zweiten Phase« der Krise, wie Scholz sie nennt, hält er ein Konjunkturprogramm für notwendig, um die brachliegende Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Als Volumen schwebt ihm eine Größenordnung von fast 50 Milliarden Euro vor. Dafür will Scholz auf die Asylrücklage des Bundes zurückgreifen. Sie blieb bislang unangetastet. Mit dem Geld will Scholz staatliche Investitionen hochfahren. Aber auch Maß-

nahmen, mit denen die private Investitionsnachfrage angeregt werden könnte, sind im Gespräch. So denken die Experten des Bundesfinanzministeriums darüber nach, Unternehmen Investitionszulagen oder Abschreibungsvergünstigungen zu gewähren. Scholz will vorerst auch darauf verzichten, die Ausgaben für die Milliardenhilfen, die er zur akuten Abwehr der Krise bereitstellt, wieder einzusparen, sobald die Wirtschaft anspringt. »Das Schlimmste wäre, wenn man in einer Krise gegen die Krise anspart«, sagt er. »Da müssen wir genau das Gegenteil tun.« REI

E-Commerce

Stationärer Handel soll Waren ausgeben dürfen

● Der Bundesverband E-Commerce und Versandhandel fordert, klar zu regeln, wie während der Pandemie im Internet oder telefonisch bestellte Ware in stationären Geschäften abgeholt werden kann. Denkbar wären etwa kontaktlose Übergaben an Parkplätzen, die zu den Läden gehören,

oder an anderen gesonderten Flächen vor den Geschäften. Auch Einkaufszentren sollten solche Dienstleistungen anbieten dürfen.

»Die Läden sind voll mit Ware, zum Teil handelt es sich auch um Saisonware, die schnell massiv an Wert verliert, wenn man sie nicht verkaufen kann«, sagt Christoph Wenk-Fischer, Hauptgeschäftsführer des Verbands. In manchen Teilen Deutschlands sei nicht klar geregelt, dass Ware ausgegeben werden dürfe. »Nicht alles

kann derzeit online beschafft werden. Da wäre die Möglichkeit einer stationären Abholung ein großer Vorteil für die Konsumenten«, sagt Wenk-Fischer. Auch helfe eine solche Möglichkeit den Händlern, die Krise zu überstehen. »Die Gesundheit von Käufern und Personal hat oberste Priorität. Doch überall da, wo man eine solche Abholung einrichten kann, sollte man das auch zulassen. Das entlastet zusätzlich die angespannte Warenlogistik«, so Wenk-Fischer. MUM

Corona-Lasten

Reichenabgaben könnten 25 Milliarden Euro bringen

● Wohlhabende Bürger könnten jedes Jahr mit 20 Milliarden bis 25 Milliarden Euro zusätzlich belastet werden, ohne dass dies die deutsche Wirtschaft schwächen würde. Zu diesem Ergebnis kommt Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Summe könnte je zur Hälfte durch eine einmalig festgelegte, aber über mehrere Jahre gezahlte Vermögensabgabe für die reichsten fünf Prozent sowie durch einen Corona-Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer für Besser- und Hochverdiener zusammenkommen. »Am sinnvollsten wäre ein ausgewogener Mix aus Vermögens- und Einkommensbelastung für die oberen Schichten«, sagt Bach. Mit dem Geld könnte in den nächsten Jahren ein Teil der staatlichen Corona-Hilfspakete refinanziert werden, die sich derzeit

auf bis zu 1,8 Billionen Euro summieren.

SPD-Chefin Saskia Esken hatte mit der Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe für Reiche diese Woche für eine Debatte in der Großen Koalition gesorgt. Unionspolitiker lehnen das mit Hinweis auf mögliche Schäden für den Mittelstand ab. Auch DIW-Ökonom Bach verweist darauf, dass der überwiegende Teil der Vermögen der wohlhabendsten Deutschen aus familiengeführten mittelständischen Unternehmen bestehe. Würden sie durch eine Vermögensabgabe zu stark getroffen, könnte das Geld für Investitionen fehlen und die deutsche Wirtschaft insgesamt geschwächt werden. Dies könnte aber durch großzügige Freibeträge für Betriebsvermögen und eine Streckung der Zahlung über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren verhindert werden. FDI



VW-Elektro-Bulli ID.Buzz

VOLKSWAGEN AG

Volkswagen Enormer Verlust mit Nutzfahrzeugen

● Die VW-Tochter Volkswagen Nutzfahrzeuge (VWN) rechnet für das laufende Jahr mit einem operativen Verlust in Höhe von rund 500 Millionen Euro – die Folgen der Coronakrise sind darin noch nicht einkalkuliert. 2019 hatte der Hersteller von Modellen wie Caddy, Crafter oder Multivan noch gut eine halbe Milliarde Euro Gewinn verzeichnet. Grund für den Absturz sind hohe Investitionen in neue Modelle sowie drohende CO₂-Strafzahlungen an die Europäische Union. VWN hat viele große, verbrauchsintensive Fahrzeuge im Angebot, die in Brüssel teilweise als Pkw angerechnet werden. Die Modellpalette ist veraltet. Zugleich man-

gelt es noch an den nötigen Elektrofahrzeugen, um den Flottenverbrauch zu senken.

Die E-Version des Bulli, der ID.Buzz, soll erst 2022 auf den Markt kommen. Ein neues Sparprogramm mit dem Namen »Grip Performance« soll bis Jahresende gut 400 Millionen Euro einspielen, sodass unterm Strich ein Verlust von etwa 100 Millionen Euro bleibt. Betriebsbedingte Kündigungen sind allerdings bis 2029 ausgeschlossen. VWN erklärt dazu, man nehme in der größten Transformation der Geschichte »bewusst zwei schwierige Jahre in Kauf«. In den ursprünglichen Plänen vor Corona habe das Unternehmen wegen der hohen Investitionen, Entwicklungskosten und der CO₂-Vorgaben bereits »mit negativen Auswirkungen gerechnet«. SH



DOROTHEA SCHMID / LAIF

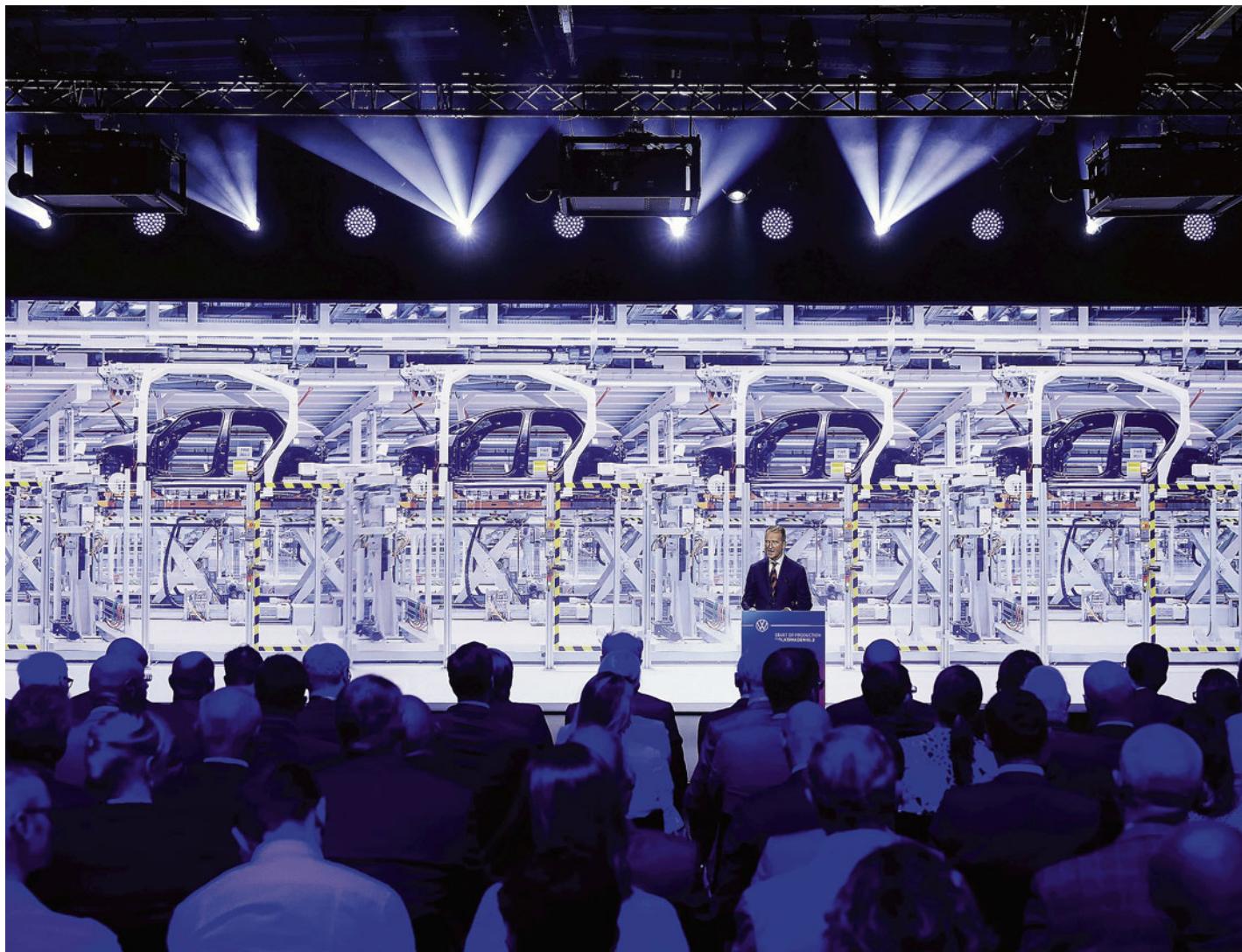
Inflationsrate Schlau schätzen

● Die deutschen Statistikbehörden befürchten Schwierigkeiten, die Verbraucherpreise für April in gewohnter Präzision ermitteln zu können. Normalerweise schicken die statistischen Landesämter rund 600 Personen, die sich etwas dazuverdienen möchten, in den ersten drei Wochen eines Monats bundesweit in Geschäf-

te, damit sie dort die Preise von etwa 700 Waren oder Dienstleistungen notieren. Bislang waren dies häufig Rentner. Wegen der Coronakrise fehlt es nun an Preisfahndern, denen es zuzumuten ist, die Aufgabe zu übernehmen. Bei den meisten Gaststätten, Möbelhäusern oder Modeboutiquen stünden sie wegen der angeordneten Schließungen ohnehin vor verschlossenen Türen. Die Statistikbehörden müssen sich

deshalb anders behelfen. Sie durchsuchen mehr noch als bisher das Internet nach Preisen, denn inzwischen verkaufen hier auch Händler, die bislang nur stationär präsent waren. Punktuell bekommen die Ämter zudem Daten von Scannerkassen elektronisch übermittelt. Vielfach schreiben sie Preise auch fort, etwa für Kinokarten. Oder sie nutzen das sogenannte Imputationsverfahren: Fehlt der Preis für eine Ware,

greifen sie auf den Wert der nächsthöheren Güterkategorie zurück, also statt Zitronen zum Beispiel Süßfrüchte. Für den April werde die Preismittelung deutlich schwerer fallen als sonst, sagt Christoph-Martin Mai, Referatsleiter beim Statistischen Bundesamt: »Die Qualität nimmt ab, aber auch dank der engen Abstimmung mit dem Europäischen Statistikamt erwarte ich, dass die Zahlen verlässlich bleiben.« AJU



KRISZTIAN BOCS / BLOOMBERG / GETTY IMAGES

VW-Chef Diess bei Produktionsstart des Elektroautos ID.3 in Zwickau im November 2019: Beim Wiederaufbau die richtigen Strukturen anlegen

Corona oder CO₂

Umwelt Wirtschaftspolitiker fordern bereits, die Industrie im Abschwung vor zu viel Klimaschutz zu bewahren. Doch die Konzerne sind gar nicht so erpicht auf diese Erleichterungen. Sie haben die CO₂-Reduktion längst als Wettbewerbsvorteil verbucht.

Es sind nicht mehr Zehntausende junger Menschen, die freitags durch die Straßen der Städte ziehen. Der Klimaprotest in Zeiten der Pandemie ist leiser geworden, auch bescheidener. In einem Video stehen drei junge Menschen auf dem Balkon und rufen: »Kohle in die Pflege statt Kohle aus der Mine«. Anfang der Woche hatte das Filmchen 878 Aufrufe.

In den Millionen-Teilnehmer-Maßstäben der Klimaschutzbewegung Fridays For Future (FFF) ist das mickrig, aber kein Grund zum Verzweifeln. »Wir drängen uns gerade nicht aktiv nach vorn, weil

Corona so viel Raum einnimmt, aber auch, weil es vielleicht nicht angemessen wäre«, sagt Carla Reemtsma, eine der prominentesten Aktivistinnen.

Corona hat die Klimakrise aus der Öffentlichkeit verdrängt, mehr noch, die Pandemie scheint der Menschheit wertvolle Zeit zu verschaffen. Satellitenbilder zeigen, wie die Luftverschmutzung zuletzt zurückgegangen ist. Deutschland könnte durch das zwangsweise Herunterfahren der Wirtschaft sogar das Klimaziel für das Jahr 2020 erreichen – was bis vor Kurzem als unvorstellbar galt.

Noch vor ein paar Wochen gab es in der Wirtschaft kein drängenderes Thema als den Klimaschutz. Konzerne und Investoren überboten sich in Ankündigungen, angetrieben durch Politik und Proteste, durch kritische Anleger und ökologisch angehauchte Geldgeber. Kaum ein Politiker oder Topmanager ließ die Gelegenheit aus, sich mit Greta Thunberg, der Begründerin der Freitagsproteste, fotografieren zu lassen.

Und nun? Bedeutet der nachlassende öffentliche Druck, dass der grüne Umbau vertagt wird? Zumal der Shutdown für

immer mehr Firmen existenzbedrohend wird und sich die Prioritäten radikal verschoben haben.

Der ehemalige EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) forderte im Branchenblatt »Automobilwoche« bereits, die strengen CO₂-Ziele zu lockern: Die Politik dürfe nicht »auf Vorgaben beharren, die unter anderen Geschäftsgrundlagen beschlossen wurden«.

Im Wirtschaftsflügel der Union macht das Wort von einem Belastungsmoratorium die Runde. Nicht nur CO₂-Grenzwerte für Autos werden hinterfragt. Auch die Bauern sollen geschont werden. Und sollten die geplanten Strukturhilfen für den Kohleausstieg in Höhe von 50 Milliarden Euro nicht besser verwendet werden, um die Realwirtschaft zu retten?

Vor allem manche Landwirte begreifen die Pandemie offenbar als Chance, die ungeliebte Diskussion über eine ökologische Agrarwende auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die industrielle Landwirtschaft ist einer der größten Treibhausgasemittenten im Land, nach der Energiewirtschaft, der Industrie und dem Verkehr.

Nicht wenige Bauern hoffen, derzeit als Ernährer des Volkes eine Art Freifahrtsschein in Sachen Umweltschutz zu erhalten. So versuchte die Protestbewegung »Land schafft Verbindung« (LsV), die von der EU per Gerichtsurteil erzwungene Düngeverordnung im letzten Moment zu kippen – mit dem dramatischen Slogan: »Hungern die Pflanzen, hungern wir alle!« Im Bundesrat ging das Vorhaben am vergangenen Freitag knapp durch, allerdings nur durch das Zugeständnis, dass die Bauern die Düngeregeln erst zum nächsten Jahr umsetzen müssen. In der Landwirtschaft hat Corona gegen Klima also zumindest einen Punkt geholt.

Geht es nach manchen Bauern, nach Oettinger und dem Wirtschaftsflügel der Union, könnte der Klimaschutz vor einer gewaltigen Rolle rückwärts stehen.

Die Klimaschützer haben dem erst einmal wenig entgegenzusetzen. Der Vorsitzende des BUND, Olaf Bandt, zeigt zunächst einmal Verständnis für die Milliardenhilfen, die Sozialsysteme und Wirtschaft bekommen. Erst dann fordert er einen »Green Deal«, damit die Wirtschaft nach der Krise wieder richtig durchstarten könne.

Auch Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hält sich bewusst zurück. »Aktuell steht die Bewältigung der Pandemie im Mittelpunkt«, sagt sie. Dann erinnert sie daran, dass »der Aufbau einer vollständig auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaft« im Fokus bleiben müsse. Mittelfristig. »Das war schon vor der Pandemie die Aufgabe, und die kraftvolle Umsetzung wird auch ein Teil unserer Strategie für die Wirtschaft sein müssen.«

Mitte März stellte sie noch die Zahlen der Treibhausgasemissionen aus dem Jahr 2019 vor und verkündete einen erstmals spürbar gesunkenen Ausstoß. Es wäre der ideale Auftakt gewesen, um dem Klimaschutz endgültig zum Durchbruch zu verhelfen. Deutschland hätte nur die letzten Fragen zum Kohleausstieg sowie die Abstandsregeln für Windräder klären müssen und hätte als Musterland des Klimaschutzes im Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen können.

Stattdessen begab sich die Umweltministerin erst einmal in kommunikative Quarantäne. Ermahnende Worte für mehr Klimaschutz, so die Einschätzung ihrer Berater, würden bei den Bürgern derzeit schlecht ankommen. Vielleicht ist die Sorge unbegründet. Angesichts der Coronakrise ist laut einer Umfrage im Auftrag des SPIEGEL nur jeder Dritte in Deutschland dafür, die Regulierungen beim Klimaschutz zurückzufahren.



SOCIALMEDIA SERVICE / DDP IMAGES

Klimaaktivistin Thunberg
Der Protest ist leiser geworden



Gegenüber dem Meinungsforschungsinstitut Civey sprachen sich 35 Prozent der Befragten dafür aus, »Maßnahmen zum Klimaschutz in Deutschland aufgrund der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen« zu lockern. 57,3 Prozent sind laut Umfrage dagegen. Doch nur zaghaft geht Schulze jetzt wieder in die Offensive: »Selbstverständlich werden wir Konjunkturprogramme nach der Coronakrise so konzipieren müssen, dass sie uns helfen, die Zukunftsherausforderungen unserer Volkswirtschaft zu meistern«, sagt sie. Dazu zähle natürlich der Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft, um »anderen Krisen besser begegnen zu können«.

Ihr neu gefasster Mut könnte auch daher röhren, dass sie aus der Wirtschaft aufmunternde Signale erhält. Dort stehen die Zeichen, anders als vielleicht erwartet, nicht auf Konterrevolution. »Die Unternehmen gehen davon aus, dass sie nach der Coronakrise den Ausstoß von Treibhausgasen in ihrer Produktion weiter drastisch reduzieren müssen«, sagt der Manager Bernhard Lorentz. Er leitet bei der Unternehmensberatung EY eine Taskforce für die Transformation der Industriekonzerne. Erst vor wenigen Tagen hat ihn ein neuer Kunde aus der Stahlbranche als Berater verpflichtet. Lorentz glaubt, der Druck auf die Unternehmen werde sogar noch wachsen. In der Krise »werden die das Rennen machen, die technologisch fortgeschritten und am weitesten auf dem Weg zur Klimaneutralität gekommen sind«. Er rät seinen Klienten, den Wandel weiter voranzutreiben. Nicht trotz, sondern wegen der aktuellen Krise.

Die deutsche Industrie teilt diese Einschätzung. Das gilt vor allem für Firmen, die besonders viel CO₂ produzieren, und deshalb schon lange gezwungen sind, den Ausstoß von Klimagassen zu reduzieren. Zum Beispiel BASF.

»Unser Klimaziel, bis 2030 klimaneutral zu wachsen, gilt unverändert«, sagt ein Sprecher des Chemiekonzerns. Die Ludwigshafener haben im Vergleich zu 1990 den CO₂-Ausstoß in absoluten Zahlen halbiert, während sich die Produktion etwa verdoppelt hat. Um die Emissionen weiter signifikant zu senken, muss BASF neue Technologien entwickeln, etwa die Produktion von grünem – also CO₂-neutralen – Wasserstoff. Der Konzern hat hohe Investitionen vorgesehen.

Diese Strategie werde weiterverfolgt, so heißt es in Ludwigshafen. Im Moment profitiert BASF wie die gesamte Industrie sogar davon, dass mit gedrosselter Produktion auch der CO₂-Ausstoß sinkt. Der Preis für Emissionszertifikate, mit denen sich Firmen von der Reduktion ihres Treibhausgasausstoßes freikaufen können, ist seit dem Ausbruch der Coronakrise um rund ein Drittel gefallen. Noch offensiver



PHILIPP SCHULZE / DPA

Landwirt beim Düngen mit Gülle: »Hungern die Pflanzen, hungern wir alle!«

als BASF formuliert HeidelbergCement sein Bekenntnis zur Klimapolitik. Der Zementhersteller gehört zu den großen CO₂-Emittenten und arbeitet seit Jahren an einer Transformation. »Es wäre verkehrt, wenn wir jetzt von unseren CO₂-Zielen abrücken würden«, erklärt der Dax-Konzern. »Die Klimakrise geht ja wegen der Corona-Epidemie nicht weg.«

In dieser Woche hat HeidelbergCement angekündigt, ein Verfahren zur industriellen Anwendbarkeit zu bringen, das es erlaubt, bei der Zementherstellung anfallendes CO₂ abzuscheiden und einer anderen Verwendung zuzuführen. »Wir zeigen damit, dass es möglich ist, den ökologischen Fußabdruck der Zementproduktion erheblich zu verringern«, sagt Vorstandschef Dominik von Achten.

Von der Coronakrise besonders getroffen ist die Autoindustrie. Die Produktion steht auf unbestimmte Zeit still. Außerhalb Chinas, wo sich die Wirtschaft langsam erholt, werden derzeit praktisch nirgendwo mehr Autos abgesetzt.

Eigentlich sollte diesen Sommer eine Verkaufsoffensive für Elektroautos starten. Den Konzernen drohen Milliardenstrafen, wenn sie nicht genügend E-Autos auf den Markt bringen. Branchenanalysten rechnen jedoch damit, dass die EU ihre strengen CO₂-Vorgaben zumindest für das Krisenjahr 2020 aufweichen werde – keiner will der europäischen Kernindustrie den Todesstoß versetzen.

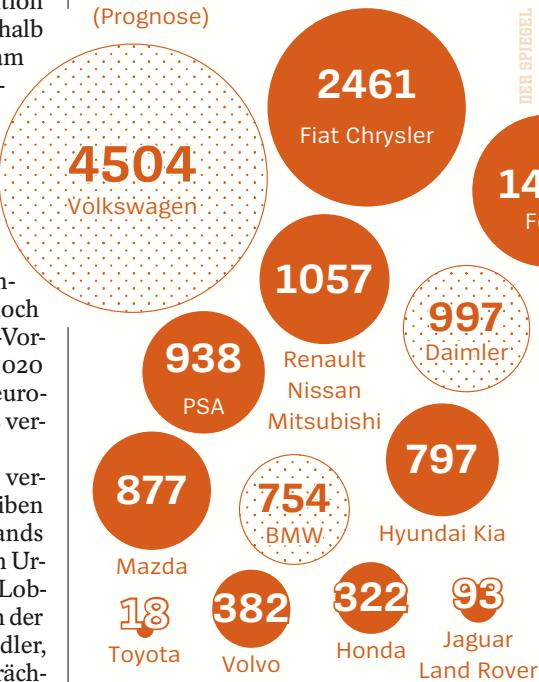
Für Aufregung sorgte am Mittwoch vergangener Woche ein dreiseitiges Schreiben des europäischen Automobilverbands ACEA an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Darin warnen die Lobbyisten, unterstützt von Organisationen der Zulieferer, Reifenhersteller und Händler, wie stark Covid-19 ihr Geschäft beeinträchtige. Die Industrie könne sich nicht »inner-

halb der geltenden Fristen« auf EU-Gesetze und Regularien vorbereiten. »Deshalb glauben wir«, so das Fazit, »dass das Timing dieser Gesetze angepasst werden müsste.«

Es sah nach einer koordinierten Aktion aus, auch weil am Samstag Ex-EU-Kommisar Oettinger mit seiner Eingebung vorpreschte. Doch der Vorstoß verhallte. Der deutsche Verband der Automobilindustrie (VDA) warnt zwar davor, die Flottengrenzwerte für 2025 und 2030 kurzfristig weiter zu verschärfen: »Unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit«, sagt Verbandspräsidentin Hildegard Müller. Gleich-

Teure Luft

Drohende Strafzahlungen aufgrund verfehlter CO₂-Ziele für Autobauer im Jahr 2021, in Millionen Euro (Prognose)



Quelle: PA Consulting

zeitig stellt sie aber klar: Die Autoindustrie wolle an den Pariser Klimazielen für 2050 und den geltenden CO₂-Zielen festhalten. »Die Branche steht mitten im Transformationsprozess«, so Müller, »und ist entschlossen, diesen auch weiterzuführen.« Ähnlich pragmatisch äußerten sich BMW, Daimler und Volkswagen. Zudem hieß es beim VDA, der Lobbyistenbrief an die EU wende sich hauptsächlich gegen die baldige Einführung strengerer Typgenehmigungsverfahren.

Die unterschiedlichen Botschaften deuten darauf hin, dass die Einschätzungen in Europas Autoindustrie gerade auseinandergehen.

ACEA-Präsident Mike Manley, einer der Unterzeichner des Brandbriefs, ist im Hauptberuf Vorstandschef von Fiat Chrysler. Der italienisch-amerikanische Autokonzern hat bislang kaum Elektroautos in seinem Angebot, ein Moratorium für die CO₂-Ziele käme ihm sicher nicht ungelegen.

VW-Chef Herbert Diess dagegen hat sein Unternehmen voll auf Elektro eingeschworen. Diesen Wettbewerbsvorteil will er sich von Corona nicht wieder nehmen lassen.

In der deutschen Autoindustrie gibt es bereits Überlegungen, sich in Berlin und Brüssel für ein Konjunktur- und Innovationspaket starkzumachen, das sowohl die Kaufkraft als auch den Klimaschutz stärkt. Angeregt werden soll ein Investitionsfonds, der Projekte wie die Produktion von Elektrobatterien, erneuerbare Energien oder Ladesäulen fördert. »Wir sollten die Krise als Chance nutzen, Europa bei Zukunftsthemen souveräner aufzustellen«, sagt der hochrangige Vertreter eines Autokonzerns, »damit wir künftig nicht zwischen den USA und China zerrieben werden.«

Unterstützt wird er dabei vom Ökonomen Christoph Schmidt, Präsident des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung. Er ist einer der Hauptautoren einer Studie der Wissenschaftsvereinigung Acatech, in dem er für die Zeit nach der Krise ein zukunftsweisendes Konjunkturpaket skizziert.

»Wir müssen darauf achten, dass wir beim Wiederaufbau die richtigen Strukturen anlegen, auch für den Klimaschutz.«

Klimaforscher Reinhard Hüttl vom Geoforschungszentrum in Potsdam sieht für die Wirtschaft ohnehin keine andere Möglichkeit. Die Coronakrise sei eine schlechte Ausrede, um bei der Klimafrage zu schludern. Das Problem der Klimaerwärmung sei nicht aus der Welt, nur weil es aus der Berichterstattung verschwunden sei.

Simon Hage, Martin Hesse, Stefan Kaiser, Jonas Schäible, Michaela Schießl, Gerald Traufetter

Mail: gerald.traufetter@spiegel.de



Schwierige Zeiten. Wir sind für Sie da.

Das Coronavirus stellt uns alle vor große Herausforderungen. Gerade in diesen Zeiten sind wir Ihr verlässlicher Ansprechpartner. Auch unser Bargeld- und SB-Service wird selbstverständlich flächendeckend für Sie da sein.

Als Alternative zur Filialberatung bieten wir Ihnen viele gewohnte Dienste auch telefonisch, online und mobil an.



Telefonischer Kundenservice

Allgemeine Servicefragen beantworten wir 24/7 unter **(069) 910-10000**.

Mo.–Fr. 08:00–20:00 Uhr und Sa. 09:00–15:00 Uhr beraten wir Sie auch rund um Ihre Finanzen und Ihre Bankgeschäfte. Oder Sie vereinbaren einen Wunschtermin unter deutsche-bank.de/beratungscenter.



„Deutsche Bank Mobile“-App

Erledigen Sie Ihre Bankgeschäfte einfach von zu Hause aus. Mit praktischen Funktionen wie Foto- und Echtzeit-Überweisung, digitalem Postfach (eSafe) für Ihre Kontoauszüge, persönlichem FinanzPlaner und Multi-Banking-Funktion. Für iOS und Android.



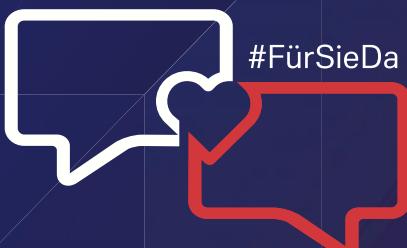
Mobiles Zahlen

An vielen Bezahlterminals können Sie auch ohne Bargeld mit Ihrem Smartphone bezahlen – mit Apple Pay für iOS oder Mobilem Zahlen für Android. Mehr unter deutsche-bank.de/applepay beziehungsweise deutsche-bank.de/mobilezahlen.



Was Anleger wissen sollten

Der Marktkommentar „PERSPEKTIVEN am Morgen“ unseres Chef-Anlagestrategen Dr. Ulrich Stephan informiert Sie täglich über die aktuellen Entwicklungen. Jetzt anmelden auf deutsche-bank.de/pam und Analysen und Empfehlungen erhalten.



#FürSieDa

Aktuelle Hinweise und wichtige Informationen: deutsche-bank.de/corona

»Wie eine Atomexplosion«

Konzern Allianz-Chef Oliver Bäte, 55, über die Pandemie als Versicherungsfall und mangelnden unternehmerischen Anstand



DOMINIK BUTZMANN / LAIF

Manager Bäte: »Dieses Jahr wird nicht zum Lachen«

SPIEGEL: Herr Bäte, die Welt lebt in einer Phase maximaler Unsicherheit und extremer Risiken. Ist das jetzt die große Stunde der Versicherungen?

Bäte: Wir müssen beweisen, dass wir für unsere Kunden da sind, wenn sie uns brauchen. Wenn beispielsweise jemand anruft und sagt, er könne im Moment die Prämie nicht bezahlen, dann finden wir einen Weg, um Aufschub zu gewähren.

SPIEGEL: Verzichten Sie dabei auch auf Verzugszinsen?

Bäte: Da würden wir uns gern mit der Industrie abstimmen. In Italien hat das hervorragend geklappt, da haben wir uns mit den Wettbewerbern koordiniert, wie wir bei der Autoversicherung vorgehen. Da verzichten wir auf Verzugszinsen.

SPIEGEL: Vielen Unternehmern erschließt sich nicht, warum Versicherungen gegen Betriebsunterbrechungen in der Regel nicht zahlen, obwohl jetzt der Betrieb ruht. Wie erklären Sie das?

Bäte: Ich kann den Ärger zum Teil verstehen. Unsere Produkte sind oft noch zu kompliziert, obwohl wir begonnen haben, sie zu vereinfachen. Wichtig sind aber auch hier Kollektivvereinbarungen. Wenn man etwa feststellt, dass Restaurants und Hotels ein Riesenproblem haben, dann sollte man sich in der Branche einigen, wie man das handhabt.

SPIEGEL: Warum braucht es solche Kollektivlösungen?

Bäte: Wir haben es mit einer gewaltigen Pandemie zu tun und, bedingt dadurch, mit einem Systemausfall. Das ist vergleichbar mit Katastrophen wie Erdbeben oder der Explosion eines Atomkraftwerks. Für solche Situationen gibt es in vielen Ländern eine Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, weil die Versicherungsbranche solche Systemausfälle nicht beherrschen kann.

SPIEGEL: Warum nicht?

Bäte: Wir haben nicht genug Eigenkapital, um die Verluste, die entstehen, tragen zu können. Wenn statt 7 bis 8 Prozent der Autos 90 Prozent im Jahr einen Unfall hätten, dann wären die Versicherungsprämien in der Autoversicherung unbezahlbar. Wir versichern Zufälle in einem begrenzten Rahmen.

SPIEGEL: Dann gibt es keinen Schutz gegen ein solches Zufallsereignis?

Bäte: Die faktische Schließung der Wirtschaft ist kein Zufallsereignis, das hat die Politik beschlossen. So etwas kann kein Unternehmen versichern, weil man das Risiko nicht berechnen kann. Wir dürfen das Baby nicht mit dem Bad ausschütten. Wenn ein Unternehmen wie die Allianz in Schieflage gerät, weil sie alle Schäden bezahlt, die gar nicht versichert sind, dann ist niemandem geholfen.

SPIEGEL: Die Allianz ist allerdings weit davon entfernt zusammenzubrechen, zuletzt hat sie einen Rekordgewinn von elf Milliarden Euro vor Steuern erzielt. Und im Moment gibt es nur eine kleine Zahl von Pandemieversicherungen. Es würde die Allianz Peanuts kosten, die Ansprüche aus diesen Policien jetzt zu übernehmen.

Bäte: Wenn wir Pandemiedeckung angeboten haben, werden wir die bezahlen. Pacta sunt servanda. Und wenn es unklar ist, ein neutraler Dritter aber sagt, es ist versichert, dann werden wir natürlich zahlen.

SPIEGEL: Einige US-Bundesstaaten wollen Versicherer zwingen, Schäden aus Betriebsunterbrechungen infolge von Corona auszuzahlen. Betrifft das auch die Allianz?

Bäte: Soweit ich weiß, nicht. Aber wir würden uns mit allen Mitteln dagegen wehren. Es ist nicht in Ordnung, wenn Versicherungskunden im Kollektiv für Schäden von Firmen aufkommen sollen, die keinen Versicherungsschutz bezahlt haben. Wenn ein solches Vorgehen nicht verhindert wird, werden einige Versicherer pleitegehen, und dann wird es in Zukunft erst recht keine Kapazitäten für die Deckung solcher Risiken geben, weil kein privates Kapital mehr da reinfließt.

SPIEGEL: Wie müsste denn eine kollektive Lösung für den Schutz gegen Pandemien wie Corona aussehen?

Bäte: Wir sollten in Europa eine gemeinsame Lösung finden, weil wir eine Gefahrengemeinschaft sind. Ich wäre dafür, auf europäischer Ebene einen Fonds einzurichten, in den die Versicherungsbranche einzahlte und den man in Krisensituatiosn anzapfen kann – und zwar nicht nur für Pandemien, sondern auch für schwere Naturkatastrophen. Der Klimawandel wird so gravierende Folgen haben, dass es gut wäre, sich dafür ein Polster zuzulegen.

SPIEGEL: Sollten in diesen Fonds auch öffentliche Mittel fließen?

Bäte: In einem Extremzenario wie einer Pandemie wird das private Kapital nie ausreichen, da brauchen wir immer eine Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

SPIEGEL: Die Schäden durch Cyberattacken, Naturkatastrophen und Epidemien haben sich in den vergangenen Jahren gehäuft. Zugleich erzielen die Allianz und andere Versicherer Rekordgewinne. Entzieht sich die Versicherungsbranche der Verantwortung?

Bäte: Nein. Naturkatastrophen versichern wir ja. Und weltweit und in Summe verdient die Versicherungsbranche noch nicht einmal ihre Kapitalkosten. Es gibt eben Versicherer, die gut wirtschaften, und solche, die es nicht tun. Wir werden unserer Verantwortung gerecht. Die Allianz hat seit vielen Jahren auf den Klimawandel hingewiesen und umgesteuert. Wir sind

DANKE FÜR MEHR NACHBAR- SCHAFTSHILFE.

JETZT ZÄHLT DAS WIR.



Die
Bundesregierung

aus der Kohlefinanzierung ausgestiegen und haben dafür viel Ärger in Kauf genommen. Das ist aber etwas ganz anderes als der Umgang mit einer Pandemie. **SPIEGEL:** Die Bundesregierung hat Hilfen in nie da gewesener Höhe bereitgestellt. War das angemessen?

Bäte: Das Programm ist umfassend und sehr schnell entstanden. Es ist gut, dass wir viele Jahre lang vorsichtig waren, jetzt haben wir den fiskalischen Spielraum, die Reserven zu nutzen. In vielen Ländern ist das anders. Ich bin froh, dass wir Angela Merkel haben, die mit ruhiger Hand, ohne Panikmache und Polarisierung den Menschen vermittelt, was jetzt notwendig ist.

SPIEGEL: An den Hilfen haben sich auch Konzerne schadlos gehalten, die es eher nicht nötig haben. Ist das ein Problem?

Bäte: Es ist wichtig, dass man sich als großes Unternehmen mit einer bedeutenden Marke seiner Verantwortung bewusst ist, nicht nur für die Aktionäre, sondern auch für die Kunden, Mitarbeiter und die Ge-

»Auch Manager verfallen in Panik.«

sellschaft. Ich glaube, dass diese Fehler nicht passieren, weil die Menschen böse sind, sondern weil auch Manager in so einer Extremsituation gelegentlich in Panik verfallen. Man muss ausgewogen handeln. Aber das ist leicht gesagt. Auch ich habe einige Nächte nicht geschlafen. Man kann Fehler machen, aber die muss man dann schnell korrigieren.

SPIEGEL: Kann es sein, dass börsennotierte Unternehmen über Jahre so darin geschult worden sind, sich an den Aktionärsinteressen zu orientieren, dass sie jetzt genau nach dieser Maxime handeln, auch wenn es zulasten des Gemeinwesens geht?

Bäte: Für die Allianz geht das gar nicht. Alles, was man kurzfristig optimiert, rächt sich sofort. Jeder vierte Deutsche ist unser Kunde. Wenn man die missachtet, sind sie sofort weg. In Deutschland steht die soziale Marktwirtschaft nicht nur auf dem Papier. Und innerhalb Deutschlands sehe ich nicht, dass sich Unternehmen nur an Aktionärsinteressen ausrichten.

SPIEGEL: Aber ist es in Ordnung, wenn Unternehmen nun Hilfskredite beantragen und gleichzeitig Dividenden ausschütten, Aktien zurückkaufen und Boni zahlen?

Bäte: Nein, das ist nicht in Ordnung. Wenn man in so einer Krise massiv in das Leben der Mitarbeiter eingreifen muss, ist es selbstverständlich, dass man nicht Riesenboni für die Führung zahlen kann. Wenn man zur Regierung gehen muss, um Hilfe zu holen, kann man keine Dividenden zahlen. Das ist selbstverständlich.

SPIEGEL: Wie gut wird sich die deutsche Wirtschaft von der Coronakrise erholen?

Bäte: Die Krise ist viel fundamentaler als die Finanzkrise von 2008/09. Wir werden es hier in Deutschland gut in den Griff bekommen. Aber ich weiß nicht, ob das auch für andere Länder gilt. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass von dort eine zweite und dritte Welle an Infektionen zu uns kommt. Das ist der medizinische Teil.

SPIEGEL: Und der wirtschaftliche?

Bäte: Es ist normal, dass sich am Anfang einer Krise jeder erst einmal um sich selbst kümmert. Man kann nicht anderen helfen, wenn man selbst angeschlagen ist und Panik hat. Das ist wie im Flugzeug, wenn die Masken runterfallen, da setzt man sich erst mal selbst eine auf, ehe man anderen hilft. Aber jetzt müssen wir überlegen, was auf europäischer Ebene zu tun ist und wie man Ländern wie Italien helfen kann, die besonders stark betroffen sind. Wir haben hohe finanzielle Reserven auf europäischer Ebene. Der Rettungsfonds ESM hat 410 Milliarden Euro Feuerkraft, die Europäische Investitionsbank kann etwa 200 Milliarden Euro mobilisieren, im alten EU-Haushalt liegen noch fast 40 Milliarden Euro. Und den neuen EU-Haushalt will Kommissionschefin Ursula von der Leyen auf den Wiederaufbau konzentrieren.

SPIEGEL: Brauchen wir Corona-Bonds?

Bäte: Nein. Wenn dahinter eine Vergemeinschaftung der Schulden steckt, ohne dass die jemals zurückgezahlt werden, dann ist das keine gute Idee. Aber wir brauchen sie auch nicht. Die Eurokrise hat gezeigt, dass gut strukturierte Hilfsprogramme wie in Portugal, Irland und anderswo hervorragend funktionieren.

SPIEGEL: Die EZB hat den Geldhahn noch weiter aufgedreht, um die Folgen der Corona-Pandemie einzudämmen. Was heißt das für die Zinsen?

Bäte: Die Zinsen werden dauerhaft niedrig bleiben. Darauf haben wir uns schon lange vor Corona eingestellt. Und die Anreize für Regierungen, die Zinsen künstlich niedrig zu halten, also Sparer zu enteignen, steigen nun eher noch.

SPIEGEL: Das heißt: Die Garantiezinsen für die Lebensversicherungen werden weiter sinken, richtig?

Bäte: Ja, das ist so.

SPIEGEL: Corona hat die Börsen abrupten lassen. Wie sehr trifft Sie das als großen Kapitalanleger?

Bäte: Gehen Sie mal davon aus, dass wir in diesem Jahr keinen Rekordgewinn erzielen werden. Dieses Jahr wird nicht zum Lachen. Aus den Aktiengeschäften haben wir zwar nicht mehr die schönen Wertpolster, die wir mal hatten, aber auch keine Verluste. Über unser Geschäftsmodell mache ich mir keine Sorgen.

Interview: Martin Hesse

Patriotischer Auftrag

Finanzen Vom Hilfsprogramm des Bundes kommt bei geschädigten Firmen noch wenig an. Die Hausbanken sind überlastet, manche risikoscheu.

In einer Corona-freien Welt würden Christian Paulicks Leute jetzt über die Ozeane schippern. Der Hamburger ist Gründer und Teilhaber der Firma CruiseVision; 100 Mitarbeiter, davon 90 freie, produzieren auf Kreuzfahrtschiffen Fotos und Filme, die die Urlauber an Bord kaufen können. Das Geschäft lief gut seit der Gründung 2009: CruiseVision setzte in 2019 rund acht Millionen Euro um, erwirtschaftete bis 2017 jedes Jahr Gewinn. Das Eigenkapital betrug 2018 1,7 Millionen Euro.

In den vergangenen zwei Jahren machte CruiseVision Verlust, addiert etwa 500 000 Euro, auch weil sich der Markt verändert. »Wer eine Kreuzfahrt als Pauschalreise bucht, gibt an Bord nicht mehr so viel Geld aus; viele filmen mit dem eigenen Handy«, sagt Paulick. CruiseVision stellte sein Konzept um, senkte die Kosten. Der Jahresstart war vielversprechend, die Firma auf Kurs zum Jahresgewinn – bis das Virus den Tourismus lahmlegte.

Ein typischer Fall dieser Tage. Deutschlands Wirtschaft macht wegen der Coronakrise eine Vollbremsung. Der Staat versucht, große und kleine Firmen zu retten. Über rückzahlungsfreie Zuschüsse, direkte Staatsbeteiligungen – vor allem aber über die KfW. Die Förderbank des Bundes bietet günstige Kredite: 1,0 bis 2,12 Prozent Zins, maximal fünf Jahre Laufzeit. Beantragen müssen solche Kredite die Hausbanken der hilfsbedürftigen Unternehmen. Sie prüfen die wirtschaftlichen Aussichten und schicken bei positivem Befund den Antrag an die KfW, die selbst erst ab zehn Millionen Euro Kreditbedarf vertieft prüft.

Doch so weit ist CruiseVision gar nicht gekommen. Die Sparkasse Lüneburg ließ frühzeitig durchblicken, dass sie keine Chance auf Fortführung des Geschäfts sieht. Dass sie einen KfW-Kredit beantragt, ist unwahrscheinlich. Schlimmer noch: Am 25. März kündigte sie CruiseVision fristlos den lebenswichtigen Kontokorrentkredit, eine Art Dauerdarlehen, um kurzfristige Liquiditätsengpässe zu überbrücken.

Vor Corona habe die Sparkasse, die sich nicht äußern möchte, nie signalisiert, am Geschäftsmodell der Firma zu zweifeln, sagt Paulick. Zumal CruiseVision ein sol-

venter Kunde war: Kredite wurden stets früh getilgt, die Kontokorrentlinie von 500 000 Euro nie ausgeschöpft. Die Firma hat sogar ein Cash-Guthaben von knapp 400 000 Euro. Die Aussichten waren gut, und sie wären es auch wieder, wenn das Tourismusgeschäft zurückkommt. Bis dahin aber braucht das Unternehmen Geld von der KfW, als Überbrückung. Das aber bekommt es nicht. Ein Teufelskreis.

»Unsere Reserven reichen für drei Monate«, sagt Paulick. »Dann wird es düster.«

Das Dilemma des Unternehmens illustriert im Kleinen das große Drama der deutschen Wirtschaft und die entscheidende Rolle, die den Banken in dieser Jahrhundertkrise zukommt. Mit ihrer Gier hatten die Banken den Crash von 2008 ausgelöst – jetzt sollen ausgerechnet sie, zusammen mit der KfW, die Realwirtschaft vor dem Zusammenbruch retten.

Der plötzliche patriotische Auftrag schmeichelt den Instituten, und er verspricht Rehabilitation. »Wir sind wie die Feuerwehrleute vom 11. September«, sagt Mario Peric, Commerzbank-Bereichsvorstand für Privat- und Unternehmertypen West. Seine Berater arbeiten am Anschlag. »Die Mitarbeiter fahren Zusatzschichten, haben bis zu 40 Firmenkunden am Telefon pro Tag, sechsmal so viele wie sonst. Wir übernehmen eine brutale Verantwortung.«

Knapp tausend Filialen unterhält die Commerzbank. 150 sind geschlossen, 200 normal geöffnet. In mehr als 600 findet kein Kundenverkehr mehr statt, aber Mitarbeiter sind da und arbeiten die Kreditanträge ab. 17 000 sind binnen zwei Wochen eingegangen und werden jetzt geprüft.

Viele Mitarbeiter sitzen im Homeoffice. »Zum Glück sind alle Kreditakte digitalisiert, ein echter Segen«, sagt Peric. »Viele Millionen« habe die Commerzbank vorgestreckt, bis die KfW-Gelder ab kommen der Woche fließen, vom kleinen Friseur bis zum Großunternehmen sei alles dabei. »Und das ist erst der Anfang. Wir müssen den Mittelstand durchbringen.«

Die Hausbanken sind das Rettungsseil zwischen Firmen in Not und dem Geld der KfW. Mehr als 2400 Kreditanträge im Umfang von 9,8 Milliarden Euro sind bis Donnerstag bei der KfW eingegangen, 2100 über 750 Millionen Euro wurden bereits bewilligt. Für die Hausbanken ist das kein übles Geschäft: Sie kassieren den kompletten Zins, tragen aber nur 10 oder 20 Prozent des Risikos, falls der Kredit ausfällt.

Dennoch sei der Haftungsumfang »auch angesichts der Masse an Krediten nicht gering«, findet Markus Beumer, Unternehmenskundenchef der HypoVereinsbank. Immerhin müssen die Banken das Risiko von Kreditausfällen in Höhe ihrer Haftung mit Eigenkapital absichern. Zudem drohen Regressforderungen, sollte ein Darlehen platzen und die KfW zu dem Schluss kom-



KfW-Zentrale in Frankfurt am Main
Permanent nachbessern

men, dass die Kreditprüfung der Geschäftsbank zu lax war. Letztlich aber sei die Eigenbeteiligung »kein Hindernis, die Unternehmen in dieser außergewöhnlichen Situation zu unterstützen«, glaubt Beumer.

Das klingt heroisch. Andererseits argwöhnen manche Unternehmer, Banken und Sparkassen könnten die Krise nutzen, um Kunden bewusst auszusteuren, vulgo: loszuwerden. Siehe CruiseVision, siehe die Klagen von anderen Gewerbetreibenden, die anonym bleiben, weil sie es sich mit den Banken nicht verscherzen wollen.

Die Sache ist komplex. Wer bei seiner Hausbank einen KfW-Kredit beantragt,

muss in Windeseile allerhand Unterlagen bereitstellen. »Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Liquiditätsplanung im Worst-Case- und Best-Case-Szenario, Kostenpläne, damit die Kreditsumme möglichst niedrig ausfällt«, berichtet Doris Biedermaier, Co-Geschäftsführerin der Karl Conzelmann GmbH. Das Unternehmen mit seinen 120 Mitarbeitern vertreibt unter dem Label »Nina von C.« Damenunterwäsche aus Albstadt auf der Schwäbischen Alb, gegründet 1920, bis heute im Familienbesitz – mehr Mittelstand geht nicht.

Aber jetzt sind 90 Prozent Umsatz weg, Kurzarbeit ist angesagt. Die örtliche Sparkasse zeigt sich kooperativ, obwohl auch hier nicht klar ist, wie viel vom Geschäft zurückkommt. »Die Konkurrenz aus Fernost und im Internet ist groß«, sagt Biedermaier. Der KfW-Antrag ist Mittwoch rausgegangen. Ob und, wenn ja, wann Geld fließt, weiß sie nicht. Das erste Jahr wäre tilgungsfrei, blieben vier Jahre, um den Rest des Kredits abzuzahlen. Lief das Geschäft nach der Krise wie zuvor, wäre das machbar, zumal Berlin überlegt, die Tilgung auf zehn Jahre zu strecken, die Banken von der Resthaftung zu befreien oder KfW-Kredite wie Bafög zu behandeln – abstottern, wie es passt.

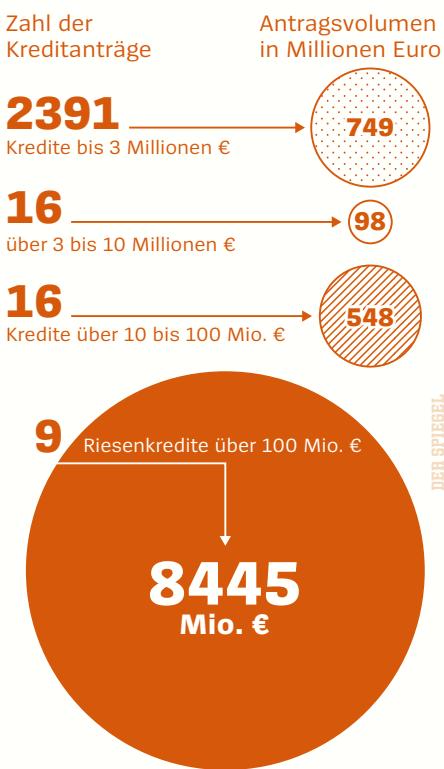
Vieles wurde eilig beschlossen, die KfW-Konditionen sind erst seit knapp zwei Wochen bekannt, permanent wird nachgebessert. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sagt, die Banken sollten bei der Kreditvergabe »alle fünf gerade sein lassen«, Felix Hufeld, Chef der Finanzaufsicht BaFin, dagegen mahnt zur Vorsicht. Derweil überwältigt die Antragsflut Banken und KfW. Der Mittelstand klagt, dass nur Firmen bis maximal 50 Mitarbeiter rückzahlungsfreie Zuschüsse erhalten und Großkonzerne eher gerettet würden, das Gros der Unternehmen aber durchs Rost falle.

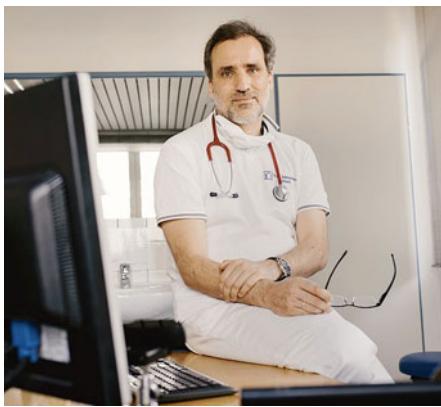
»Wir gehen jedem Hilferuf und jeder Beschwerde nach, aber das Programm läuft ja erst an«, sagt KfW-Chef Günther Bräunig. Klar sei aber, dass die Unternehmen rasch ihre Dokumente zusammentragen müssten, »da ist viel Arbeit zu leisten«. Wenn die Bonität zu schwach sei, könne eben nicht jeder einen Kredit bekommen.

Und obwohl die Regierung so viel Geld lockermacht wie nie, wächst die Angst. Vielen Unternehmen läuft die Zeit davon. »Die Hausbanken sind extrem bemüht, die Kunden in das Programm zu bekommen. Aber da ist schon ein bisschen Panik dabei«, sagt Bräunig. Immerhin: Seine KfW rüstet jetzt ihre IT auf, von der neuen Woche an soll bei einem positiven Bescheid sofort Geld an die Firmen fließen. Einem Kleingewerbler wie CruiseVision würde das nicht helfen. Geschieht kein Wunder, hat das Virus ein nächstes Opfer gefunden.

Tim Bartz, Martin Hesse

Rettung für Groß und Klein Gesamtvolume der KfW-Coronahilfe für Unternehmen (Stand: 2. April): **über 9,8 Mrd. Euro**





Hebamme Hammerl, Allgemeinmediziner Schneider-Rathert, Schutzkleidung

»Der Nutzen für jeden Arzt, jede Pflegefachkraft und jeden Patienten ist jetzt unübersehbar«

Doktor auf Distanz

Gesundheit Die Angst vor dem Virus sorgt dafür, dass reformresistente deutsche Gesundheitswesen schneller zu digitalisieren, als Experten es für möglich hielten.

Für Christiane Hammerl bedeutet die Coronakrise vor allem eines: Fragen, Fragen, Fragen. Hammerl ist Hebamme, und in diesen Tagen haben besorgte Schwangere jede Menge Fragen: Kann meinem ungeborenen Kind etwas passieren, wenn ich mich mit dem Coronavirus anstecke? Muss ich mich jetzt testen lassen?

Ihre Antworten gibt Hammerl von ihrer Wohnung in Berlin aus – per Video, Chat oder am Telefon. Neben ihrer eigenen Praxis arbeitet sie für das Start-up Kinderheldin, einen digitalen Hebammendienst. »Die Zahl der Anfragen ist drastisch nach oben gegangen«, sagt sie. 70 Prozent mehr Nutzerinnen hatte Kinderheldin vergangene Woche im Vergleich zu den sieben Tagen davor.

Rund 1000 Anfragen beantwortet das Unternehmen derzeit durchschnittlich im Monat – die meisten im Onlinechat. »Das ist am praktischsten für die Mütter, dann kann man das Telefon auch mal schnell

zur Seite legen und später weiterschreiben, wenn das Baby nicht mehr schreit«, sagt Hammerl. Manche Wöchnerin wolle im Moment keinen Besuch, auch nicht von der Hebamme, um Kontakte zu reduzieren. »Diese Frauen kann man digital betreuen.« Auch Geburtsvorbereitungskurse gibt es jetzt online.

Mehr als anderthalb Jahrzehnte lang hat sich Deutschland an der Digitalisierung seines Gesundheitswesens zerrieben. Nun sorgt die Coronakrise dafür, dass im Rekordtempo nachgeholt wird, was bis dato unmöglich schien. Nicht nur Hebammenpraxen von Hamburg bis Freiburg steigen auf Onlineangebote um.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) berichtet, dass derzeit so viele Mediziner Videosprechstunden anbieten, dass das Datenvolumen vielerorts kaum ausreiche. Kliniken speisen ihre Infos über freie Beatmungsplätze für Covid-19-Patienten in ein bundesweites Register ein. Große Kliniken wie die Charité schalten ihre Spe-

zialisten digital zur Visite in kleineren Häusern hinzu, um Expertise zu teilen.

Erwin Böttinger leitet das Digital Health Center am Hasso-Plattner-Institut in Potsdam. Der Internist hat lange in den USA gearbeitet und blickt staunend auf die Veränderungen in Deutschland: »Es tut sich gerade in rasender Geschwindigkeit sehr viel.« Ob in Ministerien, im Kanzleramt oder bei den Gesundheitsbehörden – überall erlebe er digitale Aufbruchstimmung. »Vor der Coronakrise hätte man Datenschutzargumente angeführt, warum dies oder jenes nicht geht.« Heute seien die Bedenken leiser geworden, weil es zuerst darum gehe, Menschenleben zu retten – was sich vor allem an der Debatte um eine App zeigt, mit der Kontakte von Corona-Infizierten nachverfolgt werden können.

Bislang müssen Amtsärzte in Deutschland handschriftliche Listen abtelefonieren, wenn sie potenzielle Kontakte von Corona-Infizierten informieren wollen – ein zeitraubendes Verfahren. »Uns trifft

das Coronavirus digital völlig unvorbereitet«, sagt Böttlinger.

Schon Ende 2018 hatte die Bertelsmann Stiftung dem deutschen Gesundheitssystem in Sachen Digitalisierung ein vernichtendes Urteil ausgestellt. Andere Länder sind deutlich weiter. In Estland können Patienten Untersuchungsergebnisse online einsehen und entscheiden, welcher Arzt darauf zugreifen darf. In Kanada werden Rezepte selbstverständlich digital verschickt. In Israel erinnern Krankenkassen per Mail an die Krebsvorsorge.

Deutschland jedoch debattierte 15 Jahre lang über ein Stück Plastik mit Chip: Die elektronische Gesundheitskarte wurde zum Symbol für die Reformfeindlichkeit im Land. Bis vor Kurzem vertrauten viele Ärzte noch immer vor allem auf die Kommunikation per Fax.

Digitalisierung, sagt Thomas Koster, Gesundheitsexperte bei der Bertelsmann Stiftung, sei vor allem eine Frage der Akzeptanz. Und wenig befördere die Akzeptanz so sehr wie die Coronakrise: »Der Nutzen für jeden Arzt, jede Pflegefachkraft und jeden Patienten ist jetzt unübersehbar.«

Der Mediziner Wolfgang Schneider-Rathert praktiziert in einer hausärztlichen Gemeinschaftspraxis in Braunschweig. Neuerdings immer öfter vor der Kamera. Er sehe für die Videosprechstunde in der anrollenden Coronakrise riesigen Bedarf, sagt er. Seit Anfang März ist das Programm »Clickdoc« bei ihm im Praxiseinsatz – er kennt den Hersteller Compugroup, arbeitet schon seit zehn Jahren mit ihm zusammen.

Aktuell nutzten etwa 30 Patienten am Tag seine Videosprechstunden, sagt er. Er sieht darin viele Vorteile: Für ihn, sein Personal und andere Patienten gebe es keinerlei Infektionsrisiko. Er spare Zeit und Schutzkleidung. Und Kollegen, etwa aus Kliniken, die unter Quarantäne stünden, könnten am Bildschirm weiterpraktizieren.

Dass Ärzte und Therapeuten jetzt die Vorteile der digitalen Sprechstunde entdecken, hat auch damit zu tun, dass diese neuerdings komplett honoriert wird. Bislang durften Mediziner nur 20 Prozent ihrer Patienten per Video behandeln. Am Montag vor zwei Wochen verständigten sich der Spaltenverband der gesetzlichen Krankenversicherung und die KBV darauf, diese Obergrenze aufzuheben.

Die KBV bittet Patienten nun ausdrücklich, die Videosprechstunde zu nutzen. Praxen sollen sie nur noch betreten, wenn es dringend erforderlich ist – und auf keinen Fall mit Schnupfen oder Husten.

Laut Softwareanbieter Compugroup ist die Nachfrage der Praxen nach »Clickdoc« zuletzt explodiert. Die Firma bietet das Programm für eine begrenzte Zeit kostenlos an. In den vergangenen vier Wochen sei die Zahl der teilnehmenden deutschen Praxen von 700 auf mehr als 17500 gestie-

gen. »Ich bin sicher, dass wir in den nächsten Monaten eine weitere Zunahme erleben – unabhängig davon, wie es mit der Krise weitergeht«, sagt Compugroup Gründer Frank Gotthardt.

Telemedizin war bis zur Covid-19-Krise auch in anderen Ländern nicht unbedingt ein Massenmarkt. Selbst in den USA nutzten 82 Prozent der Verbraucher keine digitale Sprechstunde. Wissenschaftliche Belege für die Qualität der Behandlungen fehlen, manche Studien deckten gar Mängel auf. »Einfach nur einen Arzt vor einen Bildschirm statt ins Sprechzimmer zu setzen bringt nicht furchtbar viel«, sagt Tobias Gantner, Arzt und Unternehmer in Sachen Digitalmedizin. Es brauche medizinisches Zubehör beim Patienten, etwa Blutdruckmessgeräte. Ältere Menschen besitzen oft nicht einmal ein Smartphone.

Deshalb halten Experten Telemedizin dort für besonders sinnvoll, wo die Technik schon vorhanden ist: in Kliniken. So können Ärzte etwa unter Anleitung von Spezialisten aus anderen Krankenhäusern Säuglinge wiederbeleben. In Aachen holt sich der Rettungsdienst schon seit Jahren Unterstützung von einem Telenotarzt.

Die Charité, das größte Klinikum Europas, setzt dieser Tage große Hoffnung in das Projekt »Eric«, um Zustände wie in Norditalien zu verhindern. Björn Weiß, Oberarzt in der Intensivmedizin, führt digitale Visiten in Krankenhäusern durch, die zum Teil mehr als hundert Kilometer entfernt sind. Vier digitale Arbeitsplätze für Ärzte und Pflegefachkräfte gibt es dafür. Die Intensivstationen von elf anderen Kliniken werden zugeschaltet, genauso wie andere Abteilungen der Charité.

In den Kliniken vor Ort stehen Visitenroboter, die Bild und Ton vom Patientenbett übertragen. »Ich kann mit der Kamera nahe an den Patienten heranfahren«, sagt Weiß. Manchmal könnte eine gemeinsame Entscheidung den Zustand des Patienten erheblich verbessern.

Die Charité ist ein Level-1-Krankenhaus. Das heißt: Hier können schwerstkranken Patienten mit akutem Lungenversagen beatmet werden. Die Einstellung der Geräte erfordere jahrelange Erfahrung mit dieser Art von Patienten, sagt Weiß.

Deutschland hat zwar im europäischen Vergleich viele Beatmungsbetten, doch die Behandlung ist nicht überall gleich gut, weil es an Personal mit Know-how fehlt. Dieses Gefälle können Ärzte aus der Ferne mithilfe von »Eric« ausgleichen.

Der digitale Rückstand in vielen Kliniken ist auch der komplizierten Krankenhausfinanzierung geschuldet. Für Investi-

tionen – auch solche in Technik – sind die Länder zuständig, die sich davor allerdings oftmals drücken.

Ein ähnlicher Verantwortungswirrwarr bremste auch die elektronische Patientenakte aus. Die Politik überließ das Projekt der Selbstverwaltung von Kassen, Ärzten und Kliniken; erst Gesundheitsminister Jens Spahn verdonnerte die gesetzlichen Kassen dazu, ab 2021 eine elektronische Patientenakte anzubieten. Für die Coronakrise kommt das zu spät.

Wenn Covid-19-Patienten demnächst von einer überfüllten Klinik verlegt werden müssen, wie behalten sie im Durcheinander Zugriff auf all ihre Befunde, die in unterschiedlichen Kliniken und Praxen gesammelt wurden? Darum kümmert sich Jörg Debatin. Der Radiologe leitet im Auftrag des Gesundheitsministers den Health Innovation Hub (HIH) in Berlin – ein Büro, das Industrie, Kliniken, Ärzte und Start-ups zusammenbringen soll.

Debatin will das drohende Chaos abdämmen, in dem er eine »Corona-Dokumentation für infizierte Menschen« entwickeln lässt. Es wäre eine Art Testlauf: Jeder Patient bekäme eine elektronische Akte, verschlüsselt abgelegt in einer Gesundheitscloud. Ärzte könnten darauf zugreifen, sobald der Patient seine Daten freischaltet.

Allerdings birgt die schnelle und improvisierte Digitalisierung Gefahren – Gesundheitsdaten sind sensibel und bei Cyberkriminellen begehrt. Patientendaten werden im Darknet teils zu höheren Preisen angeboten als Kreditkartendaten. Mit Informationen über Erbkrankheiten, Abtreibungen oder HIV-Infectionen werden Opfer erpresst. Sicherheitsexperten warnen deshalb davor, sensible Daten zentral zu speichern, statt sie lokal zu hüten.

66 %

der Bundesbürger meinen, Ärzte sollten Online-Sprechstunden anbieten, um die Ansteckungsgefahr in der Praxis zu reduzieren.

Bitkom-Umfrage, 11. bis 15. März 2020, 1002 Befragte

Ein großes Datenleck könnte schnell neues Misstrauen gegenüber der Digitalisierung schüren.

Bertelsmann-Stiftungs-Forscher Thomas Kostera empfiehlt, die neuen digitalen Angebote nach der Krise systematisch auszuwerten. »Die Situation ist schrecklich. Aber wir gewinnen einen Erfahrungsschatz, aus dem wir wertvolles Wissen schöpfen können.«

Hebamme Hammerl ist von der Technologie überzeugt. In ihrem Fall ist das leicht: Ihre Patientinnen sind jung und Smartphone-affin. Bleibt die Geburt selbst. Die betreut Hammerl bei ihren Schwangeren immer noch im Krankenhaus. Komplett analog.

Martin U. Müller, Marcel Rosenbach, Cornelia Schmergal, Hilmar Schmundt

Ausland



GETTY IMAGES

Nach neun Wochen Ausgangssperre posieren Mitarbeiter eines Gucci-Geschäfts im International Plaza Shopping Center in Wuhan für ein Foto – kurz vor der Wiedereröffnung. In der Elf-Millionen-Stadt im Zentrum Chinas hatte das Sars-CoV-2-Virus zuerst gewütet, um sich dann seit Ende vergangenen Jahres über die Provinz Hubei in die ganze Welt zu verbreiten. In Wuhan öffnen nach dem Abklingen der Neuansteckungen wieder viele Läden.

Kopfgeld für den Wahlkampf

Analyse Der Umgang der USA mit dem autoritären Regime in Venezuela wird zunehmend chaotisch.

- Es wird immer schwieriger, hinter der erratischen US-Politik gegenüber Venezuela eine Strategie zu erkennen. Erst klagt die US-Regierung den autokratisch herrschenden Machthaber Nicolás Maduro und andere hohe Repräsentanten des Regimes wegen »Drogen-Terrorismus« an. Wenige Tage später legt sie einen Übergangsplan vor, der eine Interimsregierung ohne Maduro und seinen Widersacher Juan Guaidó vorsieht. Der Plan war offenbar nicht mit Guaidó abgestimmt. Er wird im Machtkampf zwischen Washington und Caracas immer mehr zum Spielball. Am Mittwoch drohte US-Präsident Donald Trump an, Kriegsschiffe zur

Drogenbekämpfung Richtung Venezuela zu schicken. Die Amerikaner gehen offenbar nach dem Prinzip »trial and error« vor: Mal locken sie mit Zuckerbrot, dann drohen sie mit der Peitsche – irgend etwas wird schon funktionieren. Trump möchte mit dem ersehnten Sturz Maduros im Wahlkampf punkten, er braucht die Stimmen der Exilvenezolaner und -kubaner in Florida. Das könnte das eigentliche Motiv für das hektische Vorgehen der US-Regierung sein. Doch Trump ist aus guten Gründen nicht bereit, die einzige Karte auszuspielen, die Maduro wirklich fürchtet: eine militärische Intervention wie einst in Panama, als die Amerikaner den Narco-Diktator Manuel Noriega gefangen nahmen und in den USA vor Gericht stellten.

Es ist zwar nicht auszuschließen, dass sich tatsächlich ein paar hohe Offiziere finden, die den Autokraten für das ausgesetzte Kopfgeld von 15 Millionen Dollar ans Messer liefern. Aber bislang hat Maduro sich als resistent gegen Versuche erwiesen, ihn aus dem Amt zu befördern. Mit jeder gescheiterten Initiative schwinden Washingtons Glaubwürdigkeit und Ansehen in der Region. Und Europa muss sich fragen, ob es eine kluge Idee war, jede Volte der Amerikaner widerspruchslös nachzuholen. Jens Glüsing

Corona-Bekämpfung Minister fordert Weltkrisenstab

● Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) befürwortet zur globalen Bekämpfung der Corona-Pandemie einen »Weltkrisenstab«. Diese neue Einrichtung könnte Uno-Generalsekretär António Guterres leiten. Jetzt schlage »die Stunde der Vereinten Nationen«, sagte Müller dem SPIEGEL.

Guterres müsse internationale Hilfsorganisationen in enger Abstimmung mit Institutionen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) koordinieren. Die Pandemie sei ein »globaler Weckruf zur Zusammenarbeit«. Der CSU-Politiker bezweifelt, dass die bereitgestellten Mittel ausreichen, um die Liquidität der Entwicklungsländer zu gewährleisten.

Allein Weltbank und IWF hätten rund 200 Milliarden Dollar angeboten. »Die Maßnahmen müssen international koordiniert und wirksam umgesetzt werden. Vermutlich werden die bisherigen Ansätze nicht ausreichen«, sagte er. »Brechen Entwicklungsländer zusammen, gibt es nur Chaos, Unruhen und Bürgerkrieg«, so der Bundesentwicklungsminister. Dann würden auch die Fluchtbewegungen nach Europa zunehmen.

In seinem Ministerium will Müller eine eigene Arbeitseinheit einrichten, die die Pandemie bekämpfen soll. Sie könnte sich vor allem der sogenannten Zoonose widmen, der Virenübertragung zwischen Tier und Mensch. Ein Ansatz, den man verfolgen wolle, sei es, in Zukunft Nutztiere in Entwicklungsländern umfassend zu impfen und sie langfristig auf Erreger zu überprüfen. HEY, KNO



EPA-EFE / SHUTTERSTOCK

Jermak. Geheime Videoaufnahmen schüren den Verdacht, dass sein Bruder Denys – der selbst kein Regierungsamt hat – hohe Positionen in Staatsunternehmen und Behörden zum Kauf anbot, was er abstreitet. Selenskyj, der Korruption zum Wahlkampfthema gemacht hatte, schwieg ebenso wie Jermak zu den Vorwürfen. Nun wird gegen den Abgeordneten aus der Präsidentenpartei ermittelt, der die Videos veröffentlichte.

Jermak hat sich als Unterhändler im Donbass-Konflikt viele Feinde in Kiew gemacht. Er verabredete mit Moskau die Bildung eines Beratungsgremiums, das Vertreter Kiews und prorussische Kräfte in der Ostukraine zusammenbringen soll. Selenskyj braucht jetzt jede Stimme seiner Fraktion, um Reformsgezüge durchzubringen und so die Hilfe des IWF nicht zu verlieren. ESC

Ukraine Verdacht der Korruption

● In Kiew fällt die Corona-krise mit einer der Führung zusammen. Zweimal wurde das Gesundheitsministerium im März neu besetzt – genau so das Finanzministerium. Nun schwächt ein Skandal die Position von Präsident Wolodymyr Selenskyj. Im Mittelpunkt steht sein Stabschef und enger Vertrauter aus der Zeit als TV-Komiker Andrij

Iran

»Sogar Moscheen wurden geschlossen«

Azadeh Zamirirad, 38, ist Iran-experten der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Iran leidet besonders stark unter der Epidemie: Von dort wurde das Coronavirus in etwa zehn weitere Staaten verbreitet. Wie kann Europa trotz der Sanktionen medizinische Güter liefern?

SPIEGEL: Frau Zamirirad, Deutschland hat am Mittwoch alle Direktflüge nach und aus Iran ausgesetzt – wegen der Pandemie. Wie ist die Lage?

Zamirirad: Das ist eine absolute Ausnahmesituation, wie anderswo auch. Es wurden nicht nur Schulen und Universitäten geschlossen, sondern erstmals in der Geschichte der Islamischen Republik auch Moscheen und Pilgerstätten. Iran hat erst sehr spät reagiert und ist dadurch zu einem Epizentrum der Krise geworden.

SPIEGEL: Wie viele Menschen sind bislang gestorben?

Zamirirad: Nach offiziellen Berichten gibt es mehr als

3000 Tote, fast 50 000 Infizierte. Wir wissen aber nicht, wie hoch die Infektionsrate tatsächlich ist. Die iranische Führung hat Zahlen lange zurückgehalten. Missmanagement ist ein gewaltiges Problem im Land. Es sieht im Moment allerdings so aus, als würde die Kurve landesweit abflachen.

SPIEGEL: Inwiefern verschärfen die Sanktionen die Lage?

Zamirirad: Sie machen es sehr schwer, medizinische Güter

und Ausrüstung nach Iran zu exportieren, wo sie gerade jetzt dringend gebraucht werden. Offiziell sind solche Güter von Sanktionen ausgenommen. Unternehmen haben aber wegen der US-Sanktionen Schwierigkeiten, die Güter überhaupt nach Iran zu transportieren und Banken zu finden, die den Zahlungsverkehr abwickeln.

SPIEGEL: Nach über einem Jahr Vorbereitung konnte nun

erstmals die europäische Tauschplattform Instex genutzt werden. Sie soll den Warenverkehr zwischen Europa und Iran ermöglichen. Was kann sie leisten?

Zamirirad: Instex ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Trotzdem war diese erste Transaktion wichtig: Durch Instex sind jetzt medizinische Güter im Wert von gut 500 000 Euro nach Iran gelangt. Größere humanitäre Hilfslieferungen werden hoffentlich folgen.

SPIEGEL: Sollten die Sanktionen jetzt aufgehoben werden?

Zamirirad: Es geht nicht um eine generelle Aufhebung aller Auflagen. Es sollte jetzt darum gehen, bestimmte US-Wirtschaftssanktionen auszusetzen, die den humanitären Warenverkehr beschränken. International gibt es bereits Zuspruch für diese Forderung, unter anderem von Großbritannien und vonseiten der Vereinten Nationen. Deutschland sollte sich anschließen und öffentlich Position beziehen.

Interview: Raniah Salloum



Videoprojektion auf dem Freiheitsturm in Teheran



Coronakrise

Ghost Town

USA New York ist zum globalen Brennpunkt der Pandemie geworden.

Die Straßen sind leer, die Intensivstationen füllen sich. Wie lange hält die Stadt das aus? Acht Tage im Katastrophengebiet. Von Marc Pitzke

Friedhof vor Skyline von Manhattan



LORMAN VURAL ELIBOL / GETTY IMAGES

Ein Geisterzug fährt kreischend in den Tunnel von Brooklyn nach Manhattan. Drinnen auf den Bänken liegen vier Obdachlose, eingerollt in Mäntel und Decken. Ab und zu hustet einer, ohne die Augen zu öffnen. Es ist mittags, kurz vor eins. Abgesehen von den Männern sitzen zwei Fahrgäste im Wagen, eine Frau und ein Mann. Beide tragen Latexhandschuhe. Die Frau hat eine Atemschutzmaske über ihr Gesicht gespannt.

In der Fulton Street öffnen sich die Türen, aber keiner steigt ein.

Der Geisterzug, das ist der »A Train«, die längste U-Bahn-Linie von New York. Normalerweise pendeln damit Tausende von Queens durch Brooklyn nach Inwood, in den nördlichsten Zipfel Manhattans, und normalerweise stehen die Pendler eingewängt Schulter an Schulter. Aber im Moment ist hier nichts normal.

Seit voriger Woche ist New York City das Zentrum der Corona-Pandemie. Mehr als 48 000 Menschen haben sich mit dem Virus infiziert, über 1300 sind gestorben, mehr als in Deutschland. Der Gouverneur von New York hat inzwischen die meisten Geschäfte und Firmen schließen lassen und eine Ausgangssperre verhängt, genug, um komplettte Viertel der Achteinhalb-Millionen-Metropole stillzulegen.

Der »A Train« und die anderen U-Bahnen dienen nun vor allem als Zuflucht für die Patienten, die keiner will. In jedem Wagen, auf jedem Bahnsteig dämmern Obdachlose, beäugt von den wenigen Pendlern, die die Subway noch nutzen.

Ich trage ebenfalls eine Maske. Sie kratzt und stinkt. Ich habe sie im Schrank gefunden, in den Geschäften sind Masken ausverkauft. Seit 27 Jahren wohne ich in der Stadt, ich habe die Anschläge des 11. September erlebt, den Blackout von 2003, die große Finanzkrise, die Wirbelstürme »Irene« und »Sandy«. Es waren Katastrophen, die die New Yorker zusammenbrachten. Sie umarmten sich, sie feierten das Leben, das weitergehen musste.

Diese Krise ist anders. Das Virus raubt der Stadt das Gesicht. Es zwingt die Menschen zur Abschottung. New York ist eine Stadt der Bunker geworden.

Francisco Moya steht auf einem Parkplatz vor dem Elmhurst Hospital, er trägt über der Maske eine Hornbrille und auf dem Kopf eine Schiebermütze. »Willkommen am Ground Zero«, sagt er.

Moya ist ein Stadtrat für Queens, er wurde im Elmhurst Hospital geboren, einem abweisenden Klotz, dessen Fenster stellenweise mit Postern von lachenden Kindern zugeklebt sind. Moya erlebt zurzeit, wie seine Nachbarn in diesem Krankenhaus sterben. »Was bei uns gerade passiert«, sagt er, »das ist die Zukunft des ganzen Landes.«

Moya sagt das in einer Woche, in der das Virus von New York City Besitz ergreift. Der »A Train« wird leerer, die Intensivstationen füllen sich. So fängt es an.

Mittwoch, 25. März: 20 011 Infizierte, 280 Tote

Und trotzdem ist die Coronakrise immer noch nicht im Bewusstsein aller New Yorker angekommen. Manche Straßen sind belebt, viele Parks noch gut besucht.

Dann knallt eine Schlagzeile auf die Website der »New York Times«: »13 Tote an einem Tag: ›Apokalyptische‹ Corona-

virus-Welle an einem New-York-City-Krankenhaus«. Gemeint ist das Elmhurst Hospital, das Krankenhaus, in dem Francisco Moya zur Welt kam.

Eine Notärztin hatte der Zeitung Videos und Fotos aus dem Krankenhaus zugespielt. »Ich will, dass die Leute wissen, wie schlimm es ist«, sagte die Ärztin. »Dass die Menschen sterben, dass uns die Ausrüstung fehlt.« Zum ersten Mal sehen die New Yorker das nun selbst.

Für Francisco Moya bestätigt der Bericht, was er auf den Straßen von Queens seit Tagen hört und sieht. Erst gestern hat er dem Krankenhaus 750 Atemschutzmasken übergeben, am Tag davor 1000. Der Queensboro FC hat sie gespendet, ein örtlicher Fußballklub.

Moya zieht sein Smartphone heraus und filmt die Schlange der Kranken, die sich testen lassen wollen. Sie wird von Tag zu Tag länger. Am Hintereingang, wo er die gespendeten Masken abgibt, hat ein Lkw angedockt, der sonst Tiefkühlfleisch transportiert. Er wurde umfunktioniert in ein provisorisches Kühlhaus für Leichen.

Moyas Eltern stammen aus Ecuador. Bis heute wohnt er in dem Haus, in dem er aufgewachsen ist, zehn Minuten vom Hospital entfernt. Seine Mutter ist 76, sein Vater 77, Moya hat sie unter Quarantäne gestellt, um zu verhindern, dass sie sich anstecken. Er warnt seit Tagen davor, dass es schlimmer werde. Er hat einen offenen Brief an Donald Trump geschrieben, aber viele Leute wollten ihm lange nicht glauben, was er aus Queens berichtete.

Der Bezirk Elmhurst in Queens, zehn Kilometer Luftlinie östlich von Manhattan, ist einer der vielfältigsten der USA. Mehr als 130 Sprachen werden hier gesprochen, zwei Drittel der Bewohner sind Immigranten. Das Nachbarviertel heißt Corona, nicht nach dem Virus, sondern, so die Legende, nach einer früheren Baufirma, die eine Krone im Logo hatte.

»80 Prozent der Leute, die sich bei uns mit dem Virus anstecken, sind Latinos«, sagt Moya. »Viele haben keine Papiere. Sie arbeiten im Gastgewerbe. Sie sind Fahrradboten. Sie leben in vollgepackten Wohnungen und Kellern.«

Die meisten Patienten, die im Elmhurst Hospital landen, haben keine Versicherung. Die ersten Fälle mit Corona-Symptomen kamen Anfang März ins Krankenhaus, seitdem herrscht drinnen Krieg.

Donna Gordon ruft an, die ältere Schwester meines Partners. Auch sie fühlt sich seit vergangener Woche nicht wohl.

Donnerstag, 26. März: 23 112 Infizierte, 365 Tote

Donna hat zwei Klappstühle ins Treppenhaus gestellt, auf die wir uns setzen sollen. Sie sinkt auf ein Plastikhöckerchen im Türrahmen, drei Meter entfernt. »Danke für

die Salami«, murmelt sie durch die Maske und streckt ihre Hände aus, die in Latexhandschuhen stecken, um die Tüte aus dem Lebensmittelladen an der Ecke entgegenzunehmen.

Donna ist 64 und lebt allein in Crown Heights in Brooklyn. Ihre Eltern kamen von den Westindischen Inseln in die Stadt, Donna ist gebürtige New Yorkerin. Eine Katastrophe wie diese, sagt sie, habe sie noch nie erlebt. Dann wurde sie krank.

Es begann mit Fieber, 37,4 Grad, dann 38,9, dann 36,7, dann wieder 38,7. Sie liest uns die Temperaturen aus ihrem akribisch geführten Tagebuch vor. Sie habe nicht schlafen können. Ihre Glieder schmerzten.

Sie wählte 911 und kam zu ihrer eigenen Überraschung sogar durch, obwohl die Notrufzentralen überschwemmt werden wie seit dem 11. September nicht.

Die Rettungskräfte seien in voller Schutzmontur angerückt, Masken, Handschuhe, Gummistiefel, sagt Donna. Im Krankenhaus stellte man ihr Fragen. Habe sie Husten? Gliederschmerzen? Kopfschmerzen? Ihre Lungen wurden geröntgt.

»Sie haben das Corona«, habe eine Ärztin lakonisch gesagt. Dann sei sie mit Paracetamol heimgeschickt worden: »Sie sind nicht krank genug.« Sie solle sich in Quarantäne begeben und anrufen, wenn sich ihr Zustand verschlechtere.

Auch eine zweite Klinikvisite verlief ergebnislos, diesmal fuhr Donna mit dem Bus. »Ich bin eine alte, schwarze Frau«, sagt sie. »Deshalb bin ich es denen vielleicht nicht mehr wert.«

Also sitzt sie in der Wohnungstür, dankbar für den Besuch. Sie trägt über der Maske einen Strohhut und eine Sonnenbrille, die ihre müden Augen kaschiert. Ihre Enkel kaufen ihr Lebensmittel, leider haben sie die Salami vergessen.



RYAN CHRISTOPHER JONES / DER SPIEGEL

Makler Vazquez, Stadtrat Moya: Selbst nach dem 11. September war es nicht so ruhig

Wir sind mit dem Fahrrad zu Donna gefahren, um die U-Bahn zu meiden. Auf dem Weg zu ihr hatten wir bei »Brown Butter« gehalten, meinem Stammcafé, wo sich ein weiteres Drama abspielt.

»Brown Butter« hat noch geöffnet, aber nur zur Selbstabholung. Die Stühle stehen auf den Tischen. »Ein Jammer«, sagt Myriam Nicolas, die Besitzerin. Sie ist über ihr iPad gebeugt, weil sie endlose Onlineformulare für einen Corona-Kredit der Stadt New York ausfüllen muss, die Kleinbetrieben je maximal 75 000 Dollar in Aussicht stellt.

Nicolas kam als Zehnjährige aus Port-au-Prince, der Hauptstadt Haitis, in die USA. Seit zwei Jahren betreibt sie das Café, außerdem hat sie eine Cupcake-Bäckerei, berühmt für einen scharf gewürzten Kakao. »Ich will den Laden offen halten, damit meine Angestellten arbeiten können«, sagt sie. Acht Leute beschäftigt sie hinter der Theke und in der Küche, nicht größer als ein Kleiderschrank. Das Ladenlokal kostet 4200 Dollar Monatsmiete, keiner weiß, ob die jetzt ausgesetzt wird. Andrew Cuomo, der Gouverneur von New York, hat angekündigt, Zwangsräumungen 90 Tage lang auszusetzen.

Während Nicolas von ihrer ungewissen Zukunft erzählt, von den Schulden, die nun wohl auf sie zukommen, erreichen uns immer mehr Textnachrichten mit Katastrophenmeldungen. Nashom Wooden, ein Jugendfreund meines Partners, ist gestorben. Nashom war 50, einst eine Nightlife-Ikone und die personifizierte Lebenslust. Er ist der erste Todesfall in unserem Bekanntenkreis.

Die Namen der Opfer werden vertrauter. Der Dramaturg Terrence McNally ist gestorben, den viele Freunde kannten. Der Schauspieler Mark Blum ebenfalls, be-



RYAN CHRISTOPHER JONES / DER SPIEGEL

kannt aus der Kultserie »Law & Order«. Und Eddie, der einst in fast jedem Downtown-Nightclub, in dem ich früher verkehrte, an der Tür stand.

Ein Fall macht Schlagzeilen: Kious Kelly, ein Krankenpfleger am Mount Sinai Hospital, 48 Jahre alt. Im Februar hatte er sich um meinen Bekannten Sal gekümmert, als der einen Bandscheibenvorfall hatte. Kelly ist angeblich der erste Pfleger, der dem Virus erlegen ist. »Er versprach mir, dass alles okay sein würde«, schreibt Sal.

Freitag, 27. März: 25 399 Infizierte, 450 Tote

»Dieser Moment wird diese Nation verändern«, sagt Gouverneur Andrew Cuomo bei seiner täglichen Pressekonferenz. »Dies ist ein Moment, der Charakter schmiedet, Menschen schmiedet, Menschen verändert, sie stärker macht, sie schwächer macht.«

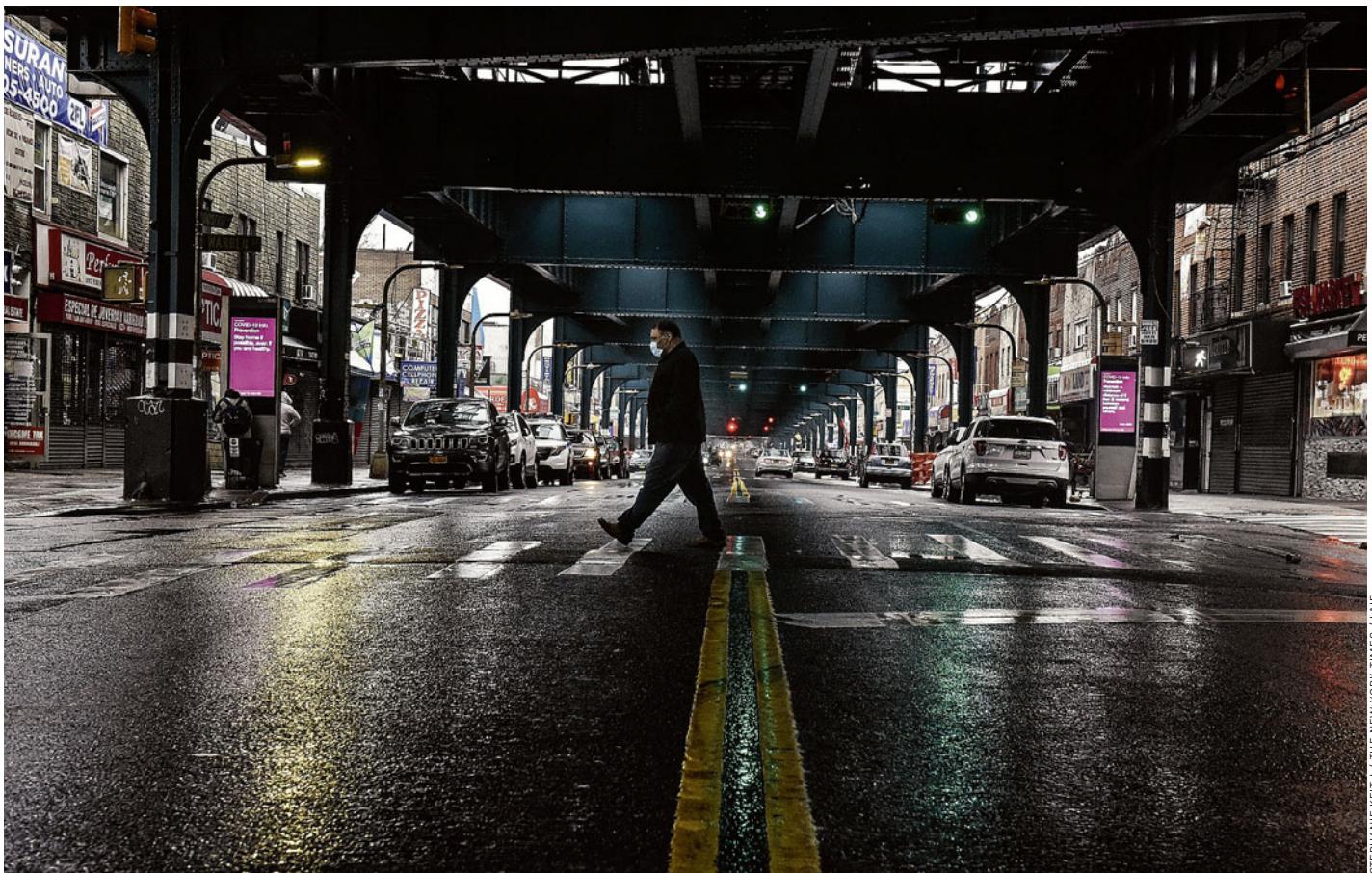
Wenig später laufe ich durch Manhattan. Das Finanzviertel der Stadt ist menschenleer, zur Lunchzeit, werktags. Sonst schieben sich hier Touristen übers Kopfsteinpflaster, jetzt wirken die Büros wie eine Filmkulisse, mit harten Schatten. Ab und zu zischt ein Fahrradbote vorbei.

Luis Vazquez führt seinen Hund spazieren, einen Labradoodle mit dem Namen Fiesta. Vazquez ist 60 und wohnt unweit der Wall Street in einem zu Lofts umgebauten Art-déco-Tower aus den Zwanzigerjahren.

Seit die Großbanken nach Midtown gezogen sind, ist der Finanzdistrikt eines der schicksten Viertel Manhattans geworden. Vazquez betreibt seit elf Jahren einen Blog und vernetzt die Menschen und die Geschäfte auf Facebook miteinander. Er ist so etwas wie der inoffizielle Bürgermeister der Wall Street und einer der Letzten, die nach dem Rechten schauen, während diejenigen, die Geld haben, aufs Land oder in ihre Häuser in die Hamptons geflohen sind. »Ein Drittel meiner Nachbarn ist weg«, sagt Vazquez. »Ich habe beschlossen, dass mein Platz hier ist.«

Vazquez wurde in der Bronx geboren, wuchs in Queens auf und ging in Manhattan pleite. Er sagt über sich: »Ich bin der amerikanische Traum.« Inzwischen arbeitet er als Makler für Luxusimmobilien. Er hat Erfahrung mit Krisen. Als 2012 nach dem Hurrikan »Sandy« der Strom ausfiel, hatte sein Gebäude als einziges im Viertel einen funktionierenden Generator. Wie damals hilft er den Gestrandeten auch heute wieder. Er kocht fürs Haus, kauft ein, erkundet, welche Läden geöffnet haben.

Er führt Fiesta auf einen Grünstreifen im Schatten der New Yorker Filiale der Federal Reserve. Die Fed stützt in der Krise die kollabierende Wirtschaft mit Billionenspritzen und Anleihenkäufen und macht Gelder für Hilfsleistungen locker. Ein



STEPHANIE KEITH / THE NEW YORK TIMES / LAIF

Passant im Stadtteil Queens: »Wir sind hart im Nehmen«

Großteil dieser gigantischen Summen wird hinter den Mauern betreut, vor denen ein Labradoodle jetzt aufs Gras pinkelt.

Unter uns, 24 Meter im Boden, in einem dreistöckigen Tresorbunker, lagern die größten Goldreserven der Welt – eine gute Corona-Finanzsicherheit, wenn alles andere versagt. »Die Währung, wenn alle Stricke reißen«, schreibt Goldman Sachs diese Woche an seine Klienten. Die New York Stock Exchange macht ebenfalls weiter. Die Börse hat ihr historisches Parkett an der Wall Street zwar geschlossen. Doch der Handel reißt nicht ab, den Kauf und Verkauf von Wertpapieren kann man auch von zu Hause aus organisieren.

Vazquez muss nach Hause, er hat eine Videokonferenz mit Wohnungsinteressenten. »Das Business«, sagt er, »darf auch jetzt nicht aufhören.«

Von der Wall Street laufe ich zum neuen World Trade Center, das aus den Ruinen des alten erwachsen ist. Selbst nach dem 11. September war es nicht so ruhig hier. Ein Piepsen erfüllte damals die Luft, von den Alarmgeräten verschütteter Feuerwehrleute. Die Stille jetzt ist massiver.

Samstag, 28. März: 30 766 Infizierte, 672 Tote

Jonathan Sale freut sich auf die Abende. Punkt 19 Uhr klettern die Nachbarn auf ihre Feuerleitern und Dächer, um den Ärz-

tinnen und Ärzten, Krankenpflegern und medizinischen Helfern im Viertel Applaus zu spenden.

Sale ist Schauspieler und Barkeeper, tätowiert, muskulös, ein New Yorker Allroundtalent. Das Konzert der applaudierenden Bürger ist einer der seltenen Momente, in denen er Kontakt zur Außenwelt hat. Er steigt dann mit seinem siebenjährigen Sohn auf die Feuerleiter im fünften Stock, erzählt er am Telefon. »Es ist bewegend, all die Gesichter zu sehen.«

Sale ist 46, stammt aus Virginia Beach im Bundesstaat Virginia und hatte Nebenrollen in allen möglichen Fernsehshows, »Law & Order«, »The Good Fight«, »Person of Interest«. Als das Virus kam, synchronisierte er eine spanische Netflix-Show, abends mixte er Drinks im W Hotel. Beide Jobs waren über Nacht weg. Nun sitzt er mit seinem Sohn in einer Zweizimmerwohnung auf der Upper East Side in freiwilliger Quarantäne, weil er fürchtet, sich anzustecken. Selbst Lebensmittel lässt er sich inzwischen vor die Tür liefern.

Sie haben trotzdem Spaß. Er hilft seinem Sohn bei Mathe, Musik und Kunst, dafür hat ihm sein Sohn die Haare geschnitten. Sales Kopf ist jetzt kahl rasiert. Ein neuer Look für die Apokalypse, warum nicht?

Er liebt diese Stadt, sagt Sale. »Wir sind hart im Nehmen, wir sind für Größeres

prädestiniert, und wir kommen zusammen. Darin finden wir Stärke.«

Er spricht sich Mut zu, aber seiner Branche, der Bar- und Kulturszene der Stadt, geht es dreckig. Alle 41 Broadway-Theater haben dichtgemacht, 31 Shows und Musicals mussten schließen, darunter Hits wie »The Lion King«, »Hamilton« und »Moulin Rouge«. So lange wie jetzt waren die Theater noch nie dicht. Selbst nach 9/11 gingen die Lichter am Broadway nach zwei Tagen wieder an, diesmal befürchten Produzenten Einnahmenverluste von mindestens 100 Millionen Dollar.

Isaac Itsarah hatte erst im Oktober als Kostümbildner am Broadway angefangen. »Auf einmal bin ich wieder arbeitslos«, sagt der Modedesigner aus Thailand, der seit zehn Jahren in New York lebt.

Ich kenne Isaac seit drei Jahren, wir sind uns ab und zu auf Partys begegnet. Die Corona-Tage verbringt er in seinem Apartment in der Bronx, manchmal geht er in den Park, um Luft zu schnappen. »Ich bin zu 30 Prozent okay«, sagt er. Oft fühlt er sich einsam, nachts habe er Angst.

Itsarah arbeitete für das Kostümstudio des Film- und Theaterdesigners Eric Winterling. Er kümmerte sich um die Kunden, wählte Stoffe aus, betreute Anproben. Er schneidete Kostüme für Sarah Jessica Parkers Broadway-Show, die im März Premiere haben sollte, und das Britney-Spears-Musical »Once

Upon a One More Time«. Alle Projekte liegen nun auf Eis. Itsarah fragt: »Selbst wenn ich eines Tages wieder arbeiten kann – was wird dann aus dem Broadway werden?«

Nachmittags schaue ich bei »Brown Butter« vorbei. Myriam Nicolas steht müde im Café. Sie habe entschieden, den Laden dichtzumachen, sagt sie. Gestern habe ein Kunde das Mädchen am Tresen angehustet. »Ich bin nicht mehr bereit, dieses Risiko einzugehen und jeden, der für mich arbeitet, zu gefährden«, sagt Nicolas.

Sonntag, 29. März:
33 768 Infizierte, 776 Tote

Kit Hourig ist spät dran. Die 33-Jährige biegt mit ihrem Rennrad auf die Third Avenue. Gewöhnlich herrscht viel Verkehr im East Village, an diesem Tag fegt ein eisiger Wind über die leeren Straßen.

Hourig hat sich in Jacke, Schal, Mütze und feste Stiefel eingepackt, sie trägt eine weiße Schutzmaske und auf dem Rücken einen blauen Kurierrucksack. Sie gehört zu den »Corona Couriers«, einer Gruppe freiwilliger Helfer, nach einer Idee aus dem chinesischen Wuhan. Die Kuriere annoncieren in sozialen Medien und besorgen Einkäufe für Alte, Kranke, Behinderte und andere, die nicht nach draußen können oder wollen. Hourig sieht aus, als wäre sie auf einer Gebirgsexpedition.

Sie schließt ihr Rad an und läuft zum Westside Market, wo sich Apfel- und Birnenkisten stapeln. Drinnen wischt sie mit Latexfingern über ihr Smartphone. Ein halbes Hühnchen mit Gemüse soll sie einkaufen, Couscous, Ingwer, Joghurt. Sie ist zum ersten Mal in diesem Laden. »Wo sind die Champignons?«, ruft sie. Hourig wohnt in Fort Greene in Brooklyn. Als sie wegen der Pandemie ihren Job als Schweißerin verlor,

spendete sie ihre N95-Atemschutzmasken an ein Krankenhaus, füllte einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe aus und schwang sich auf den Sattel. Inzwischen fahren mehr als 320 Corona-Kuriere durch die fünf Stadtteile.

Krisen bringen das Gute und das Schlechte in Menschen hervor. In New York dominiert das Gute, bis jetzt.

Montag, 30. März:
38 087 Infizierte, 914 Tote

Im Central Park ist über Nacht ein Feldlazarett gewachsen, ein halbes Dutzend weißer Zelte in Sichtweite der Millionärsvillen an der Fifth Avenue. 68 Betten, finanziert von Samaritan's Purse, einer Organisation, die von dem schwulenfeindlichen TV-Prediger Franklin Graham geleitet wird. In Zeiten der Not kann man sich schlecht aussuchen, wer einem hilft.

Ein weiteres Feldlazarett mit 1000 Betten wird im Javits Center eröffnet, dem Kongresszentrum von Manhattan, wo unter anderem 2016 die Wahlparty von Hillary Clinton stattfinden sollte, die dann zum politischen Begräbnis wurde.

Vormittags läuft das Lazarettsschiff USNS »Comfort« der Marine ein. Die »Comfort« verfügt über 1000 Betten und zwölf Operationssäle, sie soll keine Covid-19-Kranken aufnehmen, sondern Patienten, die anderweitig Hilfe benötigen, um die Kliniken zu entlasten. Donald Trump hat das Schiff nach New York beordert. Der Anblick des Schiffs weckt Erinnerungen an eine andere Katastrophe. Im Januar 2010, nach dem Erdbeben in Haiti, ankerte die USNS »Comfort« vor Port-au-Prince, um Verletzte zu behandeln. Ich verbrachte einige Zeit an Bord und sah, wie US-Militärärzte um Leben kämpften, wie sie weinten, als sie den Kampf verloren. Jetzt retten sie ihre Landsleute.

Ich entschließe mich zu einem letzten Spaziergang. Die Viertel, in denen ich mal wohnte – das East Village, das West Village und Chelsea –, sind nicht wiederzuerkennen. Ich gehe an Klubs, Bars, Restaurants, Cafés vorbei. Es ist totenstill. Die Bühne ist noch da, aber die Schauspieler fehlen. Nur die Vögel zwitschern.

Auf der West 12th Street kommt mir ein Paar entgegen, sie halten sich an den Händen und rufen durch die Masken: »Bleib tapfer!«

Ich bleibe an einem Luxuswohnblock stehen, der früher das St. Vincent's Hospital war. Hier tobte einst die Aidskrise, die Sterbenden lagen auf der Isolierstation. Lange sprach keiner über sie. Sie waren Aussätzige, verstoßen von der Gesellschaft. Jetzt sind wir alle Aussätzige.

Gegenüber parkt ein Kühlaster.

Dienstag, 31. März:
43 139 Infizierte, 1096 Tote

Donna meldet sich. Seit Tagen stehen wir nur noch telefonisch in Kontakt. Gestern ging es ihr etwas schlechter, doch sie wollte nicht wieder ins Krankenhaus und blieb lieber im Bett. Heute geht es ihr besser. Ähnliche Berichte erhalte ich von zwei Freunden, die im Krankenhaus liegen. Die Symptome kommen schubweise.

Unser Privatleben schnurrt auf eine winzige Ecke von Brooklyn zusammen. Abends flimmert Trump über den Fernsehschirm. Der Mann, der anfangs erzählte, es handle sich bei dem Virus um »eine Grippe«, spricht jetzt von 100 000 Toten in den USA, im besten Fall. Es könnten aber auch 240 000 werden.

Mittwoch, 1. April:
47 440 Infizierte, 1374 Tote

Mein Bekannter Demetrio Muñoz ruft an. Als ich ihn kennenlernte, studierte er noch Medizin, seit zwei Jahren ist er Arzt am NYP/Weill Cornell Medical Center in Manhattan. Wir telefonieren regelmäßig. Vorige Woche erzählte er, die Notaufnahme sei voll. Seitdem wurden seine Anrufe panischer, manchmal weinte er. Er war früher beim Militär, so aufgewühlt habe ich ihn noch nie erlebt.

Der Alltag in der Stadt steht jetzt fast still. Die Verkehrsadern sind ausgetrocknet, die Wolkenkratzer ragen in den Himmel wie Ruinen nach einer Apokalypse. Ghost Town. An dem Basketball-Court, wo am Wochenende noch Kids spielten, hängt das Schild: »Teamsport verboten«.

Mittags klopfen wir bei Myriams Cupcake-Bäckerei, sie packt gerade Kartons. Neben ihrem Café muss sie jetzt auch noch die Bäckerei schließen. Wir kaufen die letzten beiden Stücke Schoko-Karamell-Torte. »Ich gucke keine Nachrichten mehr«, sagt Myriam Nicolas. »Sagt mir Bescheid, wenn das alles vorbei ist.«



SPENCER PLATT / GETTY IMAGES

Lazarettsschiff USNS »Comfort« im Hudson River: Es soll die Kliniken entlasten

XPS

AUF DIE DETAILS
KOMMT ES AN.

Der neue XPS 13. Von der Handauflage aus Carbonfaser bis zu diamantgeschliffenen Kanten – mit einzigartiger Sorgfalt hergestellt.

Dell.de/XPS

**Weitere Informationen erhalten
Sie kostenlos unter 0800-000 42 30*.**

© 2012 Dell Inc. oder Tochtergesellschaften. Alle Rechte vorbehalten. Dell GmbH, Main Airport Center, Unterschweinstiege 10, 60549 Frankfurt am Main. Geschäftsführer: Stéphane Paté, Anne Haschke, Robert Potts. Vorsitzender des Aufsichtsrates: Jörg Twilmeyer. Eingetragen beim AG Frankfurt am Main unter HRB 75453, USt-ID: DE 113541 138, WEEE-Reg.-Nr.: DE 49515708. Dell, EMC und andere Marken sind Marken von Dell Inc. oder Tochtergesellschaften. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Dell GmbH. Änderungen von Preisen, technischen Daten, Verfügbarkeit und Angebotskonditionen sind ohne Vorankündigung vorbehalten. Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. *Mo-Fr.: 8:30-17:30 Uhr (zum Nulltarif aus dem dt. Fest- und Mobilfunknetz).



Tempo, Sicherheit, Langlebigkeit und ein tolles Design - alles in Einem mit Windows 10.



Doch am Ende waren alle 240 000 Anhänger der Sekte im Land getestet und isoliert, ebenso wie alle Menschen, die enger mit ihnen zu tun hatten. Diese Kontakt Personen wurden auch mithilfe von Location-Tracking erkannt, dafür wurden Daten von Kreditkarten und Smartphones abgefragt. Mehr als 50 südkoreanische Sonderbeamte sind nur dafür abgestellt.

Indem die Südkoreaner diese Eingriffe in die Privatsphäre hinnehmen, sichern sie sich eine andere Freiheit – sie dürfen sich weiter uneingeschränkt bewegen. »Das digitale Verfolgen der Infizierten greift nur in die Rechte weniger ein, eine Ausgangssperre in die Rechte aller«, erklärt Kim Dong-hyun von der Koreanischen Gesellschaft für Epidemiologie, der das Gesundheitsministerium berät. »Würde man die Fälle nicht einzeln nachverfolgen, wäre ein Ausgangsverbot unvermeidlich.«

Eine wichtige Rolle spielt für die südkoreanischen Bürger und Strategen auch die Erinnerung an den Ausbruch der Infektionskrankheit Mers, die das Land vor fünf Jahren heimsuchte. »Wir werden das nie vergessen können. Wir müssen das wieder gutmachen«, sagt ein hochrangiges Mitglied der koreanischen Seuchenschutzorganisation KCDC. Vielleicht halten sich die Koreaner auch deshalb bereitwillig an die Regeln der sozialen Distanzierung, tragen Masken, bleiben zu Hause.

Bereits bei der Mers-Katastrophe sei man der Lehre gefolgt, dass man Fälle früh identifizieren müsse, sagt Lee Hyuk-min, der als Labormediziner der Taskforce der Regierung angehört. Schon Ende Januar zitierte die Taskforce Vertreter von Biotech-Firmen zu einem Notfalltreffen im Seouler Hauptbahnhof. »Wir waren sehr angespannt, wir fürchteten eine Pandemie«, erinnert sich Lee.

Die Unternehmen seien gedrängt worden, so schnell wie möglich Diagnostiktests zu entwickeln. Sie wurden im Eilverfahren genehmigt. Nur eine Woche später war der erste einsetzbar, auch wenn er laut Lee nicht so perfekt funktionierte wie ein monatelang entwickelter Test. Als der Massenausbruch von Daegu das Land aufschreckte, war man vorbereitet.

In Südkorea übersteigt die Zahl der Geheilten inzwischen die der Kranken. Doch die Entscheider fürchten eine neue Welle von Infektionen aus dem Ausland. Alle Einreisenden müssen daher für zwei Wochen in Quarantäne. Wer sie bricht, muss mit Strafen rechnen. Katharina Graça Peters

Ein Land wird getestet

Südkorea Die Regierung hat einen großen Corona-Ausbruch erfolgreich eingedämmt – mit rigorosem Tracken und Isolieren von Infizierten. Verantwortliche berichten von den entscheidenden Wochen.

Es war Mitte Februar, als der südkoreanische Arzt Min Pok-kee realisierte, dass sich das neuartige Coronavirus in seiner Stadt unter den Mitgliedern einer Sekte rasant ausbreitete. Min ist der Leiter des Krisenstabs in Daegu im Südosten des Landes. Von Anfang an hatte er befürchtet, dass sich das Virus hier so stark verbreiten könnte wie im chinesischen Wuhan. Nun ging es los – und er sagte sich: »Wir müssen das dringend stoppen.«

Die erste Patientin war schon am 19. Januar nach Südkorea eingereist, kurz darauf meldeten auch die USA eine erste Erkrankung. Doch während die Vereinigten Staaten wertvolle Wochen verschwendeten, reagierte das ostasiatische Land früh.

Der Ausbruch unter den Mitgliedern der christlichen Shincheonji-Sekte stellte Südkorea auf eine harte Probe. Denn ab dem 19. Februar stieg die Zahl der Fälle in Daegu plötzlich rapide an. Eine 61-Jährige hatte bei Zusammenkünften als eine Art Superverbreiterin rund 40 Leute infiziert.

Am 21. Februar versammelte Min, der Krisenstabsleiter von Daegu, im Rathaus zwei Dutzend Vertreter von Ärzten und Pflegepersonal und hochrangige Beamte. An diesem Abend treffen sie die Entscheidung, ausnahmslos alle Mitglieder der Sekte zu testen. »Wenn wir das nicht getan hätten«, sagt Min, »wären wir jetzt dort, wo die USA oder Spanien sind.«

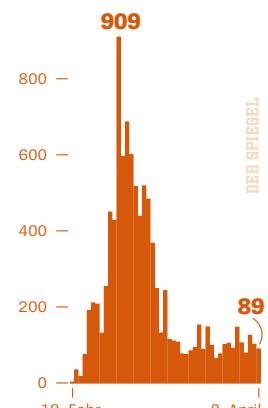
Er setzt damit die südkoreanische Strategie um, die weltweit Beachtung findet:

Alle potenziell Erkrankten müssen aufgespürt und getestet werden. Nur so kann verhindert werden, dass sich das Virus unbemerkt ausbreitet und massenhaft Menschen infiziert. Nur so können milde von schweren Verläufen getrennt und Krankenhäuser geschont werden.

Die Entscheidung, die der Krisenstab von Daegu trifft, ist riskant. Min erzählt, dass einige Teilnehmer eingewandt hätten, dass es Südkoreas Ansehen schade, wenn die Infektionszahlen explodierten. Einige verwiesen auf Japan, das kaum Infizierte zu haben schien, weil es wenig testete. Min sagt, er habe diesen Einwand nicht gelten lassen: »Wir sind Ärzte und Wissenschaftler. Wir sind der Wahrheit verpflichtet.«

Die folgenden Wochen sollten die härtesten seines Lebens werden, oft mit nicht mehr als einer Stunde Schlaf pro Nacht. Einige Mediziner warnten, es sei nicht zu schaffen, alle rund 10 000 Sektenmitglieder in Daegu zu testen. Das Virus habe sich bereits zu weit verbreitet. Und wohin mit den erkannten Fällen? Eilig wurden Betten organisiert, Krankenhäuser umstrukturiert, wurde medizinisches Personal aus ganz Südkorea angefragt.

Vorbild Südkorea Täglich gemeldete Sars-CoV-2-Neuinfektionen in Südkorea



Ihr Plus: alles zu den relevanten Fragen der Zeit



In SPIEGEL+ finden Sie exklusive Hintergründe zu den aktuellen Ereignissen, um die Zusammenhänge schneller einordnen und verstehen zu können. Sie erhalten Beiträge aus den SPIEGEL-Magazinen und Videos auf spiegel.de. Dazu lesen Sie die digitale Ausgabe des SPIEGEL schon freitags ab 13 Uhr sowie den wöchentlichen SPIEGEL+-Newsletter der Redaktion.

Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!
 abo.spiegel.de/plus

Jetzt
1 Monat
gratis

Die nächste Katastrophe

Armut Allmählich erreicht das Virus die Favelas und Slums der Welt.
Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen werden gigantisch sein.

In den Tagen, bevor auch in Rio de Janeiro das Sterben begann, druckte die brasilianische Tageszeitung »O Globo« auf der Titelseite ein Foto, das wie ein apokalyptischer Blick in die Zukunft wirkte. Alles, was man darauf sah, waren Häuser. Ein Gewirr zahlloser, ineinander verschachtelter, windschiefer Hütten, die einen Hang hinaufwuchern. Die Menschen, die dort leben, dicht an dicht in dunklen, muffigen Zimmern, entlang von engen, nach Müll und Abwasser stinkenden Gassen, sah man nicht.

Aber man konnte sie sich denken. Etwa 100 000 sind es, die sich in der Rocinha drängen, im Süden von Rio, einer der größten Favelas Lateinamerikas.

Das Bild war Ausdruck einer Angst, die nicht nur Brasilien erfasst hat. Dieselbe Angst geht um in Venezuela, wo die Armenviertel Barrios heißen, in Südafrika, wo man sie Townships nennt, in den Slums von Lagos, Bangkok oder Delhi: Was ist, wenn sich das Virus erst an diesen Orten einnistet? Wenn es die globale Unterschicht befällt, all die Staaten, deren Gesundheitssystem schon lange vor Corona vor dem Kollaps stand?

Bislang, so schien es, war Sars-CoV-2 ein Virus der Reichen. Staunend und entsetzt blickte der arme Süden auf die Dramen in Italien und Spanien, auf Krankenhäuser, von denen man annahm, sie gehörten zu den besten der Welt. Die Seuche schien weit weg, weil jene, die das Virus in die armen Länder einschleppten, Fremde waren oder Angehörige einer Elite.

Die Wahrnehmung, dass Corona ein Problem der anderen sei, bekommt nun

Risse. In Brasilien melden immer mehr Favelas Infektionen. Betrachtet man den ersten Monat, erinnert die Kurve an Italien. Möglich, sagte der brasilianische Gesundheitsminister vergangene Woche, dass die Krankenhäuser Ende April unter der Last zusammenbrechen würden.

Bis Donnerstagnachmittag zählte seine Behörde mehr als 7000 Fälle, 252 Menschen starben. Länder wie Nigeria, Thailand oder Südafrika, das gerade seine ersten Fälle in den Armensiedlungen meldete, liegen nur wenige Tage zurück. Aus Iran heimgekehrte schiitische Pilger streuen das Virus im Nahen und Mittleren Osten, in Indien tragen es Wanderarbeiter durchs Land, die vor der Ausgangssperre in den Städten in ihre Heimatdörfer fliehen.

Während Forscher der Princeton University errechnet haben, dass sich ohne Gegenmaßnahmen bis Juli vermutlich bis zu 400 Millionen Inder infizieren könnten, gibt es solche Modelle für die meisten anderen Länder nicht. Viele Regierungen kennen nicht einmal annähernd die Zahl der Infizierten, weil flächendeckende Tests in bevölkerungsreichen Ländern logistisch und finanziell kaum zu stemmen sind.

Weil es keine belastbaren Daten gibt, greifen viele Experten zu Metaphern. Es ist kein Zufall, dass in diesen Tagen, in denen Dutzende Fallkurven kurz vor dem Übergang ins exponentielle Wachstum stehen, oft die Rede von einem Tsunami ist, der auf die armen Länder zurollt. Milliarden Menschen halten gerade den Atem an. Wie viele Jahre, fragen sie sich, werden sie zurückfallen in ihrer Entwicklung? Wer steht ihnen bei in dieser Krise, in der sie

sich in einem toten Winkel der Aufmerksamkeit befinden, weil die USA, China und Europa einen Schritt voraus sind?

Einige Nationen, darunter Brasilien und Indien, sind groß wie Kontinente und haben eine enorme wirtschaftliche Kraft. Andere, wie Haiti, sind klein und waren schon vor Covid-19 bitterarm. Manche sind Demokratien, in anderen herrschen Autokraten, Populisten oder Warlords, deren Bürgerkriege seit Wochen aus den Nachrichten verschwunden sind. Aber es gibt ein paar gemeinsame Bruchlinien in diesen Ländern – die soziale Ungleichheit, die hohe Rate an Vorerkrankungen, das Vorhandensein kleiner Eliten, die bisweilen aus wenigen Familien oder Clans bestehen und sich abschotten.

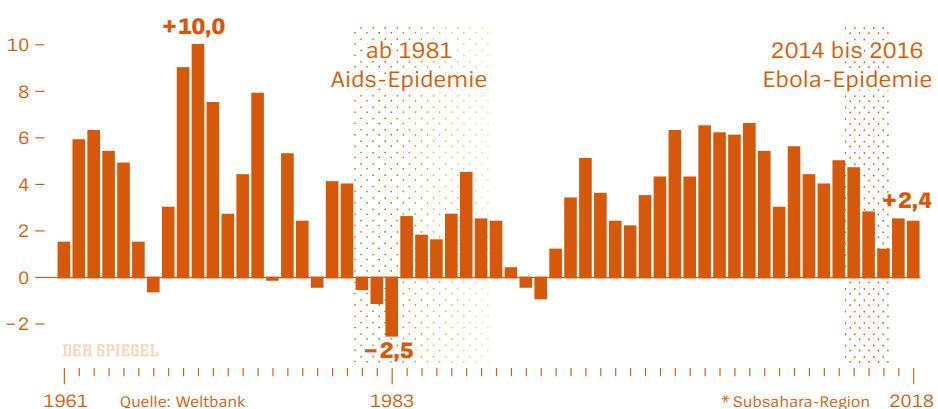
Zudem wiegeln sich manche Staaten entlang des Äquators in trügerischer Sicherheit. Im warmen Klima der Tropen, so hieß es, finde das Coronavirus eine feindliche Umgebung vor. Dazu legten die Bilder aus China und Europa nahe, dass es mehrheitlich alte Menschen töte, was in den jungen Gesellschaften als Vorteil gedeutet wurde. Dass einige Staatschefs glaubten, das Virus aussitzen zu können, kostete sie vermutlich wertvolle Zeit.

»Wir wissen nicht, wie sich Corona in Afrika verhält«, sagt David Heymann von der London School of Hygiene and Tropical Medicine. »Aber wir haben keinen Hinweis darauf, dass es anders sein wird als im Rest der Welt.«

Tatsächlich ist es schwierig, in diesen Zeiten etwas zu finden, das zuversichtlich stimmt. In vielen Ländern wird das niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung durch die oft harten Lebensumstände relativiert. An Orten wie der Favela Rocinha gibt es oft nicht mal genug Wasser zum hygienisch korrekten Händewaschen. In Indien, wo Großstädte wie Mumbai oder Delhi häufig unter einer Smogglocke liegen, leiden drei Millionen Menschen an Tuberkulose. 80 Millionen sind Diabetiker. Das Immunsystem vieler Afrikaner ist zusätzlich geschwächt durch mangelnde Ernährung, durch HIV, Malaria oder das Lassafieber.

Armut ist nun wie das Alter ein Risikofaktor. Und Armut bedeutet auch: das Abgeschnittensein von Information, von seriösen Quellen, die entlarven, dass Männer wie der Präsident von Tansania mit der Gesundheit ihres Volkes spielen, wenn sie dazu aufrufen, sich gerade jetzt in

Geschundener Kontinent Reales BIP-Wachstum in Afrika*, in Prozent





Touristenhotels untergebracht werden. Es geht darum, den Kollaps hinauszögern.

Das Problem ist, dass die Menschen in den armen Ländern ungleich stärker unter den Ausgangsbeschränkungen leiden als die Bewohner reicher Staaten. Was das bedeuten kann, brachte der Pakistener Imran Khan kürzlich auf den Punkt. Khan ist Premierminister eines Landes, in dem sich ein Viertel der Bevölkerung, 50 Millionen Menschen, nur eine Mahlzeit täglich leisten kann. »Wenn wir unsere Städte abriegeln«, sagte er, »dann retten wir die Menschen vor dem Virus. Zugleich aber schicken wir sie in den Hungertod.«

Milliarden Menschen, die durch die Isolierung ihre Arbeit und ihre Lebensgrundlage verlieren, müssen versorgt werden. Die Taxi-, Uber- oder Rikschaführer von Rio, Kapstadt und Neu-Delhi, die Tagelöhner, deren Baustellen ruhen, die fliegenden Händler, die auf leeren Straßen und an Stränden keine Kunden finden. 85 Prozent der Erwerbstätigen, schätzt die Weltbank, arbeiten auf dem afrikanischen Kontinent im informellen Sektor. In Indien sind es drei Viertel der arbeitenden Bevölkerung. Brasilien zählt mehr als 61 Millionen prekär Beschäftigte. Es sind Menschen, die in dieser Krise kein soziales Netz auffangen.

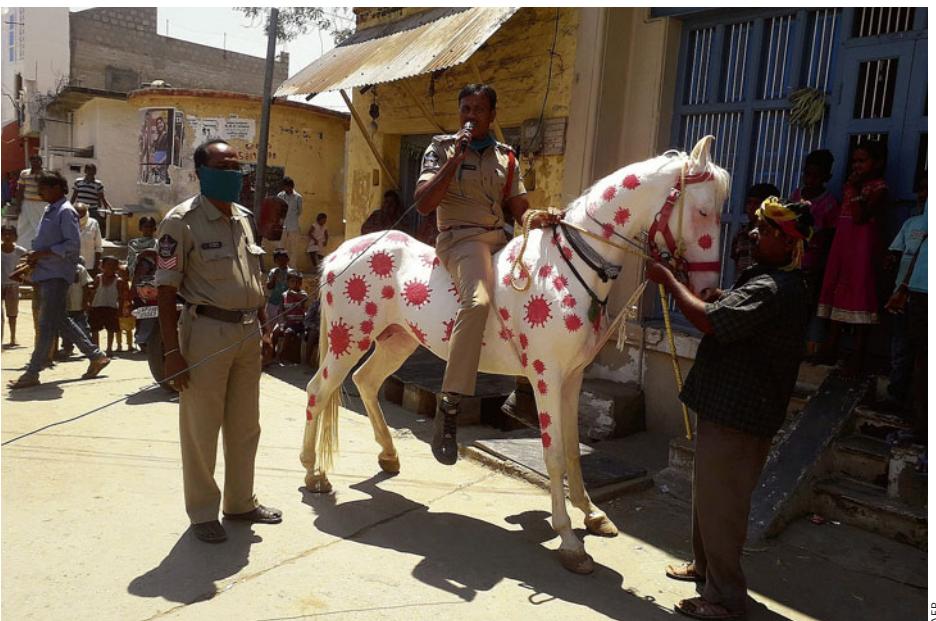
In vielen Ländern geht die Angst vor Plünderungen um. Um die Ausgangssperren durchzusetzen, patrouilliert in Pakistan schon das Militär. In Südafrika gingen Polizisten äußerst rüde vor. Was aber passiert, wenn die Krankenhäuser Menschen abweisen müssen?

Der Direktor des afrikanischen Center for Disease Control and Prevention, John Nkengasong, prophezeit vielen Ländern eine »Sicherheitskrise, eine Wirtschaftskrise und eine Gesundheitskrise, in dieser Reihenfolge«.

Die Möglichkeiten der Regierungen sind begrenzt. Während Europa und die USA ihre Bürger und Unternehmen mit Billionen stützen, fehlt den meisten Ländern des Südens schlicht das Geld. Seit Januar, so der »Economist«, seien Investitionen in Milliardenhöhe aus den Schwellenländern abgeflossen. Dazu kommt, dass dort wichtige Einnahmen wegbrechen, weil Touristen fernbleiben oder die Rohstoffpreise sinken. Wenn die Verwandten im Ausland kein Geld mehr überweisen, weil sie selbst in Schwierigkeiten stecken, dann schrumpft die Wirtschaftskraft eines Landes wie Lesotho um 23 Prozent.

Wenn all dies dazu führt, dass Kredite an den internationalen Finanzmärkten unerschwinglich werden, was bleibt den Regierungen, um ihre Gesundheitssysteme, ihre Bürger und Unternehmen über die nächsten Monate zu bringen?

Viele Volkswirtschaften sind zu wenig diversifiziert und damit verwundbar. Von



Kirchen zu versammeln. John Magufuli glaubt, Corona sei ein Teufel, der im Körper Jesu keine Überlebenschance habe. Magufuli mag wie ein Sonderfall erscheinen, aber er ist es nur bedingt. Seine Regierung verfügt über mehr Minister, nämlich 19, als das nationale Referenzkrankenhaus in Dar es Salaam über Intensivbetten (es sind 6). Nicht viel besser ist es im Nachbarland Uganda. In Malawi, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, gibt es 25 dieser Betten. Die Zahl der Ärzte in der Region: einer pro 5000 Menschen. In Europa kommt einer auf 300. Die Zahl der Beatmungsgeräte in Mali oder Mosambik: eins pro eine Million Einwohner. Schon jetzt klagen große NGOs, die südlich der Sahara häufig die Versorgungslücken schwacher Staaten füllen, dass sie aufgrund der Mobilitätseinschränkungen

ihr Personal und Material kaum einsetzen können. Zugleich lässt der venezolanische Autokrat Nicolás Maduro ausländische Hilfskräfte ohnehin nicht ins Land. Den wenigen Ärzten, die nach langen Krisenjahren noch in den Krankenhäusern ausharren, fehlt es an Seife, Desinfektionsmitteln, Latexhandschuhen oder Atemschutzmasken. In Indien brauchte es eine Million Beatmungsgeräte und bis zu vier Millionen Intensivbetten.

Es sind monströse Zahlen, aber sie helfen zu verstehen, warum eine Regierung wie die von Sierra Leone die Grenzen bereits schloss, als es noch keinen einzigen bestätigten Fall gab. Sie helfen zu verstehen, warum die Regierung in Delhi ihren 1,3 Milliarden Bürgern bei Verstößen gegen die Lockdown-Regeln mit brutalen Strafen droht oder Hunderte Bewohner der Rocinha jetzt eilig in leer stehenden

einem »break-the-glass moment« spricht der ghanaische Finanzminister Ken Ofori-Atta, jenem Moment, in dem es höchste Zeit ist, die Scheibe vor dem Feuerwehrschauch einzuschlagen. Um den Kontinent vor einer wirtschaftlichen und humanitären Katastrophe zu bewahren, braucht es wesentlich mehr Hilfe als die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) für die ärmsten Länder bereitgestellten 50 Milliarden Dollar.

Abebe Selassie, der die Afrikaabteilung des IWF leitet, fordert die Gläubiger im Norden auf, den ärmsten Ländern mit sofortiger Wirkung ihre Schulden zu erlassen. Die Frage ist, ob die internationale Gemeinschaft in diesem existenzbedrohenden Moment die Hilfeschreie aus dem Süden hört. Ob es Ländern wie den USA, Deutschland oder Frankreich irgendwann wieder gelingt, über die Grenzen ihrer Nationalstaaten hinauszudenken. Vorerst ist durch dieses Um-sich-selbst-Kreisen des Westens eine Solidaritätslücke entstanden, in die China drängt.

Bis vor Kurzem schien es undenkbar, dass China als Gewinner aus dieser Krise hervorgehen könnte. Zu hoch waren die Opferzahlen, zu groß das Leid in Wuhan, zu ohnmächtig die Wut mancher auf einen Staat, der versuchte, unliebsame Wahrheiten zu zensieren. Gut zwei Monate später hat sich das Blatt gewendet. Maskendiplomatie ist die Strategie der Stunde.

83 Ländern hat China inzwischen Nothilfen angeboten. Griechenland wurde mit Schutzmasken ausgestattet, Italien versorgte man mit Beatmungsgeräten, die Ukraine mit Desinfektionsmitteln. China schickte medizinische Experten in den Irak und Testkits nach Indonesien. Während die Stiftung des Alibaba-Gründers Jack Ma Hilfsgüter an alle 54 Länder Afrikas verschickt, verhandelt die Regierung mit Peru über die Lieferung eines der aus Wuhan bekannten Fertigbau-Krankenhäuser.

Noch nie seit ihrer Gründung, heißt es in Peking, habe die Volksrepublik in solchem Umfang humanitäre Hilfe geleistet. Wenn irgendwann abgerechnet wird, dann kann es sein, dass Chinas Umgang mit den armen Ländern die Kräfteverhältnisse in der Welt verschoben hat.

Diejenigen, die insgeheim darauf hoffen, dass die Bilder aus den Krankenhäusern in der Lombardei abschreckende Wirkung auf Flüchtlinge und Migranten haben, werden sich täuschen. Heute sind die Armen eingesperrt. Bald aber wird der politische, wirtschaftliche und soziale Fallout der Pandemie eine Fluchtursache sein.

Marian Blasberg, Georg Fahrion,
Laura Höflinger, Susanne Koelbl,
Fritz Schaap

»Wir müssen noch viel mehr investieren«

Italien Außenminister Luigi Di Maio fordert mehr Solidarität ein und verlangt, dass die EU sich am zwei Billionen schweren Hilfsprogramm der USA orientiert.

Di Maio ist seit September vorigen Jahres der oberste Diplomat Italiens, zuvor war er Vizepremier in der ersten Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte. In Rom gilt der 33-jährige Di Maio, bis vor Kurzem Chef der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung, als Pragmatiker.

SPIEGEL: Herr Außenminister, Italien wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Ihre Regierung verlangt nun Unterstützung von seinen Partnern in der Europäischen Union, auch von Deutschland. Erlebt Europa jetzt eine ähnliche Zerreißprobe wie während der Eurokrise?

Di Maio: Eine Situation wie heute haben wir noch nie erlebt. Es gibt einfach keinen historischen Vergleich zu den gewaltigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Wir finden keine Lösung, wenn wir nur nach hinten blicken. Es spielt doch heute keine Rolle, wie einst der Marshallplan funktionierte, welche Schulden Deutschland nach dem Krieg erlassen wurden oder was Griechenland mit der Eurokrise zu tun hatte.

SPIEGEL: Sondern?

Di Maio: Es geht jetzt um die Zukunft des europäischen Volkes. Wir stehen vor einer globalen Herausforderung. Europa muss sich mit den USA und China messen. Niemand sollte erwarten, dass er nach der Krise einen wirtschaftlichen Aufschwung als einzelner Staat schaffen kann.

SPIEGEL: Italien und andere südliche Mitgliedstaaten wollen neue Schulden über EU-Staatsanleihen, sogenannte Corona-Bonds, vergemeinschaften. Länder wie Deutschland und die Niederlande sind dagegen. Sie fürchten ein Fass ohne Boden.

Di Maio: Italien hat seine Schulden immer bezahlt. Mehr noch: Im vorigen Jahr haben wir unser Defizit sogar auf 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt – dabei hatten wir mit der EU-Kommission vorher einen Spielraum von über zwei Prozent vereinbart.

SPIEGEL: Warum braucht es dann Corona-Bonds?

Di Maio: Es interessiert mich nicht, wie wir die Instrumente zur Krisenbekämpfung nennen. Es geht darum, das beste Instrument zu finden und gemeinsam auf diese schwere Krise zu reagieren. Wir brau-

chen die ganze Kraft der EU und europäische Staatsgarantien, um die Zukunft Europas zu sichern.

SPIEGEL: Der portugiesische Premier António Costa hat die Haltung von reichen EU-Staaten wie den Niederlanden als »abstoßend« bezeichnet. Hat er recht?

Di Maio: Wir brauchen jetzt keine Wortgefechte, sondern Zusammenhalt. Es geht um die nächsten 10, 15 Jahre. Wir haben erst 2010 die Eurokrise erlebt – und jetzt das Corona-Debakel. Keine andere Generation in Europa musste in so kurzer Zeit zwei so große Krisen bestehen. Das schaffen wir nur mit großer Ernsthaftigkeit und Kraft.

SPIEGEL: Was sind die größten Probleme in Italien derzeit?

Di Maio: Im Moment müssen wir erst mal dafür sorgen, dass unsere Unternehmen liquide bleiben, wir Arbeitsplätze sichern können und die Löhne garantiert sind. Dazu schauen wir uns übrigens das deutsche Modell genau an. Und dann müssen wir in den nächsten Jahren unser Gesundheitssystem stärken.

SPIEGEL: Wie ist die aktuelle Lage im medizinischen Bereich?

Di Maio: Wir setzen auf die Kraft unserer Ärzte, Krankenpfleger und Arbeitskräfte im Gesundheitswesen. Sie arbeiten 24 Stunden pro Tag, um das Leben der Kranken zu retten. Ich möchte mich bei der Gelegenheit aber auch dafür bedanken, dass Deutschland italienische Patienten aufnimmt. Niemand ist schuld, dass wir es mit einer Pandemie zu tun haben. Und dass wir über 13 000 Tote haben. Italien erwartet jetzt eine gemeinsame Antwort auf diesen Schmerz, der alle betrifft, da die Situation auch in Deutschland, Frankreich und Spanien schwierig ist.

SPIEGEL: Was haben Sie unternommen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu lindern?

Di Maio: Allein im März haben wir 25 Milliarden Euro bereitgestellt. Wenn wir in Europa, wie der Internationale Währungsfonds berechnet hat, für jeden Lockdown-Monat etwa fünf Prozent des Brutto-

»China hat uns sehr geholfen.«



KARL MANCINI / DER SPIEGEL

inlandsprodukts verlieren, müssen wir natürlich noch viel mehr investieren.

SPIEGEL: Wie viel?

Di Maio: Wir müssen uns vor Augen halten, dass die USA als wirtschaftlicher Konkurrent der EU zwei Billionen Dollar bereitstellen, also 2000 Milliarden. Auch China mobilisiert riesige Summen. Die Unternehmen dieser Staaten könnten damit sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen. Darauf müssen wir in Europa eine angemessene Antwort finden.

SPIEGEL: Letztlich sagen Sie also: Wir brauchen Corona-Bonds gewaltigen Ausmaßes. Oder nicht?

Di Maio: Wir müssen die bestmögliche Übereinkunft finden. Und das sage ich nicht zugunsten Italiens, sondern Europas. Wenn einer fällt, fallen alle. Europa erlebt gerade seine Stunde null. Man gewinnt zusammen, oder man verliert zusammen. Die EU sollte jetzt handeln – und nicht ein weiteres Mal unvorbereitet reagieren.

SPIEGEL: 72 Prozent der Italiener sind laut einer Umfrage von der bisherigen EU-Antwort auf die Pandemie enttäuscht.

Di Maio: Das sind Momentaufnahmen. Die Italiener sind Europäer und fühlen sich dem europäischen Volk zugehörig. Ich hoffe nur, dass die EU den Erwartungen der Bürger gerecht wird und Lösungen für die Krise findet.

SPIEGEL: Ihr Land ist Nettobeurtragszahler in der EU. Der Vorsitzende des Europäischen Stabilitätsmechanismus, Klaus Regling, hat schon vorgeschlagen, das zu ändern. Würde dies helfen?

Di Maio: Natürlich können wir über den nächsten EU-Haushalt sprechen. Oder über Reformen der Europäischen Union, die wir uns gut vorstellen können. Aber in diesen Tagen müssen wir erst mal schnell die richtigen Maßnahmen und Instrumente für die Gegenwart finden. Wir müssen sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten so viel ausgeben können wie nötig, um ihren Völkern zu helfen.

SPIEGEL: Bricht die Europäische Union auseinander, wenn ihre Mitglieder jetzt nicht zusammenfinden?

Di Maio: Die Finanzmärkte sehen ein starkes Europa, wenn es mit einer einzigen Stimme spricht.

SPIEGEL: Lega-Chef Matteo Salvini hetzt gerade wieder gegen die EU. Macht Ihnen das Sorgen?

Di Maio: Salvini ist im Moment wirklich das kleinste Problem. Das Thema sind jetzt nicht antieuropäische Kampagnen – sondern europäische Antworten. Wenn wir die finden, haben jene, die Europa zerstören wollen, keine Chance.

SPIEGEL: Russland und China haben Italien frühzeitig geholfen. Kann es sein, dass sich Ihr Land von Europa ab- und anderen Partnern zuwendet?

Di Maio: China hat uns gerade am Anfang sehr geholfen, als es uns Mediziner schickte und vor allem den Export von Schutzmasken und Beatmungsgeräten ermöglicht hat. Aber auch viele andere Länder haben uns unterstützt, neben den Russen zum Beispiel Albanien, Kuba und Polen. Aus Frankreich kamen Schutzausrüstungen, Deutschland nimmt, wie gesagt, italieni-

sche Patienten auf, und US-Präsident Donald Trump will uns mit 100 Millionen Dollar unterstützen. Italien war immer eine Brücke zwischen Ost und West, aber unsere Heimat ist in der europäischen und atlantischen Allianz.

SPIEGEL: Wie verändert das Coronavirus die internationale Politik?

Di Maio: Ich glaube nicht, dass sich das geostrategische Gleichgewicht verschiebt. Mich beschäftigt mehr, wie sich die Pandemie auf die Weltwirtschaft auswirkt. Wir dürfen nicht vergessen, welchen großen Erfolg wir mit dem europäischen Binnenmarkt in der Vergangenheit erzielt haben, mit offenen Grenzen, freiem Verkehr. Das darf nicht verloren gehen. Ich kann nicht vorhersagen, wie sich die Welt nach Corona entwickelt. Aber vielleicht lernen wir als Weltgemeinschaft aus dieser Krise auch, dass nicht nur wirtschaftliche Freiheiten wichtig sind. Sonder auch der Sozialstaat und die Gesundheitssysteme.

SPIEGEL: Wann und wie kehrt Ihr Land wieder zurück in die Normalität?

Di Maio: Es wäre unverantwortlich, konkrete Schritte der Lockerung zu planen, solange es keine entsprechenden Signale der Wissenschaftler gibt, die uns beraten.

SPIEGEL: Aber das Schlimmste haben Sie jetzt überstanden?

Di Maio: Mal sehen. Die Wissenschaftler sagen uns, dass wir den Höhepunkt erreicht haben. Aber wir haben ihn noch nicht überwunden.

Interview: Frank Hornig

Unbegrenzte Macht

Gastbeitrag Ungarns Premier Viktor Orbán hat die Demokratie abgeschafft. Die EU muss handeln, sonst wird sich der Autoritarismus in Europa ausbreiten. Von Daniel Hegedüs

In Ungarn zeigt sich in diesen Tagen, was für Europa politisch auf dem Spiel steht. Schon seit mehr als zehn Jahren ist das Land unter Premierminister Viktor Orbán wegen seiner antideokratischen Entwicklung bekannt. Doch Ungarn ist keine isolierte Insel des Autoritarismus in Europa. Es ist dessen Laboratorium. Sogar in den alten EU-Mitgliedstaaten verfolgen viele sehnsgütig Orbáns Experimente. Nun ist seine Fidesz-Partei die erste politische Kraft auf dem Kontinent, die die Coronakrise zur autoritären Machtergreifung instrumentalisiert. Aber sie ist nicht die einzige, die davon träumt.

Es ist ein politischer Spagat, in Zeiten der Epidemie effektives Krisenmanagement zu betreiben. Bürgerrechte können zeitweise eingeschränkt werden, aber der demokratischen Grundordnung darf kein Schaden zugefügt werden. Die Notstandsregelungen in der Coronakrise müssen zeitlich begrenzt, verhältnismäßig und der Kontrolle des Rechtsstaats unterworfen sein. Doch das unbefristete Notstandsgesetz, praktisch ein Ermächtigungsgesetz, das das ungarische Parlament am 30. März verabschiedet hat, erfüllt keines dieser Kriterien.

Erstens: Die Regierung kann frei entscheiden, bis wann ihre fast unbegrenzten Machtkompetenzen gelten. Premier Orbán kann zeitlich unbegrenzt per Dekret regieren.

Zweitens: Das Gesetz ist weder verhältnismäßig noch notwendig. Die Regierung hatte schon am 11. März den Ausnahmezustand verkündet. Er verlieh ihr alle notwendigen Kompetenzen zur Bekämpfung der Krise. Zwar müssen diese alle 15 Tage vom Parlament bestätigt werden – doch Orbán verfügt über die nötige Zweidrittelmehrheit, und die Oppositionsparteien waren bereit, diese Sonderrechte bis Ende Juni politisch mitzutragen.

Es ging Orbán offenkundig nicht um Krisenmanagement, sondern um die Eroberung unbegrenzter Machtkompetenzen und die weitere Spaltung der Gesellschaft.

In das Strafgesetzbuch sind neue Tatbestände aufgenommen worden, darunter die Verbreitung falscher oder verzerrter Informationen, die »die erfolgreiche Verteidigung« in der Krise behindern oder »Verwirrung und Unruhe« stiften. Sie können mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Der Text ist bewusst unpräzise gehalten, um Journalisten einzuschütern und den Spielraum der politisch gesteuerten Staatsanwaltschaft möglichst groß zu halten.

Drittens: Ungarn ist kein Rechtsstaat mehr. Die im Gesetzesentwurf verankerte Kontrolle durch das Verfassungsgericht reicht nicht aus. Es ist seit 2013 mit Fidesz-nahen Richtern besetzt und kein unabhängiges Organ der Gewaltenteilung mehr.

Es ist nicht anzunehmen, dass Orbán seine Vollmachten von selbst abgibt, wenn die Coronakrise vorbei ist. Die

Geschichte Ungarns in den vergangenen zehn Jahren ist die Geschichte eines Demokratieabbaus. Orbán hat Krisen stets genutzt, um seine Macht auszubauen – und was er einmal erobert hat, hat er nie wieder abgegeben. Zwischenzeitlich wollte die Regierung sogar die Kompetenzen der Bürgermeister einschränken – ein Racheakt für den Erfolg der Opposition bei den Kommunalwahlen vom letzten Herbst.

Was kann Orbán machtpolitisch mit dem Gesetz überhaupt noch gewinnen? Ungarn war schon seit Langem keine Demokratie mehr. Mit dem Ermächtigungsgesetz ist nun aber auch das demokratische Erscheinungsbild des Regimes weg.

Das kann Orbán auf der europäischen Bühne ernste Schwierigkeiten bereiten. Die Erklärung für diese irrational anmutenden Schritte liegt in seinem Machthunger und seinem autoritären Instinkt. Das sind keine Alleinstellungsmerkmale Orbáns in Europa. Er setzt offensichtlich auf den langfristigen Erfolg der autoritären Kräfte in Europa.

Für die meisten europäischen Entscheidungsträger war der Abbau der Demokratie in EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn oder Polen eine zweitrangige politische Frage. Diese Haltung hat die Autokratisierung der beiden Länder erst ermöglicht; sie hätte gegen entschlossenen Widerstand nicht durchgesetzt werden können.

Was kann die EU nun tun? Dass sie Sanktionen gegen Ungarn beschließt, ist unrealistisch. Dafür wäre Einstimmigkeit nötig, doch Polen und andere Staaten werden nicht zustimmen.

Der EU-Rat kann und sollte aber im Rahmen des Artikel-7-Verfahrens endlich offiziell feststellen, dass in Ungarn

die Gefahr der schwerwiegenden Verletzung der EU-Grundwerte besteht. Und die Europäische Volkspartei, der Orbáns Partei ebenso angehört wie die deutsche CDU, sollte Fidesz unverzüglich ausschließen.

Die EU-Staaten könnten während der laufenden Verhandlungen über den mehrjährigen Europäischen Finanzrahmen starken finanziellen Druck aufbauen. Die Werkzeugkästen des Europarechts und der Diplomatie bieten genügend Maßnahmen, um der Autokratisierung entgegenzuwirken.

Schon während der vergangenen Jahre hat es nicht an Handlungsoptionen gemangelt, sondern vor allem am politischen Willen. Wenn die Europäische Volkspartei, die Europäische Kommission und die Bundesregierung aber selbst in dieser Lage nicht entschlossen zur Verteidigung der Demokratie auftreten, werden sie die historische Verantwortung tragen: Die Büchse der Pandora muss geschlossen werden – oder der Autoritarismus in Europa schreitet voran.

Der ungarische Politologe Daniel Hegedüs, 38, arbeitet für die unabhängige Denkfabrik German Marshall Fund in Berlin.

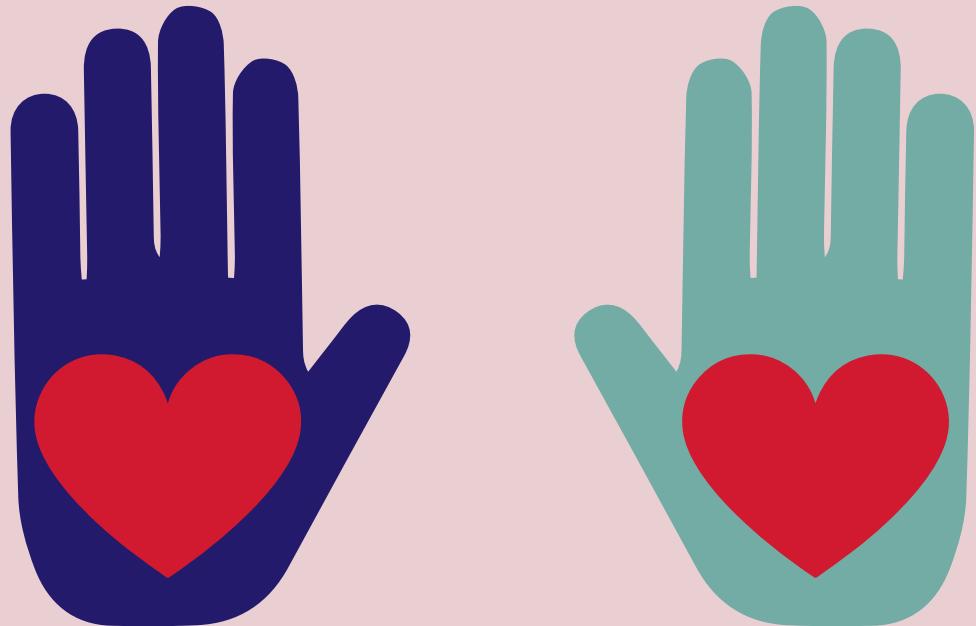


Fidesz-Vorsitzender Orbán

ZOLTAN MATHE / AP

#ALLEFÜRALLE
DEUTSCHLAND
GEGEN CORONA

LIEBE ZEIGEN,



ABSTAND
HALTEN!



WWW.DEUTSCHLAND-GEGEN-CORONA.ORG



Handelsblatt
Wirtschafts
Woche



fischerAppelt
DAS FUTTERHAUS



ada
HEUTE DAS MORGEN VERSTEHEN
Wall



Jetzt den SPIEGEL testen und Prämie sichern

6 × DER SPIEGEL für nur € 23,90 + Wunschprämie



25 %
sparen
+ Prämie



10€ DriversChoice-Gutschein

Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig.



10€ Amazon.de Gutschein

Für Bücher, CDs, DVDs, Spiele, Technikartikel und vieles mehr.

Einfach jetzt anfordern: abo.spiegel.de/6x

oder telefonisch unter 040 3007-2700 (Bitte Aktionsnummer angeben: SP20-026)

Sport

Sieben Minuten Training

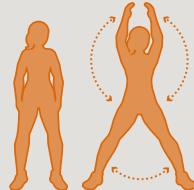


Beinstrecker

Setzen Sie sich auf einen Stuhl. Strecken Sie die Beine komplett aus, und pendeln Sie abwechselnd mit den Beinen. Der Oberkörper bleibt aufrecht. Geübt halten eine Flasche zwischen ihren Füßen und heben diese an.

Hampelmann

Hüftbreiter, lockerer Stand, Oberkörper aufrecht. In eine kleine Grätsche springen, Knie dabei leicht beugen. Gleichzeitig die Arme nach oben heben und strecken, sodass sich die Hände über dem Kopf berühren. Danach in die Ausgangsposition zurückspringen. Das Körpergewicht bleibt auf den Fußballen.

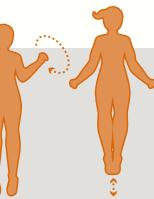
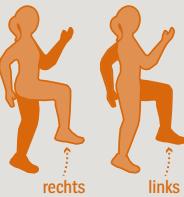


Kniebeugen

Etwa Schulterbreit stehen. Beide Füße zeigen leicht nach außen. Spannen Sie Ihren Bauch an. Schieben Sie Ihre Hüfte nach hinten, und beugen Sie Ihre Knie langsam und kontrolliert. Halten Sie den unteren Rücken gerade. Sind die Oberschenkel parallel zum Boden, die Beine wieder nach oben durchstrecken.

Knie nach oben

Laufen Sie auf der Stelle, und ziehen Sie Ihre Knie im Wechsel so weit wie möglich nach oben. Lassen Sie die Arme mit in die Bewegung einfließen. Für mehr Herausforderung die Frequenz der Kniehübe steigern.



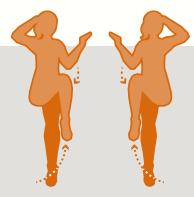
Seilspringen ohne Seil

Schulterbreiter Stand. Flach springen und gleichzeitig die Arme kreisen – so, als hätten Sie ein Seil. Den Oberkörper aufrecht halten. Die Kniegelenke sollten zur Abfederung leicht gebeugt sein. Springen Sie ausschließlich auf die Fußballen, und berühren Sie nie den Boden mit den Fersen.



Stuhldips

Auf die Stuhlkante setzen. Die Hände rechts und links vom Körper auf die Kante legen, mit den Fingern über die Kante fassen. Das Gewicht nach vorn verlagern, und den Po in Richtung Boden senken und wieder anheben.



Stehender Crunch

Hüftbreit stehen. Rechtes Bein heranziehen, dabei den Oberkörper in Richtung rechtes Bein rotieren. Der linke Ellenbogen geht zum Knie. Bauchnabel fest nach innen ziehen. Rückenmuskulatur ebenfalls anspannen. Das Standbein bleibt leicht gebeugt. Wieder zurück in die Ausgangsposition und Gewicht auf links lassen. Seite wechseln.

DER SPIEGEL

Fit daheim: Diese sieben Übungen für die Zeit der Kontaktverbote und Ausgangsbeschränkungen wurden von Martin Halle, dem Ärztlichen Direktor der Präventiven Sportmedizin und Sportkardiologie der TU München, zusammengestellt. Sie sind für Untrainierte wie auch Trainierte gedacht und verbessern Kraft, Ausdauer und Koordination. Führen Sie jede Übung eine Minute lang durch. Wenn Sie ein richtiges Workout wollen, können Sie das Programm auch dreimal hintereinander absolvieren. Was der Mediziner Halle noch rät? Sieben Stunden Schlaf pro Nacht, mindestens 30 Minuten frische Luft am Tag und lieber Obst statt Schokolade.

»Erst Vollgas, dann auf die Bremse«

Gut zu wissen Wie kurzfristig lässt sich das Immunsystem stärken?

• Sport stärkt das Immunsystem, diese These ist vielfach erforscht und weithin bekannt. Weitau weniger Menschen wissen jedoch, wie rasch sich mit einem wenig Training die Abwehrkräfte verbessern lassen.

Wilhelm Bloch, Leiter des Instituts für Kreislauftorschung und Sportmedizin an der Deutschen Sporthochschule Köln, beschäftigt sich seit vielen Jahren damit, wie sich Bewegung auf den menschlichen Organismus auswirkt. »Das Immunsystem ist ein sich schnell anpassendes System. Schon eine Woche körperliches Training beschert nachhaltig positive Effekte, wie wir aus Studien wissen«, erklärt Bloch.

Um sich bestmöglich gegen das neue Coronavirus zu wappnen, empfiehlt der Forscher deshalb – neben allen anderen Schutzmaßnahmen –, gerade jetzt aktiv zu sein. Zwar ließe sich dadurch nicht das

Infektionsrisiko beeinflussen, jedoch die Art, wie der Körper gegebenenfalls mit dem Virus fertig wird.

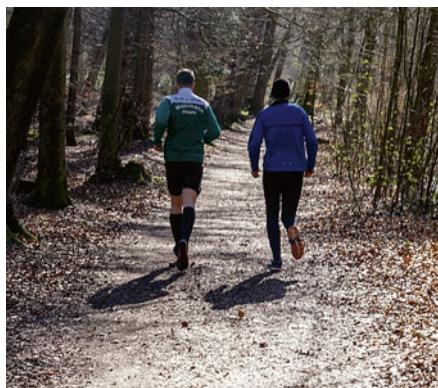
Den Einfluss von Sport auf die Virusabwehr erklärt Bloch so: »Bei jedem Reiz setzt der Körper Faktoren frei, die das

Immunsystem stärken und – das ist fast noch wichtiger – ausbalancieren.« Ge-meint ist damit, dass die Abwehrkräfte zunächst angemessen auf einen bislang unbekannten Erreger reagieren, also »erst Vollgas geben, um diesen zu eliminieren, dann aber auf die Bremse treten«, wenn sie die Infektion im Griff haben.

Diese Eigenregulation sei wichtig, um eine überschießende Immunreaktion zu verhindern, die am Ende ebenso wie die originäre Infektion lebensbedrohlich sein könnte.

Blochs Botschaft deshalb: Wer gern walkt, joggt oder Rad fährt, möge genau das auch beibehalten. Wer bislang Couch-potato war, sollte gerade jetzt vom Sofa hochkommen und sich alle zwei Tage so bewegen, dass der Körper warm wird und leicht ins Schwitzen gerät – sofern man sich natürlich nicht kränklich oder ange-schlagen fühlt.

Zu beachten gibt es laut Bloch dabei nur eines: »Wichtig ist, sich seinem Leistungsstand entsprechend zu bewegen. Denn wer sich völlig auspowert, schwächt seine Immunabwehr.« WIN



KOKENG / NORDPHOTO

Jogger im März bei Vechta

Überlebenskünstler

Vereine Die Fußballbundesliga will sich mit Geisterspielen vor der Pleite retten.
Ein absurder Plan – oder realistisches Szenario?

Nach einer Woche der Ausgangsbeschränkung meldete sich Uli Hoeneß zu Wort. Der Ehrenpräsident des FC Bayern wohnt oberhalb von Bad Wiessee mit Blick auf den Tegernsee. Sein Stammrestaurant hat wegen der Covid-19-Pandemie geschlossen. Er geht nur noch zum Einkaufen aus dem Haus.

Er mache sich Sorgen, sagt Hoeneß in einem Interview mit dem »Kicker«. Auch um den Fußball.

In ganz Deutschland darf nicht mehr gespielt werden. Plätze, Trainingszentren und Stadien sind gesperrt, die Bundesliga-Saison wurde unterbrochen.

Das letzte große Projekt von Hoeneß im Amt als Präsident des FC Bayern war der Bau der Nachwuchsakademie, in der der Nachschub für den Profikader des Klubs herangezogen werden soll. Die Talentsfabrik umfasst acht Spielfelder, ein Stadion, einen Kantinenbereich, der von Starkoch Alfons Schuhbeck betrieben wird.

Auch auf dieser Anlage ruht der Betrieb, die Spieler sind bei ihren Familien. Sie lesen Bücher, lernen fürs Abitur. »Andere fangen an, mit ihrer Mutter zu kochen«, sagt ein Spielerberater.

Hoeneß findet diesen Stillstand bedrohlich. Wenn der Ball nicht bald wieder rollt, glaubt er, werde eine »neue Fußballwelt« entstehen. Eine, in der alle den Gürtel enger schnallen müssten. »Die Koordinaten werden sich etwas verändern.«

Dass es einen solchen Kollaps geben könnte, war für ihn und die anderen Lenker des Kommerzfußballs bislang unvorstellbar. Der Spitzenfußball war immer ein Märchenland. »Eine Traumwelt«, wie der Geschäftsführer von Hannover 96, Martin Kind, sagt. Kind hat ein Hörgeräteunternehmen aufgebaut, der Konzern beschäftigt heute mehr als 3500 Mitarbeiter.

In den vergangenen zehn Jahren flossen der Bundesliga rund acht Milliarden Euro allein durch die TV-Vermarktung der Spiele in die Kasse. Beim FC Bayern feierten sie fast jedes Jahr einen neuen Umsatzrekord.

Jetzt klagen die Manager, wie hart ihre Klubs von einer Absage der Spielzeit getroffen würden. Von einem möglichen Vereinssterben ist die Rede, sollte in diesem Jahr gar nicht mehr gespielt werden dürfen.

Dabei gehört der Profifußball zu jenen Branchen, die wohl eher besser durch die Krise kommen werden. Großklubs wie der FC Bayern oder Borussia Dortmund, aber auch der VfL Wolfsburg oder der SC Freiburg konnten in den vergangenen Jahren Rücklagen bilden. Selbst jene Klubs, nicht gut gewirtschaftet haben, können damit rechnen, dass sie gerettet werden, sich ein Investor findet oder ein Mäzen, der die Bilanzen ausgleicht. Fußballklubs hätten selbst in schwierigen Zeiten bewiesen, dass sie »wahre Überlebenskünstler« seien, sagt der Regensburger Sportökonom Albert Galli.

Profivereine leben von der Leidenschaft der Menschen für den Fußball. Diese Ressource schwindet auch in Zeiten von Covid-19 nicht.

Im Gegenteil. Der Soziologe Tobias Werron von der Universität Bielefeld hat zur Popularität im Weltsport geforscht. Seit mehr als drei Wochen pausiert der Spielbetrieb in der Bundesliga, und schon jetzt, sagt Werron, könnten viele Fans es kaum erwarten, dass es endlich wieder losgeht.

Die Deutsche Fußball Liga (DFL) und die Manager der Klubs schmieden deshalb große Pläne für den Neustart der Bundesliga, obwohl da draußen ein Virus wütet.

Um den wirtschaftlichen Schaden durch die Coronakrise gering zu halten, soll die nach dem 25. Spieltag unterbrochene Saison mit Partien ohne Publikum durchgezogen werden. Ein Experiment. 82 Geisterspiele wären allein in der ersten Liga nötig, um die Meisterschaft abzuschließen.

Die Mannschaften sollen womöglich in Hotels abgeschirmt und nur für die Spiele in die leeren Arenen gelassen werden. Wenn die Gladiatoren ihren Job getan haben, sperrt man sie bis zum nächsten Auftritt wieder weg. Die Fans könnten sich die Geistershow im Pay-TV angucken.

Die Planer der englischen Premier League, die auch in Schieflage geraten ist,

diskutieren ein ähnliches Modell. Ein Saisonende in einer Art Turnierform, jeden Tag mehrere Spiele – auch ohne Publikum.

Virologen warnen allerdings davor, Bundesliga-Spiele generell wieder zuzulassen. Auch wenn die Stadien leer sein sollten, so würden sich Fans womöglich zu Hunderten vor den Arenen versammeln – so wie es beim Champions-League-Spiel zwischen Paris und Dortmund im März geschehen ist. Eine Horrorvorstellung für die Verantwortlichen, die versuchen, Menschenansammlungen zu verhindern.

Der Chef der Deutschen Fußball Liga (DFL) Christian Seifert steht aber bereits in Kontakt mit dem Bundesgesundheitsministerium und dem Robert Koch-Institut, um einen Korridor für die Geisterspiele zu finden. Angepeilt ist ein Termin im Mai. Spätestens im Juni aber müsste es losgehen, damit die Klubs die Saison noch pünktlich abschließen und das noch ausstehende Geld aus der TV-Vermarktung kassieren könnten. Die Rede ist von 384 Millionen Euro.

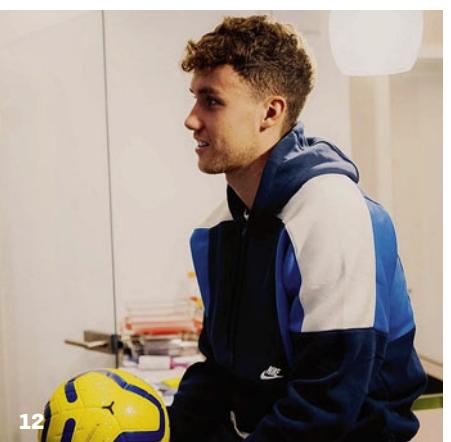
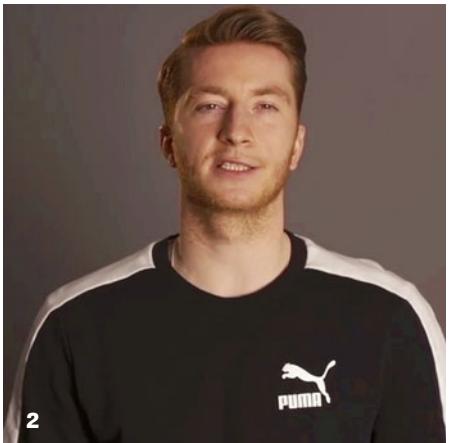
Die Entscheidung, ob die Bundesliga-Profis wieder spielen dürfen oder nicht, treffen Behörden und Politiker in Absprache mit den Medizinern. Die Fußballmanager können nur versuchen, Vorbereitungen zu treffen – und für ihren Plan werben.

Das tun sie. Die Pandemie hat den weltweiten Sportkalender durcheinandergewirbelt. Die Fußball-EM und die Olympischen Sommerspiele, zwei gigantische Unterhaltungsspektakel, die eigentlich im Sommer stattfinden sollten, wurden um ein Jahr verschoben. Meisterschaften im Volleyball und Eishockey abgesagt, Tennisturniere fallen aus. Die Tour de France steht auf der Kippe. Nun soll wenigstens die Fußballbundesliga der Bevölkerung zur Erbauung in dunklen Zeiten dienen.

»Etwas Ablenkung, andere Inhalte« – diese Botschaft sendet vor allem Krisenmanager Seifert jetzt unermüdlich hinaus ins Land. Wenn Kneipen und Restaurants geschlossen sind, man nicht mehr mit Freunden feiern kann, wenn Theater und Kinos keine Vorstellung haben, könnte die Bundesliga den schwierig gewordenen Alltag auflockern.

Der Fußball gibt dem Leben vieler Menschen einen Rahmen. Fans denken von Spieltag zu Spieltag. Wenn am Wochen-

»Etwas Ablenkung, andere Inhalte« – diese Botschaft sendet der DFL-Chef.



Instagram-Fotos: 1 | Kai Havertz, 2 | Marco Reus, 3 | Robert Lewandowski, 4 | Joshua Kimmich, 5 | Jérôme Boateng, 6 | Jonathan Tah, 7 | Javi Martínez, 8 | David Alaba, 9 | Karim Bellarabi, 10 | Mario Götze mit Ehefrau, 11 | Jadon Sancho, 12 | Luca Waldschmidt

ende die Lieblingsmannschaft aufläuft, spielen alle Sorgen für 90 Minuten mal keine Rolle. Man kann sich emotional auspowern. Und am nächsten Wochenende kommt schon das nächste Spiel.

Dieses Ventil existiert gerade nicht. Wegen eines Erregers. Die Fortführung der Bundesliga würde den Leuten das Gefühl geben, dass die Normalität vielleicht langsam zurückkehrt.

Denn wenn im Fernseher wieder Spiele zu sehen sind, Dortmund gegen Schalke, Bayern gegen Leipzig, Gladbach gegen Köln, erinnert man sich an die Tage zurück, als alles normal war, als es Covid-19 noch nicht gab. Wissenschaftler Werron spricht von einem »Normalisierungsdrang«, der sich weiter verstärken werde, wenn die Infektionskurven abflachen.

Es ist legitim, dass der Fußball versucht, sein Geschäftsmodell mit Geisterspielen zu retten. 56 000 Jobs hängen am Bundesligabetrieb, darunter Platzwarte, Wäschefrauen, Mitarbeiter auf den Geschäftsstellen. Einfache Leute, deren Gehalt ein Bruchteil von denen der Profis ausmacht.

In vielen Vereinen haben sie bereits auf Kurzarbeit umgestellt, um durch die Krise zu kommen. Es gibt rührende Geschichten von Betreuern, die von sich aus angeboten haben, auf Geld zu verzichten.

Auch viele Profis zeigen sich solidarisch. Bei Borussia Dortmund kommen durch den Gehaltsverzicht der Fußballer Millionen zusammen.

Aber dieses Geld wird am Ende vielleicht nicht reichen. Deshalb wäre es aus wirtschaftlichen Überlegungen falsch, es nicht zu versuchen, die noch ausstehenden Millionen aus der TV-Vermarktung doch noch irgendwie abzugreifen.

Allerdings dürfen auch Bundesligaclubs nicht die Gesundheit von Menschen gegen Geld aufwiegen. Bevor gespielt wird, müssen sie abklären, wie man gewährleisten kann, dass sich Spieler nicht anstecken.

Die DFL hat dazu eine medizinische Taskforce aufgestellt. Die Ärzte sollen einen Plan entwickeln, wie man die Akteure schützen kann. Vorgesehen ist offenbar, dass die Spieler vor jeder Partie auf Corona getestet werden müssten. Erst wenn alle Tests negativ sind, kann angepfiffen werden.

Der Fußball kann es sich offenbar leisten, über solche Szenarien zu diskutieren, während in Italien, den USA und zu Hause Menschen sterben. Die Virologen und Epidemiologen, die ansonsten die Debatte über die Pandemie dominieren, halten sich bisher beim Thema Geisterspiele weitgehend zurück.

Vielleicht müssen die Manager am Ende aller Beratungen mit den Ärzten

auch feststellen, dass das Risiko, das sie mit Geisterspielen eingehen würden, doch zu hoch ist. Dann muss man sich auch trauen, dies schnell und offen zu kommunizieren. Und den Plan zu verwerfen.

In der Zwischenzeit tut der Fußball viel, um sein sympathisches Gesicht zu zeigen. Im Stadion von Real Madrid wird nicht gekickt, die Arena wird zum Lager für medizinisches Material. AS Rom verteilt Carepakete an ältere Fans. Deutsche Nationalspieler spenden Millionensummen, damit Schutzbrillen, Atemschutzmasken und Beatmungsgeräte gekauft werden können.

Geldmeister

Verteilung der TV-Gelder*

an die Vereine der Fußball-Bundesliga, Saison 2019/20, in Millionen Euro



*aus der nationalen Vermarktung

DER SPIEGEL

nen. Lionel Messi verzichtet auf 70 Prozent seines Gehalts.

Für solchen Großmut feiern Fans die Spieler. Sie folgen ihnen auf Instagram – die Fußballer sind derzeit nicht die Helden auf dem Platz und werden dennoch zu Vorbildern für die Gesellschaft hochstilisiert.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Gehälter der Spieler sind der Kern des Problems, das der Fußball gerade hat. »Sie sind viel zu hoch«, sagt der Historiker Nils Havemann, der die wirtschaftliche Entwicklung des Sports seit Jahrzehnten beobachtet.

Statt Eigenkapital zu bilden, pumpten viele Klubs ihre hohen Einnahmen direkt

in die Taschen der Fußballer, kritisiert Havemann. Bei den Bundesligisten machen die Personalkosten für den Spielerkader im Schnitt fast 40 Prozent des Gesamtbudgets aus.

Dass ausgerechnet dieser zügellose, verschwenderische Fußball in der Coronakrise einen Sonderweg für sich reklamiert, mit Ausnahmegenehmigungen für Geisterspiele, sorgt bei jenen, die sich nicht für das Spiel interessieren, für Unverständnis. In scharfen Debatten im Netz wird die Relevanz der Profiklubs angezweifelt.

DFL-Chef Seifert weiß um die Kritik. Er formuliert deshalb vorsichtig, wenn er über einen möglichen Neustart der Bundesliga spricht. Man wolle da nichts durchboxen, sagt er. Alles geschehe in Abstimmung mit den Behörden. Die Gesundheit der Menschen stehe über allem.

Seifert ist eigentlich ein impulsiver Typ. Er kann sehr lakonisch sein. Aber er schafft es dieser Tage, sich zurückzunehmen. Für sein Krisenmanagement wird er von den Vereinsmanagern gelobt. Auch weil er das Szenario im Blick hat, dass die Saison womöglich doch abgesagt werden muss, weil die Infektionszahlen in Deutschland nicht entscheidend zurückgehen und die Behörden Bundesliga-Spiele deshalb nicht zulassen.

Der Fußball wird sich dann andere Rettungsmodelle überlegen müssen. Die ECA, eine europäische Klubvereinigung, will das Financial Fair Play ausgesetzt sehen, um Investoren einen Einstieg bei den Klubs zu erleichtern.

Ein Modell für die Bundesliga könnte sein, dass die DFL Fremdkapital für alle siechen Vereine beschafft. Entweder über die Platzierung einer Anleihe oder über die Aufnahme eines Kredits bei Banken, die über die Verpfändung künftiger Erlöse der Medienrechte besichert werden könnten, wie Wirtschaftsprofessor Galli vorschlägt. Wichtig sei nun, dass die Vereine erkennen, dass »der ganze Zirkus nur als gemeinsames Produkt« funktioniere, sagt er. Alleingänge einzelner Klubs sind derzeit nicht erwünscht.

Bei einer Videokonferenz der DFL am vorigen Dienstag spielten solche grundsätzlichen Themen noch keine Rolle. Es ging bei der Besprechung der Bosse allein um die Fortsetzung der Saison mit Geisterspielen – den großen Rettungsplan für die Bundesliga. Alle Klubs sollten sich bereithalten, sagte DFL-Chef Seifert.

Bei Borussia Dortmund hatten die Fußballer das Training schon wieder aufgenommen. Die Spieler übten in Zweiergruppen. Erst wenn ein Pärchen eine Einheit beendet hatte, durfte das nächste auf das Spielfeld.

Duschen mussten die Profis zu Hause.

Peter Ahrens, Gerhard Pfeil

Bundesligen In Basketball und Handball geht es für Vereine jetzt nicht mehr darum, wie sie die Krise überstehen. Sondern: ob überhaupt.

»Maximal gefährdet«



SASCHA KLÄHN

THW-Kiel-Geschäftsführer Szilágyi, Trainer Filip Jicha: Nur schwer zu stemmen

● Die Bemühungen der Fußballbranche, mit Geisterspielen relativ unbeschadet durch die Pandemie zu kommen, ist eine Besonderheit im deutschen Profisport. Bei vielen Erstligisten im Handball und im Basketball steht derzeit alles auf dem Spiel: Es geht um die Existenz. Die Kalkulationen der Manager drehen sich darum, wie sie im Mai oder Juni ihre Rechnungen begleichen können.

Björn Albrecht, 39, ist einer von ihnen. Als die Basketballbundesliga am 12. März ihren Spielbetrieb unterbrach, begann der Geschäftsführer von Medi Bayreuth zu rechnen. »Hätten wir unsere Kosten nicht reduziert, wären wir Ende April zahlungsunfähig geworden«, sagt er.

Bayreuth, Tabellenmittelfeld, Europapokalteilnehmer, ging mit einem Etat von 4,8 Millionen Euro in die Saison, rund 70 Prozent davon sind Personalkosten. Diese hat Albrecht nun innerhalb weniger Tage radikal eingekürzt. Die Verträge mit fünf US-amerikanischen Spielern wurden aufgelöst, mit einem sechsten laufen Verhandlungen. Alle restlichen Spieler, Trainer und Mitarbeiter der Geschäftsstelle befinden sich in Kurzarbeit. »Rund 450 000 Euro konnten wir dadurch einsparen«, sagt Albrecht. Die drohende Liquiditätsgrenze wurde so von Ende April auf Anfang Juni geschoben.

Nun versucht Albrecht aus dem Homeoffice heraus, weitere Fixkosten zu

drücken: Wohnungsbestand, Fuhrpark, Versicherungen. Doch es gibt keine Planungssicherheit. Noch hat die Liga, die bis mindestens zum 30. April pausiert, die Saison nicht endgültig abgebrochen. In Bayreuth plädiert man für eine schnelle Entscheidung, auch um gegenüber Fans und Sponsoren glaubwürdig zu bleiben. Was aber, wenn diese dann Geld zurückfordern?

»Maximal gefährdet« sei dann die Spielbetriebs-GmbH in Bayreuth, sagt Albrecht. Fünf Liga-Heimspiele stünden noch aus, dazu eins im Europe Cup, in dem Bayreuth im Halbfinale steht. Pro Partie fehlen dem Verein bei einer Absage 80 000 bis 100 000 Euro aus Ticketeinnahmen, Catering, VIP-Angeboten. Zudem stehen noch rund 300 000 Euro an offenen Sponsorenzahlungen aus.

450 000

Euro an Personalkosten
hat Basketballerstligist
Bayreuth seit Beginn der
Coronakrise eingespart,
fünf Spielerverträge wurden
aufgelöst.

Geld, das sich auch durch Geisterspiele nicht wieder eintreiben lässt. Im Gegenteil. Anders als im Fußball stehen nicht Millionen Euro an TV-Geldern auf dem Spiel, sondern nur ein schmales Zubrot. Basketball läuft im Spartenfernsehen, pro Saison fällt für die Vereine jeweils ein niedriger sechsstelliger Betrag ab.

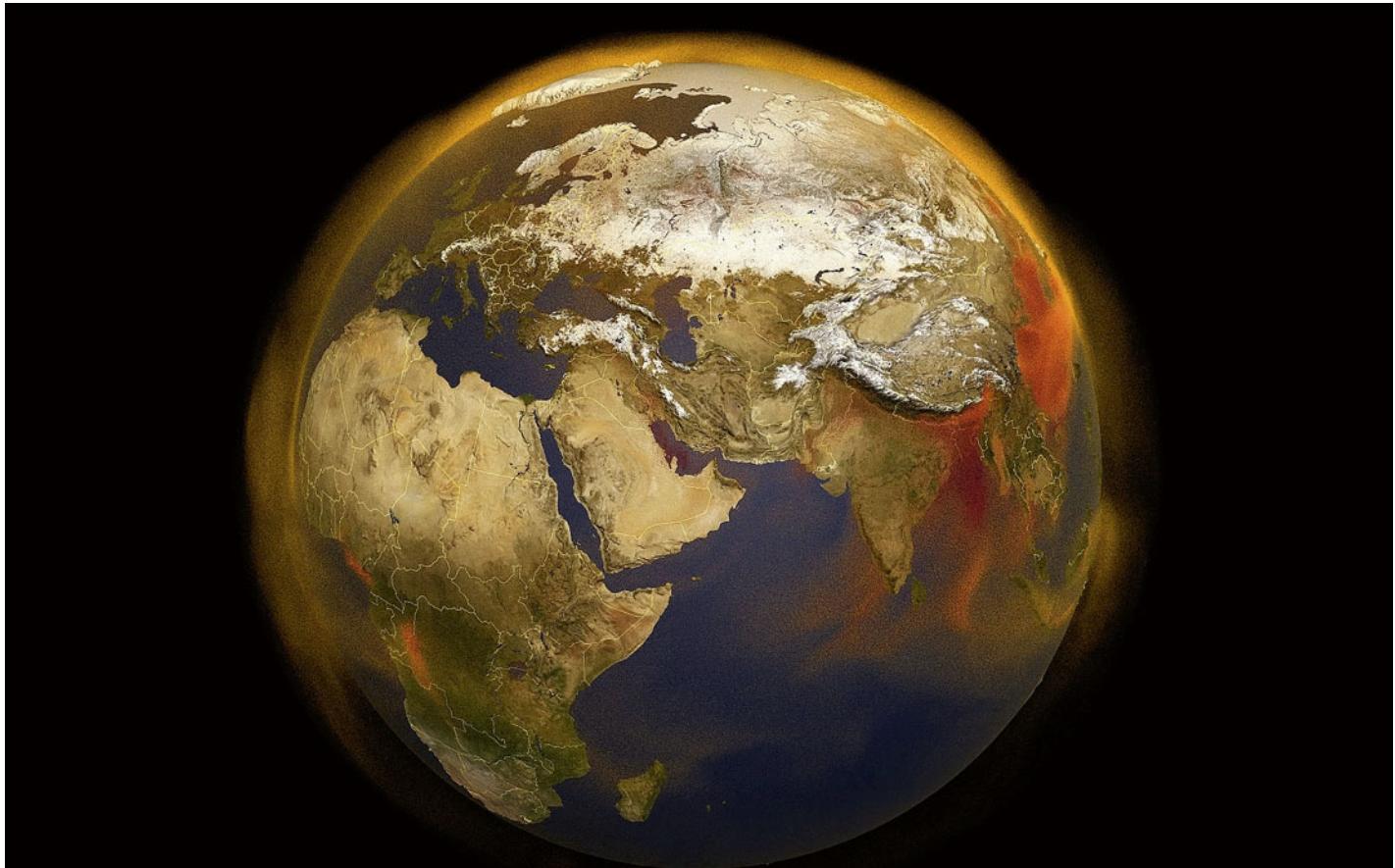
Entscheidender sind die Sponsoren. Rund 200 hat Bayreuth, dazu etwa 50 Kleinstunterstützer. »90 Prozent kommen aus Bayreuth oder der Region«, sagt Geschäftsführer Albrecht, »der Lokalkolorit ist bei uns deutlich stärker ausgeprägt als etwa im Profifußball.« Vielen Unternehmen sei es deshalb wichtig, dass die Zuschauer in der Halle ihr Sponsoring wahrnehmen. Bei Geisterspielen wäre dies nicht gegeben.

Im Handball sind Spiele vor leeren Rängen eher eine Option, zumindest für die Liga. Am Dienstag überraschte Frank Bohmann, Geschäftsführer der Handballbundesliga, in einer Telefonkonferenz die Vereinsvertreter mit seinem Plänspiel, bis Weihnachten Geisterspiele auszutragen. Bohmann will offenbar unbedingt die bestehenden Verträge mit Sky sowie ARD und ZDF über die Krise retten. Bei den Klubvertretern war die Aufregung groß, sie protestierten heftig. »Reine Geisterspiele wie im Fußball sind im Handball schlicht nicht umsetzbar«, sagt Viktor Szilágyi, 41, Geschäftsführer bei Brachenprimus THW Kiel.

Rund 200 000 Euro kassiert jeder Verein derzeit pro Saison an TV-Einnahmen. In Kiel machte das im Geschäftsjahr 2018/19, in dem der Klub 13,4 Millionen Euro umsetzte, nicht einmal zwei Prozent seiner Erlöse aus – demgegenüber stehen fast 40 Prozent durch Ticketverkäufe.

Sollte es wirklich auch in der neuen Saison zu Geisterspielen kommen, müsste Kiel die Personalkosten in seiner Profiabteilung, die in der Saison 2018/19 rund sieben Millionen Euro betragen, noch radikaler als bisher kürzen. Die Hallenmiete müsste bezahlt werden. Und das Instrument der Kurzarbeit, das ihnen derzeit erhebliche Summen an Sozialversicherungsbeiträgen spart, fiele weg.

Falls bis zum 1. Juli nicht absehbar ist, wann und wie der Spielbetrieb weitergeht, hat der THW noch ein ganz anderes Problem: Sander Sagosen. Der norwegische Starspieler wechselt dann, so ist vor Monaten ausgehandelt worden, von Paris nach Kiel, sein Monatsgehalt an der Förde soll 42 000 Euro netto betragen. Eine Preisklasse, die der Verein angesichts der Krise nur schwer wird stemmen können. Wahrscheinlich, so Geschäftsführer Szilágyi, müsse man dann mit Sagosen neu verhandeln: »Wir können nicht wegen eines Vertrags die Existenz des ganzen Klubs riskieren.« Erik Eggers, Thilo Neumann



NASA / SCIENTIFIC VISUALIZATION STUDIO

Als Brennstoff wird Erdgas weltweit genutzt; es gilt als verhältnismäßig klimafreundlich. Denn das Methanmolekül, aus dem Erdgas im Wesentlichen besteht, hat den geringsten Kohlenstoffanteil aller fossilen Energieressourcen. Geht es unverbrannt in die Atmosphäre, ist sein Beitrag zur Klimaerwärmung allerdings enorm. Dieses Computermodell der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa illustriert, wo Methan (rot/orange/gelb) aus natürlichen und menschengemachten Quellen wie der Landwirtschaft entsteht und wie es sich fortwährend in der Atmosphäre verteilt.

Fummeln stoppen

Analyse Um Infektionen vorzubeugen, sollen wir uns nicht mehr an Mund, Auge und Nase fassen. Wie das gelingen kann.

• Die Existenz von Viren war dem Nervenarzt Heinrich Hoffmann noch nicht bewusst, als 1845 sein »Struwwelpeter« erschien. Wohl aber ahnte der Autor, dass es nicht gesund sein konnte, mit den Händen im Gesicht herumzufummeln. Deshalb büsst der arme Konrad im Buch als erzieherische Maßnahme schließlich beide Daumen ein, an denen er unaufhörlich lutscht. Allerdings zum Trotz tatscht auch der Mensch der Gegenwart gern und oft im eigenen Gesicht herum – im Schnitt 23-mal in der Stunde, haben australische Mediziner 2015 in einer Studie herausgefunden. Insbesondere bei der Berührung der Schleimhäute (Augen, Nase, Mund) droht eine Infektion mit

Schädlingen wie dem Coronavirus. Aus diesem Grund weisen Infektiologen darauf hin, dass das Unterbinden dieser Neigung womöglich eine präzisere Waffe im Kampf gegen die Epidemie sein könnte als Ausgehverbote oder Handytracking. Psychologen geben nun Tipps, wie die Umerziehung funktionieren kann. Nützlich sei das Anlegen eines Tagebuchs, das Fummelepisoden penibel auflistet. Überdies möge man etwa bei dem Verlangen, sich ins Gesicht zu fassen, die Hände zu Fäusten ballen oder fest auf die Oberschenkel pressen. Dabei ahnt wohl jeder: Es lernt sich weit einfacher per YouTube-Video, wie man sich in Chirurgenmanier die Hände wäscht, als sich solche Unarten abzugewöhnen.

Insbesondere, da die Fummelei nicht einfach nur eine schlechte Angewohnheit ist, wie der im Oktober verstorbene amerikanische Neuropsychologe Robert Provine herausgefunden hat. Er untersuchte über Jahre Phänomene wie den Schluckauf oder das Gähnen; in der Neigung zum Schubbern erkannte Provine den evolutionären Zweck, die Körperoberfläche von Flöhen, Läusen oder Stechmücken zu befreien – von Plagegeistern also, die schon der selige Heinrich Hoffmann kannte. Frank Thadeusz

Paläontologie

Berühmter Räuber

• Mit dem Kinospektakel »Jurassic Park« (1993) erlangte eine Gruppe vergleichsweise kleiner Saurier schaurige Berühmtheit: Unter der Bezeichnung »Raptoren« wurden die flinken Räuber weltbekannt. Fachleute fanden im San-Juan-Becken des US-Bundesstaats New Mexico weitere Fossilien dieser Fleischfresser und gaben der neu entdeckten Art den Namen *Dineobellator notohesperus*. Wie die meisten seiner Verwandten besaß er eine schmale Schnauze, mit scharfen Krallen bewehrte Greifarme, je eine sichelförmige Kralle am Fuß und einen langen Schwanz, der ihm die nötige Balance bescherte, wenn er seiner Beute nachsetzte. In der großen Beweg-



lichkeit des Schwanzansatzes sehen die Forscher das besondere Merkmal des neu entdeckten Exemplars. »Man muss sich etwa die Bewegungen des Schwanzes einer rennenden Katze vor Augen rufen«, sagt Steven Jasinski vom State Museum of Pennsylvania in Harrisburg, der mit seinen Kollegen das Fossil untersuchte. Beulen an Unter-

armknochen, an denen wohl Federkiele ansetzen, lassen darauf schließen, dass *Dineobellator* wie seine nähere Verwandtschaft gefiedert war. Er zählte zu den letzten Exemplaren der Dinosaurier, die mit Ausnahme der Vögel vor etwa 66 Millionen Jahren durch einen Asteroideneinschlag ein abruptes Ende fanden. cw

Klima

»Schockierend, wie schnell sich alles verändert«



Sybille Klenzendorf, 48, Programmleiterin für Artenschutzwissenschaft und Monitoring bei der Umweltschutzorganisation WWF, über die Überlebens-

chancen der Eisbären

SPIEGEL: Frau Klenzendorf, Sie waren Anfang März auf Spitzbergen, wo Vertreter der »Eisbärenstaaten« USA, Kanada, Grönland, Norwegen und Russland über Schutzmaßnahmen für Eisbären berieten. Was kam dabei heraus?

Klenzendorf: Das erste Eisbären-Schutzabkommen wurde schon 1973 unterzeichnet; damals ging es vor allem um Jagdbeschränkungen. Daraufhin erholteten sich vielerorts die Bestände – bis der Klimawandel kam. Seit 2013 beinhaltet das Abkommen auch Maßnahmen für den Klimaschutz, und auf Spitzbergen haben die

Staaten nun bekräftigt, dass sie intensiver zusammenarbeiten wollen. Außerdem wurde festgehalten, wie wichtig es ist, dass alle Länder ihre Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens umsetzen.

SPIEGEL: Die Regierung der USA leugnet den Klimawandel und steigt aus dem Pariser Abkommen aus – wie soll da die Zusammenarbeit weiter funktionieren?

Klenzendorf: Auch die US-Delegierten haben auf Spitzbergen die gemeinsame Erklärung unterschrieben. Sowohl Biologen des U.S. Fish and Wildlife Service als auch weitere Vertreter des Innenministeriums und eine Frau aus dem Außenministerium sprachen sich dafür aus, dass die USA Klimaschutz betreiben sollten. Ich fand es mutig von diesen Leuten, dass sie das öffentlich so klar gesagt haben.

SPIEGEL: Sie engagieren sich seit fast zwei Jahrzehnten für den Eisbärenschutz – wie hat

sich die Situation in der Arktis in dieser Zeit verändert?

Klenzendorf: Als wir zu Beginn des Jahrtausends das Eisbärenprogramm des WWF entwickelten, wussten wir, dass der Klimawandel ein zentrales Thema sein würde. Aber schockierend ist, wie schnell sich alles verändert. Das hätte ich mir nicht träumen lassen. Mittlerweile rechnen wir damit, dass wir bis 2050 ein Drittel der Eisbärenpopulation verlieren werden. Ein Großteil des Sommereises in der Arktis könnte schon 2030 verschwunden sein. Die Prognosen, die noch vor fünf Jahren für das Pariser

Abkommen verwendet wurden, waren zu konservativ.

SPIEGEL: Der Eisbär ist nur eine von zahlreichen Tierarten, die durch den Klimawandel bedroht sind. Warum steht er so im Fokus?

Klenzendorf: Er ist ein Sympathieträger. Außerdem steht er in der Nahrungskette am Ende. Hat er genügend Lebensraum und Nahrung, gilt das auch für alle anderen Arten.

SPIEGEL: Ist der Eisbär noch zu retten?

Klenzendorf: Ich bin optimistisch. Es wird wohl leider deutlich weniger Eisbären geben, aber wir sind nicht so weit zu sagen, dass die Art ausstirbt. SAY



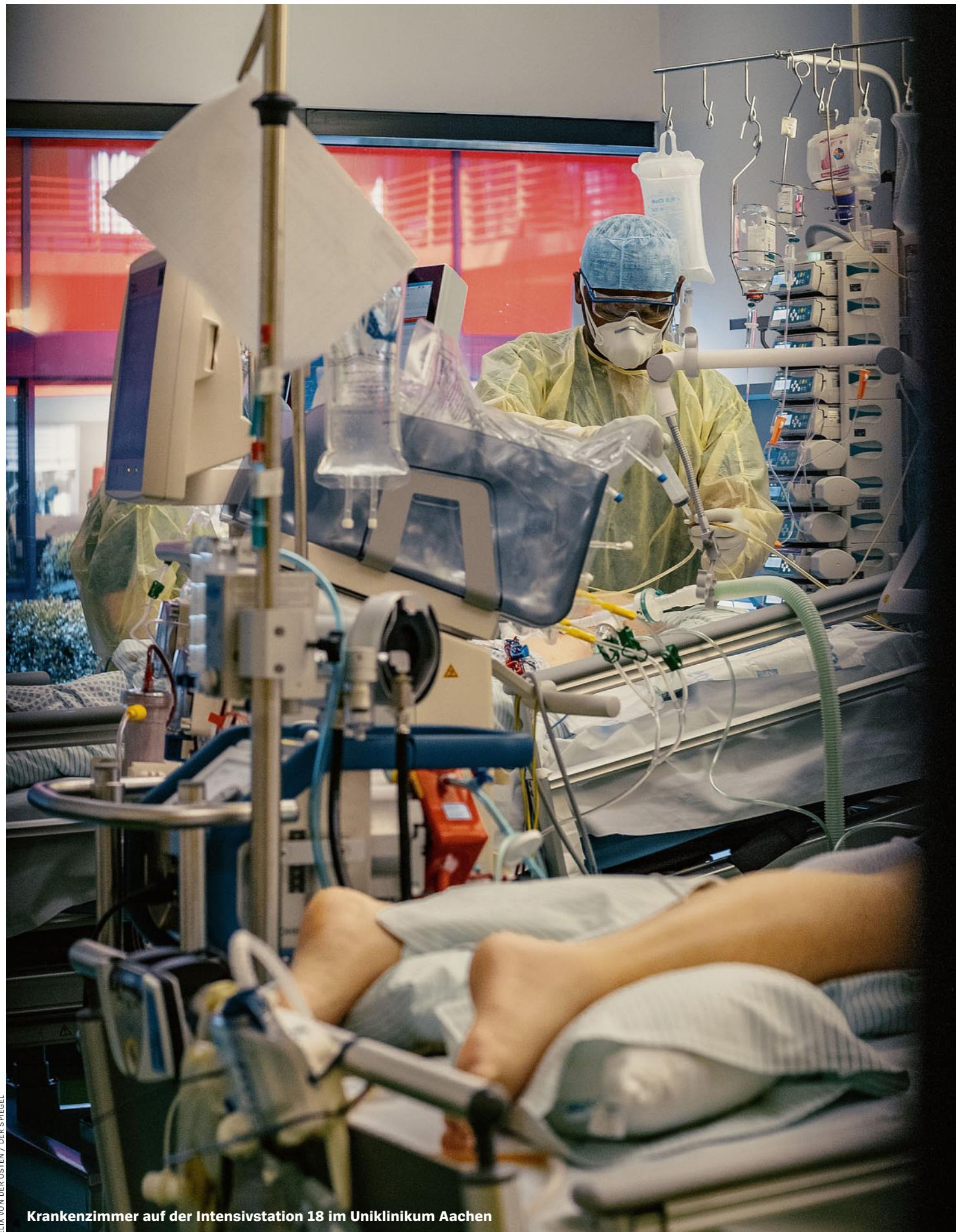
Eisbär

STEFAN HENDRICKS

Fußnote

134

Hautkrankheiten kann ein von südkoreanischen Forschern entwickelter Algorithmus anhand von Fotos diagnostizieren, erste Behandlungsvorschläge machen und Prognosen über die Fortentwicklung des Leidens erstellen. 220 000 Patientenbilder wurden zu diesem Zweck ausgewertet. In manchen Bereichen sei die künstliche Intelligenz schon vergleichbar mit der Diagnosefähigkeit von Ärzten, erklärt Forschungsleiterin Jung-Im Na von der Seoul National University. Ob dem Digitaldoktor auch eine Unterscheidung von Hautkrebs und harmlosen Krankheiten gelinge, sei noch zu prüfen.



FELIX VON DER OSTEN / DER SPIEGEL

Krankenzimmer auf der Intensivstation 18 im Uniklinikum Aachen

Um jedes Leben

Medizin In Deutschland hat das Sterben begonnen, die Zahl der Corona-Toten steigt, und nun zeigt sich: Das Lungenleiden trifft nicht nur Alte und Kranke. Wer wird beatmet, wenn die Plätze knapp werden sollten?

Auf der 18, wie die internistische Intensivstation hier heißt, hat die Schlacht begonnen. Während in vielen Krankenhäusern Deutschlands die Ärzte und Pfleger noch in eilig freigeräumten Stationen auf den Ansturm der Corona-Patienten warten, sind diese am Aachener Uniklinikum bereits zur neuen Normalität geworden. Vor zwei Wochen habe sich noch in jedem der Betten auf Station 18 ein anderes medizinisches Drama abgespielt, sagt Oberarzt Ertunc Altiock. »Inzwischen sehen wir nur noch ein Krankheitsbild.«

Zehn Patienten ringen hier gerade, unterstützt vom Gerätelpark der Hochleistungsmedizin, mit dem Coronavirus Sars-CoV-2. Zwei weitere in kritischer Verfassung sind angekündigt. Die Klinik liegt 35 Kilometer südlich von Heinsberg, dem ersten deutschen Epizentrum der Coronapandemie.

Reglos und weitgehend nackt liegen die Covid-19-Kranken zumeist bäuchlings auf den Betten, angeschlossen an die Schläuche des Beatmungsgeräts, das ein Sauerstoffgemisch in ihre Lungen pumpt. Einige tragen transparente Fausthandschuhe, damit sie sich nicht, wenn sie orientierungslos aus der Narkose erwachen, die Zugänge aus dem Körper reißen. »Wir haben ihnen das vorher genau erklärt«, sagt Altiock.

All diese Menschen wurden mit akutem Lungenversagen hierher verlegt oder eingeliefert. »Schocklunge« nennt sich dieser Zustand auch. Jetzt überwachen Monitore die Organfunktionen. Vier der Patienten hängen gerade an der Dialyse, einige zeigen schlechte Leberwerte. »Herzprobleme sehen wir derzeit nicht so viel«, sagt Chefarzt Michael Dreher. »Aber auch das müssen wir im Auge behalten.«

In drei Fällen sahen sich die Aachener Intensivmediziner gezwungen, die Behandlung aufzugeben: Multiorganversagen. Vier weitere Covid-19-Patienten verstarben auf den Normalstationen des Klinikums.

Vorrangiges Ziel der Ärztinnen und Ärzte ist es, Leben zu retten. Doch zugleich geht es jetzt auch darum, den Gegner möglichst genau kennenzulernen, mit dem sie es in den nächsten Wochen zu tun haben werden.

Insgesamt 60 Covid-19-Patienten wurden bisher in Aachen behandelt, die Hälfte

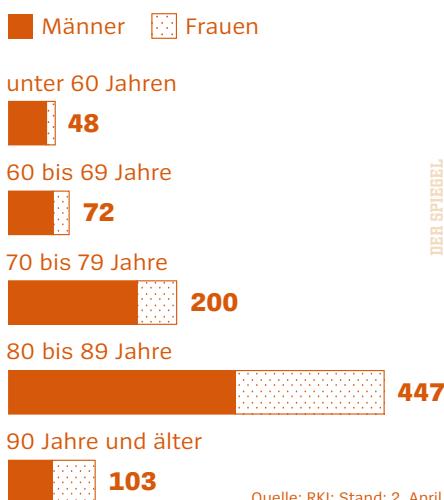
davon intensivmedizinisch. »Gerade haben wir diese Fälle ausgewertet«, sagt Dreher; jetzt muss die Studie rasch an die Öffentlichkeit. Der wissenschaftliche Austausch über die Erfahrungen ist dringlich. Deutschen Ärzten stehen schwere Entscheidungen bevor. Und helfen kann ihnen dabei nur eines: mehr Wissen.

Covid-19 verläuft ähnlich, doch nicht genauso wie andere schwere Lungeninfektionen. Der Vergleich fördert auch gute Nachrichten zutage: Die Lunge der Corona-Patienten bleibt dehnungsfähig, sie versteift nicht wie bei vielen Grippepatienten. Das erleichtert die Beatmung. Auch scheint es seltener zu einem zusätzlichen bakteriellen Befall der Lunge zu kommen.

Andererseits erweist sich Covid-19 als besonders hartnäckige Erkrankung. Oft verschlimmert sich der Zustand nach der Klinikeinweisung über viele Tage hin, und auch nach der Verlegung auf die Intensivstation ist nicht mit rascher Besserung zu rechnen. »Teilweise müssen die Patienten über Wochen beatmet werden«, sagt Chefarzt Dreher. Für das deutsche Gesundheitswesen ist das eine Hiobsbotschaft, denn es heißt: Die Patienten binden für lange Zeit die verfügbaren Beatmungsplätze.

Demografie des Sterbens

Covid-19-Todesfälle in Deutschland nach Lebensalter



Quelle: RKI; Stand: 2. April

Nicht nur das Virus, auch seine Opfer gilt es besser einschätzen zu können. Wer ist anfällig für Covid-19? Und bei wem verläuft die Krankheit besonders aggressiv?

Schemenhaft beginnt sich das Bild des typischen Covid-19-Patienten abzuzeichnen, und mit jedem neuen Fall wird es schärfer. »Wir können inzwischen schon eine ganze Menge sagen«, meint Dreher. Zwar bestätigte sich die Erfahrung, die seine Kollegen in China und Italien gemacht haben: Betroffen sind eher ältere Patienten, und viele von ihnen littten schon vor der Coronavirus-Infektion an Krankheiten.

Dennoch, warnt der Intensivmediziner, sei die Vorstellung falsch, dass das Virus nur Kranke und Betagte befalle. »Covid-19 ist nicht eine Erkrankung alter Menschen.«

Die Altersspanne der Intensivpatienten in der Aachener Studie reicht von 45 bis 84 Jahren, das mittlere Alter lag bei 62. »Unser jüngster Patient ist im Moment eine 40-jährige Frau«, sagt Oberarzt Altiock. Zwar leide sie unter Asthma, ansonsten aber war sie gesund.

Schon der erste tödliche Verlauf einer Covid-19-Erkrankung in Deutschland verstieß gegen die gängigen Regeln – sodass der Fall zunächst unerkannt blieb. Anfang März klagte ein 67-jähriger Mann in der württembergischen 15 000-Einwohner-Gemeinde Remshalden östlich von Stuttgart über Husten und Fieber. Die Symptome waren anfangs nicht schlimm. Es ist nicht einmal klar, ob der Mann überhaupt ärztlich behandelt wurde. Jedenfalls kam er nie in eine Klinik.

Über die näheren Umstände seines Todes möchte das Landesgesundheitsamt keine Angaben machen. Sicher ist nur, dass Patient Nummer eins am 4. März zu Hause verstarb. Die Corona-Pandemie schien damals noch in so weiter Ferne, dass niemand Verdacht schöpfte.

Vorerkrankungen des Mannes sind nicht bekannt. Im Februar erst war er von einer Reise aus dem Kongo zurückgekehrt, was dafür spricht, dass er noch mitten im Leben stand. Die Todesursache wäre nie aufgeklärt worden, wenn nicht die Witwe wenig später über ähnliche Symptome geklagt hätte. Ihr Coronavirus-Test war positiv, deshalb suchten die Pathologen im

Gewebe des Verstorbenen nach dem Virus und wurden fündig.

In ganz anderem Gewand erschien der Corona-Tod, als er mit knapp zwei Wochen Verzögerung den Norden Deutschlands erreichte. In der Nacht zum 13. März stieg bei dem 76-jährigen Bewohner eines Altenpflegeheims in Hamburg das Fieber. Wenige Stunden später war er tot, die Corona-Infektion wurde posthum festgestellt. Der Mann war schon zuvor krank gewesen. Weil nicht nachgewiesen wurde, dass die Corona-Infektion todesursächlich war, hat die Stadt Hamburg ihn nie als offizielles Corona-Opfer gemeldet.

Ganz ähnlich waren die Umstände, als drei Tage später der erste Corona-Tote Schleswig-Holsteins in der Statistik auftauchte. In der Uniklinik Lübeck hatte sich der Zustand eines 78-jährigen Tumorkranken verschärft. Der Mann litt unter metastasiertem Speiseröhrenkrebs. Die Ärzte wollten versuchen, seine Leiden mit Bestrahlung zu lindern.

Doch nun war zur Krebserkrankung eine Lungenentzündung hinzugekommen. »Wir konnten seinen Zustand anfangs mit Antibiotika verbessern«, sagt der hinzugezogene Infektiologe Jan Rupp. »Doch dann verschlechterte er sich rapide.« Alle Versuche einer Stabilisierung blieben vergebens. Der Mann starb an Herz-Lungen-Versagen. Erst nach seinem Tod stellte sich heraus, dass er Corona-positiv war.

Die Beispiele zeigen, wie unterschiedlich sich ein schwerer Covid-19-Verlauf äußern kann. Auf der einen Seite des Spektrums stehen die Fälle, in denen das Coronavirus die Rolle der klassischen Lungenentzündung übernimmt, die einem von schwerer Krankheit Geschwächten die letzte Lebenskraft nimmt. »Die Pneumonie ist der Freund des alten Menschen«, heißt eine alte ärztliche Weisheit – Corona kann demnach einen vergleichsweise sanften Tod bedeuten, der einen Sterbenden von Schlimmerem erlöst.

Auf der anderen Seite des Spektrums stehen jene, die das Virus mitten aus einem erfüllten Leben reißt. Es gibt extreme Fälle, in denen sich der Zustand von Patientinnen und Patienten so rasant verschlechtert, dass die Zeit fehlt, noch vor dem Lungenversagen ins Krankenhaus zu kommen.

Vorerkrankungen, insbesondere wenn sie die Atemwege oder Herz und Kreislauf betreffen, können die Widerstandskraft der Patienten schwächen. Oft handelt es sich dabei um gut eingestellte Leiden, die im Alltag nur geringfügige Einschränkungen bedeuten, sich im Fall einer Corona-Infektion jedoch als lebensbedrohliches Handicap erweisen.

Um angesichts der auf die deutschen Kliniken zurollenden Pandemie angemessen reagieren zu können, wird es von großer Wichtigkeit sein zu ermitteln, wo

im Spektrum der Covid-19-Erscheinungsformen ein Patient steht. Die Ärzte werden lernen müssen einzuschätzen, wie erfolgversprechend und wie sinnvoll ihre intensivmedizinische Hilfe in jedem Einzelfall wirklich ist.

Während sich deutsche Ärzte und Krankenhäuser vorbereiten, werden sie neugierig aus dem Ausland beäugt. Denn in den vergangenen Wochen hat sich der Eindruck verstetigt, dass irgendetwas grundlegend anders läuft in Deutschland. Als in Frankreich, Spanien und Italien der Tod grässigte, blieb die Zahl der Opfer hierzulande vergleichsweise gering – und das, obwohl die Durchseuchung in

Deutschland hat kostbare Zeit gewonnen.

Deutschland den offiziellen Zahlen zufolge kaum geringer ist als in den Nachbarländern. Schon rätselten WHO-Experten und internationale Presse: Sind die Deutschen vor Corona gefeit? Was machen sie besser?

Seit Anfang vergangener Woche jedoch schwindet der Glaube an den deutschen Sonderweg. Die Zahlen haben rasant angezogen, unerbittlich bekommen die Kliniken jetzt die Dynamik exponentiellen Wachstums zu spüren. Etwa alle drei Tage verdoppelt sich die Zahl der Toten. Die Letalitätsrate, also das Verhältnis der Ver-



FELIX VON DER OSTEN / DER SPIEGEL

Chefarzt Dreher

»Noch nicht mit dem Rücken zur Wand«

storbenen zu den Infizierten, nimmt von Tag zu Tag zu. Mitte März lag sie noch bei nur 0,2 Prozent. Anfang vergangener Woche hat sie sich auf 0,4 Prozent verdoppelt. Seither hat sie sich noch einmal verdreifacht, auf 1,2 Prozent, und kaum einer zweifelt mehr daran, dass sie weitersteigen wird.

Es bestätigt sich damit, was die Experten von Charité und Robert Koch-Institut nicht müde wurden zu betonen. Nicht die Todesrate in Deutschland sei ungewöhnlich niedrig, sondern die Testrate ungewöhnlich hoch. Deshalb ließen sich die Zahlen nicht mit denen anderer Länder vergleichen.

In Deutschland vollzieht sich nun mit geringfügiger Verspätung, was Frankreich seit einer Woche und Italien seit drei Wochen durchleben. Voller Sorge fragen sich nun Gesundheitsbehörden und Klinikleitungen: Wird bald auch das deutsche Gesundheitswesen, wie das der Nachbarn, an seine Grenzen stoßen?

Zwar stimmt die Statistik viele Experten vorsichtig optimistisch. Doch noch weiß niemand mit Gewissheit, wann es gelingt, die Dynamik des Sterbens abzubremsen. Und eines ist sicher: Dem exponentiellen Fortschreiten einer Seuche kann kein Gesundheitssystem der Welt dauerhaft standhalten.

Zwar fühlen sich die deutschen Mediziner für den bevorstehenden Notfall vergleichsweise gut gewappnet. »Wir stehen noch lange nicht mit dem Rücken zur Wand«, sagt der Aachener Intensivmediziner Dreher. Trotzdem richten sich die Ärzte darauf ein, dass auch hierzulande die Versorgung der Kranken knapp werden könnte.

Gemeinsam haben die Vertreter von sieben medizinischen Fachgesellschaften darüber beraten, wie sie sich verhalten sollten, falls es irgendwann an Behandlungskapazität fehlt. Wer soll dann die überlebensnotwendige Beatmung bekommen? Und vor allem: Wem soll sie verwehrt werden? Ethiker, Intensiv- und Palliativmediziner haben eine Richtlinie zur »Priorisierung« ausgearbeitet – von der alle hoffen, dass sie nie zur Anwendung kommt.

Um das Leben ihrer Patienten kämpfen zu müssen, sind Ärzte gewohnt. Und auch diesen Kampf zu verlieren, gehört zu ihrem Alltag. Doch ihn gar nicht erst aufnehmen zu können, weil es am nötigen Gerät mangelt, widerspricht zutiefst ihrer Ethik. Schnell bleibt das Gefühl zurück, schwere Schuld auf sich geladen zu haben.

»Es ist erschütternd gewesen zu sehen, unter welchem Druck Kollegen in Italien und Frankreich Entscheidungen dieses Ausmaßes fällen mussten, ohne irgendeine Orientierung zu haben«, sagt Uwe Janssens, der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und



FELIX VON DER OSTEN / DER SPIEGEL

Arztzimmer in der Aachener Uniklinik: »Das geht an niemandem spurlos vorbei«

Notfallmedizin DIVI. »Die Kollegen sind schwer traumatisiert. Das geht an niemandem spurlos vorbei.«

Die Richtlinie, die Janssens zusammen mit 13 Co-Autoren ausgearbeitet hat, ist eher vorsichtig gehalten. Bei der Entscheidung, ob ein Covid-19-Patient beatmet wird oder wann eine Beatmung abgebrochen wird, dürfe einzig die Erfolgsaussicht dieser Therapie eine Rolle spielen. »Wir haben auf klare Ausschlusskriterien verzichtet«, sagt der Münchner Medizinethiker Georg Marckmann. Das gebe den Ärzten zwar keine einfach handhabbaren Faustregeln vor, erlaube aber flexiblere Entscheidungen.

Wichtig ist den Experten, dass nicht das Alter allein den Ausschlag geben darf. Unbedingt sollten Verhältnisse wie im Elsass

vermieden werden, wo die Ärzte in ihrer Not beschlossen haben, über 80-Jährige grundsätzlich nicht mehr zu beatmen.

Der Text der Priorisierungsrichtlinie ist durchdrungen von der Hoffnung, dass den Ärzten die schwersten Entscheidungen erspart bleiben können, wenn frühzeitig darüber nachgedacht wird, welche Art der Behandlung für welchen Patienten sinnvoll ist. Die Intensivmediziner müssen dazu den Allgemeinzustand eines Kranken bereits kennen, wenn er bei ihnen eingeliefert wird. Und auch der Wille des Patienten sollte bereits ermittelt sein. Das heißt: Die Ärzte sollten wissen, was für eine Behandlung er überhaupt wünscht. All das kann verhindern, dass überlastete Mediziner Ad-hoc-Entscheidungen über Leben und Tod fällen müssen.

Zwar schwindet derzeit der Glaube daran, dass Deutschland vom großen Sterben verschont bleibt, aber es wächst das Vertrauen, dass das Land der bevorstehenden moralischen und medizinischen Herausforderung gewachsen ist. Drei Faktoren sprechen dafür, dass Deutschland besser gerüstet ist, als es Italien, Frankreich und Spanien waren.

Erstens: Deutschland verfügt über mehr Intensivbetten und mehr Beatmungsplätze als fast alle anderen Länder Europas. In den vergangenen Jahren ist vielfach beklagt worden, dass wirtschaftliche Zwänge die Kliniken dazu genötigt haben, die Hightechmedizin auf Kosten der Grundversorgung auszubauen. Doch im Angesicht der Coronakrise könnte sich das jetzt als Vorteil erweisen.

Zweitens: Deutschland hat kostbare Zeit gewonnen. Mit den umfänglich durchgeföhrten Corona-Tests ist es zumindest eine Zeit lang gelungen, das Aufblackern der Seuche frühzeitig zu erkennen und Infektionsketten zu unterbrechen. Deshalb setzte die epidemische Ausbreitung verzögert ein. Das verschaffte den deutschen Kliniken rund zwei Wochen Zeit, sich auf den Ansturm der Corona-Kranken einzustellen. Die Ärzte im Elsass und in der Lombardei dagegen wurden unvorbereitet überrollt.

Drittens: Deutschland hat eine gut entwickelte Kultur der Entscheidungsfindung am Lebensende. Die katholisch geprägte Ethik in Ländern wie etwa Italien lässt die Ärzte davor zurückschrecken, eine lebenserhaltende Therapie abzubrechen und so gleichsam dem lieben Gott ins Handwerk zu pfuschen. In Deutschland dagegen sind Behandlungsabbrüche nichts Ungewöhnliches. Im Gegenteil: Die Intensivtherapie wird in der Mehrzahl der Fälle nicht bis zum Eintritt des Todes fortgesetzt, sondern beendet, wenn sie nicht länger sinnvoll erscheint. »Wir sind es gewohnt, solche Entscheidungen zu treffen«, sagt der Hamburger Beatmungsexperte Martin Bachmann.

Bei Covid-19-Kranken gehen die Ärzte dabei nicht anders vor als bei anderen Patienten mit akutem Lungenversagen, sagt Oberarzt Altiock auf der Aachener Intensivstation 18: »Wenn sich abzeichnet, dass das zuvor vereinbarte Therapieziel nicht länger erreichbar ist, dann ändern wir es in Absprache mit den Angehörigen« – auch ein sanfter Tod darf als Ziel gelten.

Unter strengen Schutzmaßnahmen können dann die Nächsten Abschied nehmen, und ein Priester vollzieht, wenn dies gewünscht ist, die Salbung. Die Ärzte haben gelernt, dass auch ein harmonisches Sterben als erfolgreich beendete Therapie betrachtet werden kann. Johann Grolle

Gefahr aus der Höhle



Ökologie Der Ausbruch des Covid-19-Erregers war kein unglücklicher Zufall. Artensterben, Naturzerstörung und Klimawandel erhöhen das Risiko, dass neue Seuchen von Tieren auf den Menschen überspringen.

Das Coronavirus kann seine Herkunft kaum verbergen. Winzige Eiweißmoleküle ragen wie Ärmchen aus seiner Hülle – sie ähneln verblüffend jenen von Viren, die bei Malaiischen Schuppentieren vorkommen.

Noch verräterischer ist sein Erbgut. Zu etwa 96 Prozent stimmt es mit Erregern überein, die in Java-Hufeisennasen gefunden wurden, einer in Südostasien heimischen Fledermausart.

Eine Odyssee von Tierart zu Tierart hat das neuartige Coronavirus hinter sich, das derzeit die Welt in Atem hält. Die Virenreise kann Jahre gedauert haben. Am Ende gelang Sars-CoV-2 der Sprung auf den Menschen. Nun stürmt das Virus mit alttestamentarischer Wucht um die Erde,

doch nicht der Allmächtige hat es über die Menschheit gebracht – Covid-19 ist hausgemacht. Die Mechanismen der Evolution haben die Seuche hervorgebracht. Der Mensch hat nachgeholfen.

Forscher warnen bereits seit Jahren, dass ein neuartiges, für Menschen gefährliches Coronavirus auftauchen könnte.

Immer wieder springen Krankheitserreger von Tieren auf Menschen über. Zoonosen heißen solche Infektionskrankheiten. Sie nehmen weltweit zu. Denn Bevölkerungswachstum und Naturzerstörung, Artensterben und Klimawandel fördern ihre Entstehung und Ausbreitung.

»Schon allein das schnelle Wachstum der Weltbevölkerung begünstigt die Ent-

stehung von Zoonosen«, sagt Thomas Mettenleiter, Chef des Bundesforschungsinstituts für Tiergesundheit auf der Insel Riems. »Die urbanisierten Zentren der Erde bieten ideale Bedingungen für die Ausbreitung.«

Eine »wachsende Gefahr für die globale Gesundheit, Sicherheit und Wirtschaft« sieht Kate Jones herausziehen, Expertin für Biodiversität am University College London. Treiber dieser Entwicklung sei der »zunehmende Einfluss des Menschen auf Umwelt und Ökosysteme«.

Auch Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) sieht Handlungsbedarf. »Die Naturzerstörung ist die Krise hinter der Coronakrise«, sagt sie. Nach dem Ende der Pandemie gelte es deshalb, »eine neue globale Biodiversitätsstrategie zu beschließen«.

Die Liste der Ausbrüche neuartiger, oft exotischer, den Menschen gefährdender Viren liest sich wie ein Kaleidoskop des Grauens: Machupo-Virus, Bolivien, 1962 bis 1964; Marburg-Virus, Deutschland, 1967; Ebola-Virus, Zaire und Sudan, 1976; HIV/Aids-Virus, USA, ab 1981; Sin-Nombre/Hanta-Virus, USA, 1993; Vogelgrippe H5N1, Hongkong, 1997; Mers, Saudi-Arabien, 2012. Jetzt Sars-CoV-2, China, 2019. Und das ist nur eine Auswahl.

Allein zwischen 1960 und 2004 seien 335 Krankheiten beim Menschen neu aufgetaucht, berichtet Biologin Jones. Mindestens 60 Prozent der Erreger seien von Tieren übergesprungen.

Ein Seuchenreservoir fällt dabei immer wieder auf: Fledermäuse und die mit ihnen verwandten Flughunde. Die Tiere zählen zu den artenreichsten Säugetiergruppen der Erde. Viren in großer Zahl sind ihre ständigen Begleiter, darunter auch Erreger, die dem Menschen gefährlich werden können. Mindestens 3200 Coronaviren sind bei Fledermäusen und Flughunden identifiziert worden. Auch Filoviren kommen in den Tieren vor, die Verursacher von Ebola.

Den Fledermäusen tun die Erreger wenig. Durch ihr spezielles, sehr aktives Immunsystem gelingt es den Tieren, sich mit ihren Untermieter zu arrangieren. Erst wenn es zum Wirtswechsel kommt, werden die Viren mitunter rabiat. Und der wird immer wahrscheinlicher.

»Wir bewegen Wildtiere rund um die Welt wie nie zuvor und erzeugen dadurch

neue Virencocktails«, sagt die Biologin Jones. »Wir erschaffen Lebensräume, in denen Viren einfacher übertragen werden, und dann wundern wir uns, dass es neue Erreger gibt.« Mensch und Tier rückten immer näher zusammen, »und es gibt Hinweise, dass dadurch jene Arten begünstigt werden, die Krankheiten besonders effektiv übertragen können.«

Wie genau dieser fatale Mechanismus funktioniert, untersucht Sandra Junglen von der Charité in Berlin. Die Virologin geht in Afrika und Mittelamerika auf Erregerjagd. Sie will verstehen, wie sich durch Insekten und andere Gliedertiere übertragene Viren – sogenannte Arboviren – ausbreiten.

Neben Fledermäusen und Nagetieren gehören Mücken zu den größten Viren-schleudern des Tierreichs. Sie übertragen Viren, die beim Menschen Dengue-, Gelbfieber oder bestimmte Gehirnentzündungen auslösen können.

Junglen will ergründen, welche Auswirkungen Ökosystemveränderungen auf Krankheitserreger und deren Wirte haben. Dafür jagen die Biologin und ihr Team Insekten, zum Beispiel in Uganda oder im nördlichen Namibia: Licht- und Lockstoff-fallen setzen die Forscher dafür ein, einerseits in den letzten unberührten Regenwäldern und Savannenregionen, andererseits in den Dörfern, den Kakao- und Kaffee-plantagen.

Gefangene Insekten werden vor Ort in flüssigem Stickstoff schockgefroren. Die Virenfracht der Tiere analysieren die Wissenschaftler im Hochsicherheitslabor der Charité in Berlin.

Dabei zeigt sich: Einzelne Stechmückenarten profitieren von der Zerstörung des Regenwalds, weil sie mit den Umweltveränderungen besser zurechtkommen als andere Arten. Biologen nennen die Überlebenskünstler »Generalisten«. Das Fatale: Auch die Viren, die in diesen Moskitos leben, sind fortan ausgesprochen erfolgreich.

Sobald also die Vielfalt schwindet, schwingen sich einzelne Krankheitserreger zur Übermacht auf. Schnell passen sie sich an die neuen Bedingungen an. Darauf deuten zumindest erste Daten der Wissenschaftler hin. Die »Koevolutionsmaschine« springt an, sagt Junglen. Falls die Erreger in solchen hoch dynamischen Situationen in die Nähe von Dörfern oder Feldern kommen, können sie relativ leicht auch auf Menschen überspringen.

Warnendes Beispiel sind die ersten Gelbfieber-Ausbrüche im 16. Jahrhundert. Schon damals wurde der afrikanische Regenwald gerodet. Das Gelbfiebervirus zirkulierte bis dahin nur zwischen Mücken und Affen. »Als der Mensch in deren Lebensraum vordrang, breitete sich das Virus aus – durch den Sklavenhandel bis nach Amerika«, berichtet Junglen.

Heute sind es Zika- oder Ebolaviren, die scheinbar urplötzlich aus dem Regenwald über Menschen herfallen.

Ebenso kann der Klimawandel die Ausbreitung von Erregern beeinflussen. Das West-Nil-Virus beispielsweise befällt vor allem Vögel, kann jedoch auch beim Menschen eine gefährliche Fieberkrankheit auslösen. Schon lange gelangt der Erreger mit Zugvögeln aus den Tropen in den Mittelmeerraum. Erstmals 2018 entdeckten Experten das Virus auch bei Wild- und Zoovögeln in Deutschland.

»Wir beobachten erste Fälle beim Menschen«, sagt Thomas Mettenleiter. Steigende Temperaturen würden die Verbreitung vermutlich begünstigen. Stechmücken übertragen das Virus auf den Menschen, unter ihnen auch die Asiatische Tigermücke, deren Anzahl hierzulande zunimmt.

Wie also lassen sich neue Pandemien wie Covid-19 künftig verhindern? Vor

spitzung. Denn so schlicht ist es nicht. »Gebt nicht den Wildtieren und den Fledermäusen die Schuld!«, sagt die Biologin Kate Jones.

Die Märkte einfach zu schließen, hält sie nicht für eine nachhaltige Lösung, da diese in Afrika und Asien wichtig für die Nahrungsversorgung der Bevölkerung seien, sagt die Forscherin. Sie zu untersagen könnte Schwarzmärkte mit noch zweifelhafter Hygiene heraufbeschwören.

Viel wichtiger erscheint es den Wissenschaftlern, Ökosysteme zu stärken und der Natur wieder mehr Raum zu geben. Artenvielfalt, so beschreibt es die US-Biologin Felicia Keesing, führe zu einem »Verdünnungseffekt«, der die Gefahr der Entstehung neuer Infektionskrankheiten verringere.

In vielfältigen Ökosystemen hätten es einzelne Tierarten und so auch deren Viren schwerer, sich durchzusetzen, erklärt Keesing. Damit sinkt auch die Wahrscheinlichkeit des gefürchteten Überschwappens der Erreger auf neue Wirte.

Fast die Hälfte aller seit 1940 von Tieren auf den Menschen übertragenen Krankheiten lasse sich auf veränderte Landnutzung, Landwirtschaft, die Veränderung der Ernährungsgewohnheiten oder die Jagd zurückführen, berichtete die Forscherin zusammen mit Kollegen bereits 2010 im Fachmagazin »Nature«.

Keesing empfiehlt, »Hotspots« möglicher Krankheitsausbrüche weltweit zu identifizieren und diese engmaschig zu überwachen. Natürliche Lebensräume sollten dort erhalten und strikt geschützt werden – »um den Kontakt zwischen Mensch und Tier zu verringern«.

Außerdem müsse die Massentierhaltung in den gefährdeten Gebieten intensiv überwacht werden, mahnt die Biologin – Hühner oder Schweine sind häufig Zwischenwirte für neue Erreger.

Eines der für den Menschen verheerendsten Viren aller Zeiten sprang vermutlich vom Haustier über. Die Spanische Grippe tötete Anfang des 20. Jahrhunderts weltweit schätzungsweise 50 Millionen Menschen. Das verantwortliche Virus fand im Mittleren Westen der USA den Weg zum Menschen. 2009 tauchte ein verwandter Erreger auf. H1N1, das Schweinegrippe-Virus, tötete weltweit geschätzte 280 000 Menschen.

»Wenn sich der Staub legt, müssen wir uns daran erinnern, dass das Coronavirus nichts Einzigartiges und auch kein Unglück war, das einfach über uns kam«, schreibt der US-amerikanische Wissenschaftsautor David Quammen in der »New York Times«. Diese Pandemie sei vorhersehbar gewesen. »Sie war – sie ist – Teil eines Musters von Entscheidungen, die wir Menschen treffen.« Philip Bethge



allem empfehlen Forscher, Virenreservoirs fernzubleiben. Gerade Märkte wie jene im chinesischen Wuhan, auf dem sich Ende 2019 vermutlich der erste Mensch mit Sars-CoV-2 infizierte, bieten Erregern ideale Bedingungen, um Artgrenzen zu überwinden.

Experten warnen schon lange vor solchen Märkten. Eine »Zeitbombe« sahen Forscher um Vincent Cheng von der Universität Hongkong in der Kombination aus einem »großen Reservoir an Sars-CoV-ähnlichen Viren in Fledertieren« und der »Tradition aus dem Süden Chinas, exotische Säugetiere zu essen«. Das notierten die Wissenschaftler im Jahr 2007 im Fachblatt »Clinical Microbiology Reviews«. Da war gerade die erste Sars-Epidemie überstanden, an der zwischen November 2002 und Juli 2003 fast 800 Menschen starben.

Sind also Fledermäuse und Chinas Wildtiermärkte schuld an der derzeitigen globalen Gesundheitskrise? US-Präsident Donald Trump sprach lange vom »chinesischen Virus«, einer populistischen Zu-

Unterm Radar

Epidemiologie Das Virus verbreitet sich heimtückisch: Überraschend viele Infizierte bleiben gesund – und tragen den Erreger ahnungslos weiter.

Der erste offizielle Patient mit Covid-19 in den Niederlanden war ein 56-jähriger Modeunternehmer, der kurz zuvor auf Messen in Mailand gewesen und viel durch Europa gereist war und zwischendurch daheim ausgiebig Karneval gefeiert hatte. Ende Februar kam er in der Stadt Tilburg nahe der belgischen Grenze auf die Isolierstation einer Klinik.

Den Mann entließ man bald in häusliche Quarantäne, enge Kontaktpersonen wurden aufgespürt und getestet. Die Situation, so schien es den Ärzten, war unter Kontrolle, doch offenbar hatten sie sich getäuscht.

Tags später litten die ersten Mitarbeiter des Elisabeth-TweeSteden-Krankenhauses in Tilburg plötzlich unter Fieber. Diagnose: Covid-19.

Niederländische Mediziner wollten nun ergründen, wie weit sich das Virus unter dem medizinischen Personal bereits ausgetragen hatte. Zwischen dem 7. und dem 12. März untersuchten sie in der betroffenen Klinik sowie einer weiteren in der Nachbarstadt Breda alle Krankenhausangestellten, die über Fieber oder leichte Atemwegsbeschwerden berichteten.

Knapp zwei Drittel hatten sich gut genug gefühlt, um weiterhin zum Dienst zu erscheinen. Keiner von ihnen war zuvor in Risikogebieten wie Italien oder China gewesen. Nur drei der Angestellten hatten mit dem ersten nachgewiesenen Covid-19-Fall Kontakt gehabt.

Das verblüffende Ergebnis: Von 1353 Tests fielen 86 positiv für Sars-CoV-2 aus. Nur knapp zwei Wochen nach der Entdeckung des ersten niederländischen Falls waren damit an zwei Großkliniken bereits 6,4 Prozent der nach eigener Auffassung vielfach lediglich leicht kränkelnden Belegschaft zu Virusträgern geworden.

Die Zahl der tatsächlichen Infektionen lag damit fast zehnfach höher als die Zahl der bereits bekannten Infektionen unter dem Personal. Und sieben Infizierte, so zeigte sich in den Interviews der Forscher, hatten bereits Symptome, bevor der erste offizielle Fall ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Sars-CoV-2 war vielleicht sogar schon vor Patient Nummer eins im Hospital.

Der Erreger hat sich offenbar früher, schneller und weiter im Land verteilt als gedacht. Die Studie aus den Niederlanden untermauert, wie wichtig ein »Lockdown« in der gegenwärtigen Phase der Virusausbreitung ist. Zugleich stellt sie die etablierten Strategien zur Bekämpfung der Seuche in Frage.

Es reicht anscheinend nicht, nur unter Menschen mit Fieber und Husten nach Infizierten zu suchen. Manche, die das Virus in sich haben, zeigen selbst nur sehr leichte oder sogar überhaupt keine Symptome. Und dennoch können sie wahrscheinlich den Erreger auf andere übertragen.

Wie die Autoren der Studie schreiben, offenbart sich gerade »die heimtückische Natur« des Erregers. Er »kann leicht unterhalb des Radars fliegen«, sagt die Virologin Marion Koopmans vom Medizinischen Zentrum der Erasmus Universität in Rotterdam.

Damit ist klar: Menschen, die sich für hinreichend gesund halten, viele davon Pfleger, Ärzte, Therapeuten, Angehörige, Freunde, bringen das Virus ahnungslos zu denen, die es in großer Zahl töten kann, in Altenheimen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern.

Weitere Studien kommen zu dem Ergebnis, dass aus der Abwesenheit von Krankheit eben nicht die Abwesenheit des Erregers folgt. Die Bundeswehr holte Anfang Februar 126 Menschen aus Wuhan

zurück. Während des Fluges wurden sie auf Symptome untersucht; wer Fieber hatte und hustete, kam in die Isolation. Zwei der Ausgeflogenen fühlten sich gut – und dennoch erwiesen sie sich beim Test nach der Landung als positiv für Sars-CoV-2. Beide waren infektiös für andere, erkrankten aber nicht.

Auch japanische Mediziner spürten unter Wuhan-Heimkehrern mehrere Infizierte auf – 31 Prozent dieser Leute zeigten keine Symptome. Von den rund 700 Virusträgern auf dem Kreuzfahrtschiff »Diamond Princess« wurde fast die Hälfte positiv getestet, ohne dass sie bis dahin Krankheitszeichen entwickelt hatten. Südkoreanische Epidemiologen – berühmt dafür, besonders viel zu testen – fanden unter ihren Verdachtspersonen mehr als 20 Prozent gesund wirkende Infizierte.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO war zunächst davon ausgegangen, dass die Ausbreitung von Sars-CoV-2 durch asymptomatische Menschen nur eine kleine Rolle spielt. Diese Ansicht ist nicht mehr zu halten. Robert Redfield, Direktor der »Centers for Disease

Control and Prevention« in den USA, glaubt mittlerweile, dass sogar bis zu ein Viertel der Infizierten das Virus weiterreichen könnte, ohne selbst krank zu sein oder zu werden.

Im »New England Journal of Medicine« berichten chinesische Forscher von Covid-19-Patienten, die insbesondere zu Beginn ihrer ersten Symptome Viren in sehr hoher Konzentration durch die Nase ausschießen. Sie fanden allerdings auch einen Infizierten, der gesund blieb – die Anzahl Viren, die dieser produzierte, war nicht kleiner als bei den Kranken.

Wie lässt sich der Motor der Epidemie stoppen? Erstens: Es müssen alle bekannten Kontakte von Erkrankten getestet werden, ob sie Symptome haben oder nicht. Nur so lassen sich gesunde Überträger finden und der Quarantäne zuführen. In Südkorea geschieht dies regelhaft (siehe Seite 86) – in Deutschland bisher nicht.

Zweitens: Die Kontaktsperrre muss sogar noch ausgeweitet werden. Die körperliche Distanz bietet derzeit den besten Schutz vor Ansteckung. Mundschutzmasken würden vermutlich dazu beitragen, dass zumindest die symptomlosen Überträger weniger Viren in ihrer direkten Umgebung freisetzen. Das Grundproblem bleibt: Die meisten Infizierten wissen nicht, dass sie infiziert sind. Marco Evers

Mail: marco.evers@spiegel.de



GUIDO BENNSCHOP / VISUM

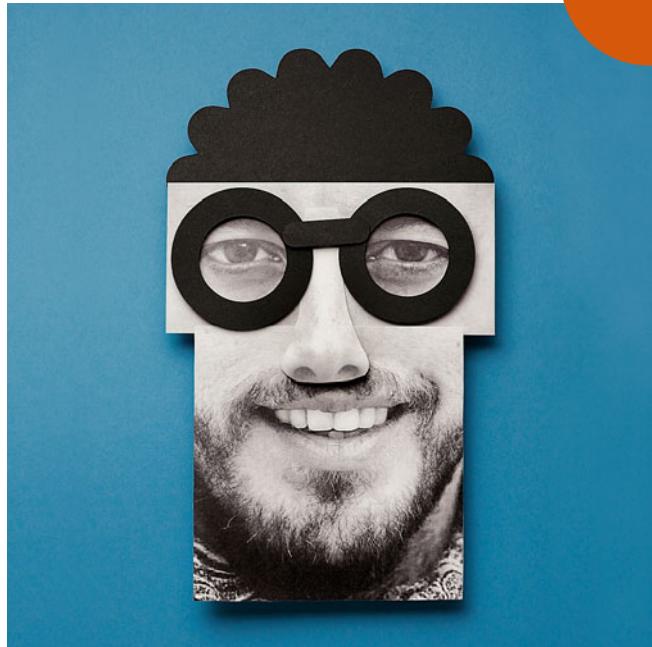
Virologin Koopmans

Schon vor Patient eins war der Erreger da

Warum stecken wir Menschen so gern in Schubladen?

Neues aus der SPIEGEL-Welt: Im aktuellen **SPIEGEL WISSEN** erfahren Sie, wie Sie Ihre Menschenkenntnis verbessern.

LESEPROBE



CACTUS CREATIVE STUDIO / STOCKSY

Der Wissenschaftshistoriker Mitchell Ash, 71, erklärt unser Bedürfnis danach, das wahre Selbst unserer Mitmenschen zu erkennen.

SPIEGEL: Seit Jahrtausenden versucht der Mensch, den Menschen zu entschlüsseln. Gibt es dabei bestimmte Linien, die sich durch die Geschichte ziehen?

Ash: Eine Linie ist der Glaube, dass der Mensch eine Einheit bildet, die zu erkennen sei. Heute nennt man das Persönlichkeit, früher sprach man von Charakter. Ob es diese Einheit aber überhaupt gibt, ist eine zentrale Frage der psychologischen Forschung. In den letzten Jahrzehnten reden Wissenschaftler eher von Faktoren oder Einstellungen, die sich verschieden mischen können. Trotzdem hält sich im Alltag bis heute der Glaube an eine Einheit.

SPIEGEL: Warum hält er sich so stark?

Ash: Weil er höchst funktional ist im Umgang der Menschen miteinander. Es vereinfacht sehr, Menschen in Schubladen zu stecken und sich selbst dementsprechend zu verhalten. Und dieser Glaube ist höchst funktional, um uns selbst zu begreifen. Denn wir sind komplexer, als wir glauben.

SPIEGEL: Können Sie noch andere Linien in der historischen Perspektive ausmachen?

Ash: Ja, nämlich die Annahme, dass man körperliche Eigenchaften als Zeichen verwenden könne, um Rückschlüsse auf die Persönlichkeit zu ziehen. Einer der populärsten Vertreter dieses Gedankens war im 18. Jahrhundert Johann Caspar Lavater, der die Physiognomik erfunden hat. Diese Ansätze stimmen nicht. Aber ihnen allen gemeinsam ist der Wunsch

nach dem einen Schlüssel, mit dessen Hilfe man das vermeintliche wahre Selbst hinter der Oberfläche erkennen kann.

SPIEGEL: War Menschenkenntnis zu bestimmten Zeiten besonders populär?

Ash: Sie war nie unpopulär. Das Bedürfnis nach einer Verwissenschaftlichung der Menschenkenntnis ist so alt wie die Wissenschaft vom Menschen. Und der Wunsch, den anderen zu verstehen, treibt alle Menschen an. Wenn man dann ein System hat, wähnt man sich im Vorteil. Ob dieses System stimmig ist oder nicht, ist zweitrangig. Interview: Sandra Schulz



Weitere Themen im aktuellen Heft

- Jobinterview: So machen Sie einen guten Eindruck
- Kennenlernen: Wie präzise ist unser Bauchgefühl?
- Hochstapler: Darum fallen wir auf sie herein
- Coaching: vier Übungen für mehr Einfühlungsvermögen

SPIEGEL WISSEN erscheint viermal im Jahr und beleuchtet jeweils ein aktuelles Thema unserer Lebenswelt – auf dem Stand der Forschung und mit praktischer Alltagshilfe. Erhältlich im Abonnement (abo.spiegel-wissen.de), im Zeitschriftenhandel und unter amazon.de/spiegel. 124 Seiten; 8,50 Euro.

DER SPIEGEL

Stilvolle Prämien für Sie

Sichern Sie sich eine Prämie für einen neuen SPIEGEL-Leser.



KitchenAid-Küchenmaschine

Praktischer Küchenhelfer mit Knethaken, Flachrührer, Schneebesen und 4,28-Liter-Schüssel aus Edelstahl. Maße: 35 × 35 × 22 cm. Zuzahlung: €199,-.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Nummeriert. Höhe ca. 36 cm. Zuzahlung: €179,-.



100 € Amazon.de Gutschein

Erfüllen Sie sich einen Wunsch: über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr zur Auswahl.



€ 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich oder Ihren Lieben einen Wunsch, oder legen Sie Ihre Prämie für eine größere Anschaffung zurück!



KitchenAid-Standmixer

Mit Metallgehäuse, robustem Glasauflsatz (1,5 Liter), Ice-Crushing-Funktion und Mini-Mixbehälter. In Weiß oder Schwarz. Zuzahlung: € 69,-.



Artemide Tolomeo Micro Tavolo

Flexibilität auf hohem Niveau: zeitlos schöne Alu-Tischleuchte, in alle Richtungen verstellbar. Länge: ca. 73 cm. Zuzahlung: € 29,-.

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt € 5,30 nur € 5,10 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch das Digital-Upgrade für nur € 0,70 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Küchenmaschine, weiß (5688) Ztlg. € 199,- | <input type="checkbox"/> Standmixer, schwarz (5736) Ztlg. € 69,- |
| <input type="checkbox"/> Küchenmaschine, schwarz (5735) Ztlg. € 199,- | <input type="checkbox"/> Artemide Tolomeo (4265) Ztlg. € 29,- |
| <input type="checkbox"/> Wagenfeld (5786) Ztlg. € 179,- | <input type="checkbox"/> 100 € Amazon.de Gutschein (5075) |
| <input type="checkbox"/> Standmixer, weiß (5281) Ztlg. € 69,- | |
| <input type="checkbox"/> € 100,- Prämie (2160). Mein Konto für die Überweisung: | |

DE

IBAN

Anschrift des Werbers:

Frau
 Herr
Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Anschrift des neuen Lesers:

Frau
 Herr
Name, Vorname

Straße, Hausnr.

Geburtsdatum

PLZ

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen!

- Ja, ich möchte zusätzlich das Digital-Upgrade für nur € 0,70 pro Ausgabe beziehen statt für € 4,99 im Einzelkauf. SD20-015
- Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Onlineprodukten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnement liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf, das Digital-Upgrade zusätzlich für € 0,70 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich automatisch und ist dann jederzeit zur nächstreichbaren Ausgabe kündbar.

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 66,30, Digital-Upgrade halbjährlich € 18,20

DE

IBAN

Datum



Unterschrift des neuen Lesers

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

SP20-101-WT127



Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

abo.spiegel.de/p20

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,70 für das Digital-Upgrade gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,60 für das E-Paper, Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht: www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kultur



Szene aus »But Beautiful«

PANDORA FILM VERLEIH

Zeit der Umkehr

Dokumentationen Wie kann das Leben gelingen? Der Filmemacher Erwin Wagenhofer zeigt Beispiele.

• Wie könnte es aussehen, ein glückliches und sinnerfülltes Leben? Diese Frage stellt sich der österreichische Dokumentarist Erwin Wagenhofer in seinem Film »But Beautiful«, der im vorigen Jahr im Kino lief und am 17. April auf DVD erscheinen wird. Er zeigt Menschen, die sich teilweise mit großem Pionier-

geist auf Neuland wagen. Ein Schweizer Ehepaar, das alle Sicherheiten hinter sich lässt und auf La Palma versucht, völlig ausgelaugte und verödete Flächen wieder zu bepflanzen. Oder einen Förster, der auf die Idee kommt, Holzhäuser zu entwerfen und zu bauen. Den Frauen und Männern, die Wagenhofer in seinem Film porträtiert, geht es darum, in dem aufzugehen, was sie tun, mit sich und der Welt im Einklang zu sein und Dinge von nachhaltiger Qualität und Schönheit zu erschaffen. »But Beautiful« handelt vom Innehalten, Nachdenken und Umkehren. Davon, dass man in Zukunft manches vielleicht anders angehen sollte als bisher. LOB

Sachbücher Geheime Propaganda

• In einer offenen Gesellschaft gilt die Kraft des besten Arguments. Aber ein Urteil über den Wert von Argumenten können wir uns nur anhand von Informationen und Fakten bilden. Zunehmend beziehen wir die aus dem Internet und den sozialen Netzwerken. Hier aber, so warnt der britische

Autor Peter Pomerantsev, sei- en völlig unkontrollierte, zum Teil auch unbekannte Kräfte am Werk. In seinem neuen Buch »Das ist keine Propaganda« (DVA; 22 Euro) schlüsselt der an der London School of Economics forschende Autor auf, über welche Wege und mit welchen Mitteln Staaten, Firmen und andere Meinung digital manipulieren. All die Regeln, die für Medien, Parteien und Wahlkämpfe in der analogen Welt gelten, seien im

Netz außer Kraft gesetzt. Man weiß schlicht nicht, wer wofür bezahlt und welche Botschaften welche Zielgruppen erreichen. Pomerantsev, dessen Eltern aus Russland stammen, warnt vor einer schleichenden Aushöhlung der Demokratie und der offenen Gesellschaft durch zunehmendes Misstrauen, denn dies sei das bevorzugte Mittel von autoritären Herrschern aller Art: Sie säen Zwietracht, Angst und Desinformation über mehr oder

weniger obskure digitale Kanäle, versetzen die Öffentlichkeit in einen Zustand der Kopflosigkeit und der verschwörungstheoretisch befeuerten Panik. So entsteht nicht nur ein spannend geschriebenes Panorama einer finsternen Wirklichkeit, sondern man versteht auch, welche Maßnahmen nun dringend getroffen werden müssten – die Macht der großen digitalen Konzerne muss endlich politisch eingegrenzt werden. NM

Museen

Masken aus Druckern

● Immer lauter wird der Mangel an Schutzbekleidung beklagt, schon haben Textilfabrikanten ihre Produktion umgestellt und lassen Mundschutzmasken nähen. Der Kulturbetrieb leistet ebenfalls seinen Beitrag. So spendeten einige Museen von Amsterdam bis New York Ausrüstungen, mit denen sie sonst ihre Restauratoren schützen. Nun sollen sie medizinischem Personal zugutekommen. Auch die Berliner Stiftung Preußischer Kulturbesitz schickte eine größere Menge unter anderem an Schutanzügen, Atemschutzmasken, Hauben, Handschuhen und Überschuhnen an die Kassenärztliche Bundesvereinigung. Die Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle zeigt sich ebenso hilfsbereit – und dazu noch kreativ. Entwickelt wird derzeit unter anderem ein Prototyp für eine Mundschutzmaske, die sich mithilfe eines 3-D-Druckers fertigen lässt. In den Werkstätten der Ausbildungsstätte ist



HOCHSCHULPRESSESTELLE

Mundschutzprototyp

man noch auf der Suche nach dem geeigneten Material, es finden Versuche mit Biokunststoff statt. Der Abstand zwischen den Studenten bleibt gewahrt, betont eine Sprecherin. Die Hochschule und ihre Studierenden wollen so bald wie möglich mit einer größeren Zahl von Masken die Stadt Halle unterstützen, der Katastrophenschutz vor Ort wird für die Materialprüfung zuständig sein. Die Details des Entwurfs werden allgemein zugänglich gemacht, so könnte die Maske dann auch woanders gedruckt werden. Das Interesse ist nach Angaben der Akademie groß. UK

Literatur

Vom Glück davor

● Da waren der Strand und der Grill und die vier Freundinnen, und es war diese stehende Zeit. Sie würde immer so stehen bleiben. Niemand hier, der einen Grund für Veränderungen wüsste. Kann doch sein, dass diese versammelte Wunschlosigkeit auch die Zeit bezwingen kann, einfach stehen zu bleiben. Julia Holbes Debüt »Unsere glücklichen Tage« erzählt eigentlich nur davon, was der Titel verspricht. Vom Glück von einst. So wie wir heute schon nach kurzer Zeit auf unsere so schöne alte Normalität zurück schauen, aus der Zeit, als »Coronavirus« noch eine Figur aus »Asterix« war und wir alle gemeinsam das Haus verlassen haben, um gemeinsam in der Welt zu sein. Wir lesen die Welt anders, seit das Virus die Macht übernommen hat. Und also lesen wir auch die Bücher anders. Julia Holbe hat ein schönes, leichtes und doch mit aller Kraft beschwörendes Buch über ein vergangenes Glück geschrieben, das eigent-

lich eine Normalität gewesen ist, als es passierte. Es handelt von Freundinnen, wilden und seltsamen Männern und spielt zum Teil am Atlantik und zum Teil in der Heimat der Autorin, in Luxemburg. Es wird geredet, geliebt, manche Flasche Rotwein wird entkorkt. Am Ende sehen die Menschen wie im Schock auf ihr Leben danach: »Was haben wir eigentlich in der Zwischenzeit gemacht?, fragte ich mich. Ein Leben gelebt, antwortete ich mir. Wir alle haben das.« vw

Julia Holbe: »Unsere glücklichen Tage«. Penguin; 320 Seiten; 20 Euro.



STEFAN GELBERG

Holbe

Serien

Cooler dösen

● Das Leben ist kein Ponyhof, wer möchte es bestreiten? Aber man kann ihn ja mal kontaktfrei besuchen: Die Kinderheldinnen Bibi und Tina sind zurück und springen unverdrossen mit ihren Pferden über Wassergräben – jetzt mit neuen Hauptdarstellerinnen und in Serienform bei Amazon Prime Video.

Muss ja, scheint sich der Regisseur Detlev Buck gedacht zu haben, was soll man machen bei dem Erfolg? Buck hat bereits die vier Kinofilme über die beiden Freundinnen verantwortet und aus der biederer Hörspielreihe um ein Mädchen, das hexen kann, ein bezauberndes, quietschblaues Popmärchen mit eingebauten

Pophits gemacht. Deren Komponist, Peter Plate, ehemalige Rosenstolz-Hälftete, schaffte es sogar, den unangenehm knödelnden Titelsong in ein locker swingendes Coolness-Statement zu verwandeln. Plate ist

auch bei der Serienweiterführung wieder dabei und steuerte den neuen potenziellen Ohrwurm »36 Grad« bei, der in anderen Zeiten als beinahe sicherer Sommerhit hätte gelten dürfen. »Das Leben kommt



ANDREAS SCHLEITER / AMAZON

Katharina Hirschberg (r.), Harriet Herbig-Matten in »Bibi & Tina«

mir gar nicht hart vor«, heißt es darin, und der Song gibt die Stimmung der Serie vor: ewige Ferien, Baden im See, sorgloses Dösen im Schatten.

Da muss man schon mal schlucken beim Gedanken an die düsteren Sommerraussichten 2020 – den zu unterdrücken gelingt nicht einmal dem hier ansonsten geltenden Eskapismuskonzept.

Es geht zwar auch um den Klimawandel und um Influencer, aber das ist eher dem etwas holprigen Kurzschluss mit dem Zeitgeist geschuldet. Im Grunde winken »Bibi & Tina« aus einer Heimatfilmseeligkeit herüber, die hier und da unter dem topmodischen Kostüm unangenehm nach Mottenkugeln riecht. Immerhin nicht nach Desinfektionsmittel, das ist in diesen Tagen ja auch schon mal was. KAE



ARMIN SMAILOVIC

Hamburger Thalia-Theater-Ensemble des Stücks »Maria Stuart. Ode an die Freiheit«: Die Klickzahlen sind erstaunlich hoch

»Hallo, wir sind noch hier«

Kulturbetrieb Die Künstler des Landes stemmen sich mit

Onlineaktionen gegen den Shutdown. Langsam dämmert ihnen jedoch, wie tief sie getroffen werden. Vor allem Musikclubs stehen am Abgrund, aber auch Theater.

Es ist der Mittwoch, bevor in ganz Deutschland das öffentliche Leben zum Stillstand kommt. In einem Berliner Technoklub versammeln sich am frühen Abend ungefähr 70 Leute. Ein bekannter deutscher Rapper stellt sein neues Album vor, es ist eine sogenannte Listening Session. Niemand im Raum trägt einen Mundschutz. Dass es besser wäre, Abstand zu halten, dieser Gedanke ist ähnlich weit weg wie der, zu Hause zu bleiben. Man steht herum, hört sich die Stücke an, macht sich ein paar Notizen, trinkt etwas. Normalität – und längst Erinnerung an eine untergegangene Welt.

Denn in den nächsten Tagen geht es ganz schnell. Am Freitag macht der Club zu, wie alle anderen in der Hauptstadt – ohne dass klar ist, wann und wer überhaupt wieder aufmacht. Tanzen nach den Regeln des Social Distancing? Undenkbar. Körperliche Nähe ist eine der Grundlagen der Popkultur. Ein paar Tage später bekommt dann jeder, der bei der Albumvorstellung war, eine Nachricht: Ein Anwender sei positiv auf Corona getestet worden. Tests müssen organisiert werden, es geht für viele in die Quarantäne. Die Platte des Rappers? Noch ist sie nicht abgesagt. Aber wer könnte in dem Augenblick, da das ganze Land stillsteht, so tun, als wäre alles wie immer? Wer kann glaubwürdige Geschichten vom gefährlichen Leben auf der Straße erzählen, wenn die Straße leer ist und alle bösen Jungs zu Hause sitzen?

Es ist nur eine kleine Anekdote von vielen, jede und jeder, die in Deutschland mit Kultur zu tun haben, dürften Ähnliches erzählen können. Die Theater und die Opern sind zu. Die Konzerthäuser und die Klubs ebenfalls. Die Kinos. Die Museen. Verlage haben ihre Angestellten in die Kurzarbeit geschickt. Sehr viele Kreative haben Unterstützung beantragt, besonders in der deutschen Hauptstadt, wo die Wartezeit der Antragsteller zeitweilig die Hunderttausendergrenze überschritt. Der ehemalige Berliner Kulturstatssekretär Tim Renner postete eine Fotomontage auf seiner Facebook-Seite, die die weltberühmte Schlange vor dem Technoklub Berghain zeigt – mit dem Schriftzug der Investitionsbank Berlin an der Fassade, die zahlt die Zuschüsse aus.

Für ganz Deutschland rechnet die Bundesregierung im Augenblick mit Umsatzeinbußen von bis zu 28 Milliarden Euro für die Kultur- und Kreativbranche im laufenden Jahr. Je länger der Stillstand dauere, desto gravierender werde der Ausfall. Die Kultur, gerade in Deutschland oft als Ort der Innerlichkeit verklärt, ist eben an die Öffentlichkeit gebunden. Das wird schmerzlich bewusst in diesen Tagen.

Und auch wenn noch vollkommen unklar ist, wie lange das alles dauert, eines zeichnet sich ab und sickert langsam auch zu den Musikern und Klubbetreibern, Theatermachern und Schauspielern durch:



Aufruf des Clubkombinats Hamburg

Schon jetzt das Sommerloch

Niemand wird so schwer getroffen werden wie Musik und Theater. Kunstformen, die stärker als alle anderen auf die körperliche Anwesenheit ihres Publikums angewiesen sind, die wird es auf absehbare Zeit nicht mehr geben. Selbst wenn die Kontaktsperrre in den kommenden Monaten geöffnet werden wird. Dass im nächsten halben Jahr wieder Popkonzerte, Festivals oder die Aufführungen an den Stadttheatern stattfinden können, ist nur sehr schwer vorstellbar.

Das Hamburger Uebel & Gefährlich etwa, einer der bekanntesten Musikclubs der Landes, steht möglicherweise vor dem Aus. »Im März und April fallen insgesamt 62 Veranstaltungen weg, bei denen jeweils zwischen 10 bis 35 Mitarbeiter beschäftigt worden wären«, sagt Malte von der Lancken, einer der Programmamacher des Ladens. Das betreffe Angestellte wie Frei-

berufler, darunter Musiker, Techniker, Designer. Für den Klub beginnt schon jetzt das Sommerloch, das üblicherweise von Juni bis August dauert. Das heißt: ein halbes Jahr ohne Einnahmen. Stundungen von Steuer- oder Mietzahlungen seien zwar im Gespräch, würden sich aber massiv auf die nächsten Jahre auswirken, fügt Felix Mörl hinzu, ein weiterer Booker.

Es dürfte keinen Club geben, dem es besser geht. Ob in Berlin, Frankfurt am Main, München, Leipzig, Köln: Das Nachtleben der deutschen Großstädte bildete einen kulturellen Flickenteppich, der so einzigartig war wie das System der deutschen Stadttheater – und der wahrscheinlich nicht wieder so werden wird, wie er es gerade eben noch war.

Im Uebel & Gefährlich setzt man nun auf Spenden, hofft auf Hilfen durch die Politik – und ahnt sicherlich, dass der Staat auch noch Hunderttausende andere Unternehmen wird retten müssen, wenn die Krise erst einmal vorbei ist.

Und sonst? Macht man dort, was gerade überall gemacht wird: Man nimmt sich die Öffentlichkeit, die noch da ist. Das Internet. Auftritte werden gestreamt, die Zuschauer können virtuelle Tickets kaufen, die Einnahmen werden aufgeteilt und zum Teil gespendet an NGOs wie Sea-Watch. Diese Livestreamings seien zum einen da, um zu sagen, hallo, wir sind noch hier, erklärt Mörl. Zum anderen, um einen Beitrag dazu zu leisten, »die Einsamkeit aus den Wohnzimmern rauszuholen«.

Livestreamings ziehen sich momentan durch alle Künste: Der Pianist Igor Levit spielt, übertragen auf Twitter, Klavier in seiner Wohnung, wie er es sonst in der Londoner Wigmore Hall tut. Der Buchpreisträger Saša Stanišić liest auf Instagram und Twitch aus seinen Texten, Coldplay-Sänger Chris Martin gibt Akustikversionen der Hits seiner Band. Jeden Tag überträgt der SPIEGEL eine Lesung (siehe Kasten Seite 116).

Andere Musiker finden in der Krise neue Formen: Die britische Popsängerin Charli XCX verweist über ihren Instagram-Account auf Veranstaltungen anderer Künstler, etwa Yogakurse oder Horoskoplesungen. Die deutschsprachigen Rapper Xatar oder RAF Camora nutzen ihre Reichweite in den sozialen Medien, um

Literatur Auf der Website des SPIEGEL lesen jeden Tag Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus ihren Büchern.

Fenster zur Welt



Autorin Berg, Schauspieler Matthes, Riemann: Unter Menschen

● Ingo Schulze war der Erste. Er kam allein den breiten, leeren Bürgersteig am Alexanderufer neben dem Berliner Hauptbahnhof entlang. Begrüßung mit dem Ellenbogen, wie man es damals eben machte, als die Krise noch frisch war, dann ins leere SPIEGEL-Hauptstadtbüro vor das Bücherregal, Sessel auf anderthalb Meter Abstand. Wie es ihm geht? Schulze wirkte an dem Tag noch recht zuversichtlich. Wir sind noch unter Menschen.

Ingo Schulze ist einer von denen, die die Absage aller Lesungen, die Schließung der Buchhandlungen, die verzögerte Auslieferung bei Amazon schwer getroffen hat. Sein kurz zuvor erschienener Roman »Die rechtschaffenen Mörder« war auf bestem Weg, ein Bestseller zu werden. Er hätte ihm unter normalen Umständen Honorare eingebracht, von denen er eine ganze Weile gut hätte leben können. Jetzt bricht das alles weg.

Am 17. März war das. Seitdem liest jeden Tag ein Autor auf SPIEGEL.de etwas vor, und wir reden darüber. Es sind ruhige, intensive Gespräche und längere Lesepassagen. Eine Stunde lang in Ruhe reden und lesen vor so viel Publikum – bis zu 170 000 Zugriffe – das hatte man vorher nicht oft. Am Anfang kamen noch Bov Bjerg und Sascha Lobo und Anja Rützel mit ihrem freundlichen Hund Juri ans Alexanderufer. Auch sie ließen diesen großen, leeren Weg hinab, Lobo noch mit seinem lasch herunterhängenden Haarkamm, den er erst für die Kamera wieder steil aufrichtete.

Dann ging es nicht mehr weiter im Hauptstadtbüro, die Kontaktsperreregeln setzten ein. Wie große Teile der Weltkultur in kürzester Zeit auf Streaming aus dem Homeoffice umgestellt haben, so wurden auch die Lesungen nach Hause verlegt. Ich sitze nun zwischen meinen Büchern und meinem

Laptop in Berlin. Und bevor die Lesung beginnt, erscheint Benjamin Denes, unser leitender Videoredakteur, auf dem Bildschirm, dann ist es kurz wie in einem alten Maschinenraum, Knöpfe, Regler, »Moment noch« – und wir sind bei den Autorinnen und Autoren zu Hause: Judith Hermann, Deborah Feldman, Francesca Melandri, Ulrich Matthes und all den anderen.

Einige mussten überredet werden. Ulrich Matthes wollte seinen Platz keinem Debütanten wegnehmen, Judith Hermann lässt sich nicht gern ins Haus schauen und mag Kameras nicht. Sibylle Berg meinte, dass sie Sendungen mit Gesichtern grundsätzlich ablehnt. Sie hatte sich einen schwarzen Hoodie übergezogen und sich in eine weiße Bunkeratmosphäre zurückgezogen, war skeptisch, dass es bald noch eine Menschheit gibt, hatte für die Lesung aus ihrem neuen Buch »Nerds retten die Welt« Katja Riemann dazugebeten.

So viele schöne und tröstliche Momente. Ulrich Matthes las Schiller-Balladen, und beim Lesen des Gedichts von der »Hoffnung« kamen ihm fast die Tränen. Judith Hermann hatte sich extra vor eine weiße Wand gesetzt, um nichts aus ihrer Welt zu zeigen. Aber mit der grünen Wasserflasche im Vordergrund und dem – aufgrund der schlechten Internetverbindung – verschwommenen Bild sah es aus wie die perfekte Inszenierung einer Judith-Hermann-Erzählung. Und Deborah Feldman, deren Lebensgeschichte gerade als Netflix-Serie Premiere hatte, erzählte von der Gemeinde ihrer Herkunft, die, durch ihre Weigerung, sich von der Welt belehren zu lassen, vom Virus gerade besonders gefährdet ist.

Es sind kurze Momente der Gemeinschaft in diesen Tagen der Vereinzelung. Blicke ins Fenster nach Hause und raus in die Welt. Volker Weidermann

darauf hinzuweisen, dass sie Atemschutzmasken zur Verfügung stellen könnten; im Fall von RAF Camora von seiner eigenen Modelinie Corbo designt.

DJs legen auf den diversen Plattformen der Klubs ihre Musik auf, Westbam etwa im leeren Berliner Metropol. Der Auftritt wurde vom RBB übertragen – und war so gut gemeint wie traurig: ein alter Mann, der ganz allein in einem riesigen Saal spielt, in dem er vor mehr als 30 Jahren seine große Zeit hatte. Dabei ist Westbam ein Star, jemand, der sich keine Sorgen über Geld machen muss.

All die anderen DJs und Musiker, die gerade auf dem Berliner United We Stream oder dem Kölner Dringeblieben auftreten, spielen in das schwarze Loch der Onlineöffentlichkeit hinein. Wissen nicht, ob zu Hause getanzt oder abgewaschen wird zur Musik – und Geld gibt es auch keins, abgesehen von Spenden. In Erinnerung bleiben, zeigen, dass man da ist, dass man den Mut nicht verliert, dass man sich nicht unterkriegen lässt und an das utopische Moment der Kunst glaubt: Darum gehen diese Auftritte in Wirklichkeit. Zeigen, dass man sich den Spaß nicht nehmen lässt, ist oft wichtiger als der Spaß selbst.

Wie im Pop läuft es auch in der klassischen Musik.

Die großen deutschen Orchester stellen alte Aufnahmen gratis ins Netz, Solisten spielen und streamen aus dem Wohnzimmer. Seit dem 1. April stehen an jedem Wochentag um 19 Uhr maximal jeweils zwei Mitglieder des HR-Sinfonieorchesters und der HR-Bigband auf der Bühne des Sendesaals in Frankfurt, in gebotenen Abstand natürlich, und spielen live für das Publikum im Netz. Musiker des Philharmonischen Staatsorchesters in Hamburg haben daheim in der Küche eine auf vier Minuten zusammengekürzte Version der Verdi-Oper »La Traviata« inszeniert. Die Hauptrollen werden von zwei Schokoküssen gespielt, Handyvideos steuern die Instrumente bei. Wo gerade keine Pauke zur Hand war, durfte es auch mal ein Kochtopf sein.

Das Berliner Stegreif-Orchester, das eigentlich am 25. März erstmals in der Berliner Philharmonie auftreten sollte, produzierte für diesen Tag einen ziemlich spektakulären Stream mit Einzelauftritten aus Wohnzimmern und WG-Küchen, der seither auch auf der YouTube-Seite des Orchesters zu sehen ist.

Es ist eine ganz eigentümliche Rolle, die Musikern und Künstlern da gerade zu kommt. Als würden in Zeiten der Krise die Aufgaben der Kirche, etwa Trost und Zuversicht zu spenden, neu verteilt. Die Kultur ergänzt die Religion. Sie lenkt ab, sie baut auf, sie schafft es, dass sich alle etwas besser fühlen und, vor allem, weniger allein. Sie soll eine Pause vom Ausnahme-

SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control);
nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

zustand ermöglichen, und obwohl das kulturelle Gefüge selbst vor dem Zusammenbruch steht, ist sie doch noch der einzige Lichtblick.

Zugleich sehen wir in diesen Wochen viele Szenen, die wirklich altmodisch wirken – obwohl sie neu sind. Der Balkon spielt da eine große Rolle, fast wie zur Zeit William Shakespeares. Auf Balkonen wird plötzlich gesungen, musiziert, geklatscht. Wir erleben einen Kirchentag ohne Kirche.

Auch viele Theater streamen im Augenblick. Aufnahmen bewährter Inszenierungen, aber manche produzieren auch neue Events. Auf der Seite der Münchner Kammerspiele haben die Darsteller der Produktion »Yung Faust« gemeinsam mit Regisseurin Leonie Böhm eine Videoperformance mit Liveeinblendungen aus ihren jeweiligen Wohnstuben präsentiert.

Auf der Seite des Hamburger Thalia Theaters zeigte der Regisseur Antú Romeo Nunes statt seiner eigentlich geplanten Premiere »Maria Stuart. Ode an die Freiheit 1« eine ulkige Videokostprobe mit den

Die Kultur ergänzt gerade die Religion, sie spendet Trost.

grandiosen Schauspielerinnen Karin Neuhäuser und Barbara Nüsse, die sich in der Garderobe für ihre Rollen als Maria Stuart und Elizabeth I. schminkten. Die Klickzahlen sind erstaunlich hoch. »Lieber als von Trost würde ich von der Freude sprechen, die einem das Theater verschaffen kann«, sagt Joachim Lux, der Intendant des Thalia.

»Als Theatermensch, der im Augenblick weitgehend seiner Werkzeuge beraubt und auf sich selber zurückgeworfen ist, spüre ich enorm den Drang, wieder ins Spielen zu kommen«, sagt Nicolas Stemann, einer der beiden Leiter des Schauspielhauses in Zürich, der gerade ein zunächst online startendes Werk mit dem Titel »Corona Passionsspiele« vorbereitet. Am Anfang klassischer Passionsspiele stehe meist ein religiöses Gelübde, wonach man als Dank für eine überstandene Bedrohung, etwa durch die Pest, eine fromme Geschichte zum Lob des Himmels erzählen wolle. Stemann sagt: »Unser Schwur ist natürlich ein weltlicher.« Dass es weitergehe. Irgendwann.

Er mag weltlich sein. Er bleibt ein frommer Wunsch.

Martin Doerry, Wolfgang Höbel,
Ulrike Knöfel, Tobias Rapp, Jurek Skrobala

Belletristik

- | | |
|---|---|
| 1 (1) Lutz Seiler
Stern 111 | Suhrkamp; 24 Euro |
| 2 (3) Delia Owens Der Gesang der Flusskrebsen | Hanserblau; 22 Euro |
| 3 (11) Hilary Mantel
Spiegel und Licht | DuMont; 32 Euro |
| 4 (4) Laetitia Colombani
Das Haus der Frauen | S. Fischer; 20 Euro |
| 5 (7) Monika Helfer
Die Bagage | Hanser; 19 Euro |
| 6 (2) John Grisham
Die Wächter | Heyne; 24 Euro

In den Anwaltskrimis dieser Machart ist die Welt erwartbar schlecht, die Literatur aber in Ordnung. Effektive Unterhaltung mit sanftem Moralkern. |
| 7 (9) Leif Randt
Allegro Pastell | Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro |
| 8 (6) Pascal Mercier
Das Gewicht der Worte | Hanser; 26 Euro |
| 9 (5) Ingo Schulze Die rechtschaffenen Mörder | S. Fischer; 21 Euro |
| 10 (8) Lucinda Riley
Die Sonnenschwester | Goldmann; 22 Euro |
| 11 (-) Palutens / Klaas Kern Freedom. Die Schmahamas-Verschwörung | Community Editions; 12 Euro |
| 12 (10) Saša Stanišić
Herkunft | Luchterhand; 22 Euro |
| 13 (15) Christina Henry Die Chroniken von Alice. Finsternis im Wunderland | Penhaligon; 18 Euro |
| 14 (-) Claire Lombardo Der größte Spaß, den wir je hatten | dtv; 25 Euro |
| 15 (19) Jasmin Schreiber
Marianengraben | Eichborn; 20 Euro |
| 16 (18) Sebastian Fitzek
Das Geschenk | Droemer; 22,99 Euro |
| 17 (-) Graeme Simsion Das Rosie-Resultat | Fischer Krüger; 20 Euro |
| 18 (-) Nick Hornby Keiner hat gesagt, dass du ausziehen sollst | Kiepenheuer & Witsch; 18 Euro |
| 19 (14) Sigrid Nunez
Der Freund | Aufbau; 20 Euro |
| 20 (16) Susanne Fröhlich
Ausgemustert | Knaur; 16,99 Euro |



Sachbuch

- | | |
|--|--|
| 1 (1) Peter Hahne Seid ihr noch ganz bei Trost! | Quadriga; 12 Euro |
| 2 (6) Bas Kast Der Ernährungskompass | C. Bertelsmann; 20 Euro |
| 3 (2) Markus Krall Die Bürgerliche Revolution | LangenMüller; 22 Euro |
| 4 (3) Kübra Gümüşay
Sprache und Sein | Hanser Berlin; 18 Euro |
| 5 (11) Samer Tannous / Gerd Hachmöller
Kommt ein Syrer nach Rotenburg (Wümme) | DVA; 18 Euro |
| 6 (9) Rutger Bregman
Im Grunde gut | Rowohlt; 24 Euro |
| 7 (4) Maja Göpel Unsere Welt neu denken | Ullstein; 17,99 Euro |
| 8 (14) Marc Friedrich / Matthias Weik
Der größte Crash aller Zeiten | Eichborn; 20 Euro |
| 9 (5) Thomas Piketty
Kapital und Ideologie | C. H. Beck; 39,95 Euro |
| 10 (10) Michelle Obama
Becoming | Goldmann; 26 Euro |
| 11 (12) Julia Voss
Hilma af Klint | S. Fischer; 25 Euro |
| 12 (-) Kyle Harper
Fatum | C. H. Beck; 32 Euro |
| 13 (7) Stephen Hawking Kurze Antworten auf große Fragen | Klett-Cotta; 20 Euro |
| 14 (15) Moritz von Uslar
Nochmal Deutschboden | Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro

 |
| 15 (-) Katja Lewina
Sie hat Bock | DuMont; 20 Euro |
| 16 (-) Rüdiger Safranski
Hölderlin | Hanser; 28 Euro |
| 17 (-) Patrik Svensson Das Evangelium der Aale | Hanser; 22 Euro |
| 18 (8) Umberto Eco
Der ewige Faschismus | Hanser; 10 Euro |
| 19 (16) Ajahn Brahm Der Elefant, der das Glück vergaß | Lotos; 16,99 Euro |
| 20 (19) Henning Beck
Das neue Lernen | Ullstein; 19,99 Euro |

Warten, dass es vorbeigeht

Autoren Die Französin Leïla Slimani schreibt ein Shutdown-Tagebuch aus ihrem Landhaus. Und entfacht eine neue alte Debatte – über die da oben und die da unten.



KASIA WANDYCZ / CONTOUR / GETTY IMAGES

Schriftstellerin Slimani: »Die Leute halten mich für ein Mitglied dieser Bourgeoisie, die sie so hassen«

Ihren Kindern hat sie gesagt, es sei wie bei Dornröschen, das 100 Jahre schlafen musste, um nicht zu sterben, die Feen hätten sich das ausgedacht, um es zu retten. »Bei uns ist es ähnlich, wir müssen uns nun ausruhen und zu Hause bleiben. Und so wie der Prinz eines Tages kam, um Dornröschen wach zu küssen, werden wir uns auch bald wieder küssen«, so schrieb Leïla Slimani es in der ersten Folge ihres Corona-Tagebuchs, das die Tageszeitung »Le Monde« seit zwei Wochen abdruckt.

Sie habe nicht gewusst, wie sie es ihrem neunjährigen Sohn und ihrer kleinen, dreijährigen Tochter anders erklären sollen, sagt Slimani am Telefon. Es ist die dritte Woche der Ausgangssperre in Frankreich. Drei Tage bevor sie verkündet wurde, war Slimani mit ihrem Mann und den

Kindern von Paris aufs Land gefahren, wie an jedem Wochenende, mit leichtem Gepäck für einige wenige Tage, wie sie sagt. Sie sind dann einfach dageblieben.

Tagebucheintrag vom 18. März:
Alles ist zum Stillstand gekommen. Wie in diesem Kinderspiel mit den Stühlen. Der Refrain hört auf, man muss sich hinsetzen und darf sich nicht mehr bewegen. Auf einmal hat das Karussell aufgehört, sich zu drehen. Nie schien die Zukunft so ungewiss zu sein.

Das Paradox sei, sagt sie in unserem Gespräch, eingeschlossen zu sein, sich abgeschirmt vom Rest der Welt auf das Schreiben konzentrieren zu können. Eigentlich eine Situation, die sich jeder Schriftsteller ständig herbeiwünsche: »Man untersagt sich rauszugehen, man tut alles, um nicht gestört zu werden. Aber

nun stelle ich fest, ich kann nicht schreiben. Nicht mit dieser Unruhe im Herzen. Ich kann nicht mehr richtig denken, die ersten Tage war ich wie gelähmt. Das, was da draußen gerade geschieht, ist so groß, dass man jetzt nur eines tun kann: warten, dass es vorbeigeht.«

Sie macht nun täglich mit ihrem Sohn Hausaufgaben, kontrolliert seine Multiplikationsrechnungen heimlich mit dem Taschenrechner unter dem Küchentisch, kocht, wäscht und liest. »Lesen ist das Einzige, was jetzt hilft, von F. Scott Fitzgerald bis Richard Yates.« Und sie schreibt ihr Tagebuch.

Leïla Slimani hat eine sehr sanfte, angenehme Stimme am Telefon. Sie sitzt in ihrem efeubewachsenen Wochenendhaus, während wir telefonieren, durch die Fenster sieht sie erste Lindenblüten, sanfte

Hügel und Felder. Um die Kinder kümmert sich gerade der Vater, ein Banker, den sie vor Jahren in einer Bar in Paris kennengelernt hat. Die sanfte Stimme erzählt in ihren Romanen dunkle, verstörende Geschichten: In »All das zu verlieren« ist das die Erzählung einer sexsüchtigen jungen Frau, die mit einem angesehenen Pariser Arzt verheiratet ist, mit dem sie einen kleinen Sohn hat. Was sie nicht davon abhält, wie besessen Sex mit Unbekannten zu suchen, hinter Mülltonnen und in heruntergekommenen Hotelzimmern, je schmutziger, desto besser.

In »Dann schlaf auch du« (Originaltitel: »Chanson douce«) bringt das Kindermädchen einer jungen bourgeois Familie in Paris die ihr anvertrauten Kinder, einen Jungen und ein Mädchen, auf grausame Art um, nachdem sie über Monate alles darangesetzt hat, das uneingeschränkte Vertrauen der Eltern zu gewinnen. »Chanson douce« verkauft sich in Frankreich mehr als eine Million Mal, es wurde in 44 Sprachen übersetzt, 2016 erhielt Slimani den französischen Literaturpreis Prix Goncourt für den Roman. Da war sie gerade 35 Jahre alt.

Er machte die junge, schöne Schriftstellerin zu einem Star. Slimani ist in Marokko aufgewachsen, sie studierte an einer Pariser Eliteuniversität. Ihr Aufstieg verzuberte die Franzosen wie der keiner anderen Schriftstellerin seit Françoise Sagan.

Die »New York Times« führte »Dann schlaf auch du« unter den zehn besten Büchern des Jahres auf. Präsident Emmanuel Macron fragte Slimani 2017, ob sie Kulturministerin werden wolle. Sie lehnte ab, nahm aber den Posten der Botschafterin für Francophonie an und darf seither weltweit für die französische Sprache werben. 2018 wählte die »Vanity Fair« sie zur einzigen Frau unter den drei einflussreichsten Franzosen des Jahres. Die anderen beiden waren der Fußballer Kylian Mbappé und der Modemacher Hedi Slimane.

Zu Beginn der Verbreitung des Coronavirus in Frankreich kam ihr neues Buch heraus: »Le pays des autres«. »Das Land der anderen« ist der erste Teil einer Familientriologie, angelehnt an das Schicksal ihrer Großmutter, einer Französin, die zu ihrem Mann nach Marokko zog und sich dort in einer kolonialistischen und patriarchalischen Gesellschaft behaupten musste.

Das Virus ließ ihr noch Zeit genug, das Buch zu einem Bestseller werden zu lassen. Slimani gab ein paar Lesungen; in einigen Monaten wollte sie eigentlich mit ihrer Familie nach Harvard gehen für eine Gastprofessur. Doch dann hielt das Karussell an.

Tagebucheintrag, 18. März:
Im Fernsehen sagt ein Mann, der – davon bin ich überzeugt – es gut meinte, wir seien alle gleichermaßen von dieser Bewährungsprobe betroffen. Wir müssten uns nun ver-

einen, zusammenstehen. Aber wir sind nicht alle gleich. Die kommenden Tage werden mit einer Grausamkeit, die schon jetzt abzusehen ist, die Ungleichheiten vertiefen. Zwischen jenen, die nichts haben; jenen, die wenig haben; jenen, für die jeder einzelne Tag in Zukunft ungewiss sein wird, und jenen, die nicht so viel Glück haben wie ich.

Weil Slimani aber am selben Tag auch über den Raureif auf den Wiesen vor ihrem Haus schrieb und von den Bildern ihrer Kinder erzählte, die sie aufgefordert hatte, ein Porträt des Coronavirus zu zeichnen, ergoss sich nur Stunden später in den sozialen Netzwerken Häme und Hass über sie. In einem »Brief an bourgeoisie Schriftsteller« beklagt ein Autor, ihre idyllischen Fotos mit dem Blick auf Wiesen und Felder hätten einen »pornografischen Beigeschmack«. Sie seien etwas »Obszönes« für all jene, die in Paris nur auf die Hauswand gegenüber blickten und deren Leben sich auf einem Raum von 15 Quadratmetern abspiele.

Wo sind die Tagebücher von Frauen, die sich jetzt verprügeln lassen müssen?

In einem großen Landhaus in der Normandie eingesperrt zu sein sei keine Qual, das seien Ferien, schrieb ein Mann namens Mehdi auf Twitter. Wieso es keine Tagebücher gebe von Frauen, die sich jetzt zu Hause von ihren Ehemännern verprügeln lassen müssten, von Franzosen mit kleinem Gehalt, von all jenen, die in den Vororten von Paris lebten, und von allen Franzosen, die keinen Notausgang aus dieser Krise hätten, fragte ein anderer.

Es ist die Wucht der Kritik, die überrascht, der tiefe Hass, der jede Zeile füllt. Existenzielle Krisen haben im besten Fall das Potenzial, ein Land zu einen, zerrüttete Lager zusammenzuführen und alte Konflikte vergessen zu machen. Die Corona-krise scheint in Frankreich das Gegenteil zu bewirken und die Gräben zu vertiefen. Hauptstädter, die sich noch vor der Ausgangssperre aufs Land oder in den Süden flüchteten, berichten, dass sie nun ihre Autos mit Pariser Kennzeichen in der Garage versteckten, um der Wut der Anwohner auf »die da oben« zu entgehen. Der tiefe Klassenkonflikt, der sich schon in den Protesten der Gelbwesten zeigte, ist nicht verschwunden. Im Gegenteil, er artikuliert sich gerade mit großer Schärfe.

Slimani hat auf die Tweets, Blogseinträge und Mails nicht geantwortet. »Ich lasse

mir nicht diktieren, was ich zu schreiben habe«, sagt sie. Im Übrigen sei jedes Tagebuch Ausdruck einer subjektiven Sicht. »Aber keine Subjektivität ist schlechter oder besser als eine andere.«

Die Kritik habe sie weder überrascht noch verletzt. »Frankreich ist ein zutiefst gespaltenes Land, das unter großen sozialen Ungerechtigkeiten leidet, in dem die Wut noch immer groß ist. Und die Leute halten mich für ein Mitglied dieser Bourgeoisie, die sie so hassen. Das ist nicht das erste Mal.«

Es gehört zu den Widersprüchen Slimanis, dass sie in ihren Romanen mit klinischer Kälte die dunklen Seiten der Menschheit beschreibt, sich als Schriftstellerin politisch äußert und sich für die sexuelle Freiheit von Frauen in Marokko einsetzt – aber auch den Glamour und den roten Teppich liebt und dies offen zugibt.

Auf Filmfestivals, zu denen sie eingeladen wurde, machte sie Selfies, die sie ihrer Mutter und ihren Schwestern schickt, mit einem Champagnerglas in der Hand. Die Familie ist auch in Frankreich eine enge Bande geblieben, ihre Mutter wohnt in Paris in derselben Straße wie sie.

Tagebucheintrag vom 24. März:
Wir sind inzwischen über eine Milliarde Menschen in Hausarrest. Ich stelle mir vor, wie man vielleicht in 50 oder 100 Jahren in der Ritze eines Sessels, unter einem Holzparkett oder im doppelten Boden eines Koffers Schulhefte mit Notizen aus dieser Zeit finden wird, unbeholfen und zerbrechlich aneinander gereihte Wörter. Und ich frage mich, was unsere Nachkommen dann über die Menschen, die wir waren, denken werden. Welches Bild werden sie von dieser Zeit, dieser Epoche haben, in der sich das Leben einer Welle gleich von der Welt zurückgezogen hat?

Manchmal denke sie, so sagt Leïla Slimani am Ende unseres Telefongesprächs, dass es vielleicht gut war, alles anzuhalten, um nachzudenken, was wir tun, wohin wir gerade im Begriff waren zu gehen. Sie betrachte die leeren Seiten ihres Kalenders, die vielen ausgeräumten Termine ohne Melancholie, ohne Bedauern. Jetzt sei Zeit für etwas anderes: einfach wieder zu lernen, da zu sein, wo man sich gerade aufhält, diesen Ort mit Leben zu füllen.

Wird sich etwas ändern, wenn das alles mal vorbei ist?

»Vielleicht, vielleicht auch nicht. Vielleicht geht auch alles weiter wie zuvor. Dostojewski sagt, der Mensch passe sich an alles an. Wir werden uns auch noch an dieses eingesperrte Leben gewöhnen. Und wenn wir wieder rausdürfen, unser altes Leben wiederaufnehmen. Und irgendwann vergessen, wie das hier war. Gut möglich, dass es auch so ausgeht.«

Britta Sandberg

»Ich bin eine Provokation«

SPIEGEL-Gespräch Die berühmte Performancekünstlerin Marina Abramović will eine Oper über das Lieben und Sterben von Maria Callas auf die Bühne bringen. Nun muss sie pausieren – und gibt Auskunft über ihr eigenes spektakuläres Leben.

München, eine weitgehend verwaiste Bayerische Staatsoper. Marina Abramović, 73, will hier ein Herzensprojekt verwirklichen. Die Performancekünstlerin ist es gewohnt, überall auf der Welt zu arbeiten. Abramović lebt in New York, reiste aber aus London an, die dortige Royal Academy wird ihr eine große Ausstellung widmen. In München arbeitet Abramović, unterstützt von Sängerinnen, an einer ungewöhnlichen Opernidee: einer Hommage an Maria Callas. Die Uraufführung war für den 11. April geplant, doch der Termin ist nicht zu halten.

Abramović hat legendäre Werke geschaffen, das ist in dem Dokumentarfilm »Body of Truth« zu sehen (dessen Kinostart vorerst verschoben wurde). Dazu zählte auch ihre Performance »The Artist is present« im Museum of Modern Art in New York im Jahr 2010. Mehrere Wochen lang empfing sie täglich über viele Stunden Besucher, jeden der mehr als 1500 Menschen blickte sie regungslos an.

Die Begegnung mit Abramović findet Mitte März in einem Separee der Münchner Staatsoper statt, die Coronakrise spitzt sich bereits zu, aber es gibt noch keine Ausgangs- oder Kontaktbeschränkungen. Abramović ist guter Laune und bietet erst mal Desinfektionsmittel aus einem kleinen blauen Fläschchen an. Zehn Tage später noch ein Telefonat, jetzt klingt sie weniger zuversichtlich.

SPIEGEL: Frau Abramović, Sie sind Anfang März nach München gereist, nun kommen Sie aus Deutschland erst mal nicht mehr heraus. Wie geht es Ihnen damit?

Abramović: Es ist schwierig. Alle Beteiligten hatten anfangs noch die Hoffnung, das Vorhaben mit viel Enthusiasmus vorantreiben zu können, obwohl bald klar war, dass wir diese Oper nicht vor Publikum

uraufführen können. Wir organisierten stattdessen einen Livestream. Inzwischen haben wir selbst den abgesagt. Der Zustand ist eine Belastung. Es fühlt sich an, als wären wir im Krieg.

SPIEGEL: Wirklich wie im Krieg?

Abramović: Eine gute Freundin von mir, Susan Sontag, hat während des Bosnienkrieges Becketts »Warten auf Godot« in einem Schutzraum in Sarajevo inszeniert, ich muss oft an sie denken. Bei ihr war es laut, bei uns ist es still. Ich weiß, uns bedroht kein Krieg, sondern ein Virus, aber ich denke, auch das ist ein furchtbare Gegner. Dass wir so wenig über diesen Gegner wissen, dass er unsichtbar ist, macht ihn so gefährlich, und wir alle spüren diese Gefahr.

SPIEGEL: Wie arbeiten Sie unter den aktuellen Bedingungen?

Abramović: Zuerst haben wir die Teilnehmerzahl reduziert, auf nur zwei Personen, manchmal drei Personen. Abends gingen wir in einer seltsamen Stimmung nach Hause, und am nächsten Morgen kamen wir mit ihr zurück. Wir erstatteten uns gegenseitig Bericht, zu wem wir sonst noch Kontakt haben, aber kaum jemand von uns sieht andere Menschen. Aber jetzt brauchten wir das ganze Orchester, das ist unter diesen Umständen nicht möglich. Also pausieren wir, ich beaufsichtige die technischen Aufbauten, die Einrichtung der Lichttechnik.

SPIEGEL: Das Stück heißt »7 Deaths of Maria Callas«, es geht um Leidens- und Sterbeszenen auf der Bühne, die die legende Opernsängerin verkörperte, aber auch um Callas' eigenen Tod 1977 in Paris.

Abramović: Ich verarbeite mit dieser Oper ausgerechnet jetzt ein Thema, das ich seit 30 Jahren im Kopf habe. Und außerdem bereite ich eine große Ausstellung in der Londoner Royal Academy vor. Sie trägt den Titel »After Life«, also: »Nachleben«. Beide Projekte wirken, als hätten wir etwas vorhergesehen. Aber so war es nicht. Die momentane Situation kann einem das Gefühl geben, hinter einer Mauer zu leben.



Doch ich gehe durch Mauern hindurch. Es wird eine Zeit kommen, in der wir das Virus bekämpft haben und einen riesigen Hunger nach Kultur, nach Opern und Ausstellungen verspüren werden.

SPIEGEL: Wird das Publikum, wenn es endlich wieder die Oper besuchen darf, ausgerechnet ein Stück sehen wollen, das vom Tod handelt?

Abramović: Das Stück handelt nicht vom Tod an sich, es handelt vom Leiden und Sterben aus Liebe. Die unglückliche, verzweifelte Liebe ist ein anderes großes The-



MARCO ANELLI

Darstellerin Abramović als Sängerin Callas in »Lucia di Lammermoor«: »Wenn Sie ein Talent haben, dürfen Sie es nicht verschwenden«

ma, es ist universell und ewig. Viele von uns kennen es, ich kenne es ganz sicher.

SPIEGEL: Auch Ihre persönlichen Erfahrungen fließen in diese Inszenierung ein?

Abramović: Selbstverständlich, sie haben viel mit diesem Projekt zu tun. Als mich mein italienischer Ehemann verließ, war ich am Boden zerstört. Ich konnte nicht schlafen, nicht essen, ich fand mich selbst unerträglich. In meinem Unglück dachte ich an Maria Callas, daran, dass sie an gebrochenem Herzen starb und in so vielen Rollen als Sängerin das Sterben

darstellen musste. Maria Callas gab sich für Aristoteles Onassis auf, dann starb sie wegen dieser unerfüllten Liebe, da war sie erst 53 Jahre alt.

SPIEGEL: Sie selbst haben Ihr Leben der Kunst untergeordnet, sagen Sie in dem Dokumentarfilm »Body of Truth«. Ist die Kunst eine bessere Wahl als die Liebe?

Abramović: Wenn Sie ein Talent haben, dürfen Sie es nicht verschwenden. Eine höhere Ordnung sieht das so vor, davon war ich immer überzeugt. Es gibt so wenige große Künstlerinnen, weil Frauen zu

viel wollen: Kinder und Familie und Liebe und Harmonie und Kunst und Erfolg.

SPIEGEL: Und das ist unmöglich?

Abramović: Als ich meine ersten Performances machte, noch in Jugoslawien, da war ich oft nackt, meine Eltern wurden auf den Treffen der Kommunistischen Partei angegriffen, man wollte mich in eine psychiatrische Klinik einweisen lassen, aber ich war überzeugt, dass meine Performancekunst richtig ist, dass ich das machen muss. Jahrelang war ich allerdings die Einzige, die das so sah. Ich wollte keine Kinder,

keine Familie. Ich wusste, dass es viele Frauen gibt, die hervorragende Mütter sein werden. Ich würde nicht dazu zählen. Wer sich für einen solchen Weg entscheidet, nimmt Opfer und Einsamkeit in Kauf.

SPIEGEL: Es ist also kein Klischee, dass es eine Verbindung zwischen schwierigen Erfahrungen und guter Kunst gibt?

Abramović: Nein, die Geschichte der Kunst ist doch voller Beispiele. Wobei Depressionen etwas anderes sind, die müssen behandelt werden. Aber Gefühle wie Einsamkeit und Leiden wirken positiv auf die Kreativität. Wer glücklich ist, möchte an diesem Zustand möglichst nichts ändern, deshalb entsteht daraus nichts. Glück macht nicht kreativ.

SPIEGEL: Sie wirken alles andere als unglücklich.

Abramović: Eine der besten therapeutischen Maßnahmen meines Lebens war die Arbeit mit dem Regisseur Bob Wilson, mit dem ich die Inszenierung »The Life and Death of Marina Abramović« entwickelte.

SPIEGEL: Warum war das therapeutisch?

Abramović: Ich habe Bob Wilson damals meine Tagebücher, meine Arbeiten, alle meine privaten Geschichten überlassen. Ich begab mich wie eine Puppe in seine Hände, weil ich mich durch die Augen eines anderen sehen wollte. Während der Proben bin ich fast jeden Tag in Tränen ausgebrochen, weil ich mich so vieler Dinge geschämt habe. Wilson hat gesagt: »Hör auf zu weinen, die Zuschauer können weinen, aber nicht du.« Als das Stück zur Aufführung kam, war ich wie befreit, wundervoll.

SPIEGEL: Würden Sie sich als besonders mutig bezeichnen?

Abramović: Wenn ich es in meinem Alter nicht wäre, wann dann? Ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Sie müssen Ihre inneren Widersprüche akzeptieren. Ich, zum Beispiel, habe entdeckt, dass mindestens drei Marinas in mir stecken, alle müssen in Harmonie miteinander auskommen. Sie sind sehr unterschiedlich. Eine ist tatsächlich mutig, sogar heldenhaft mutig, geht durch Mauern, ist in fast schon militärischer Weise diszipliniert. Die zweite Marina ist spirituell und glaubt an jeglichen Hokuspokus, parallele Welten und so etwas. Die dritte liebt Trash jeder Art, schlechte Filme, Schokolade, Faulsein. Und es wäre doch schrecklich, wenn ich nur eine dieser Personen zeigen dürfte und die anderen verstecken müsste. Denn erst wenn Sie nichts von sich verstecken, macht Sie das stark.

SPIEGEL: Auch in Ihren Performances offenbaren Sie sich, Sie haben sich nicht nur nackt gezeigt, Sie haben sich gelegentlich auch in Lebensgefahr gebracht.

Abramović: Nachdem ich 1988 eine monatelange zehrende Wanderung über die Chinesische Mauer bewältigt hatte, fühlte ich mich sogar deprimiert. Danach trennte ich mich von Ulay, von dem Mann, den

ich so lange geliebt hatte und mit dem ich diese Performance erfunden und durchgeführt hatte. Das war eine Zäsur in meinem Leben und in meiner Arbeit. Ulay ist nach langer Krankheit gerade erst, Anfang März, gestorben.

SPIEGEL: Viele Jahre lang bildeten Sie beide ein scheinbar perfektes Team, zwei radikale Performancekünstler, die gemeinsam durch die Welt zogen.

Abramović: Jede Performance war ein Gemeinschaftswerk, wie ein Gemälde, das von zwei Künstlern geschaffen und signiert wird, von mir und dem Mann, den ich liebte. Doch die Wanderung auf dieser gigantischen Mauer war ein Moment der Erkenntnis. Ich dachte damals, ich will nichts mehr von mir verstecken, nicht als Mensch, nicht als Künstlerin, ich will Verletzlichkeit zeigen dürfen. Nichts zu verbergen ist die größte Herausforderung im Leben.

Toilette aufsuchen. Wenn du das schaffst, bist du anschließend ein anderer Mensch. Ich habe es geschafft, und ja, dann kam Ulay.

SPIEGEL: Ein YouTube-Video zeigt diesen Moment.

Abramović: Und viele, viele Millionen Menschen haben den Film gesehen.

SPIEGEL: Moderne Kunst ist selten so berührend wie in diesem Augenblick.

Abramović: Nach jedem Besucher habe ich den Kopf gesenkt, mich kurz gesammelt, wenn ich die Augen wieder öffnete, saß der nächste dort. Als ich Ulay erkannte, musste ich tief einatmen. Ich habe meine Regeln gebrochen, ich konnte nicht anders. Ulay war nicht irgendein Besucher.

SPIEGEL: Er hat ein wenig gelächelt, bei Ihnen flossen die Tränen.

Abramović: Ich sah das Leben vor mir, das wir zusammen hatten. Und trotzdem verklagte er mich einige Jahre später.



Regisseurin Abramović bei Probe in München, bei Dreharbeiten für ihre Callas-Oper:

SPIEGEL: Viele Jahre später haben Sie eine völlig andere Langzeitperformance durchgeführt, 2010 im Museum of Modern Art in New York. Sie haben wochenlang Besucher empfangen, ohne sich zu rühren. Einer war Ulay, mit dem Sie damals seit Jahren keinen Kontakt mehr hatten.

Abramović: Diese Performance bedeutete: drei Monate lang nahezu regungslos sitzen. Das ist die Hölle auf Erden. Ich habe ein Jahr lang trainiert, wie ein Astronaut für eine Weltraummission. Während der Öffnungszeiten des Museums unterbrach ich meine Performance nicht, ich konnte also nicht essen, nicht trinken, nicht die

»Wer glücklich ist, möchte an diesem Zustand nichts ändern. Glück macht nicht kreativ.«

SPIEGEL: Das war 2015, da ging es um Fragen des Urheberrechts an alten Performances, die Sie später ohne ihn neu aufgeführt haben. Ulay forderte eine finanzielle Beteiligung.

Abramović: Ich verlor vor Gericht, und ich war so wütend. Ich war fassungslos, dass er nach allem, was wir durchgestanden hatten, gerichtlich gegen mich vorging. Offenbar dachte er, ich sei nun – insbesondere nach der Schau im Museum of Modern Art – eine reiche Schlampe. Das hat mir das Herz gebrochen. Erneut.

SPIEGEL: Konnten Sie ihm irgendwann vergeben?

Abramović: Schon bald sogar. Gleich nach dem Prozess bin ich nach Indien gereist, ich war so traurig, so erschöpft. Ich habe einen Platz in einer Ayurvedaklinik gebucht, die immer nur 18 Personen gleichzeitig aufnimmt, es hat 30 Stunden gedauert, dorthin zu gelangen, und wen treffe ich dort? Ulay und seine Frau. Wie in

einem Hollywoodfilm. Wir mussten alle morgens um fünf aufstehen und gemeinsam meditieren. Wir haben uns versöhnt, endgültig, und ich bin froh, denn wäre es nicht so gewesen, hätte ich mich jetzt nach seinem Tod sehr schlecht gefühlt.

SPIEGEL: Ihnen ist eine einzigartige Karriere gelungen, die großen Museen dieser Welt haben Ihnen Ausstellungen gewidmet, nur Ihre Heimat hat Sie lange ignoriert. Erst im vergangenen Jahr zeigte das Museum für zeitgenössische Kunst in Belgrad eine große Werkschau. Was bedeutet Ihnen Serbien?

Abramović: Ich bin in Belgrad geboren und aufgewachsen, wir hatten aber auch ein Haus am Meer in Slowenien, und studiert habe ich in Zagreb. Deshalb fühle ich mich nicht als Serbin. Meine Heimat war Jugoslawien, nur existiert dieses Land, aus dem ich komme, nicht mehr. Dabei habe ich es geliebt.

»Ich bin ein Beispiel dafür, dass jede Frau so leben kann, wie sie will. Das löst Ablehnung aus.«

erste weibliche Regierungschefin des Landes, sie ist auch jung, Mitte vierzig. Wissen Sie, die Menschen meiner Generation in Serbien, sogar die Künstler meiner Generation, hassen mich.

SPIEGEL: Wofür?

Abramović: Das sind traditionelle Maler. Sie können nicht verstehen, weshalb ich diese ganze Aufmerksamkeit erhalte, obwohl ich scheinbar nichts mache, außer auf einem Stuhl zu sitzen. Warum ist sie so berühmt? Aber zur jungen Generation habe ich eine Verbindung. Ich hatte zugesagt, in Belgrad auch einen Vortrag zu halten

SPIEGEL: Hat sich mit dieser Ausstellung und dem Auftritt in Belgrad ein Kreis für Sie geschlossen?

Abramović: Nun ja. Jemand sagte mir, ich sei der neue Tito, weil die Menschen in Bussen und von überallher kamen, um die Ausstellung zu sehen. Aber das Tolle war, sie konnten dort sehen, was zeitgenössische Kunst sein kann, was sie schon in den Siebzigerjahren konnten.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Abramović: Heute verhindert die Political Correctness jegliche Kreativität, insbesondere in den USA, aber eigentlich längst überall. Heute wäre einiges, was wir uns damals getraut haben, kaum noch möglich. Das sollte uns zu denken geben.

SPIEGEL: Sie waren eine Provokateurin.

Abramović: Ich bin immer noch eine Provokation. Ich liebe die Kunst, sie macht mich glücklich. Allerdings löst das vor allem bei Frauen reflexhaft Ablehnung aus, auch Neid, all diese negativen Gefühle. Ich bin ein Beispiel dafür, dass jede Frau sich die Freiheit nehmen kann, so zu leben, wie sie will. Ich provoziere also nicht nur mit der Kunst, sondern auch weil ich eine glückliche Künstlerin bin. Und dann sind da andere große Themen, die eine regelrechte Eifersucht hervorrufen, meine Beziehungen, der Sex.

SPIEGEL: Erklären Sie uns das?

Abramović: Mein jetziger Freund ist 21 Jahre jünger als ich, wir lieben uns. Ich kann mich glücklich schätzen, denn anstatt einer Familie, die mir auf die Nerven gehen würde, habe ich ihn. Aber: eine ältere Frau und ein jüngerer Mann, das wird immer noch nicht gutgeheißen.

SPIEGEL: Immerhin ist der jüngere Mann dann über 50, und wir haben das Jahr 2020.

Abramović: Ich weiß, und trotzdem breche ich damit Regeln. Die Gesellschaft ist noch nicht so weit und fortschrittlich, wie Sie unterstellen. Ich breche die Regeln nicht nur, ich verstecke meine Art zu leben auch nicht. Warum sollte ich? Warum sollte ich diesen Mann verstecken? Er ist hinreißend, er findet mich großartig, ich habe mehr Probleme mit dem Altersunterschied als er.

SPIEGEL: Das klingt nun doch typisch weiblich.

Abramović: Stimmt. Aber wenn wir in ein Hotel einchecken, beide unsere Pässe vorlegen und jeder sieht den Altersunterschied schwarz auf weiß – das fühlt sich etwas merkwürdig an. Ich denke, wir sollten alle innerlich freier werden. Es stimmt doch wirklich, dass das Leben einzigartig, kostbar und leider kurz ist. Nach allem, was ich erlebt und durchlitten habe, kann ich heute mit Bestimmtheit sagen, in einem gewissen Alter ist Trübsinn ein Luxus, den wir uns nicht leisten können.

SPIEGEL: Frau Abramović, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



»Heute verhindert die Political Correctness jegliche Kreativität«

SPIEGEL: Obwohl Sie dort angefeindet wurden?

Abramović: Ja, das hat mir eine ungeheure Stärke gegeben. Ich liebe Scherze, es war unsere Art zu überleben, obwohl man in Jugoslawien für Jahre ins Gefängnis gehen konnte, wenn man einen politischen Witz machte. Dann zog ich in den Siebzigerjahren nach Amsterdam, wo alles erlaubt war, es hat keinen geschert, wenn du nackt auf die Bühne gegangen bist. Plötzlich fehlten die Verbote. Das war ein Problem für mich, ich musste meine Rollen neu finden.

SPIEGEL: Als Sie 2019 zur Ausstellungs-eröffnung nach Belgrad reisten – fühlte sich das dennoch so an, als kämen Sie nach Hause?

Abramović: Es war meine erste Ausstellung dort, seit ich das Land verlassen hatte. Ich bin einer Einladung der Premierministerin Ana Brnabić gefolgt. Sie hatte mich gebeten zu kommen. Sie ist nicht nur die

ten, im Museum hätten dafür 250 Plätze zur Verfügung gestanden. Dann haben sich 6500 Leute angemeldet, also wurde draußen eine Bühne aufgebaut. Es war ein Woodstock für die Kunst. Warten Sie, ich zeige Ihnen auf meinem Handy ein Foto, es wurde von der Bühne aus aufgenommen. Hier, man sieht die Menschenmenge vor der Bühne.

SPIEGEL: Wie bei einem Popkonzert.

Abramović: Aber unten war totale Stille, die Menschen haben wirklich zugehört, und ich habe zweieinhalb Stunden gesprochen. Alle dort, an dem Abend, waren jung, und das hat mich stolz gemacht. Und für das Museum in Belgrad war meine Ausstellung auch von Vorteil, denn meine alten Performances zeige ich ja oft auf Bildschirmen, und die Premierministerin sorgte dafür, dass viele neue Geräte angeschafft wurden. Nun können junge Künstler diese technische Ausstattung nutzen.

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges

BLATTMÄCHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Mönke, Jörn Sticher

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST Print: Anke Jensen, Thomas Schäfer, Gesine Block (stellv.)

Online: Patricia Dreyer, Anselm Waldermann; Melanie Alheimer, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasniewski, Jonas Leppin, Florian Merkl, Dr. Jens Radu (Multimedia), Daniel Raeeck, Janko Tietz, Martin Wolf

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz; Christina Elmer, Friederike Freiburg, Bente Kirschstein, Ole Reißmann, Dr. Susanne Weingarten

SPIEGEL+ Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaelis

REPORTER Ullrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbijuwiet

Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock, Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamleitung Innere Sicherheit); **Redaktion:** Nicola Ábó, Misile Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Marcus Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röbel, Lydia Rosenfelder, Jonas Scheible, Christof Schulz, Christian Teves, Severin Weiland; **Autoren, Reporter:** Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christian Hoffmann, Politik Hamburg: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Milena Hassencamp, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA **Leitung:** Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik Ternieden, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.). **Redaktion:** Laura Backes, Birte Bredow, Anneke Brühns, Lisa Duhm, Katrin Eger, Sarah Heidi Engel, Silke Focken, Michael Fröhlingdorf, Hubert Gude, Achim Himmelstädt, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunther Latsch, Roman Leberle, Benjamin Maack, Peter Maxwell, Miriam Olbrisch, Alexander Preker, Ansgar Siemers, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler; **Autoren, Reporter:** Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongard, Julia Jittner, Beate Lakotta, Katja Thimon, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe

Berlin: Andreas Wassermann. **Autor:** Stefan Berg

WIRTSCHAFT/NETZWELT **Leitung:** Markus Brauck, Yasmin El-Shafir, Judith Horchert (Netzwelt), Isabell Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.). **Redaktion:** Andreas Albert, Benjamin Bödder, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Görke, Simon Hage, Henning Jägering, Alexandra Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klawitter, Matthias Kremp (Teamleitung Netzwelt), Alexander Kühn, Maria Marquart, Marta U. Müller, Anton Rainer, Jörg Schmitt, Stefan Schultz, Carolin Wahnbäck, Robin Wille. **Autoren, Reporter:** Armin Mahler, Michaela Schießl Berlin: Max Hoppenstedt, Christian Reiermann (Teamleitung); Patrick Beuth, Markus Dettmer, Michael Kröger, Cornelia Schmerling, Anna Seith, Gerald Traufetter. **Autoren, Reporter:** David Böcking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND **Leitung:** Mathieu von Rohr, Britta Kornbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.). **Redaktion:** Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rokjov, Raniah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Vanessa Sennitzet, Maria Stöhr, Christopher Titz, Helene Zuber.

Autoren, Reporter: Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter Berlin: Christoph Sydow

WISSEN **Leitung:** Rafaela von Bredow, Michael Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.). **Redaktion:** Dr. Philip Bethe, Manfred Dworschak, Marco Evers, Christian Franck, Susanne Götz, Johann Große, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhübert, Julia Koch, Julia Koppe, Kerstin Kullmann, Julia Metz, Emil Nefziger, Jörg Römer, Hilmar Schmid, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Biologie), Frank Thadeusz, Christian Wüst. **Autoren, Reporter:** Jörn Blech, Christoph Seidler

KULTUR **Leitung:** Sebastian Hammelehr, Eva Thöne, Felix Bayer (stellv.), Tobias Rapp (stellv.). **Redaktion:** Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Padthberg, Hannah Pilarczyk, Katharina Stegemann, Claudia Voigt, Takis Würger. **Autoren, Reporter:** Andreas Borcholtz, Dr. Martin Doerry, Thorar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

REPORTER **Leitung:** Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Staff (stellv.). **Redaktion:** Maike Großekhöfer, Barbara Hardingsum, Timofey Neshitov, Dialipa Neufeld, Jonathan Stock. **Autoren, Reporter:** Uwe Buse, Marc Huje, Alexander Smolczyk, Barbara Supp

SPORT **Leitung:** Udo Ludwig, Lukas Rille, Jörn Meyn (stellv.). **Redaktion:** Peter Ahrens, Anne Armbracht, Jan Göbel, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

INVESTIGATION Sven Becker, Rafael Buschmann, Roman Höfner, Nicola Naber, Philipp Seibt, Michael Wulzinger

Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

MEINUNG UND DEBATTE Lothar Gorris, Stefan Kuzmany

LEBEN **Leitung:** Anke Dürr, Frauke Lipké-Narberhaus. **Redaktion:** Irene Berres, Antje Blenda (Teamleitung Reise), Markus Deggerich, Detlef Hacke, Mareen Keller, Heiko Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Ker (Teamleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Musall, Sandra Schulz, Julia Stanek, Nina Weber.

Autoren: Enrico Ippolito, Marianne Wellerhoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESETZT VON MANAGER MAGAZIN NEW MEDIA) **Leitung:** Jennifer Lachman. **Redaktion:** Helene Endres, Kristin Haug, Mareen Hoffmann, Verena Töpper

GESCHICHTE **Leitung:** Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. **Redaktion:** Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klumpp, Danny Krings, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzwedel

DEIN SPIEGEL **Leitung:** Bettina Stieber. **Redaktion:** Antonia Bauer, Claudia Becksbüche, Alexandra Klaufusner, Mira Taylor, Marco Wedig

SCHLÜSSELDICTION Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Regine Bräuer, Lutz Diederichs, Jürgen Birner, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sybille Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waegge

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilmus; Kathrin Beyer, Michelle Brün, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hof, Katrin Zabel

BILDREDAKTION **Leitung:** Claudia Jeczwitz, Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.), Kathrin Rinne (stellv.); Claudia Apel, Claudia Dörr, Sabine Dörling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thorsten Gerke, Kathrina Gransow, Daniel Hoffmann, Andrea Hus, Ines Kaffka, Rosa Kaiser, Elisabeth Kolb, Petra Kropka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazemi, Peer Peters, Jens Ressing, Oliver Schmitt, Irene Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anne Wellnitz

MAIL: foto@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT **Leitung:** Reinhold Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödiger

TEMBILD **Teamleitung:** Katja Kollmann, Johannes Unsell; Suze Barrett, Iris Kuhlmann

INFOGRAFIK **Teamleitung:** Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfeiffer, Michael Walter

INTERACTIVE **Teamleitung:** Olaf Heuser, Hanz Sayomi; Alexander Epp, Guido Grigat, Frank Kalinowski, Marco Kasang, Chris Kirt, Ada Marquez Gonzales, Michael Niestedt, Dawood Ohdah, Bernhard Riedmann

DESIGN/UX **Teamleitung:** Alexander Trempler; Katja Braun, Anna von Howe

KORREKTORAT Sebastian Hofer

TEXTPRODUCING **Leitung:** Helke Grusdat, Stefan Schitt (stellv.); Christoph Brüggemeier, Angela Ölscher, Gesche Söhler, Holger Uhlig, Valérie Wagner

DATENJOURNALISMUS **Leitung:** Marcel Pauly; Holger Dambeck, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA UND LESENTERIALOG **Leitung:** Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.). **Redaktion:** Sarah Angerstein, Kai Boni (Forum), Veronique Brüggemann, Dennis Deumeirer, Fabian Domeyer, Ariane Fries (Teamleitung Community), Eva Horn, Ties Kozok, Petra Maier, Jonathan Miske, Lina Moreno, Christian Neub (Teamleitung Snapchat), Johanna Röhr, Robert Schlösser, Mara Veigel

SEO **Leitung:** Maximilian Rau, Bastian Midasch, Charlene Opertenstein, Ines Winter

BENTO **Leitung:** Viktoria Bolmer, Julia Rieke, Franziska Bulban (Teamleitung), Helene Flachsenberg (Teamleitung), Katharina Höller (Teamleitung), Korinna Kurze, Sebastian Maas, Jan Petter Sophia Schirmer (Teamleitung), Maximilian Senff, Carolina Torres, Hanna Zobel, Lou Zucker. **Reporter:** Marc Röhl. **Video:** Hannah Doll, Inken Dworak, Sarah Klöber, Hoai Phuong Tran Thi

VIDEO **Leitung:** Frauke Böger, Anne Martin (stellv.). **Redaktion:** Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Benjamin Denes (Leitung Formatentwicklung), Birgit Großeckathöfer, Janita Hämläinen, Martin Jäschke, Heike Jansen, Carolin Katschak, Eckhart Klein, Fabian Pieper, Raphael Pouplier, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingerle

CHEF VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dr. Schulze, Martin Stützing

AUDIO **Leitung:** Sandra Sperber, Yasemin Yüksel. **Redaktion:** Leine Kaffka, Matthias Kirsch, Christina Pohl, Sabine Schaper, Sebastian Spallek

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderfufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäfischen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelis Schmid, Jägerhofstraße 19-20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0711 22737

MAGDEBURG Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740, christopher.piltz@spiegel.de

MÜNCHEN Anna Clauf, Martin Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosenthal 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ACRA Anne Backhaus, anne.backhaus@spiegel.de

BANGALORE Laura Höflinger, laura.hoeflinger@spiegel.de

BOSTON Martin Schalak, Tel. +1 929 2172432

BRÜSSEL Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titre 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv_bruessel@spiegel.de

KAPSTADT Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa, fritz.schaap.extern@spiegel.de

LONDON Jörg Schindler, joerg.schindler@spiegel.de

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630524

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, Marc Pitzke, Samiha Shady, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2275783, rv_newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 5825120

PEKING Georg Fahrion, Bernhard Zand, Tel. +86 10 22353541

ROM Frank Horning, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Ingels, Tel. +1 212 2275783, rv_newyork@spiegel.de

SYDNEY Johanne Korge, Anna-Lena Abbott

TEL AVIV Alexander Ossang, Tel. +972 3 6835339

TIJUANA Sonja Peteranderl, sonja.peteranderl@spiegel.de

WARSCHAU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Loeffelholz, Nale Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr, walter.mayr@spiegel.de

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Arno Frank, Giorgos Christides, Jochen-Martin Gutsch, Dr. Claus Hecking, Felix Hutt, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Bernhard Riedmann

DOKUMENTATION **Leitung:** Cordelia Freivald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arpa, Eva Bräth, Yolka Broecker, Dr. Heike Buschke, Almut Cieschinger, Johanna Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hapke, Susanne Heiker, Carsten Hellberg, Stephan Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzler, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lamelauer, Julia Lange, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Libbert, Sonja Maas, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Myhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mülöt, Claudia Niesen, Sandra Ötter, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marco Scharlow, Mirjam Schlossack, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stahl, Tuisku Steinbock, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahle, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020

Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

Vertrieb: Christoph Hauschild

Herstellung: Silke Kassabu



GESCHÄFTSFÜHRUNG

Thomas Hass

INTERNET www.spiegel.de

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbriefe@spiegel.de. Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0; Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinwegeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinwegeber@spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966 Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben

Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9299684

Abonnement für Blinde

Deutsche Blindenstudienanstalt e.V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 265,20, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 187,20, Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementservice

Persönlich erreichbar Mo.-Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg

Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070

Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den **SPIEGEL**

für € 5,10 pro gedruckte Ausgabe

für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist nur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den **SPIEGEL** an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)



Nachrufe



KEystone

Barbara Rütting, 92

Sie gab ihre Fotos in den Filmstudios Berlin Tempelhof ab und wurde sofort engagiert; für ihre Rolle als Tamara in »Die Spur führt nach Berlin« erhielt sie 1953 den Bundesfilmpreis. Barbara Rütting, als Waltraut Goltz 1927 geboren, entschloss sich nach den Schrecken des Weltkriegs, Schauspielerin zu werden, was sie später als »eine Art Flucht aus der (schwer zu ertragenden) Wirklichkeit in eine schönere Traumwelt« erklärte. In dieser Traumwelt traf sie Stars wie Gary Cooper, Klaus Kinski, Maximilian Schell. Mit ihrer »Geierwally«, einer 1956 sehr populären Heimat schnulze, wurde sie endgültig berühmt. Doch bei der Flucht sollte es nicht bleiben. Rütting stellte sich der Wirklichkeit und wurde zu einer Aktivistin und Politikerin. Sie propagierte bereits in den Siebzigerjahren vegetarische Ernährung in Deutschland, sie arbeitete als Gesundheitsberaterin, schrieb diverse Bücher, kämpfte für Tierschutz und trat zweimal bei den Grünen ein – und wieder aus; sie war Alterspräsidentin im Bayerischen Landtag, und ihre Energie und Leidenschaft waren wohl manchmal anstrengend, aber immer beeindruckend. Ihre Autobiografie heißt: »Durchs Leben getobt«. Barbara Rütting starb am 28. März im fränkischen Marktheidenfeld. ks

Reimar Lüst, 97

Der deutsche Astrophysiker war einer der ganz großen Wissenschaftsmanager Europas. Von 1972 an leitete er als jüngster Präsident die Max-Planck-Gesellschaft, dann wurde Reimar Lüst zum Pionier bei der Gründung der Europäischen Weltraumorganisation Esa, der er von 1984 an als Generaldirektor vorstand. Seine Karriere verlief erst verschlungen, dann kometenhaft. 1923 wurde er in der Nähe von Wuppertal geboren, eigentlich wollte der Pfarrerssohn Schiffbau studieren. Doch 1941 meldete er sich zum Militärdienst, er diente als Ingenieur auf einem U-Boot. Nur knapp überlebte er dessen Versenkung und geriet mit 20 Jahren in Kriegsgefangenschaft, erst in Großbritannien, dann in den USA. Nach dem Krieg studierte er in Frankfurt und Göttingen Physik und promovierte 1951. Zwölf Jahre später gründete der Plasmaphysiker das Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik. Ein Asteroid trägt seinen Namen: »(4386) Lüst«. Reimar Lüst starb am 31. März in Hamburg. HIL

Thomas Schäfer, 54

In der hessischen CDU sahen viele den fast zwei Meter großen Juristen schon als den nächsten Ministerpräsidenten des Bundeslandes. Finanzminister Thomas Schäfer ließ bei Gesprächen im kleinen Kreis auch wenig Zweifel daran, dass er sich das Amt zutrauen würde. Als Büroleiter im Justizministerium und in der Staatskanzlei des damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) absolvierte er die Ochsentour in der Landespolitik. Seit 2010 war Schäfer als Minister für den Haushalt des Landes Hessen zuständig. Er ver-

batschows Perestroika verglich er 1988 mit einem »Flugzeug, bei dem man nicht weiß, ob am Zielort eine Landebahn ist«. Jurij Bondarew starb am 29. März in Moskau. UKL

Krzysztof Penderecki, 86

Der Dunkelheit gab er einen Sound, der bis heute unerreicht ist. Der polnische Komponist und Dirigent Krzysztof Penderecki, ein Pionier der zeitgenössischen Musik, verband in seinem Werk Avantgarde und Tradition, Religiosität und Politik. Es umfasst Sinfonien und Opern, aber auch herausfordernde Stücke wie »Anakalias« für 42 Streicher und Schlagzeuggruppe, das ihm schon mit Mitte zwanzig den Durchbruch im Westen brachte. Zur Welt kam er in Dębica, im Südosten Polens. Hier verbrachte er während des Zweiten Weltkriegs seine Kindheit, lernte Geige und Klavier zu spielen.

Wäre er nicht dort geboren worden, hätte er nicht damals gelebt, sagte er einmal, hätte er vielleicht auch nie sein »Polnisches Requiem« geschrieben für die Opfer des Aufstands der Werftarbeiter von 1970 oder Stücke wie »Threnos«, ein »Klagelied für die Opfer von Hiroshima«. Wie kaum ein zeitgenössischer Komponist schlug Penderecki Brücken zwischen Klassik und Popkultur, zwischen dem Abseitigen und dem Mainstream: Stanley Kubricks »The Shining« oder William Friedkins »Der Exorzist« wären ohne seine verstö-



BERT BOSLEIMANN / LAIF

schaffte sich im Kabinett von Regierungschef Volker Bouffier mit pragmatischen Lösungen und klugen Analysen das Image eines Felsens in der Brandung. Erst nach seinem Tod kamen Kabinettskollegen und Beobachter auf den Gedanken, dass der Eindruck womöglich getäuscht und Schäfer Hilfe gebraucht hat. Thomas Schäfer beging am 28. März Suizid. MAB

Jurij Bondarew, 96

Er kämpfte als junger Offizier gegen Hitlers Wehrmacht, die Kriegsergebnisse prägten Leben und Werk des russischen Schriftstellers. Seit den Fünfzigerjahren hatte Jurij Bondarew Erfolg mit Erzählungen und Romanen. Er schilderte den Krieg frei von Stahlgewitterpathos, Hass gegen die Deutschen war ihm fremd. Sein Roman »Heißer Schnee« über die Kämpfe bei Stalingrad wurde in viele Sprachen übersetzt. Zum sowjetischen Staat stand er loyal, seit 1944 war er Mitglied der KPdSU. Michail Gor-



AGENCE FRANCE PRESSE / REUTERS

renden Filmmusiken wohl nie zu Meisterwerken des Horrorkinos geworden. Krzysztof Penderecki starb am 29. März in Krakau. SKR

Personalien

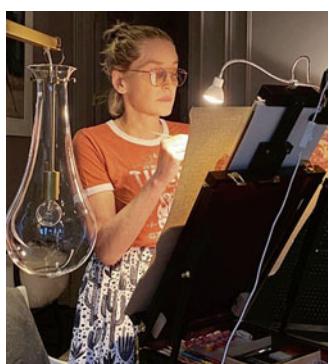


CHARLIE GRAY

Performance statt Po

● Als Drachenmutter Daenerys Targaryen ist sie in »Game of Thrones« zum internationalen Star geworden, das »Time«-Magazin erklärte sie zu einer der 100 einflussreichsten Personen 2019, nachdem sie acht Jahre lang die Fans der Serie in Atem gehalten hatte. Doch kürzlich sagte die Britin **Emilia Clarke**, 33, sie verstehe sich vor allem als Bühnenschauspielerin. Das ist insofern verwirrend, als sie bisher wenig Theater gespielt hat. Zwar trat sie 2013 am Broadway als Holly

Golightly in »Breakfast at Tiffany's« auf. Aber das ganze Projekt – inklusive ihres eigenen Beitrags – sei »furchtbar, schrecklich, schrecklich, sehr schlecht« gewesen, sagte Clarke der »Sunday Times«. Nun versuchte Clarke es am Londoner Westend mit einem Klassiker der Theaterliteratur: als Nina in Anton Tschechows Drama »Die Möwe« von 1895. Wie und ob die Produktion in Zeiten des Coronavirus noch ein Publikum findet, bleibt abzuwarten. Kritiken interessieren Clarke eher nicht: Sie lese keine Rezensionen mehr, seitdem einmal ihr Po statt ihrer Performance während der »Game of Thrones«-Zeit im Mittelpunkt der Diskussion um die Serie gestanden habe. ks



Überrasche dich selbst!

● Vier Jahrzehnte Hollywood liegen hinter ihr, davon zwei als Sexsymbol – die amerikanische Schauspielerin **Sharon Stone**, 62, hat einiges erlebt. Jetzt ist sie von sich selbst überrascht: »Es sieht tatsächlich nach etwas aus, das finde ich sehr

bemerkenswert«, sagte Stone in einem Instagram-Video offenkundig zufrieden mit einem Bild, das sie gemalt hat. Wie viele Stars dieser Tage lässt sie ihre Fans via soziale Medien an ihrer Corona-bedingten Abgeschiedenheit teilhaben. Stone versuchte sich zum ersten Mal als Malerin. Das Erlebnis scheint sie zu inspirieren, ihren Zuschauern will sie Mut fürs Experi-

ment machen: »Du kannst Dinge tun, während du zu Hause bist und nicht weißt, was du tun sollst, von denen du gar nicht wusstest, dass du sie tun kannst.« Die pinkfarbene, weit geöffnete Blüte auf ihrem Bild entstammt übrigens weder ihrer Fantasie, noch hat Stone eine echte Blume als Vorlage benutzt, das Werk ist mit »Malen nach Zahlen« entstanden. ks

Löffelhund und Wickelbär

● Dem Gurren von **David Acord** lauschen momentan Millionen Menschen im Internet und beim Streamingdienst Disney+. Der aus Delaware stammende, vielfach ausgezeichnete Tontechniker hat seine Stimme dem Sound beigemischt, mit dem sich das als Baby Yoda bekannte Außerirdischenbaby aus der Disneyserie »The Mandalorian« in die Herzen seiner Fans fiepst. Dabei erwies sich die Arbeit



FRAZER HARRIS / GETTY IMAGES

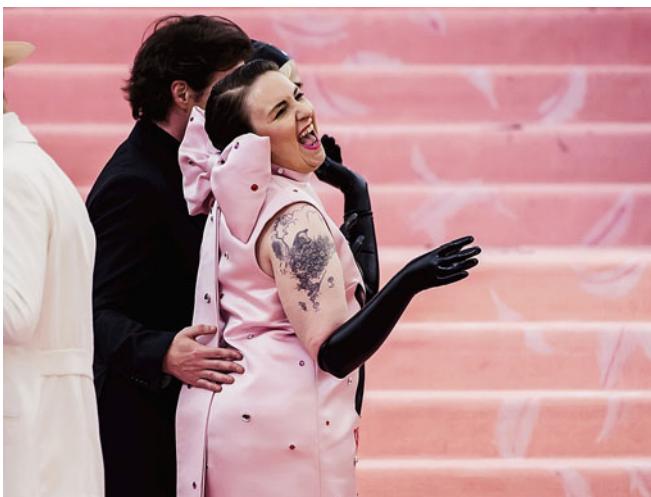
für die wenigen, aber herzerwärmenden Aliennachwuchs-Klänge als kompliziert. Er habe in einem Wildtierreservat außerhalb von San Diego die Laute des Löffelhunds und des Wickelbären aufgenommen, erzählte Acord in einem Podcast. Daraus habe er einen Sound kreiert, der beim »The Mandalorian«-Erfinder Jon Favreau allerdings nicht auf Gegenliebe stieß. Baby Yoda sollte menschenähnlicher klingen. Deshalb fügte Acord, der immer mal wieder als Synchronsprecher für Dro-

den und Außerirdische eingesetzt wurde, dem Mix echte Säuglingsgeräusche und Aufnahmen seiner eigenen, hochgepitchten Stimme hinzu. Referenzen standen ihm dabei nicht zur Verfügung: Yodas namenlose Spezies bleibt im »Star Wars«-Universum ein Mysterium, weil nur der etwa 900-jährige Jedi-meister selbst, ein Weibchen namens Yaddle und eben das als The Child bezeichnete Baby Yoda bekannt sind. Das Baby dürfte übrigens etwas älter sein als Acord: Es ist 50. Süß klingt es trotzdem. RED

Die Serientäterin

● Die amerikanische Autorin und Schauspielerin **Lena Dunham**, 33, (»Girls«) eifert großen Vorbildern nach. Wie seinerzeit der britische Schriftsteller Charles Dickens (1812 bis 1870) veröffentlicht Dunham jetzt einen Roman in Serie. Auf der Website des amerikanischen Modemagazins »Vogue« erscheint von Montag bis Freitag je ein Kapitel ihrer modernen Romanze »Verified Strangers«, was auf Deutsch etwa »Nachweislich Unbekanntes« heißt. Im Mittelpunkt steht die 32-jährige Ally auf der Suche nach dem perfekten Date. Der Clou an der Sache: Die Leserinnen (und wahrscheinlich etwas weniger Leser) können den Fortgang der Geschichte mit-

bestimmen. Jedes zweite Kapitel endet damit, dass Ally sich zwischen zwei Handlungsalternativen entscheiden muss, die Leser stimmen ab, wie es weitergeht, Dunham setzt den Text entsprechend fort. Die Idee sei ihr angesichts der Ausbreitung des Coronavirus gekommen, als sich abzeichnete, dass es Isolationsmaßnahmen geben müsse, sagte Dunham der »Vogue«. »Ich habe mich gefragt, wie wir eine Gemeinschaft bilden können – und Geschichten zu erzählen war für mich immer schon ein Weg, Nähe zu anderen Leuten herzustellen. Besonders, wenn ich mich allein fühlte.« Die gebürtige New Yorkerin lebt zurzeit in London, wo strenge Ausgangsbeschränkungen gelten. ks



GILBERT CARASQUILLO / GC / GETTY IMAGES



ALFREDO ESTRELLA / AFP / GETTY IMAGES

Tröstliches Farbenspiel

● Eigentlich wollte der kolumbianische Sänger **J Balvin**, 34, jetzt unterwegs sein, um sein neues Album »Colores« zu bewerben. Doch die Coronakrise zwingt auch den Latin-Popstar (»Mi gente«) zur häuslichen Quarantäne. Balvin schlug sich einst in New York ohne Arbeitserlaubnis mit Gelegenheitsjobs durch, um seinen Traum zu verwirklichen und so reich und berühmt wie Rapmogul Jay-Z zu werden. Inzwischen ist Balvin ein erfolgreicher Botschafter für die Latinokultur. Seine von Reggaeton und Hip-Hop beeinflussten Songs singt er konsequent auf Spanisch; statt in New York oder L. A.

zu leben, bevorzugt er seine Heimat Medellín, früher Kolumbiens Drogenhauptstadt, nun die selbst erklärte Stadt des ewigen Frühlings. »Ich will etwas mehr Farbe und Leben in die Welt bringen«, sagt er im Videochat aus seinem grünen Garten. Nicht nur mit Musik: Zusammen mit dem japanischen Künstler Takashi Murakami, der das farbenfrohe Cover von »Colores« gestaltete, hat Balvin der Organisation Families Belong Together ein Ausmalbild zur Verfügung gestellt. Die Organisation kümmert sich um Kinder, die wegen der Migrationspolitik Donald Trumps von ihrer Familie getrennt wurden. Malbücher würden ihm helfen, sich zu entspannen, sagt Balvin, jetzt sollen die fröhlichen Farben auch anderen Trost spenden. BOR



»Eine ausgezeichnete Zusammenfassung, die Orientierung bietet in diesem unübersichtlichen Informationschaos, in dem der Bürger von morgens bis abends förmlich ertränkt wird.«

Michael Manns, Stahnsdorf (Brandenburg)

Corona, Corona, Corona!

Nr. 14/2020 Wie kommen wir da wieder raus (ohne uns anzustecken oder zu ruinieren)? Auswege aus dem Corona-Albtraum

Ich lese gern den SPIEGEL. Nur über die letzte Ausgabe war ich ein wenig verärgert. Denn es ging um Corona, um Corona, ach ja, und um Corona! Wir wissen es nun. Als Nachrichten-Magazin sind Sie sicherlich verpflichtet, darüber zu berichten, aber vielleicht gibt es ja auch andere wichtige Neuigkeiten? Oder vielleicht auch einfach wieder ein Thema, das unterhaltsam ist und die Menschen ablenkt, die gar nicht rauskommen gerade.

Cornelia Fester, Freiburg

Jetzt – noch vor der eigentlichen Infektionswelle – ungeduldig über Ausstiegsszenarien aus der Coronakrise nachzudenken erscheint unangemessen. Handelt es sich doch bei Covid-19 um eine extrem ansteckende Infektionskrankheit, die sich in kürzester Zeit über den Globus ausbreiten konnte und für einen beträchtlichen Teil der Infizierten eine tödliche Bedrohung darstellt. Ein Ausstieg aus der Dynamik dieser Seuche ist ohne geeignete Behandlungsmöglichkeiten gar nicht erreichbar.

Dr. Hans Christian Hummel, Hannover

In diesen Tagen werden drastische Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Menschen zeigen sich solidarisch und verändern ihre Verhaltensweisen. Ein Ergebnis ist, dass der Auto- und Flugzeugverkehr verringert und dass vermehrt auf digitale Möglichkeiten für Konferenzen gesetzt wird. Die Coronakrise könnte daher auch deutlich machen, dass eine Abwendung der vermutlich noch größeren globalen Krise, der Klimakatastrophe, durch konsequentes Handeln erreicht werden könnte. So wie aktuell die jüngere Generation ihr Verhalten einschränkt, um ältere Mitmenschen nicht zu gefährden, so könnte sich auch die ältere Generation solidarisch zeigen und echte Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen.

Dr. Kathrin Staufenbiel, Wiesbaden

Ich erwarte von der Regierung, dass sie alle pekuniär durch die Krise bringt. Denn wir alle haben damals die Zockerbanken gerettet. Jetzt sind wir dran!

Dr. Jean-Arno Topp, München

Artensterben, Klimaerwärmung, brutale Tierhaltung und die himmelschreiend ungerechte Verteilung des Wohlstands: Wir sehen doch, was das ewige Mantra »Wachstum um jeden Preis« angerichtet hat. Deshalb verstehe ich nicht, dass die jetzige Ausbremsung der Wirtschaft so große Panik auslöst. Vielleicht ist dieses Virus der letzte Warnschuss, der uns endlich zu einer nachhaltigen und gerechteren Art zu wirtschaften bringt. Vielleicht besinnen wir uns, dass nicht gieriger Konsum, sondern Mitmenschlichkeit, intakte Natur, Kreativität, Musik und vieles andere, das nur von uns abhängt, unser Glück begründen.

Ingeborg Maucksch, Herrieden (Bayern)



Krisenzentrum des Auswärtigen Amts

Die meisten werden überleben

Nr. 14/2020 Leitartikel: Die Regierung darf keine Menschenleben opfern – die Wirtschaftskraft aber auch nicht

Ich war erschüttert, dass gerade der SPIEGEL die sensible Debatte um den Wert menschlichen Lebens in Relation zu wirtschaftlichen Folgen in der Coronakrise anzu führen scheint. Mir ist bewusst, dass diese Debatte früher oder später geführt werden muss. Dass allerdings gerade Sie zu einem so frühen Zeitpunkt im ersten Artikel der Ausgabe einen so eindeutigen Zweifel an der Pflicht äußern, ältere und, nicht zu vergessen, auch jüngere immunschwache Mitbürger zu schützen, stellt für mich mein gesamtes Verständnis des Magazins als journalistische Instanz für demokratische und humanistische Werte infrage.

Mirko Boysen, Freiburg

Vielen Dank für diese ernsthafte und ausgewogene Auseinandersetzung mit einem Thema, welches diese Gesellschaft in Kürze fundamental beschäftigen wird. Das Virus wird bleiben, die allermeisten von uns werden überleben, irgendwann sogar im

mun sein, aber werden diese Demokratie, die Freiheit, die Kunst und die allgemeine Kultur des Miteinanders überleben, wenn ihre Akteure so geschwächt sind, dass jenseits des nackten Überlebens nichts mehr bewältigt werden kann? Schon jetzt gedeihen die ersten Verschwörungstheorien auf der verzweifelten Suche nach Schuldigen. Wie sich das entwickeln würde bei einem massiven wirtschaftlichen Einbruch, das mag man sich als gebildeter und freiheitsliebender Bürger gar nicht ausmalen!

Beate Ramisch, Detmold

Keck, aber inhaltsreich

Nr. 13/2020 Juso-Chef Kevin Kühnert im SPIEGEL-Gespräch über mehr Staatseinfluss im Gesundheitswesen und seine Begeisterung für Olaf Scholz

Bisher war ich aus verschiedenen Gründen ein erklärter Gegner von Herrn Kühnert, vor allem weil sein Weg in den Bundestag mir schon arg vorgezeichnet schien. Auch weil dort »Fleischköpfe« stehen, für die zu kämpfen es sich lohnt. Seine schlagfertigen Antworten in diesem Gespräch – keck, aber inhaltsreich – und seine ansprechende Ausdrucksweise haben meine Meinung geändert. Ich glaube nun, dass seine Wahl an die Spitze richtig war.

Konrad Nachtwey, Kassel

Herr Kühnert war offensichtlich bisher in der wohligen Lage, noch nie in einem Land, das seinem sozialistischen Weltbild folgt, ins Krankenhaus zu müssen. Er würde sich umgehend nach Deutschland zurücksehnen.

Liane Martin, Nürnberg

Herr Kühnert beklagt zu Recht, dass »Krankenhäuser geschlossen werden, weil sie keine schwarzen Zahlen schreiben«. Das ist in der Tat oft bedauerlich, entspricht jedoch den Spielregeln der freien Marktwirtschaft. Diese greifen zwangsläufig, wenn ein Krankenhaus nicht mehr in erster Linie Hirt der Menschenliebe ist, sondern ein Unternehmen. Das allein »25 Jahren neoliberaler Beschallung« anzulasten greift zu kurz, vielmehr ist es der derzeitige Entwicklungsstand eines Prozesses. Ausgangspunkt war der »Lahnstein-Kompromiss« von 1992, der den Krankenhäusern erst den »Budgetdeckel« und später die Fallpauschalen einbrachte. Damit



GENE GLOVER / DER SPIEGEL

Sozialdemokrat Kühnert

war der Weg in den freien Wettbewerb gebahnt, mit allen heute beklagten Auswüchsen. Für einen stellvertretenden SPD-Vorsitzenden wäre es ein Gebot der Redlichkeit, die Co-Patenschaft der SPD für diesen Prozess anzuerkennen, war doch dieser Kompromiss von Rudolf Dresler – SPD-Urgestein – maßgeblich mitverhandelt und vertreten worden. Die Abgeordneten der Union sowie von SPD und FDP stimmten der Gesetzesvorlage damals mehrheitlich zu, sodass die initial dadurch herbeigeführte heutige Situation in der Tat »dem Willen des Volkes« entspricht.

Prof. Dr. Jan-Peter Jantzen, Seelze (Nieders.)

Leer wie die Wüste Gobi

Nr. 13/2020 Ich, der Hamster – eine Verteidigungsrede

An die Empfehlung des Bundes, sich einen Vorrat für Not- oder Katastrophenfälle anzulegen, habe auch ich mich erinnert. Die Befürchtung, dass eine Ausgangssperre drohen könnte, veranlasste mich, bei jedem Einkauf etwas mehr für den Vorrat mitzunehmen. Wir haben nicht unsolidarisch gehandelt, sondern vorausschauend! Jetzt haben wir die Katastrophe, und die Zustände vor den Lebensmittelgeschäften sind zum Teil heftig, weil nur eine begrenzte Anzahl von Kunden eingelassen wird. Ich bin jedenfalls beruhigt, dass ich nicht unter die Leute muss. Hier hat eher die Regierung versäumt, die Bürger und die Händler rechtzeitig auf die Notwendigkeit einer Bevorratung aufmerksam zu machen.

Helga Streich, Hünfeld (Hessen)

Schön für Sie, dass Sie die geforderte Quarantäne der Behörden bequem im Homeoffice aussitzen können, weil alles im Keller ist. Für uns ist das anders: Als Ehepaar in der gefährdeten Altersgruppe, zum Teil mit Vorerkrankung, versuchen wir seit zwei Wochen, die Zahl unserer Einkaufstage zu minimieren, um unnötige Kontakte zu vermeiden. Vergangenen Freitag bei Aldi: der Versuch, unter anderem ein Kilo Mehl zu kaufen. Wo sonst zwei Sorten Weizenmehl auf Paletten und Dinkelmehl im Regal stehen – gähnende Leere! Also auf zu Edeka gegenüber: drei Meter Mehlregal leer wie die Wüste Gobi! Ich denke, Sie gehen mit mir konform, dass es sich hier nicht um einen plötzlich exorbitant

gestiegenen Bedarf handelt. Bevorratung ist gut. Dass wir Alte, weil viele andere maßlos ohne Sinn und Verstand horten, für ein zweites Kilo Mehl durch die Läden schleichen müssen, ist nicht witzig. Auch wenn Ihr Schreibstil dies suggeriert.

Friedrich Buchsbaum, Hamburg

Dass ein solch unbedachter Artikel im SPIEGEL erscheint, finde ich bedauerlich. Ich habe nichts dagegen, dass man Vorräte anlegt. Nur nicht in einer Krisenzeite. In Krisenzeiten gilt (hoffentlich) Kants kategorischer Imperativ. Ich muss mir also die Frage stellen: Kann ich wollen, dass jeder so handelt, wie ich es gerade tue (zum Beispiel wenn ich meinen Ängsten und Sorgen nachgebe und meinen Vorratskeller fülle)? Das kann ich natürlich nicht. Denn dann sind die Läden nicht nur leer. Es gibt vor allem jede Menge Leute, die (zumindest zeitweise) gar nichts mehr kriegen, weil sie zu spät gekommen sind. Wenn Sie also in Krisenzeiten Vorräte anlegen, dann geht das nur gut, weil die Mehrheit der Bevölkerung glücklicherweise gelassener ist, als Sie es sind.

Lutz Boberg, Bielefeld

Die Virenschleudern

Nr. 13/2020 Was hilft gegen die Ausbreitung der Viren in Bus und Bahn?

Die altbekannte Weisheit »Eine Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied« wird im öffentlichen Personennahverkehr ignoriert. Was nützen die rigorosen Einschränkungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, wenn U- und S-Bahnen und Busse nach wie vor als Virenschleudern aktiv sind? Der Münchner Verkehrsverbund konnte es gar nicht erwarten, die Ausdünnung des Verstärktakts in den Stoßzeiten anzukündigen, als die allgemeine Schulschließung bekannt gegeben wurde. Statt dessen hätte seine Beibehaltung helfen können, die Fahrgästdichte zu verringern. Und: Was spricht gegen eine Fiebermessung an den wichtigsten Haltestationen? Was gegen eine Begrenzung der Passagierzahlen? Jede Maßnahme stärkt dieses schwächste Glied. Wie die an den Tag gelegte Inkompetenz der ÖPNV-Verantwortlichen jedoch bislang zeigt, muss der Durchgriff wohl von höherer Stelle kommen.

Walter Scharl, Riemerling (Bayern)

Ist er ein Held?

Nr. 13/2020 Bleiben müssen, wenn andere gehen: sieben Geschichten aus der Einsamkeit in Corona-Zeiten

In der Tat gibt es in Zeiten von Corona viele, die den Laden am Laufen halten und daher unseren Respekt verdienen. Die Leute an den Kassen der Supermärkte

oder die Pflegerinnen und Pfleger in den Krankenhäusern fallen einem da ein. Neben vielen anderen natürlich. Ich käme allerdings nie auf die Idee, einen Bordellbetreiber, der gerade großherzig Frauen aus Rumänien und Bulgarien »Zimmer für umsonst« überlässt, als »einsamen Helden« zu bezeichnen.

Dirk Kohn, Am Mellensee (Brandenburg)

Steile Thesen fürs Geschäft

Nr. 13/2020 Der Historiker Yuval Noah Harari ist der erfolgreichste Welterkläger unserer Zeit – seine Kernthese: Der Homo sapiens steht vor dem Ende

Wenn man sich »Eine kurze Geschichte der Menschheit« vornimmt, stellt man bald fest, dass hier grober Unfug in effekthascherischem Stil steht. Hararis Gedankengänge sind viel zu oberflächlich und überheblich. Schlussfolgerungen beruhen meist auf einem Konglomerat plausibel klingender, aber vager Vermutungen und Meinungen. Letztendlich ist es ein globalistisches Manifest mit dem Ziel eines Weltstaats. Wie kann man einem Mann hinterherrennen, der seine Buchinhalte derart unfundiert zusammengebastelt hat? Das wäre doch die wichtigste Frage gewesen. Oder ob der Autor und seine Thesen irgendetwas gemein haben mit Religionen oder rechtsradikalen Strömungen, die ja auch nur einfache Antworten geben.

Birgit Heid, Landau (Rheinland-Pfalz)



MARCUS SIMATTIS / DER SPIEGEL

Autor Harari in Antwerpen

Steile Thesen sind gut fürs Geschäft, apokalyptische allemal. Herr Harari schreibt auch sehr vernünftige Dinge, zum Beispiel räumt er ein: »Mit Xenophobie, Isolationismus und gegenseitigem Misstrauen wird das Virus nicht zu besiegen sein.« So weit – Chapeau! Aber »homo deus« beziehungsweise »hackable animal« – mit Verlaub, was für ein Gedöns. Empathie ist vielleicht nicht immer alles, aber ohne Empathie bleibt alles nichts. Keinerlei Empathie findet sich in den Ausführungen Hararis. Nur Science-Fiction-Gelaber.

Alex Bauch, Freiburg

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Corona-Burger-Hotline der Stadt Ennigerloh: montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr

Hinweis in der Tageszeitung »Die Glocke«

Aus der »Süddeutschen Zeitung«:
»Die Bundesrepublik exportiert viel mehr patentgeschützte Medikamente, als sie ausführt.«

Gern nehme ich Ihre Anregungen entgegen und erfülle auch kulinarische Sonderwünsche nach Absprache. Wie z.B. Paella auf Vorbestellung oder einen spanischen Abend bei Ihnen zuhause (Paella live Calamares, Flamenco, u.v.m.).

Aushang eines spanischen Restaurants in Kassel

Aus dem »Tagesspiegel«:
»Wie dramatisch mittlerweile die Lage in anderen Krisenregionen ist, zeigt eine schonungslose Analyse des Deutschen Instituts für Katastrophenmedizin, die dem Tagesspiegel vorliegt. Das Nadelöhr seien ›die zu beamtenden Patienten‹.«

Damenrad, 3 Gang, unplattnbar, Nabendynamo, Fahrradkorb+Klopapier, 145€, [REDACTED]

Kleinanzeige aus den »Kieler Nachrichten«

Aus einer E-Mail des Gesundheitsamts Radolfzell: »Die aktuelle Entwicklung mit Bezug zu der Ausbreitung von Sars-CoV-2-Infektionen verläuft sehr dynamisch, sodass fahrlässige Aussagen für die Zukunft nicht ausreichend sicher getroffen werden können.«

Das Be- und Entladen von Kindern ist hier nicht gestattet!

Schild vor einem Kindergarten in Waiblingen

Von Focus.de: »Am Donnerstagnachmittag erreichten die 12,7 Tonnen medizinisches Personal den Frankfurter Flughafen in rund 6000 Kartons.«

Zitate

Die »Berliner Zeitung« analysiert den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) anhand seines SPIEGEL-Gesprächs »Natürlich braucht es irgendwann eine Exitstrategie – der Zeitpunkt ist entscheidend« (Nr. 14/2020):

Angela Merkel... steht wieder mit Abstand ganz oben im Politbarometer, an die zweite Stelle hat sich der CSU-Vorsitzende Söder geschoben. Er ist jetzt ganz klar der starke Mann der Union, der auch die anderen Bundesländer vor sich hertreibt. Man könnte gar nicht mehr von Föderalismus reden, daraus sei ein Söderalismus geworden – noch so ein Kommentar des Spotters Welke (*Oliver Welke von der ZDF-heute-show* –Red.). Die Stärke des Bayern röhrt auch aus der neu entdeckten Loyalität zu Merkel. »Ohne die Bundeskanzlerin hätten wir echte Probleme«, stellte er gerade im SPIEGEL-Interview fest. Sollte er nicht doch Kanzlerkandidat der Union werden wollen, wird es gewiss niemand, der nicht seinen Segen hat.

Die griechische Tageszeitung »Kathimerini« zum SPIEGEL-Bericht »Türkische Provokateure« (Nr. 14/2020):

Einem SPIEGEL-Bericht zufolge haben deutsche Geheimdienste Hinweise, dass Zusammenstöße an der Grenze von der Türkei angestiftet wurden. De facto bestätigt der Bericht, dass türkische Sicherheitskräfte unter den Migranten waren. Ankara hat die Vorwürfe zurückgewiesen, was seltsam ist angesichts der Tatsache, dass Turkeys Innenminister Süleyman Soylu noch vor zwei Tagen öffentlich gesagt hat, dass türkische Kräfte Migranten unterstützt hätten, indem sie Tränengas-Kartuschen gegen Griechen abfeuerten.

Die »Süddeutsche Zeitung« über einen Gastbeitrag des Schweizer Autors Lukas Bärfuss »Das Kapital hat nichts zu befürchten, der Mensch schon« (SPIEGEL.de am 24. März):

Wirbel hat eine Polemik des Schriftstellers Lukas Bärfuss auf SPIEGEL ONLINE ausgelöst. Der Schweizer, der sein Land gern scharf kritisiert, machte seiner Wut über die Mentalität Luft, mit der die Krise angegangen werde. Die Schweiz sei »überhaupt nicht auf das Virus vorbereitet«, sei wohl »zu lange von Schwierigkeiten verschont geblieben«. Die größte Angst gelte dem »drohenden wirtschaftlichen Abstieg«. Eine derart pauschale Schweiz-Kritik sei momentan »kontraproduktiv«, so der Zürcher »Tages-Anzeiger«.



Jetzt im Handel

Das alte Ägypten

Bauern, Mumien, Pharaoninnen.
Die Forschung zeichnet ein neues, faszinierendes Bild vom alten Reich am Nil.

Online bestellen
meine-zeitschrift.de
oder
amazon.de/spiegel

FORD KUGA HYBRID



CHARGING THE FUTURE OF BUSINESS.

Wirtschaftlich, zukunftsorientiert, grenzenlos mobil:
Profitieren Sie mit dem neuen Ford Kuga Plug-in Hybrid
als Dienstwagen bei privater Nutzung von nur 0,5 %
monatlicher Besteuerung des geldwerten Vorteils dank
E-Kennzeichen und zusätzlichem staatlichem Umweltbonus*.
Zeit, der Zukunft Ihres Business neue Energie zu geben!
Mehr Informationen unter ford.de/geschaeftskunden

Ford | BEREIT FÜR MORGEN

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung): 2,9–1,2 (kombiniert); CO₂-Emissionen: 66–26 g/km (kombiniert); Stromverbrauch: 20,53–15,8 kWh/100 km (kombiniert).

Bitte beachten Sie ebenso unser Angebot zum neuen Ford Explorer Plug-in-Hybrid. * Förderfähig ist der Erwerb (Kauf oder Leasing) des neuen Ford Kuga Plug-in-Hybrid. Alle Informationen rund um die Beantragung des staatlichen Umweltbonus erhalten Sie über das Online-Portal: www.bafa.de. Details bei allen teilnehmenden Ford Partnern.

1&1 FRÜHLINGS-SPECIAL

Das neue Samsung Galaxy S20 schon morgen bei Ihnen!

SAMSUNG
GALAXY S20 | S20+
0,- €*
ab **0,-** einmalig



GRATIS:
GALAXY WATCH



UVP ~~359,- €~~

1&1 ALL-NET-FLAT

✓ **FLAT** TELEFONIE

✓ **FLAT** INTERNET

✓ **FLAT** EU-AUSLAND

9,99
ab **9,-** €/Monat*

10 Monate, danach
19,99 €/Monat.
Ohne Smartphone.



Bis zu 800,- € für
Ihr altes Handy
– je nach Gerätewert



02602 / 96 96

*Samsung Galaxy S20/ S20+ für 0,- € einmalig mit kostenlosem Galaxy Watch (Versand nach Anmeldung bei Samsung; nur solange der Vorrat reicht, ausführliche Teilnahmebedingungen unter [1und1.de/s20-aktion](#)) z. B. in Verbindung mit 1&1 All-Net-Flat L für 39,99 €/Mon. für 10 Monate, danach 59,99 €/Monat. Einmaliger Bereitstellungspreis 29,90 €. 24 Monate Vertragslaufzeit. Sonderkündigung im ersten Monat möglich. Trade-In Prämie abhängig vom eingesendeten Gerät (Modell & Marke, Höchstprämie 800,- € z. B. für Samsung Note10+). Bei verbindlicher Bestellung eines Galaxy S20/S20+ Modells. Auszahlung nach Einsendung Ihres alten Handys. Es gelten die 1&1 Trade-In Bedingungen. Preise inkl. MwSt. Änderungen vorbehalten.

1&1 Telecom GmbH, 56403 Montabaur.

1&1

1und1.de